

IFOK

I n s t i t u t f ü r O r g a n i s a t i o n s k o m m u n i k a t i o n

Endbericht

Kurzstudie für den Rat für Nachhaltige Entwicklung

**Nachhaltigkeit und Globalisierung, Partizipation, Demokratie –
Identifizierung von Zusammenhängen
und Gestaltungsansätzen**

Andreas Renner

(unter Mitarbeit von Christopher Gohl und Maximilian de Maizière)

Bensheim / Berlin, 8. Juni 2002

Gliederung

Executive Summary	4
Teil I (Zusammenhänge)	4
Teil II (Konfliktfelder).....	5
Teil III (Handlungsempfehlungen).....	10
1 Fragestellung, Vorgehensweise und Methodik der Studie	14
1.1 Die Ausschreibung des Rates für Nachhaltige Entwicklung.....	14
1.2 Vorgehensweise und Methodik.....	15
1.3 Aufbau der Studie.....	17

Teil I: Zusammenhänge

2 Zusammenhänge von Nachhaltigkeit, Globalisierung, Partizipation und Demokratie – New Governance und Kultur als missing links?	20
3 Das globale Dorf: Interdependenzen zwischen Marktplatz und Stammesfehden.....	22
3.1 Charakteristiken der Globalisierung.....	22
3.2 Die Entdeckung der Interdependenz	23
3.3 Konsequenzen der Neuen Interdependenzen	24
4 New Governance: Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen der neuen Interdependenzen.....	26
4.1 Die Governance-Diskussionen	26
4.2 Global Governance.....	29
5 Nachhaltige Entwicklung: Normative Orientierung zur Gestaltung der Interdependenzen	30
5.1 Nachhaltige Entwicklung bis zum Brundtland-Bericht	30
5.2 Die Frage nach dem Was – Das Drei-Säulen-Modell und seine Kritiker	32
5.3 Vom Was zum Wie - „Nachhaltige Entwicklung“ als prozedurales integratives Konzept.....	35
5.4 Sustainable Governance.....	40
6 Demokratie und Partizipation	43
6.1. Die zwei Dimensionen des Demokratiebegriffs: Partizipation versus Gemeinwohl.....	45

6.2.	Der Einzug der Demokratie in die Governance-Debatte.....	45
6.3.	Partizipation und Nachhaltigkeit: ein eindeutiger Zusammenhang?	48
6.4	Demokratische Politik als Prozess der gesellschaftlichen Selbstdeutung	51
7	Kultur als Fokus und Fundus der Veränderungen.....	52
7.1	Der allgemeine Begriff der Kultur	52
7.2	Ein spezifischer Begriff von Kultur(en).....	53
7.3	Krisen der Kultur im Fokus nachhaltiger Gestaltung der Neuen Interdependenzen	54
7.4	Kultur als Fundus der nachhaltigen Gestaltung der Neuen Interdependenzen	57
7.5	Kultur und Politik	58

Teil II: Konfliktfelder

8	Einführung.....	61
9	Konfliktfeld I: Wachstum versus neue Kultur der Genügsamkeit.....	62
9.1	Eine radikal marktwirtschaftliche Sicht: Wachstum als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung	63
9.2	„Wie im Westen so auf Erden“ - Die Kritik am modernen Entwicklungs- und Fortschrittsgedanken.....	67
9.3	Fazit: Relativierung der Kritik am Wachstums- und Entwicklungsgedanken aus Sicht der „zweiten Moderne“?	70
10	Konfliktfeld II: Globale Marktgesellschaft versus lokale Kultur	73
10.1	Ein ebnung von Kultur und Natur durch die „neoliberale“ Weltwirtschaftsordnung? – Die Position der Globalisierungskritiker	73
10.2	Kulturelle Vielfalt im globalen Wettbewerb? – zur Vielschichtigkeit der Prozesse	78
10.3	Zusammenhang von kultureller und biologischer Vielfalt? – die Position von Vandana Shiva... 82	
11	Konfliktfeld III: Globale Werte versus Kulturrelativismus.....	87
11.1	Westliche Werte und das UN-Regelwerk als Grundlage eines globalen Nachhaltigkeits-Ethos? . 87	
11.2	Die Earth-Charta und weitere interkulturelle Dialoginitiativen	89
11.3	Dialoginitiativen und Nachhaltigkeit – worin liegt der Zusammenhang?	93
11.4	Die normative Kraft des Faktischen: Wertekonvergenz durch Globalisierung?	96
11.5	Plädoyer für einen „aufgeklärten Kulturimperialismus“?	98
12	Konfliktfeld IV: Normative Postulate versus Interessenausgleich	101
12.1	Die Implementationsproblematik normativer Konzepte.....	101

12.2	Die Straße von Rio nach Johannesburg: „Stopp and Go“?	102
12.3	NGOs als Motoren: Transformation von Werten in Interessen?	104
13	Konfliktfeld V: Nachhaltigkeit durch Diskurs versus interkulturelle Blockaden	109
13.1	Nachhaltigkeit als Kommunikationsproblem	109
13.2	Die Frage der kulturellen Anschlussfähigkeit des Nachhaltigkeitskonzepts	110
13.3	Das integrative Nachhaltigkeitskonzept: Interessenausgleich trotz kulturell bedingter unterschiedlicher Werte und Problemwahrnehmungen?	114

Teil III: Gestaltungsansätze

14	Schlussfolgerung: Gestaltungsansätze für die Politik	118
14.1	Eine Welt voller Kooperationsgewinne	118
14.2	Gestaltungsansätze für die Politik	120
15	Handlungsempfehlungen an den Nachhaltigkeitsrat	123
15.1	Sich die ökonomische Logik zu eigen machen	123
15.2	Die Forderung nach einer „Weltkommission für Nachhaltigkeit und Globalisierung“ mit erweiterter Argumentation begründen!	124
15.3	„Good Practices“ an Dialogprojekten im Ausland sammeln und kommunizieren!	125
15.4	Den Nachhaltigkeitsrat internationalisieren!	126
15.5	Fragen zur kulturellen Anschlussfähigkeit des integrativen Nachhaltigkeitskonzepts vertiefen!	127
15.6	Über den Dialogprozess Agenda-Setting betreiben!	128
15.7	Themen verknüpfen – Institutionen vernetzen – neue Allianzen schmieden!	129
	Literatur	131
	Anhang: Expertenpool	151

Executive Summary

Die Studie gibt einen Überblick über die verschiedenen Diskussionsstränge zum Themenfeld „Nachhaltigkeit – Globalisierung – Partizipation – Demokratie“. Es geht darum, die **Diskurslandschaft** zu skizzieren und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung einen **Kompass** zu bieten, der bei der Einordnung der verschiedenen Diskussionsstränge hilft.

Die Studie ist in drei Teile gegliedert:

- **Teil I - Zusammenhänge:** In diesem Teil werden die vier in der Ausschreibung lose aneinander gereihten Begriffe vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Diskussion reflektiert und miteinander in Bezug gesetzt.
- **Teil II - Konfliktfelder:** Dies ist das eigentliche Kernkapitel der Arbeit. Durch die Identifizierung von fünf – echten oder vermeintlichen – Konfliktfeldern wird das Diskussionsfeld strukturiert.
- **Teil III – Gestaltungsansätze:** Es werden zum einen Handlungsempfehlungen skizziert, die sich an Akteuren aus Politik Wirtschaft und Zivilgesellschaft richten, zum anderen konkrete Empfehlungen an den Nachhaltigkeitsrat gerichtet.

Dem mittleren Teil kommt auch insofern eine herausragende Rolle zu, als dass er die Brücke zwischen der vielschichtigen wissenschaftlichen Diskussion und den konkreten Handlungsempfehlungen schlägt.

Teil I (Zusammenhänge)

Auf der Suche nach Sustainable Global Governance

Wie hängen die Begriffe „Nachhaltigkeit“, „Globalisierung“, „Partizipation“, „Demokratie“, „New Governance“ und „Kultur“ miteinander zusammen?

Die vier im Titel der Ausschreibung genannten Begriffe „**Nachhaltigkeit**“, „**Globalisierung**“, „**Partizipation**“ und „**Demokratie**“ stehen in einem engen Zusammenhang mit zwei weiteren, in der Erläuterung der Ausschreibung genannten Begriffen. Dies sind die Begriffe:

- **Kultur:** In einer multikulturellen Welt stellt sich die Frage nach der kulturellen Anschlussfähigkeit des Konzepts der Nachhaltigkeit. Zudem ist Nachhaltigkeit ein Kulturkonzept: Lebensstile, Werte, selbstreflexive Lernprozesse – all die mit diesen Begriffen zusammenhängenden Debatten um Interpretations-, Lebens-, Produktions- und Konsummuster lassen sich unter dem Begriff der Kultur subsumieren.

- **Governance:** In einer utopischen Welt mit perfekter Wissenschaft, idealen Märkten und allmächtiger Politik bedürfte es keines integrativen bzw. prozeduralen Konzepts der Nachhaltigkeit. Das Konzept der Nachhaltigkeit würde durch Experten ausbuchstabiert, durch Politiker in Verfahren gegossen und über Märkte umgesetzt. Die Welt ist jedoch anders: komplexer, vielschichtiger und dynamischer. Deshalb bedarf es neuer, anderer und gekoppelter Steuerungsmuster (Stichwort: *New Governance*), um Nachhaltigkeit zu erlangen. Dies gilt in besonders herausgehobener Weise im globalen Kontext (Stichwort: *Global Governance*). Institutionen wie die Vereinten Nationen können zwar gut gemeinte Ziele definieren, diese aber nicht – zumindest nicht ohne die Unterstützung anderer gesellschaftlicher Akteure – umsetzen. Konzepte wie „*Good Governance*“ oder „*Sustainable Governance*“ werden als Lösungsansätze diskutiert.

Nachhaltigkeit wird von den Autoren der Studie als ein integratives und prozedurales Konzept verstanden, das Orientierung vermittelt, in welche Richtung **gesellschaftliche Lern- und Suchprozesse** initiiert werden müssen. Es ist kein Konzept, das im Elfenbeinturm der Wissenschaft ausgearbeitet und durch Sachverständige und Politiker im Alleingang umgesetzt werden kann. Der Partizipation von Stakeholdern sowie der Demokratisierung von Entscheidungsabläufen kommt eine herausragende Rolle zu. NGOs, Unternehmen sowie Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sind die neuen wichtigen Akteure im System der Sustainable Global Governance.

Teil II (Konfliktfelder)

Wachstum versus neue Kultur der Genügsamkeit

Brauchen wir einen Quantensprung in der Ressourceneffizienz oder (darüber hinaus) ein neues Verständnis von Wohlfahrt, das immateriellen Gütern eine höhere Priorität einräumt, um Nachhaltigkeit zu erlangen?

Für viele Ökonomen ist Wachstum der Schlüssel für Nachhaltigkeit: Nach der sogenannten „Environmental Kuznets Curve“ besteht ein empirischer Zusammenhang dergestalt, dass der Umweltverbrauch im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zwar zunächst steigt, später aber die Einkommensentwicklung und der Umweltverbrauch sich voneinander abkoppeln: Wirtschaftswachstum geht danach nicht zwingend mit einem mehr an Ressourcenverbrauch bzw. Umweltverschmutzung einher. Zwei Argumente sprechen aus der Sicht zahlreicher Experten für einen solchen kausalen Zusammenhang: Zum einen gibt es ein immenses Potenzial für Steigerungen der Ressourceneffizienz, das in Entwicklungs- und Schwellenländer nur zu einem sehr kleinen Teil ausgeschöpft ist, das aber auch in modernen Industriestaaten noch ungeahnte Möglichkeiten offen hält. Zum anderen spricht einiges für die These,

dass die Präferenz für Umweltqualität in wohlhabenden Ländern stärker ausgeprägt ist als in armen Ländern, Umweltschutz folglich als „Luxusgut“ betrachtet werden kann.

Genau diese These ist überaus umstritten: ihr wird entgegengehalten, sie beruhe auf einer stark verkürzten Analyse. In Entwicklungsländern sind große Teile der ländlichen Bevölkerung in unmittelbarer Form abhängig von der natürlichen Umwelt. Das bedeutet: Die Sicherung der natürlichen Umwelt ist die beste Strategie zur Sicherung von Wohlstand. Autoren wie Wolfgang Sachs kritisieren überdies die verengte, allein wirtschaftliche Betrachtung von „Wohlstand“. Die Orientierung am Wachstumsziel schaffe ein „benchmark“ für die gesamte Welt, das auf einer eindimensionalen Skala beruht – als ob das Lebensglück überall auf der Welt allein in Geldeinheiten messbar sei.

Derartige Kritik am Entwicklungs- und Fortschrittsgedanken der „westlichen“ Welt wirkt bisweilen antiquiert. Soziologen diskutieren seit längerem die Welt der „zweiten Moderne“, in der „Entwicklung“ und „Fortschritt“ eine ganz andere Konnotation erhalten und sich auf selbstreflexive Lernprozesse beziehen. Die Welt des Technik- und Steuerungsoptimismus liegt für Bewohner der „zweiten Moderne“ weit zurück. Dies macht die skizzierte Kritik nicht wertlos: Es ist bislang offen, welcher Entwicklungs- und Fortschrittsgedanke sich bei der Diskussion um Umwelt und Entwicklung durchsetzen wird.

In Licht dieser Diskussion zeigt sich, wie wichtig Partizipation und Demokratie sind. Sie schaffen Foren für die Reflexion der eigenen Werte und Lebensstile sowie Freiräume für eine selbstbestimmte Entwicklung. Letzteres ist insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer von herausragender Bedeutung. Wie die Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft stets betonten, kann eine Liberalisierung ohne einen entsprechenden Ordnungsrahmen zu gravierenden Fehlentwicklungen führen, die von den Bürgern so nicht gewollt werden (können). So wird in Dorfgemeinschaften das Allmende-
problem (Übernutzung durch fehlende individuelle Eigentumsrechte) durch Traditionen und Normen gelöst. Fallen diese weg, droht eine Übernutzung der gemeinschaftlichen Umweltressourcen.

Globale Marktgesellschaft versus lokale Kultur

Zerstört Globalisierung Vielfalt (und damit eine Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung)?

Die Kritik von NGOs und der Anti-Globalisierungs-Bewegung fällt harsch aus: Die durch Institutionen wie IWF und WTO forcierte Liberalisierung der Märkte habe dazu geführt, dass kulturelle und ökologische Vielfalt überall in der Welt zerstört werde. Dies treffe vor allem ländliche Regionen, in denen über Jahrhunderte oder Jahrtausende hinweg sich Wirtschafts- und Lebensstile entwickelt haben, die nicht nur kulturell reichhaltig, sondern überdies an die jeweiligen naturräumlichen Gegeben-

heiten angepasst sind. Die Globalisierung tendiert dazu, die Welt zu homogenisieren: Die Entwicklung steuert zu auf eine kulturell verarmte McWorld von Burger, Jeans und Coca Cola.

Eine solche Sicht ist stark verkürzt. Die Prozesse sind zu vielschichtig, als dass pauschale Schlussfolgerungen möglich wären. Die Globalisierung geht einher mit einer Renaissance des Lokalen - eine Entwicklung, die unter dem Stichwort „Glokalisierung“ diskutiert wird. Auch deshalb ist Kultur nicht als etwas Statisches zu betrachten. Kultur erfindet sich immer wieder neu. Kulturen haben die Kraft, Fremdes zu assimilieren, in ihre eigene Lebensform zu integrieren oder in Neues zu „übersetzen“. Natürlich verändern sich dem Wettbewerb ausgesetzte Kulturen schneller. Altbewährte Werte und Traditionen, die sich im Prozess der kulturellen Evolution entwickelt haben, können vorschnell und unbewusst über Bord geworfen werden. Aber zugleich gilt: Es ist kein zukunftsweisendes Konzept, Kulturen einzufrieren zu wollen und ins Museum zu stellen. Wir leben in einer dynamischen Welt und die Anpassungsfähigkeit von Gesellschaften, auf veränderte Umstände zu reagieren, ist das wichtigste Kapital für die Zukunftssicherung. Es lohnt sich, in „Werte“ zu investieren, die Erneuerungsprozesse fördern – Menschenrechte, Partizipation, Demokratie, das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere mehr.

Globale Werte versus Kulturrelativismus

Brauchen wir ein gemeinsames Weltethos, um die globalen Nachhaltigkeitsprobleme in den Griff zu bekommen?

Die oben genannten Werte – Menschenrechte, Demokratie, Partizipation etc. – gehören untrennbar zur Entwicklung des Westens, zugleich erheben sie universellen Geltungsanspruch. Es haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Dialoginitiativen herausgebildet, die sich dem Ziel verpflichtet haben, einen gemeinsamen Wertekonsens aller Gesellschaften zu identifizieren bzw. durch den Dialog selbst hierauf hinzuwirken. Zu nennen sind u.a:

- die Earth Charta (die Idee der Brundtland-Kommission wurde nach dem Earth Summit von Maurice Strong und Michail Gorbatschow aufgegriffen und wird heute im Rahmen sogenannter Earth Dialogues fortgeführt)
- die Initiative „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung“ (Weltkirchenrat)
- der World Faiths Development Dialogue (James Wolfensohn und Bischof von Canterbury)
- die Stiftung Weltethos (Hans Küng)
- das Parlament der Weltregionen (der US-amerikanischen Organisation Council for a Parliament of the World's Religions)
- das Millennium World Peace Summit of Religious Leaders (Vereinte Nationen)
- die Ökumenische Initiative Eine Welt (in Verbindung mit der Earth Charta)
- das Universal Ethics Project (UNESCO)

- die Alliance for a Responsible, Plural and United World Alliance (Alliance 21) (eine französischer Initiative, die sich aus der Charles Léopold Mayer-Stiftung für den Fortschritt der Menschheit entwickelt hat)
- das Inter Action Council (eine japanische Organisation) sowie
- die Weltkonferenzen der Religionen für den Frieden (mit Büros in 40 Ländern der Welt)

Auch hatten die Vereinten Nationen das Jahr 2001 zum Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen ausgerufen. Viele der Dialoginitiativen verstehen sich als Antwort auf die – strittigen – Thesen vom „Clash of Civilizations“, die Samuel Huntington zur Analyse künftiger Konfliktlinien in der Welt entwickelt hatte.

Es ist eine kontrovers diskutierte Frage, welche faktische Wirkung solche interkulturellen Dialoginitiativen haben, schließlich handelt es sich in der überwiegenden Zahl um akademische Projekte. Die normative Kraft der faktischen Globalisierungsprozesse – des globalen Marktes – sind für den zu beobachtenden Wertewandel weitaus gewichtiger als einzelne Dialogprojekte. Ein Argument gegen jegliche Art von interkulturellen Diskursprojekten ist dies freilich nicht – im Gegenteil: je enger die Verflechtung der Welt, desto wichtiger werden interkulturelle Verständigungsprozesse.

In Gesellschaften, die dem Globalisierungsprozess gegenüber offen sind, bilden sich dabei tendenziell ähnliche Grundwerte heraus. Ökonomisch gewendet: Es bilden sich Werte heraus, die „produktiv“ sind, die sich bei der Lösung gesellschaftlicher Problemstellungen bewähren. Dass sich in modernen Gesellschaften gleiche Rechte von Frauen und Männern, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Toleranz, Pluralismus und Demokratie als Grundpfeiler der sozialen Ordnung durchgesetzt haben, hat immer auch damit zu tun, dass es sich hierbei um Werte handelt, die produktive Kräfte freisetzen – zum Nutzen aller. Werte, die mit hohen Kosten, aber nicht mit produktivem gesellschaftlichen Nutzen verbunden sind, so die ökonomische Lesart dieser These, haben auf lange Sicht keinen Bestand. Sie wären dann auch nicht nachhaltig.

Diese Tendenz wird durch die internationale Politik beschleunigt: Zunehmend setzt sich in der Entwicklungszusammenarbeit ein neues Paradigma durch, das man als „Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil“ (John Rawls) bezeichnen könnte. Die unter dem Stichwort „Good Governance“ verhandelten Abkommen, die einen Tausch „Demokratie“ (sowie: Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung etc.) gegen „Entwicklungsfinanzierung“ vorsehen, lassen Kooperationsgewinne auf beiden Seiten realisieren. Für die Geberstaaten ist der Tauschgewinn nicht unmittelbar ersichtlich; die Vorteile liegen in der Sicherung politisch stabiler Verhältnisse, in der friedlichen Beilegung von Ressourcenkonflikten, der Vermeidung von Armutsmigration und anderes mehr.

Normative Postulate versus Interessenausgleich

Machen normative Forderungen (wie intra- oder intergenerative Gerechtigkeit) überhaupt Sinn in einer Welt, die interessengesteuert ist?

Nachhaltigkeit ist ein normatives Konzept. Es beinhaltet Forderungen nach einer Umverteilung von Reich zu Arm, von heutigen auf künftige Generationen und anderes mehr. Diese Erkenntnis ist insofern problematisch, als normative „Vorgaben“ sich nicht ohne weiteres in Politik ummünzen lassen. Es bedarf entsprechender Anreize in Form von Kooperationsgewinnen, die sich die betreffenden Akteure versprechen.

Es ist daher der richtige Weg, Verhandlungspakete zu schnüren, die allen Beteiligten Vorteile versprechen, wie es auf dem Erdgipfel für „Umwelt und Entwicklung“ erstmalig versucht wurde: Umweltschutz war das Hauptanliegen der reichen Industriestaaten des Nordens, Entwicklung das der armen Länder des Südens. Da der Druck der Umweltbewegung in vielen Staaten Europas und den USA im Laufe der 1990er Jahre nachließ, schmolz die Grundlage, auf der die Politiker den „Konsens von Rio“ ausgehandelt hatten. Das Thema „Entwicklung“ verschwand aus der Liste der Top-Themen der politischen Agenda.

Anders die Situation heute: Terrorismus, Armutsmigration, der Kampf um die knappen Ressourcen Wasser und Öl werden in der politischen Debatte wieder stärker als Verweise darauf gesehen, dass in einer interdependenten Welt die Bekämpfung von Hunger und Armut sehr wohl im Interesse auch der reichen Länder ist.

Den NGOs kommt in diesem Prozess eine interessante Antriebsrolle zu. Sie transformieren Werte in Interessen: NGOs greifen normative Fragestellungen auf – Probleme, die als Missstände, als ungerecht etc. empfunden werden – und setzen mit ihren spezifischen und neuartigen Mitteln Wirtschaft und Politik unter Druck. Was vormals als Win-Lose-Konstellation erschien – Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, soziales Engagement von Unternehmen etc. – wird schnell zu einer echten Win-Win-Option.

Nachhaltigkeit durch Diskurs versus interkulturelle Blockaden

Gibt es Verständigungsbarrieren, die einen interkulturellen Nachhaltigkeitsdiskurs verhindern?

Das prozedurale bzw. integrative Nachhaltigkeitskonzept identifiziert Kommunikation als Schlüssel zur Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit erfordert gesellschaftliche Lern- und Suchprozesse einerseits, gesellschaftliche Verständigungs- und Aushandlungsprozesse andererseits. An welche Grenzen stößt dieses auf Kommunikation basierende Konzept in einer Welt, in der Menschen aus ganz unterschiedlichen Kulturen mit ganz unterschiedlichen Werten, Traditionen und Problemwahrnehmungen aufeinander treffen?

Kulturelle Unterschiede sind zweifelsohne ein ernsthaftes Problem, wenn sie die Verständigung behindern. Wenn inkompatible Rationalitäten aufeinanderstoßen, wird die Identifizierung gemeinsamer Interessen erschwert – man denke etwa an die nicht-existente Trennung zwischen dem Spirituellen und dem Reellen in vielen Kulturen Afrikas, was Europäern in aller Regel fremd erscheint.

Eine solche Konstellation dürfte jedoch die absolute Ausnahme sein und auch hier spricht vieles dafür, dies nicht als Absage an ein dialogorientiertes Nachhaltigkeitskonzept zu interpretieren als vielmehr als Aufforderung, die Methodenkompetenz im Bereich der Dialogverfahren zu erweitern. In aller Regel gilt: Unterschiedliche Kulturen, Werte und Problemwahrnehmungen verhindern nicht die Identifizierung gemeinsamer Interessen als Grundlage für die Realisierung gemeinsamer Kooperationsgewinne. Die unter dem Label „Joint Implementation“ diskutierten Tauschgeschäfts im internationalen Klimaschutz bedürfen nicht eines gemeinsamen Naturverständnisses. Interkulturalität ist kein Hinderungsgrund für die erfolgreiche Durchführung lokaler Agenda-21-Prozesse. Im Gegenteil: Die Stärke des integrativen Nachhaltigkeitskonzepts liegt gerade darin, Akteure mit ganz unterschiedlichen Einstellungen, Problemwahrnehmungen und Werten Gewinn bringend zusammen zu führen.

Teil III (Handlungsempfehlungen)**Schlussfolgerungen: Gestaltungsansätze für die Politik**

- Wie lässt sich in einem multikulturellen globalisierten Umfeld Politik für eine Nachhaltige Entwicklung machen?

Das System der Global Governance ähnelt einem Schiff, das mit modernster Satellitennavigation ausgestattet ist, aber niemanden an Bord hat, der die moderne Technik bedienen kann. Die internationale

Staatengemeinschaft kann sich im Rahmen internationaler Verhandlungen auf grundlegende Ziele wie etwa die „Millennium Goals“ (UN 2001) verständigen, diese aber nicht, zumindest nicht ohne Partner, umsetzen. Als Kooperationspartner rücken zunehmend nicht-staatliche Akteure in den Blick: NGOs, Stiftungen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sowie multinationale Unternehmen.

Politik ist nicht länger als eine Materie zu begreifen, mit der sich allein Politiker befassen. Erst die Einbindung von Stakeholdern ermöglicht gesellschaftliche Lern- und Suchprozesse, die Reflexion der eigenen Normen und Werte im Diskurs und die Verständigung über und Aushandlung von strittigen Themen. Die Politik kann erstens Dialogforen bereitstellen, Freiräumen für neue Verfahren der Einbindung von Stakeholdern in Politikprozesse schaffen, gute Beispiele kommunizieren und gezielt Themen auf die politische Agenda setzen. Sie kann zweitens die institutionellen Rahmenbedingungen weiterentwickeln, etwa im Hinblick auf die oben genannten Verfahren zur Einbindung von Stakeholdern (NGOs, Unternehmen) in – internationale – Politikprozesse; die Operationalisierung der im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eingebrachten Good Governance-Kriterien zählt ebenso hierzu wie ein Engagement für die Stärkung der Umweltpolitik im internationalen Institutionengefüge. Drittens schließlich kann die Politik Brücken bauen, bislang nicht in ihren Zusammenhängen betrachtete Themen vernetzen, Akteure zusammenbringen und auf diese Weise neue Formen der Kooperation anstoßen.

Es gilt, den Weg zu ebnen für (im Hinblick auf das Ziel der Nachhaltigkeit) sinnvolle strategische Allianzen zwischen den verschiedenen an der (Sustainable) Global Governance beteiligten Akteuren. Der interkulturelle Dialog ist eine wichtige Stütze hierfür. Die Unterschiedlichkeit der kulturellen Prägungen ist kein unüberwindbares Hindernis, sondern, wie oben argumentiert wurde, eine Quelle von Reichtum an Ideen und Konzepten, die für die Suche nach neuen Problemlösungen aktiv genutzt werden kann. Das Konzept der Nachhaltigkeit, so scheint es, scheitert nicht an kulturellen Barrieren. Wenn es scheitern sollte, dann weil es nicht gelingt, Interessenskoalitionen so zu schmieden, dass die globalen Probleme rechtzeitig gelöst werden.

Handlungsempfehlungen an den Nachhaltigkeitsrat

- Wenn Nachhaltigkeit folglich primär ein „Kommunikationsproblem“ ist, wie kann dann der Rat seine Funktion als Dialogforum gezielt einsetzen?

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung betreibt nicht Politik durch hoheitliche Regelsetzung, sondern durch Aufklärung über Sachzusammenhänge, über die Vernetzung verschiedener Diskussionsstränge sowie den Anstoß von Diskussionen. Ihm stehen somit jene Instrumente zur Verfügung, die in der modernen Gesellschaft, in der hierarchische Steuerungsmuster immer schwächer greifen, an Bedeutung gewinnen.

- **Sich die ökonomische Logik zu eigen machen** – Mit ihrem geschärften Blick für Anreizkonstellationen (insbesondere: soziale Dilemmata und Wege zu ihrer Überwindung) bietet die ökonomische Analyse dem Nachhaltigkeitsrat Orientierungsmöglichkeiten, die zeigen, wie sich die selbst gesteckten Ziele wirksamer verfolgen lassen.
- **Die Forderung nach einer „Weltkommission für Nachhaltigkeit und Globalisierung“ weiterverfolgen, aber anders begründen!** – Die Chance für die Schaffung einer hochrangig besetzten Weltkommission für Nachhaltigkeit und Globalisierung wird insbesondere darin gesehen, dass diese Brücken schlagen kann zwischen dem Rio-Prozess (der seinerseits die Brücke zwischen der umweltpolitischen und entwicklungspolitischen Diskussion schlägt) und dem WTO-Prozess. Hierzu bedarf es neuer Akteure, die weder in dem einen noch in dem anderen Prozess verwurzelt sind.
- **„Good Practices“ sammeln und kommunizieren!** – Mit der Identifizierung (und Prämierung) guter Beispiele lässt sich ein Wettbewerb um gute Lösungen entfachen. Zudem könnte der Nachhaltigkeitsrat sich als Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren etablieren und damit Lernprozesse fördern. Im Mittelpunkt stünden die Erfahrungen mit Dialogprozessen in einem globalen, interkulturellem Kontext. Alle gesellschaftlichen Akteure sind hier angesprochen: Welche partizipativen Methoden haben sich in der Entwicklungszusammenarbeit bewährt? Welche Dialogverfahren bewähren sich in den verschiedenen Kulturkreisen? Welche Rolle spielen politische Stiftungen für den interkulturellen Nachhaltigkeitsdiskurs im Ausland? Wie lassen sich die Barrieren für ein – sinnvolles - Engagement von Unternehmen in least developed countries abbauen? Was sind gelungene trisektorale Kooperationen mit Akteuren aus unterschiedlichen Kulturkreisen?
- **Den Nachhaltigkeitsrat internationalisieren!** – Was können wir aus der Diskussion in anderen Ländern lernen? Was sind die Themen von morgen, mit denen sich zukunftsweisende Think Tanks heute bereits befassen? Der Nachhaltigkeitsrat kann dem deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs eine neue Qualität verleihen, indem er wichtige Themen und lessons learned aus anderen Ländern rezipiert und in die deutsche Diskussion einspeist.
- **Fragen zur kulturellen Anschlussfähigkeit des integrativen Nachhaltigkeitskonzepts vertiefen!** Es bedarf vertiefter Kenntnisse über die Diskussionsstränge in den einzelnen Ländern bzw. Kulturräumen, um einen fruchtbaren Boden für Dialogprozesse zu bereiten. Fragen hierzu sind: Wie wird Nachhaltigkeit in anderen Kulturen ausbuchstabiert? Welche Konzepte, Bilder und Metaphern werden damit verbunden? Welche Rolle spielt die kulturelle, spirituelle Dimension in anderen Kulturkreisen? Ab wann verhindern unterschiedliche Rationalitäten einen gemeinsamen Dialog? Und: Wie lassen sich Kulturen in einer Welt, in der geographische Grenzen an Bedeutung verlieren, (be)greifen und definieren?
- **Über den Dialogprozess Agenda-Setting betreiben!** – Ein Hauptinstrument der Arbeit des Nachhaltigkeitsrates ist die Identifizierung wichtiger Themen, die eines gesellschaftlichen Diskurses bedürfen. Nur: Nicht jedes Thema ist geeignet für einen gesellschaftlichen Diskurs.

Eine vertiefte Kenntnis der Entstehungsgründe und Dynamik sozialer Bewegungen ist daher Grundlage für eine öffentlich erfolgreiche Arbeit des Nachhaltigkeitsrates. Ebenso wichtig ist die Suche nach griffigen Bildern und Metaphern, mit denen das abstrakte Ziel der Nachhaltigkeit in Anschaulichkeit und Erfahrung übersetzt werden kann. Als Zielgruppen sind hierfür insbesondere auch Kinder und Jugendliche ins Auge zu fassen.

- **Themen verknüpfen – Institutionen vernetzen – neue Allianzen schmieden!** - Neue Handlungsmöglichkeiten entstehen vor allem dort, wo Themen, die bislang isoliert voneinander diskutiert wurden, verknüpft und gemeinsam diskutiert (und verhandelt) werden. Eine wichtige Aufgabe der Rates wird daher gesehen, viel versprechende Themenbündel zu identifizieren und in die Diskussion einzubringen. Die Bandbreite der unter dem Stichwort Nachhaltigkeit diskutierten Themen bieten hierfür ein weites Feld. Wie lassen sich relevante, aber bislang vernachlässigte Querverbindungen zwischen den Themen Umweltschutz, Entwicklung, Hunger und Armut, Innovation, Bildung, Gender, Handwerk, Verstärkung, Gesundheit, Fundamentalismus, Terrorismus, um nur einige zu nennen, aufdecken und gezielt in die Diskussion einbringen? Und: Wie lassen sich die verschiedenen mit Nachhaltigkeit befassten Institutionen sinnvoll miteinander vernetzen? Welche Methoden, Verfahren und Prozeduren konnten innovativ und erfolgreich Verständnisprobleme und Eigenlogiken überwinden, um Synergieeffekte zu realisieren?

In einer dynamischen und interdependenten Welt verändern sich die Problemstellungen fortlaufend. Um so wichtiger ist es, dass der Nachhaltigkeitsrat Strukturen schafft, die es ihm ermöglichen, als Trendsetter wie auch als Frühwarnindikator relevante Themen zu identifizieren, zu strukturieren und in einen konstruktiven gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Der Blick über den Tellerrand des deutschen Nachhaltigkeitsdiskurses hinaus ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

1 Fragestellung, Vorgehensweise und Methodik der Studie

1.1 Die Ausschreibung des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Die vorliegende Studie des Instituts für Organisationskommunikation (IFOK) wurde im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung erstellt. Das Thema der Ausschreibung lautete:

**„Nachhaltigkeit & Globalisierung, Partizipation, Demokratie
– Identifizierung von Zusammenhängen und Gestaltungsansätzen“**

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage nach der kulturellen Anschlussfähigkeit des Nachhaltigkeitskonzeptes. Die Studie soll den Sachstand der Diskussion zu diesem Themenfeld aufzeigen und Themen identifizieren, die einer breiteren öffentlichen Diskussion – etwa auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg – bedürfen.

Der genaue Wortlaut der Ausschreibung lautet:

Seit das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung auf politischer Ebene debattiert wird, ist es zu Recht mit politischen Vorschlägen und Verfahrensansätzen zur Partizipation der „Stakeholder“ und zur Demokratisierung von Entscheidungsabläufen verbunden. Bereits die Agenda 21 hat hervorgehoben, dass den modernen Herausforderungen der Umwelterhaltung und der Weltentwicklung letztlich nur mit veränderten Politikkonzepten begegnet werden kann. Eine „New Governance“ wendet sich an diejenigen, die heute politische Verantwortung tragen und zugleich aber auch an die große Mehrheit derjenigen Menschen, die eine eigene Verantwortlichkeit für ihre Umwelt und für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Gemeinschaft zum einen erlernen, zum anderen erst einfordern müssen und als akzeptiertes Allgemeingut der politischen Teilhabe durchsetzen müssen.

Als ein globales Konzept erlangte die „Nachhaltigkeit“ universelle Bedeutung. Diese trifft allerdings auf eine Welt mit sehr unterschiedlichen kulturellen Prägungen und Vorstellungen über zivile Gesellschaften.

Ausgehend von der These, dass die Idee der Nachhaltigkeit vorwiegend durch das europäische kulturelle Denken geprägt ist, soll die Kurzstudie den Stand der Debatte über die kulturelle Anschlussfähigkeit des Nachhaltigkeits-Konzeptes darstellen. Es soll erörtert werden, wie Nachhaltigkeit in Zusammenhang mit kulturellen Prägungen wie zum Beispiel Fortschritt, Linearität versus Zyklizität von Entwicklung, individualisierter Handlungsverantwortung versus gemeindlicher Besitzverantwortung u.a. mehr diskutiert wird. Exemplarisch und soweit in englischer Sprache zugänglich soll aufgezeigt werden, wie andere kulturelle Prägungen auf das Konzept der Nachhaltigkeit reagiert haben.

Die Studie gibt einen Überblick über die verschiedenen Diskussionsstränge zum Themenfeld „Nachhaltigkeit – Globalisierung – Partizipation – Demokratie“. Es geht darum, die **Diskurslandschaft** zu skizzieren und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung einen **Kompass** zu bieten, der bei der Einordnung der verschiedenen Diskussionsstränge hilft. Die Studie soll Orientierungswissen vermitteln, wel-

che Themen und Probleme vertieft werden könnten und mögliche Ansatzpunkte für die Politik identifizieren. Der Anspruch ist nicht, eigene Positionen zu den einzelnen Debatten und Kontroversen zu entwickeln, sondern aufzuzeigen, in welche Richtung Problemlösungen angedacht werden können.

Die in der Ausschreibung angesprochenen Fragen und Problemfelder sind sehr vage umrissen. Dies überrascht nicht, denn schließlich ist es gerade Aufgabe der vorliegenden Studie, die Diskurslandschaft zu skizzieren und Fragen und Konfliktfelder genauer zu identifizieren.¹

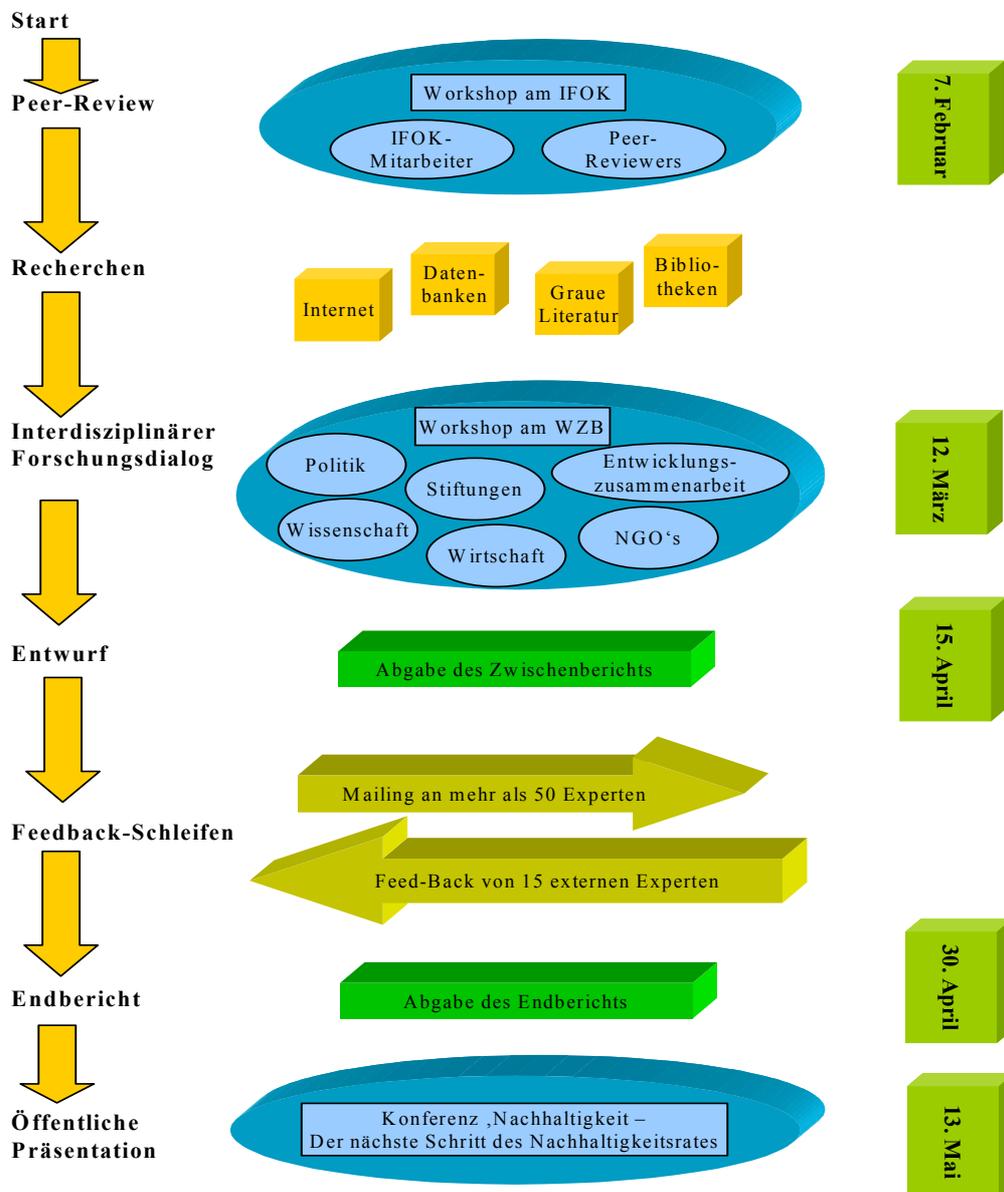
1.2 Vorgehensweise und Methodik

Die Kurzstudie für den Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde im Zeitraum 1. Februar bis 5. Mai erstellt. Eigene Expertise, Lernschleifen und die Einbindung von Experten aus verschiedenen Disziplinen in einen partizipativen Forschungsdialog sind die Charakteristika der Arbeitsorganisation am IFOK. Durch die Betrachtung der Fragestellung aus unterschiedlichen Blickwinkeln werden Brücken zwischen den verschiedenen Disziplinen geschlagen, verschiedene Diskussionsstränge zusammengeführt. Partizipation und Integration sollten nicht nur das Nachhaltigkeitsverständnis prägen, sondern auch die Arbeit an der Konkretisierung des Konzeptes beispielhaft charakterisieren. Die Bausteine im einzelnen sind:

- Eigene Vorarbeiten²
- Internet-Recherchen
- Literaturrecherchen (Bibliotheken, Datenbanken, Graue Literatur)
- 2 Expertenworkshops
 - Start-up Workshop am 7. Februar am Institut für Organisationskommunikation
 - Experten-Workshop am 12. März am Wissenschaftszentrum Berlin
- Peer-Review
 - Prof. Dr. Karl-Werner Brand, Münchner Projektgruppe Sozialforschung
 - Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath, Center for Transcultural Dialogue am am Institute for Comparative Research into Culture and Economic Systems, Universität Witten-Herdecke
- Feedback-Schleifen
 - Geschäftsstelle des Nachhaltigkeitsrats
 - Mailing an mehr als 50 externe Experten
- Bearbeitung der Studie durch ein interdisziplinäres Team am IFOK.
- Projektmanagement aus einer Hand

¹ Vgl. hierzu die Analyse des Ausschreibungstextes und der darin enthaltenen Thesen und Annahmen im Anhang.

Abbildung: Meilensteine



² Zu nennen sind insbesondere die Studie für die Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt (IFOK/IWÖ 1998) sowie die verschiedenen Arbeiten der beteiligten Autoren (vgl. exemplarisch Renner/Schick 2001; Renner/Hinterberger 1998; Renner 1998; Gerken/Renner 1996)

Neben der Präsentation des Projekts auf der Konferenz „Nachhaltigkeit – Der nächste Schritt (10 Jahre nach Rio und 100 Tage vor Johannesburg)“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 13. Mai 2002 wird empfohlen, die Studie

- in Buchform zu veröffentlichen sowie
- ins Internet einzustellen (im html-Format zum Anklicken der einzelnen Kapitel sowie im PDF-Format zum Ausdrucken des Gesamtdokuments)

Den an der Studie beteiligten Experten sei an dieser Stelle gedankt. Dies gilt insbesondere für die Teilnehmer der beiden Expertenworkshops³ sowie für die 15 externen Experten, die den Zwischenbericht durch Anregungen und Kritik kommentiert haben und so die Stoßrichtung der Argumentation in der Studie maßgeblich geprägt haben.⁴

1.3 Aufbau der Studie

Die Studie ist in drei Teile gegliedert. Die Dramaturgie der Studie ist wie folgt:

- Teil I (Zusammenhänge): Hier wird ein Literaturüberblick über die wichtigsten Diskussionsstränge gegeben, die für die weitere Analysen relevant sind. Die Ausführungen legen den Grundstein für ein gemeinsames Grundverständnis der in der Studie diskutierten Konzepte und Begriffe.
- Teil II (Konfliktfelder): Diskutiert werden fünf – echte oder vermeintliche – Konfliktfelder, die sich in der multikulturellen, globalisierten Welt bei der Suche nach gemeinsamen Handlungsansätzen für eine Politik der Nachhaltigkeit stellen. Dem Kapitel kommt in doppelter Hinsicht eine zentrale Rolle zu. Die Beschreibung und Analyse der fünf Konfliktfelder liefert den Kompass, der die Orientierung in dem Dickicht an verschiedenen Diskussionssträngen vermitteln soll. Zugleich schlägt das in der Mitte positionierte Kapitel die Brücke von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Begriffen und Konzepten und den praktischen Handlungsempfehlungen am Schluss.

³ Teilnehmer der Expertenworkshops (in alphabetischer Reihenfolge): a) Workshop am IFOK: Prof. Karl-Werner Brand, Dr. Hannah Büttner, Dr. Sigrun Caspary, , Silke Gülker, Claudia Heitzer, Constanze Helmschen, Prof. Carsten Herrmann-Pillath, Dr. Michael Jaspers, Arved Lüth, Maximilian de Maizièrè, Marc Pfeiffer, Dr. Andreas Renner. b) Workshop am WZB: Dr. Günther Bachmann, Dr. Michael Baumann, Dr. Martin Bauschke, Dr. Antje Bühler, Dr. Andreas Dally, Dr. Hans Diefenbacher, Frau Dr. Freier, Christopher Gohl, Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath, Susanne Höck, Thomas Hüskén, Steffen Jörg, Claudia Koll, MinR Reiner Kraetsch, Dr. Alfred Kraft, Dr. Fabrice Larat, Dr. Kazuma Matoba, Max de Maizièrè, Dr. Jörg Mayer-Ries, Dr. Hans-Peter Meister, Dr. Friedemann Müller, Dr. Irmgard Nübler, Guido Prick, Dr. Andreas Renner, Dr. Thomas Schauer, Dr. Michael Sieber, Jörg Tremmel, Prof. Dr. Josef Wieland.

⁴ Dr. Jeanette Behringer, Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser, Prof. Dr. Karl-Werner Brand, Dr. Andreas Dally, Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath, Susanne Höck, Dr. Peter Henning Feindt, Dr. Alfred Krätsch, Dr. Francois Larat, Dr. Kazuma Matoba, Dr. habil Ingo Pies, Dr. Gunter Schall, Dr. Thomas Schauer, Prof. Dr. Dieter Senhaas sowie Prof. Dr. Josef Wieland

- Teil III (Gestaltungsansätze): Der Teil umfasst zwei Kapitel - eine Erläuterung von Gestaltungsansätzen für die Politik allgemein sowie die Herleitung von sieben konkreten Handlungsempfehlungen für den Rat für Nachhaltige Entwicklung.

Die Studie erweitert die Fragestellung der Ausschreibung in zweifacher Hinsicht:

- Zum einen befasst sie sich nicht allein mit „Zusammenhängen“ und „Gestaltungsansätzen“, sondern schiebt als zentralen Block die Studie zu „Konfliktfeldern“ dazwischen.
- Zum anderen werden nicht vier, sondern sechs Begriffe als zentral angesehen für die Thematik: Die im Titel der Ausschreibung nicht erwähnten Begriffe „Governance“ (in all seinen Facetten: New Governance, Global Governance, Good Governance und Sustainable Governance) und „Kultur“ werden als die „missing links“ identifiziert, welche gleichwohl als Kitt dienen, welche die vier Konzepte „Globalisierung“, „Nachhaltigkeit“, „Partizipation“ und „Demokratie“ sinnvoll zusammenführen.

Die der Studie zugrunde liegende Fragestellung lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: An welche Grenzen stößt das „westliche“, von den Werten der Demokratie und Partizipation geprägte Konzept der Nachhaltigkeit in einer engmaschig vernetzten und interdependenten Welt, in der Akteure aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen aufeinander treffen und dabei sehr unterschiedliche Werte, Traditionen und Problemwahrnehmungen mit sich bringen?

Ist diese Vielfalt ein ernst zu nehmendes Hemmnis oder eine Chance für die Suche nach nachhaltigen Entwicklungspfaden? Bedarf es einer kritischen Selbstreflexion des integrativ-prozeduralen Nachhaltigkeitskonzeptes oder liegt die Stärke dieses Konzeptes vielmehr gerade darin, selbstreflexive Lernprozesse anzustoßen und Akteure mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen so zusammen zu führen, dass Konflikte produktiv überwunden werden?

Teil I

Zusammenhänge

2 Zusammenhänge von Nachhaltigkeit, Globalisierung, Partizipation und Demokratie – New Governance und Kultur als missing links?

Auf der Suche nach Sustainable Global Governance

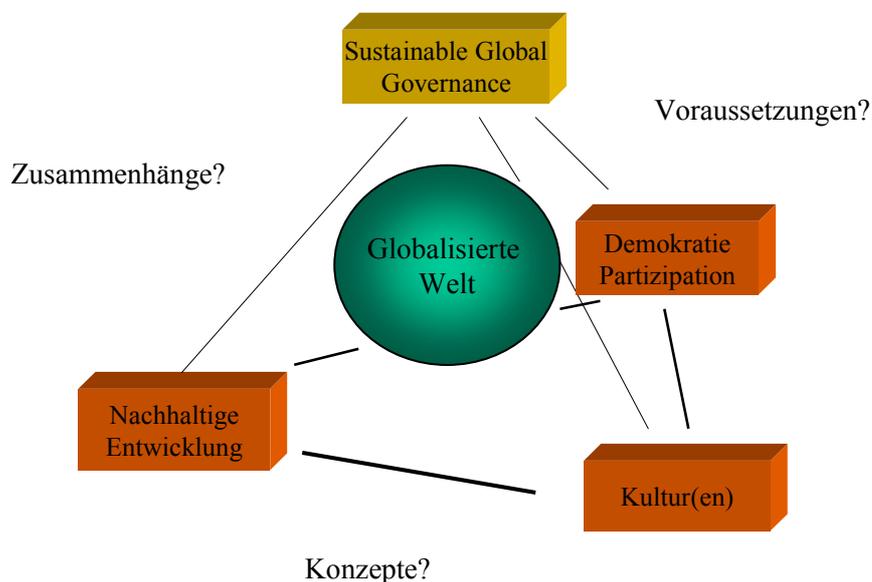
Wie hängen die Begriffe „Nachhaltigkeit“, „Globalisierung“, „Partizipation“, „Demokratie“, „New Governance“ und „Kultur“ miteinander zusammen?

Das Themenfeld „Nachhaltigkeit – Globalisierung – Partizipation – Demokratie“ steht, wie aus der Ausschreibung des Nachhaltigkeitsrates auch hervorgeht, in einem engen Zusammenhang mit der Diskussion um „New Governance“. Neue Formen der weltweiten Governance werden in der fachlichen Diskussion unter dem Begriff der „Global Governance“ zusammengefasst. Seit auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 die gemeinsame Verantwortung der Staatengemeinschaft für die Zukunft der Erde auf die Agenda der internationalen Politik gehoben wurde, hat sich die Diskussion um Muster der weltweiten Global Governance noch erweitert: In diesem Zusammenhang wird zunehmend von „Sustainable Governance“ gesprochen. Das European Consultative Forum on the Environment and Sustainable Development meint damit die institutionellen und prozeduralen Aspekte der Nachhaltigkeit.⁵

Damit steht zur Diskussion, welche Reformen das politische System braucht, damit eine nachhaltige Entwicklung weltweit möglich wird. Auf die Hintergründe und einige fundamentale Konzepte einer Sustainable Governance soll im folgenden eingegangen werden – damit wird der Weg bereitet für ein Verständnis von Sustainable Global Governance. Die Diskussion zu diesem Thema hat jedoch gerade erst begonnen.

Fünf der in der Ausschreibung dieses Berichts zentralen Ideen sollen in Beziehung zueinander dargestellt werden. Nach einer Interpretation der Herausforderungen der *Globalisierung* werden im Anschluss daran zwei Antworten des politischen Systems auf die globalisierte Welt vorgestellt: zunächst das Leitbild der *New Governance*, im Anschluss daran das Leitbild der *nachhaltigen Entwicklung*. Abschließend werden die Bühnen des Wandels skizziert – zunächst das demokratische System (*Demokratie und Partizipation*) und schließlich das weite Feld der *Kultur(en)*. Damit wird eine Interpretation des Themas vorgelegt, die durch die anschließende Darstellung der fünf Konfliktfelder substantiiert wird und die Basis der abschließenden Empfehlungen bietet.

⁵ European Consultative Forum on the Environment and Sustainable Development (2000)

Abbildung: Zusammenhänge – Voraussetzungen - Konzepte

Gemeinsamer Leitfaden durch die Ausführungen ist der Umgang mit Interdependenzen. In einer **globalisierten Welt** kommt es zur Entdeckung gegenseitiger Abhängigkeiten, die sowohl freiwillig eingegangen werden können (etwa in einem auf Handel zentral angewiesenen Wirtschaftssystem oder in der normativ motivierten Einmischung in Menschenrechtsverletzungen) als auch faktisch existieren (beispielsweise durch Umweltzerstörung und Klimaveränderungen), in beiden Fällen aber handlungsrelevant werden. In der sich langsam konstituierenden Weltgesellschaft kommt es also zur *Emergenz und Relevanz der Neuen Interdependenzen*. - Die **Governance-Diskurse** lassen sich verstehen als die Anpassung des politischen Systems an diese Emergenz und Relevanz von Interdependenzen. Die Funktion des politischen Systems – nämlich die Steuerung und Bearbeitung der Welt – kann unter den Bedingungen Neuer Interdependenzen nur durch eine interne Reorganisation und Ausweitung des Regierungsbegriffes aufrecht erhalten werden. Die Governance-Diskurse beschäftigen sich also mit der (*reaktiven*) *Fähigkeit zum Management von Interdependenzen*. - Dass die dauerhafte Aufrechterhaltung der Funktionen des politischen Systems nicht genug ist, sondern dass (mindestens die im Effekt negativen) Interdependenzen ganzheitlich bearbeitet werden müssen, ist die zentrale Idee **nachhaltiger Entwicklung**. Sustainable Governance ist also der Versuch, nicht nur die drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales integriert zu behandeln, sondern auch verschiedene Akteure durch Partizipation zu integrieren. Damit ist die Hoffnung verbunden, Interdependenzen im politischen Prozess abzubilden und neu zu verhandeln, möglicherweise im Rückgriff auf positiv realisierte Interdependenzen – also Synergieeffekte. Sustainable Governance kann also beschrieben werden als die *proaktive Gestaltung von Interdependenzen*. - Das bedeutet im Effekt ein verändertes **Verständnis von**

Demokratie und Partizipation, das auf den Leitwerten der Kooperation und der Stärkung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft basiert. Demokratie wird vorgestellt als *ein System zur Verhandlung von Interdependenzen* in verschiedenen Formen von Deliberation und Dezision. Dabei wird das Verhältnis von Input (Partizipation) und Output (Effektivität und Gemeinwohl) des demokratischen Systems besonders thematisiert. – Der Wortschatz und die Ideen, die unsichtbaren Grenzen und die möglichen Requisiten all dieser Veränderungen finden sich in unserer **Kultur**, verstanden als Fundus von Erfahrungen und Möglichkeiten. Kultur ist aber nicht nur ein Fundus, sondern auch der Fokus der Veränderungen. Denn alle Interdependenzen werden in kulturellen Mustern abgebildet und bilden gleichsam eine zweite, menschengemachte Welt, in der wir leben. Diese Welt ist in der Krise, zum ersten: weil ihre kulturellen Muster (unsere Deutungs-, Lebens- und Konsummuster) mit der ersten Welt (den natürlichen Lebensgrundlagen) in Konflikt geraten sind - das lässt sich als im Effekt negative Interdependenz der zwei Welten begreifen. Zum zweiten ist Kultur der Fokus krisenhaft wahrgenommener Veränderungen, weil einerseits verschiedene lokale Kulturen die neuen translokalen Interdependenzen intern realisieren und andererseits ihre Geltungsansprüche dabei in Konflikt miteinander kommen. Beide Entwicklungen führen zu einem intern wahrgenommenen Anpassungsdruck der eigenen Kultur. Wenn die Welt eine Bühne ist, sind Kulturen die Dramen, die darauf aufgeführt werden. Die Muster einer Kultur bilden also die *Form der Interdependenzen* ab, die neu auftreten, gemanagt, gestaltet und verhandelt werden müssen – und zwar durch die Fortschreibung und Transformation der kulturellen Muster. Diese selbstreflexive Entwicklung von Kultur hängt entscheidend von ihrer Dialogfähigkeit ab.

3 Das globale Dorf: Interdependenzen zwischen Marktplatz und Stammesfehden

3.1 Charakteristiken der Globalisierung

Seit den 90'er Jahren des letzten Jahrhunderts hat der Begriff der "Globalisierung" exponentiell an Bedeutung gewonnen. Seither wird insbesondere in der Soziologie eine kontroverse Diskussion darüber geführt was unter dem "Phänomen" der Globalisierung zu verstehen ist. Ist die Globalisierung eine (je nach Interpretation) primär kapitalistisch, primär demokratisch, primär menschenrechtlich etc. motivierte Fortschreibung der europäischen Moderne nach dem Motto „Modern Europe goes global“, oder befinden wir uns an der Schwelle zu einem noch nie dagewesenen, „globalen Zeitalter“ (Albrow 1996), dessen Taufe die Bilder des Planeten Erde aus dem All sind?

Globalisierung wird sehr oft gleichgesetzt mit Globalisierung der Wirtschaft, die von Immanuel Wallerstein (1986) radikal und kritisch als Ausbildung eines ausbeuterischen kapitalistischen Weltsystems beschrieben wird. Demnach ist die Welt ein Markt, der durch Gewinnmaximierung bestimmt wird,

und Staaten dienen der Verdrehung des Marktes zu Gunsten weniger einflussreicher Gruppen. Eine ähnliche Analyse bieten Negri und Hardt in ihrem Bestseller *Empire* (2001). Weniger radikal lässt sich konstatieren, dass auf vielfältige Weise die Verflechtung der wirtschaftlichen Interaktionszusammenhänge zunimmt: Unternehmen bauen weltweite Vertriebsnetze auf, produzieren an verschiedenen Standorten weltweit, bauen internationale Zuliefernetzwerke auf, fusionieren mit oder beteiligen sich an ausländischen Unternehmen über eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle. Viele Konsumgüter und Dienstleistungen werden weltweit angeboten.⁶ Ob dabei die Politik ihr Primat an die Wirtschaft verliert, bleibt ein Diskussionsthema.

In der Tat ist aber die Globalisierung der Wirtschaft nur eines der deutlichsten Beispiele der Muster grundsätzlichen Wandels, die unter dem Begriff Globalisierung zusammengefasst werden. Beck (1998) zählt ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Trennschärfe unterschiedliche Dimensionen der Globalisierung auf: die kommunikationstechnische, ökologische, ökonomische, arbeitsorganisatorische, kulturelle und zivilgesellschaftliche Dimension. Das Wort „global“ verweise auf die gleiche Bedeutung wie „translokal“, also: über einen Ort hinausgehend. Globalisierung bezeichnet also Grenzüberschreitungen und neuartige Verflechtungen, die nach Beck „operational gewendet, meist zu einer Intensivierung von wechselseitigen Abhängigkeiten über nationale Grenzen hinweg“ führen (Beck 1998, 88).

3.2 Die Entdeckung der Interdependenz

Im Rahmen dieser Studie wird Globalisierung verstanden als die bewusste oder unbewusste Bildung, jedenfalls die Entdeckung gegenseitiger Abhängigkeiten von Akteuren, die vormalig in keinem direkten Interaktionszusammenhang standen (Beck 1998, 42, 88). Auch Nuscheler (2000, 239) schreibt zu Definitionsversuchen des Begriffes: „Unbestritten ist, dass es eine Vermehrung und Verdichtung grenzüberschreitender Interaktionen gibt, die alle Staaten und Gesellschaften in ein Geflecht wechselseitiger Abhängigkeiten verstricken und sie, freilich mit unterschiedlichen Graden der Verwundbarkeit, internationalen Entwicklungstrends unterwerfen.“⁷ Ähnlich versteht Giddens Globalisierung als “intensification of worldwide social relations which link distant localities in such a way that local happenings are shaped by events occurring many miles away and vice versa” (Giddens 1990, S. 64). Diese neuen translokalen oder transnationalen Interdependenzen werden unter den Überschriften „Post-internationale Politik“, „Transnationale Zivilgesellschaft“, „Transnationalstaat“ und „Kosmopolische Demokratie“ diskutiert (vgl. Beck 1998).

⁶ Pepsi Cola und Coca Cola, McDonalds und Burger King sind nicht nur in den USA die nach Umsatzzahlen beliebtesten Softgetränke und Fast-Food-Ketten; sie sind es bspw. auch in Thailand, Singapur und Indonesien.

⁷ Nuscheler (2000, 239).

Robertson (1992) hebt die Reichweite und Tiefe hervor, mit der das Bewusstsein der Welt als singulärer Platz inzwischen alltäglich geworden ist. Das Globale wird lokal, und das Lokale muss als Aspekt des Globalen verstanden werden: diese Intensivierung von wechselseitigen Abhängigkeiten nennt Robertson „Glokalisierung“. Globalisierung wird stets nur an lokalen Orten konkret erfahrbar. Es kommt insofern zu einer immer paradox anmutenden Gleichzeitigkeit von Universalismus und Partikularismus, Traditionen und Fortschritt, Fragmentierung und Neu-Bindungen. Eingefangen hat eines dieser Paradoxa das Titelbild von Benjamin Barbers „Jihad Vs McWorld“, das eine verschleierte Frau mit einer Pepsi-Dose zeigt.

Die zunehmende translokale Vernetzung führt zur Stärkung der Bedeutung regionaler, stadtreionaler, urbaner und lokaler Orte, Akteure und Identitäten. Die regionalen und lokalen Ebenen der Politik sind bedeutender geworden, was aber nicht zulasten nationaler Politik geht: „Statt dessen lässt sich die Steigerung von politikfähigen Ebenen und damit eine Steigerung politischen Handelns insgesamt beobachten, welche die *relative* Bedeutung von nationalstaatlicher Politik gemindert hat.“ (Kleger1999, 386). Europa wird in absehbarer Zeit umfassend verstädert sein: Städte integrieren als Stadtregionen und lokale Wirtschaftsräume das Umland und werden zu europäischen Zentren des Verkehrs, der Dienstleistungen, Warenproduktion, des kulturellen Lebens und der sozialen Spannungen. Damit wird die Stadt zum politisch relevanten Weltort – eine Entwicklung, die fortentwickelte Lokale Agenda 21-Prozesse in ihrer Bedeutung aufwerten wird.

3.3 Konsequenzen der Neuen Interdependenzen

Die Bildung bzw. neu entdeckte Relevanz gegenseitiger translokaler Abhängigkeiten bedroht seit den Umbrüchen von 1989 immer deutlicher die bestehende Nachkriegsordnung, zu der das System von Bretton Woods ebenso zählt wie eine Glanzzeit national verfasster, international kooperierender Wohlfahrtsstaaten. Habermas spricht von einer „Neuen Unübersichtlichkeit“, Zygmunt Baumann vom „Ende der Eindeutigkeit“. Diesen aus Sicht der Nationalstaaten nach-ordentlichen Zustand und aus weltgesellschaftlicher Sicht vor-ordentlichen Zustand in eine neue Ordnung zu verwandeln, ist – wie an anderer Stelle ausgeführt wird - Gegenstand der Global Governance Debatte.

Die neuen Interdependenzen der Globalisierung sind zugleich – Paradoxon der Globalisierung – Chance und Gefahr für die entstehende Weltgesellschaft. Zum Beispiel ist die Ersetzung alter Feindbilder durch neue Freundschaftsbande willkommen. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, das neue „Schurken“ gesucht und gefunden werden, deren (tatsächliche oder vermeintliche) Feindschaft für eine Gemeinschaft immer identitätsstiftend und integrierend wirkt. Es kommt zu neuen Konflikten, von deren globalem Verlauf seit dem 11. September 2001 befürchtet werden muss, dass sie sich entlang religiöser oder ethnischer Linien bewegen, auch wenn sie von den USA mit einem Mischton aus Moral und Machtpolitik eingefärbt werden („You’re either with us, or you are with them“). Auch hier

zeigt die Glokalisierung Wirkung: der äußere Feind wird zum „inneren Feind“, zum verdächtigen arabischen Studenten in der Wohnung nebenan.

Exkurs: Weltrisikogesellschaft

Ein zentraler Aspekt negativer Interdependenzen wird unter dem Stichwort „Weltrisikogesellschaft“ beschrieben (Beck 1998, 73). Nach Giddens und Beck kennzeichnet sich die moderne Massengesellschaft durch eine Zunahme kollektiver Risiken aus. Dazu zählen die Gefahr eines Atomkrieges, Vereinsamung, Arbeitslosigkeit oder auch die menschenveranlasste Bedrohung durch Umweltzerstörung (Giddens 1990, S. 124). Kennzeichnend für moderne Risiken ist nach Giddens ihre steigende Intensität und Anzahl und für Beck, dass sie die gesamte Menschheit betreffen und keine Unterschiede zwischen den Privilegierten und Reichen und den Armen und Unterprivilegierten machen. Insofern alle Menschen auf die gleiche Weise mit den Folgen wissenschaftlich-industrieller Entscheidungen und der Zerbrechlichkeit der Zivilisation konfrontiert seien, spricht Beck von einer „globalen Schicksalsgemeinschaft“ (Beck 1998, 95). Die Interdependenz zeigt sich auch im globalen Bumerangeffekt, den Nuscheler (2000, 241) für Verelendung, Umweltzerstörungen, armutsbedingte Migration und Kriege anspricht: „Mit der Globalisierung von Ökonomie und Technologie, von Kommunikation und Transportsystemen internationalisieren sich auch Fehlentwicklungen. In einer interdependenten Welt kommt ein Inseldenken einem Realitätsverlust und einer Erkenntnisverweigerung gegenüber den Herausforderungen der vielschichtigen Interdependenzen gleich.“

Diese neuen Weltprobleme führen zu neuen Verteilungskonflikten, die als Macht- und Interessenkonflikte, kulturelle und religiöse Konflikte ihren Ausdruck finden. Nach Robertson kann man diese Welt im Wandel nicht verstehen, „ohne die Ereignisse aufzugreifen, die unter den Stichwörtern politics of culture, culture capital, cultural difference, culturural homogeneity, ethnicity, race and gender‘ bearbeitet werden“ (Beck 1998, 91). Die Erosion interner Souveränität der Nationalstaaten macht einmal mehr deutlich, dass diese neuen Weltprobleme mit den herkömmlichen Mitteln der Ordnung nicht mehr beherrschbar sind.

Während „schlechte Interdependenzen“ zu Konflikt führen, können „gute Interdependenzen“ Synergie bedeuten. Eine kluge Politik wird Konflikte in Probleme verwandeln und Probleme in Chancen, ihre Ziele und Visionen zu verwirklichen. Das beste Beispiel positiv genutzter Interdependenzen ist die Existenz des World Wide Webs, des Internets. Auch wenn negative gegenseitige Abhängigkeiten etwa durch e-mail-Viren ins Auge springen, so bietet die grenzenlose Kommunikation und der stark vereinfachte Zugang zu Fachwissen einen enormen Synergie-Schub für die Selbstorganisation und vernetzte Zusammenarbeit etwa in der Wissenschaft und in der Zivilgesellschaft. Gute Interdependenzen lassen sich auch in anderen Bereichen realisieren – auf dieser Logik basieren etwa die neuen Formen der Kooperation zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die unter den Stichworten Public-Private-Partnerships, tripartite partnerships oder auch new social partnerships diskutiert werden.

In der Erfahrung eines gemeinsamen Schicksals konstituiert sich langsam, aber stetig die interdependente Welt als Weltgesellschaft. Die folgenden Begriffsklärungen knüpfen an diesen Vorgang an: Bestehende *Kulturen* – verstanden als Muster der Weltinterpretation – werden durch die Globalisierung doppelt herausgefordert, einmal durch den Anpassungsdruck einer sich verändernden Welt, zum zweiten durch konkurrierende Kulturen mit Anspruch auf Weltdeutung. Zentrales Thema der *Global-Governance-Diskussion* ist das Management der Interdependenz. Bleiben dabei *Partizipation und Demokratie* auf der Strecke oder erweisen sie sich als anpassungsfähig, oder gar: als Instrumente einer intelligenten Anpassung? - Auf eine vielfache Weise ist das Leitbild *nachhaltiger Entwicklung* als Gestaltung der Interdependenzen beschreibbar. Sie hat drei Aspekte: erstens die Gestaltung der globalen / translokalen Interdependenzen, zweitens die Gestaltung der Abhängigkeit kommender Generationen im Zeitablauf von heutigen Entscheidungen und drittens die Gestaltung von Lösungen von verknüpften Problemlagen.

4 New Governance: Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen der neuen Interdependenzen

4.1 Die Governance-Diskussionen

Die Diskussion um bestimmte Formen von Governance hat ihre Wurzeln zum einen in der Diskussion um gesellschaftliche Steuerungstheorien, welche in den Sozialwissenschaften seit zwei Jahrzehnten entwickelt werden (vgl. etwa Mayntz 1997a). Prägend waren auch Forschungen zur Institutionenökonomie (dazu Williamson 1990). Governance ist deshalb zu einem Begriff geworden, der in verschiedenen sozialwissenschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und ökonomischen sowie politischen Diskursen immer wieder auftaucht. Dabei wird der Begriff oft verschieden belegt, was eine allgemeinverbindliche Definition unmöglich macht. Die Stärke unscharfer Begriffe ist es aber, Diskussionen zu binden und Innovation herauszufordern.

Im Kern geht es bei der Governance-Diskussion um zwei Punkte: erstens den empirisch beobachtbaren Wandel im Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, zweitens um Konzepte, neuer Formen politischer Steuerung und Koordination kollektiven Handelns. Besonders der zweite Punkt ist für die Zwecke dieser Studie von Interesse. Governance wird – dies vorweg - verstanden als der Versuch der funktionalen Erhaltung von Regierungsfähigkeit unter veränderten globalen und gesellschaftlichen Bedingungen. Es geht also um die Sicherstellung der dauerhaften Funktionsfähigkeit des politischen Systems und in diesem Sinne um Nachhaltigkeit für das politische System.

Zentraler Begriff aller Governance-Konzepte ist die „Steuerung“ kollektiven Handelns. Analysen und Konzepte einer Steuerungskunst unter den Bedingungen moderner sozialer Dynamik kommen in der

Gegenwart seit etwa zwei Jahrzehnten besonders aus Köln vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung von Renate Mayntz und Fritz Scharpf. Noch viel älter ist die Diskussion in der Neuen Politischen Ökonomie um Anreizprobleme im politischen System, deren Ursprünge bereits mehr als 50 Jahre zurück liegen (Schumpeter 1942; Downs 1957). Und schon bei Platon tauchte die Metapher der Politiker auf, die sich als Seeleute um das Ruder des Steuermann streiten, obwohl keiner von ihnen etwas von der Steuermannskunst und Staatskunst versteht. In der heutigen Diskussion geht es allerdings weniger um Staats- und Steuermänner. Problematisiert werden vielmehr die Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit in einer komplexen (globalen) Welt voller gegenseitiger Abhängigkeiten, Verflechtungen und Blockaden.

Im Ausgang der Steuerungsdiskussion stand die Aufrechterhaltung des sachlich-technischen Prozesses politischer Herrschaftsausübung durch Anpassung an die neuen Verhältnisse. Das Bild von Vater Staat als handlungsmächtigem Herrn im Haus, nach wie vor tief verwurzelt im deutschen Politikverständnis, haben die Steuerungstheoretiker freilich relativiert. Weil der Staat an Steuerungseffektivität eingeübt hat, arbeiten sie an neuen Arrangements politischer Institutionen und Verhandlungssystemen, an Regeln, Verhaltensmustern und Anreizen, die eine effektivere politische Steuerung wieder gewährleisten sollen – „*governance without government*, Regieren statt Regierung“ (Rosenau / Czempiel 1992). Governance lässt sich als Regulierungsmodus jenseits des Gegensatzes von Staat und Markt verstehen. Häufig wird dabei auf Selbstorganisationsansätze zurückgegriffen. Es ist ein Abschied vom hierarchisch-kausalen Steuerungsgedanken und eine Hinwendung zum Denken über dezentrale, kooperative Steuerung unter komplexen Verhältnissen (Stichworte „Co-Arrangement“, hybride Strukturen). Dabei verwischen sich zunehmend die Grenzen zwischen Staat, Markt und Gesellschaft. Zwei Schwerpunkte für Reformen und Innovation lassen sich dabei ausmachen: einerseits intra-organisatorisch in der Verwaltung selbst, zum zweiten inter-organisatorisch in der Interaktion mit anderen Organisationen und Institutionen. Die bisherige Praxis und die dahinterstehenden Normen und Regeln kommen so auf den Prüfstand.

Steuerungstheoretische Vorschläge erreichen die Öffentlichkeit in Form von politischen Konzepten, die sich „Interventionsstaat“, „minimaler Staat“, „moderierender Staat“ und „Steuerungsstaat“ (Braun 2000), in letzter Zeit auch „kooperativer Staat“ (Arthur Benz) oder auch „ermunternder“, „aktivierender Staat“ (Blanke, Evers / Leggewie) nennen. Diese Vorschläge umfassen Strategien der Aufgabenreduzierung des Staates, der Einführung von mehr Wettbewerb und Transparenz durch Privatisierung und verwaltungsinterne Umstrukturierung („New Public Management“) sowie die Einbeziehung von Bürgern durch Konsultationen und Partnerschaften, ja sogar die Stärkung („empowerment“) der Zivilgesellschaft. Ganz selbstverständlich werden dabei nicht-(parteien)staatliche Akteure als politische Akteure begriffen – auch das sind relative Neuigkeiten, die einer breiteren Öffentlichkeit erst seit internationalen NGO-Protesten ins Bewusstsein rücken.

Die Produktion von Problemlösungen in nicht-öffentlichen Vermittlungsrunden und Konsensgesprächen stellt sich zwar als funktional effektiv heraus, entspricht aber selten der schlichten und edlen Ästhetik der Demokratie als Volksherrschaft. Beim Begriff „Good Governance“ geht es deshalb auch um die demokratische Akzeptanz und Legitimität dieser Prozesse. Die Weltbank hatte diesen Begriff als Leitbild der Entwicklungspolitik eingeführt (Weltbank 1997). Sie thematisierte damit qualitative Aspekte / Effekte des Regierens wie die Gewährleistung von Rechtssicherheit, Aufrechterhaltung eines verzerrungsfreien politischen Umfeldes, Investition in grundlegende Infrastrukturen und Schutz der Schwachen und der Umwelt. Allerdings wurden die auf einen minimalistischen Staat abzielenden Kriterien schnell kritisiert. In Abgrenzung zu Kriterien der Bad Governance (Myrdal 1970) wurden in der Folge Kriterien der Good Governance entwickelt. Auch wenn es bislang keine einheitliche Konkretisierung der Kriterien der „good governance“ gibt, kristallisieren sich doch mindestens im Rahmen der Entwicklungspolitik eine Reihe zentraler Punkte heraus, die vielfach genannt werden. Hierzu zählen⁸:

- Demokratie / Partizipation (Grad der Legitimität der Regierung)
- Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte
- Transparenz der politischen Entscheidungsfindung
- Verantwortlichkeit (Accountability und Responsiveness) des Regierungshandelns
- Korruptionsbekämpfung
- Konsensorientierung (als Ziel eines Prozesses und als Prinzip eines institutionellen Bauplans)
- Gleichheit (Respekt und Partnerschaft)
- Effektivität und Effizienz
- Strategischer Weitblick (mittel- und langfristige Programme, Evaluationen)
- Geschlechtssensibilität

Good Governance, so die Interpretation der Novartis-Stiftung, stelle den Menschen ins Zentrum aller entwicklungspolitischen Bemühungen gemäß des Mottos: „Where people grow, profits grow“.⁹ „Good Governance“ wurde damit zum Vorläufer der sehr jungen Debatte um Sustainable Governance (auf die noch einzugehen sein wird). Rothfuß (1998, 96ff) schlägt die Steigerung von Good Governance zu einer „Governance for Sustainability“ vor, indem Kriterien der Dezentralisierung, erweiterte Partizipation, Rahmensetzung für öko-soziales Wirtschaften und die Integration der schwächsten Gesellschaftsgruppen erfüllt werden. Damit ergeben sich Überlappungen zwischen Good Governance und einer Governance for Sustainability, oder: Sustainable Governance.

⁸ Eine ausführliche Liste wird unter Kapitel 6.2 in dieser Studie aufgestellt. Sie findet sich im Papier Governance for Sustainable Development, Paper No. 4 des WHAT Governance Programme – A Joint Initiative of the World Humanity Action Trust (WHAT), UNED Forum and Global Legislators Organisations for a Balanced Environment (GLOBE) Southern Africa, 2001, <http://www.earthsummit2002.org/es/issues/Governance/Montreal-IEG.pdf>

⁹ Teils gibt es auch hiervon deutlich abweichende Definitionen. Unter „good governance“ wird z.B. auch das gute Funktionieren und Zusammenspiel der einzelnen Institutionen verstanden – etwa der nationalstaatlichen Finanzpolitik mit den internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank).

4.2 Global Governance

Global Governance wird, wenn überhaupt, mit Begriffen wie „Weltordnungspolitik“ oder „internationaler Strukturpolitik“ übersetzt. Beides trifft nicht wirklich den Kern der diskutierten polyzentrischen Konzepte, weil damit die Vorstellung eines hierarchischen Steuerungsstaates evoziert wird. Mit Global Governance ist nach Brunnengräber¹⁰ entweder eine *Analyse* gegenwärtiger Veränderungen im globalen Politikprozess gemeint, oder ein *politisches Leitbild* zur Neugestaltung von Staatlichkeit im Kontext globaler Unübersichtlichkeit, oder drittens als politisch-strategischer Reformansatz, der im Kern auf die Aufrechterhaltung politischer Steuerungsfähigkeit in einer globalen Welt zielt („Primat der Politik“).

Ausgangspunkt der Global Governance-Diskurse ist die abnehmende Fähigkeit der Politik zur Regulierung der als primär ökonomisches Phänomen wahrgenommenen Globalisierung. Damit verbinden sich Befürchtungen eines Ausverkaufs der Politik und der Privatisierung der Weltpolitik. In Antwort darauf setzen Global-Governance-Diskurse besonders auf neue institutionelle Rahmenbedingungen, auf die Akteure einer sich entwickelnden transnationalen Zivilgesellschaft und auf die (institutionalisierte oder ad-hoc) Kooperation der Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat. Reinicke (1998) spricht in diesem Zusammenhang von Global Public Policy Networks, die als temporäres Netzwerk Probleme angehen, die sie alleine nicht lösen könnten, und dabei auf win/win-Effekte abzielen.

Einer Weltethik als gemeinsamer normativer Bezugspunkt der internationalen Regulierungen wird ebenfalls große Bedeutung beigemessen. Hierauf beziehen sich die auf einen normativen Grundkonsens abzielenden Diskurse, die in Teil II der vorliegenden Studie wieder angesprochen werden. Die empirische Bedeutung dieser Diskurse erscheint allerdings als gering; eine wichtige Bedeutung – besonders auch für die handelnden Akteure – haben sie dennoch.

Die Grundmerkmale von Global Governance werden je nach gesellschaftstheoretischem Geschmack zwischen sozialdemokratischen und neo-liberalen Modellen auf einer Skala zwischen starker politischer Handlungsmacht und der Gewährleistung von Freihandel ausgerichtet. Dabei sind Global-Governance-Diskurse auch von Überlegungen zur ökologischen und sozio-ökonomischen Modernisierung beeinflusst worden. Das Konzept der Good Governance (siehe oben) gehört von den Handlungsfeldern zu den Global Governance-Diskursen, unterscheidet sich aber in der Zielsetzung von ihnen. Denn von den Global-Governance-Diskursen resümiert Brunnengräber, dass es ihnen um die Auf-

¹⁰ Brunnengräber, Achim: Global Governance – Zur Karriere eines politikwissenschaftlichen Begriffs, für die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, AG „Global Governance“, AG4 AU 14/5, S. 1 (ohne Publikationsdatum)

rechterhaltung von Staatlichkeit - durchaus in neuer Form - gehe, wie sie von technokratischen und effizienzorientierten top-down-Reformen des internationalen politischen Systems erhofft würden. Dahinter stehe ein starkes Interesse am Primat der (staatlich zentrierten) Politik. Fazit: Obwohl die Zivilgesellschaft über NGO's stark in das neue System globalen Regierens miteinbezogen werden soll, werden Partizipationsstrategien zumeist nur unter dem Blickwinkel der Funktionsfähigkeit des politischen Systems entwickelt. Da auch die demokratische Legitimation der NGO's nicht geklärt ist, muss man den Global-Governance-Diskursen ein Demokratiedefizit an den Rand schreiben.

Eine Fortsetzung und Erweiterung der (Global) Governance-Diskurse stellen Strategien der Sustainable Governance dar. Ihre Partizipationsstrategien begegnen auch dem Vorwurf des Demokratiedefizits. Eine ausführliche Diskussion soll am Ende des folgenden Kapitels stehen.

5 Nachhaltige Entwicklung: Normative Orientierung zur Gestaltung der Interdependenzen

5.1 Nachhaltige Entwicklung bis zum Brundtland-Bericht

Der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung funktioniert in der öffentlichen Diskussion wie eine Leinwand, auf den verschiedene, zum Teil gegenläufige Konzepte projiziert werden. Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Nachhaltigkeit verdeutlicht die kulturelle Verwurzelung der Idee und führt in heute geläufige Diskussionen ein.

Beispiele nicht-nachhaltiger Nutzung der Natur durch die Menschen sind aus der Geschichte bekannt. Dazu gehören etwa die Entwaldung und Verödung der Küstenregionen des Mittelmeers durch Römer und Griechen zum Zwecke des Schiffbaus oder die Selbstzerstörung der Polynesier auf der Osterinsel.¹¹ Als Beispiele nachhaltiger Umweltnutzung gelten dagegen die 5000 Jahre alten Terrassenkulturen Chinas, uralte Schonzeitregeln im Walfang oder das der Regeneration dienende Sabbatjahr für Felder in der jüdischen Tradition sowie in zahlreichen Interpretationen des Genesis-Gebotes, die Erde zu bebauen und zu bewahren (so auch von Spinoza).¹² Reflektiert wurde der verantwortliche Umgang mit der (Um)Welt, Wachstum und Entwicklung auch von Philosophen wie Plato¹³, Malthus und Locke, sowie in neuerer Zeit von Erich Fromm ("Haben oder Sein") und Hans Jonas ("Das Prinzip Verantwortung").¹⁴

¹¹ vgl. Harborth, H.-J. (1993), S. 17

¹² Grober, U. (2001), S. 4, vgl. auch Umweltbundesamt (1997), S. 8

¹³ Harborth, H.-J. (1993), S. 17

¹⁴ vgl. ebenda, S. 23-25

Im Jahre 1713 ist es ein kleiner Satz für den kursächsischen Oberberghauptmann von Carlowitz, aber ein großer Schritt in der deutschen Begriffsgeschichte der Nachhaltigkeitsidee, als Carlowitz in seiner "Sylvicultura oeconomica" zum ersten Mal den Begriff "Nachhaltigkeit" als Ausdruck einer im 16. Jahrhundert beginnenden Regelung deutscher Forstnutzung dokumentiert.¹⁵ 1796 schreibt Goethe poetisch: "Gebackenes Brot (ist) schmackhaft und sättigend für einen Tag; aber Mehl kann man nicht säen, und die Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden." Novalis wird 1798 politisch sehr deutlich: "Allen Geschlechtern gehört die Erde; jeder hat Anspruch auf alles. Die Frühen dürfen diesem Primogeniturzufälle keinen Vorzug verdanken."¹⁶

Wesentlich technokratischer klingt die Definition des Begriffes „Sustainability“ im Bericht "Our Common Future" der sogenannten Brundtland-Kommission an die *UN World Commission On Environment And Development* im Jahre 1987: "A system of development that meets the basic needs of all people without compromising the ability of future generations to meet their own needs."¹⁷ Eine Entwicklung lässt sich also dann als „nachhaltig“ bezeichnen, wenn sie „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, S. 46)¹⁸. Der Brundtland-Bericht formuliert ein ausführliches und integriertes Konzept nachhaltiger Entwicklung mit dem Anspruch globaler Geltung. Er analysiert, wie Umweltschutz, wirtschaftliches Wachstum und soziale Bedingungen miteinander in komplexer Weise verflochten sind – zum Beispiel kann sowohl Wohlstand als auch Armut die Umwelt durch Übernutzung zerstören.

Entsprechend umfangreich ist der Katalog von Problemen, die es auf der Suche nach nachhaltigen Entwicklungspfaden zu beachten gilt: ökologische Ziele wie Klimaschutz, Biodiversität, Schutz der Meere und Gewässer, Verhinderung von Bodenerosion und Wüstenbildung sind in einem engen Zusammenhang zu sehen mit sozialen und wirtschaftlichen Zielen wie der Reduktion von Hunger und Armut oder der Wahrung des Weltfriedens. Diese globalen Fragen hängen wiederum eng zusammen mit den Lebens-, Produktions- und Konsummustern verschiedener Gesellschaften, wo sie sich immer lokal konkretisieren und lokal geändert werden könnten. Seit den Terroranschläge in den USA wird zunehmend deutlich, dass eine zukunftsfähige Entwicklung auch blutige Konflikte thematisieren muss, die global relevant werden, auch wenn sie nur lokal auftreten. New York, Ramallah und Djerba zeigen, dass es vielleicht keinen Bereich gibt, der bei der Suche nach einer nachhaltigen – „zukunftsfähigen“ – Entwicklung ausgeklammert werden darf.

¹⁵ Kastenholz, H.G. u.a. (1996), S. 35

¹⁶ Grober, U. (2001), S. 4

¹⁷ vgl. Hauff, Volker (1987)

¹⁸ Hauff, V. (1987a), S. 46 - Das Umweltbundesamt übersetzt mit ausdrücklichem Verweis auf die Brundtland-Definition, unter nachhaltiger Entwicklung sei verstanden eine Entwicklung "die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse und ihren Lebensstil zu wählen", in: Umweltbundesamt (1997), S. 4; woher der Zusatz mit den "Lebensstilen" kommt, ist unklar.

In Antwort auf solch eine Analyse entwirft der Brundtland-Bericht ein normatives Leitbild, das die *intergenerative* und die *intragenerative Gerechtigkeit* postuliert.¹⁹ Diese Herangehensweise wird von Brand (1997) als Antwort auf eine "doppelte Herausforderung" beschrieben: "Es thematisiert sowohl die Globalität als auch die Verflechtung verschiedener Krisendimensionen der Moderne."²⁰

5.2 Die Frage nach dem Was – Das Drei-Säulen-Modell und seine Kritiker

Was sind die Inhalte und Ziele, die im Rahmen nachhaltiger Entwicklung zur Diskussion stehen? Die angesprochene weltweite Verflechtung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen auf der Basis eines normativen (und selten hinterfragten) Postulats macht seit dem Brundtland-Bericht 1987 und in der Fortsetzung des Rio-Gipfels 1992 den inhaltlichen Kern des Diskurses und der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung aus. Das daraus abgeleitete „Drei-Säulen-Modell“ nachhaltiger Entwicklung anerkennt, dass die Biosphäre, das ökonomische System und Sozialsysteme in komplexer Weise aufeinander einwirken und voneinander abhängen und dass eine nachhaltige Entwicklung die Entwicklungen in Ökologie, Ökonomie und Sozialem gleichberechtigt miteinander verknüpfen und miteinander verhandeln muss.²¹ Der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages von 1998 „Schutz des Menschen und der Umwelt“ weist auf eine Parallele der drei Dimensionen hin: Nach Erkenntnis der Belastungsgrenzen ökologischer Systeme in den achtziger und neunziger Jahren „setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass auch im Bereich ökonomischer und sozialer Ordnungen Grenzen der Belastungsfähigkeiten existieren (...)“ (Enquete-Bericht 1998, 30).²²

Pionierarbeit bei der Ausarbeitung des Leitbildes leistete auch die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Institutes im Auftrag von BUND-Misereor.²³ Zwei Strategien standen im Mittelpunkt: die Effizienzstrategie und die Suffizienzstrategie. Erstere baut auf technologischem Fortschritt (die Erhöhung der Ressourcenproduktivität um den "Faktor 4") und betrifft stofflich-energetische Prozesse, die naturwissenschaftlich erfasst werden können. Die zweite Strategie adressiert die Frage nach

¹⁹ Ausführlich zum normativen Kern der Generationengerechtigkeit in Nachhaltigkeitskonzeptionen vgl. Forschungszentrum Karlsruhe GmbH (1999), S. 11-24

²⁰ Brand, Karl-Werner (1997), S. 10

²¹ "Einer der wichtigsten Erkenntnisfortschritte im Zusammenhang mit der Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung ist die Einsicht, dass ökonomische, ökologische und soziale Faktoren nicht mehr voneinander abgehoben oder ausgespielt werden dürfen", heißt es in der Studie des Umweltbundesamt (1997), S. 8

²² Schon der 12. Bundestag befasste sich in einer Enquete-Kommission mit dem „Schutz des Menschen und der Umwelt - Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“, die mit einem Bericht im Jahr 1994 abschloss. Er fokussierte auf Stoffkreisläufe, die „Bedeutung des Produktionsfaktors Natur als Engpassfaktors für die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Beschreibung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung“. Der 13. Bundestag führte die Enquete-Kommission fort, behandelte aber statt der Stoffkreisläufe die Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung. Der Abschlussericht liegt seit 1998 vor.

²³ BUND/Misereor (1996); vgl. auch Grober, U. (2001), S. 5

nachhaltigen Lebensstilen und Bedürfnisbefriedigung mit "neuen Wohlstandsmodellen". Güterwohlstand, Zeitwohlstand und Raumwohlstand müssten ausbalanciert werden. Der Arbeitsbegriff der Industriegesellschaft wird ausführlich problematisiert und Alternativen entworfen. Hier thematisiert die Studie auch Denkweisen, Werthaltungen und symbolische Orientierungen, also kulturell-symbolische Zusammenhänge, wie sie von den Sozial- und Kulturwissenschaften behandelt werden.

Weitere grundlegende Umsetzungsversuche "in konzeptionellen Studien und nationalen Plänen" untersucht eine laufende, vom Institut für Technikfolgenabschätzung des Forschungszentrums Karlsruhe koordinierte Verbundstudie der Hermann-Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren ("HGF-Studie").²⁴ Sie beschäftigt sich neben der Wuppertal-Studie auch mit dem Umweltgutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen "Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung" (1994), dem Diskussionspapier des BMU "Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung" (1996), dem Bericht der Bundesregierung für die UN-Konferenz in New York "Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland" (1997), mit der Studie des Bundesumweltamtes "Nachhaltiges Deutschland" (1997) und der Studie der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg "Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg" (1997). Alle bisher genannten Studien beziehen sich ausdrücklich auf die Nachhaltigkeitsdefinition der Brundtlandkommission (HGF-Studie, 12).

In den verschiedenen Studien werden aber unterschiedliche Herangehensweisen deutlich. Das von der Enquete-Kommission des Bundestages vertretene „ganzheitliche“ oder "holistische" Modell dreier gleichberechtigter Säulen wird von den Vertretern der sogenannten Ein-Säulen-Modellen kritisiert. Vertreter des Einsäulen-Modells beziehen sich zwar auf das Drei-Säulen-Modell des Brundtland-Berichts und des Bundestages, verknüpfen und gewichten allerdings diese drei Säulen mit einer Priorisierung der Ökologie (Forschungszentrum Karlsruhe; Jörisen / Rink / Kneer 2000). Zu den Vertretern des Ein-Säulen-Modells zählen die neben der Studie des Wuppertal-Instituts auch die Studie des Umweltbundesamtes "Nachhaltiges Deutschland" (1997) und die Studie der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg "Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg" (1997). Der Fokus auf die ökologische Dimension erklärt sich teils durch das Themeninteresse der Verfasserseite (Umweltbundesamt, Bundesministerium für Umwelt, Rat der Sachverständigen für Umweltfragen), teils aus untersuchungspragmatischen, konzeptionellen und normativen Gründen: ökonomische und soziale Fragestellungen seien gegenüber der materiellen Grundlage einer intakten Umwelt absolut zweitrangig (so etwa in der Studie des Wuppertal-Instituts), das Nachhaltigkeitskonzept werde sonst überfrachtet (so die Position der Akademie für Technikfolgenabschätzung).

²⁴ Forschungszentrum Karlsruhe (1999) Bei dieser Synopse handelt es sich um einen Teil einer sechs-bändigen Vorstudie für ein derzeit laufendes Verbund-Projekt der Hermann-von-Helmholtzgesellschaft (HGF) unter der Federführung des Forschungszentrums Karlsruhe, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt wird.

Im Dialogpapier des Nachhaltigkeitsrates „Ziele der Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“ findet sich in dieser Frage eine Differenzierung zwischen einer generellen Gleichberechtigung der drei Säulen und der besonderen Dringlichkeit der ökologischen Frage: „Nachhaltigkeitsstrategien sind keine ‚Umweltpläne‘. Sie sind mehr. Sie wollen alle drei „Dimensionen“ der Nachhaltigkeit umsetzen.(...) Ein generelles ‚Primat der Ökologie‘ gibt es ebenso wenig wie einen grundlegenden Vorrang des Wirtschaftens oder sozialer Belange. Gleichwohl ist es eine Tatsache, dass die ökologische Bedrohung der Erde dem menschlichen Handeln Grenzen setzt. Der Dimension „Umwelt“ kommt deshalb die Rolle der Antriebskraft zu“ (S. 6).

Die Entscheidung, alle drei Säulen nachhaltiger Entwicklung gleichberechtigt nebeneinander zu stellen, fällen auch nationale Umweltpläne anderer Länder, so Österreich, England, die USA. Damit formuliert das integrierte Drei-Säulen-Modell einen breiten, international geteilten politischen Anspruch an nachhaltige Entwicklung und kann im Sinne der Studie mindestens als europäisches Modell nachhaltiger Entwicklung gelten. Dieses Modell leistet Hilfe bei der Beantwortung der Frage, was als Inhalte und materielle Ziele nachhaltiger Entwicklung zu gelten hat.

Erweiterung des Drei-Säulen-Modells um eine vierte Dimension

Das Drei-Säulen-Modell erfährt allerdings mancherorts auch eine Erweiterung um eine Säule, je nach Argument politische, institutionelle oder kulturelle Dimension. Wollte man im Bild der drei Säulen bleiben, scheint es allerdings geraten, diese vierten Dimensionen eher als „Dach“ oder „Fundament“ denn als „Säule“ zu verstehen, denn sie adressieren die übergreifende Frage der Integration der anderen drei Säulen: Wie führt man diese Integration politisch durch? Und welche kulturellen Ressourcen braucht man für eine integrierte Betrachtung? Kurz: was sind die normativen, materiellen, institutionellen und prozeduralen Voraussetzungen einer Politik für Nachhaltigkeit?

Die HGF-Studie (1999, 163ff.) führt als vierte Dimension die „politisch-institutionelle Dimension“ ein, um auf den Innovationsbedarf in den Rahmenbedingungen hinzuweisen. Sie verweist auf eine in vielen Studien erkennbare, aber nicht deutlich konturierte Diskussion institutioneller Bedingungen und fasst diese Überlegungen zu einer eigenen Dimension zusammen. Von institutionellen Innovationen sei eine ähnlich bedeutungsvolle Rolle als Impulsgeber für grundlegenden Wandel zu erwarten „wie von technischen Entwicklungen, wissenschaftlichen Entdeckungen oder neuen Weltanschauungen.“ Die HGF-Studie erwartet institutionellen Wandel sowohl im (lokalen bis globalen) Governance-Bereich zwischen Staat und neuen politischen Akteuren wie auch im Bereich der Konventionen, Gewohnheiten, Sitten und ethischen Normen und bei rechtlichen Regelungen.

Auf die Bedeutung von Konventionen, Sitten, Gebräuchen und Normen wird auch unter der Überschrift der „kulturellen Dimension nachhaltiger Entwicklung“ hingewiesen. Kurt / Wehrspau (2001, 17) mahnen an, sich dringend mit der Kultur als „verdrängte(m) Schwerpunkt des Nachhaltigkeits-Leitbildes“ auseinander zu setzen. „Insofern das Leitbild Nachhaltigkeit eine grundlegende Revision überkommener Normen, Werte und Praktiken in allen Bereichen von der Politik über die Wirtschaft bis zur Lebenswelt impliziert,

enthält es einen genuin kulturschöpferischen Impetus.“ Im finnischen Nachhaltigkeitskonzept spielt die kulturelle Dimension eine eigenständige Rolle neben der sozialen und der ökologischen Dimension, welcher die ökonomischen Belange zugeordnet werden.²⁵ Oft werden kulturelle Fragen unter der sozialen Dimension abgehandelt (vgl. Paskalewa, 1999). – An die kulturelle Dimension nachhaltiger Entwicklung wird an anderer Stelle wieder angeknüpft.

5.3 Vom Was zum Wie - „Nachhaltige Entwicklung“ als prozedurales integratives Konzept

„Die vorliegende Studie plädiert für eine grundsätzliche Erweiterung der Debatte um eine Politik der Nachhaltigkeit: Neben das 'Was' der Zielkonkretisierung der unterschiedlichen Pole 'nachhaltiger Entwicklung' und der instrumentellen Umsetzung dieser Ziele - ein Zugang, der bisher die Arbeit der Enquete-Kommission 'Schutz des Menschen und der Umwelt' prägte - muss die Frage nach dem 'Wie' der gesellschaftlichen Organisation treten, um eine Politik der Nachhaltigkeit einzuleiten“, schreiben die Autoren der von der bereits angesprochenen Bundestag-Enquete-Kommission in Auftrag gegebenen Studie "Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit" (IFOK / IWÖ 1998, VIII). Wie setzt man nachhaltige Entwicklung um? Wie wird die Idee zur Praxis? Wie stellt man sich die Integration der drei oder vier Säulen vor? Zunächst sollen drei grundlegende Herangehensweisen an den Begriff vorgestellt werden. Anschließend wird das prozedural-integrative Modell nachhaltiger Entwicklung und die Strategie integrativer, globale und partizipativer Veränderungsprozesse erläutert. Am Ende steht der Ausblick auf die Strategie der Sustainable Governance, der ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Drei praktische Verwendungen des Begriffes Nachhaltiger Entwicklung lassen sich unterscheiden. Mit nachhaltiger Entwicklung als **regulativer Idee** (Homann 1996) ist ein normatives Leitbild gemeint, das wegweisend für konkrete Umsetzungsbemühungen ist, aber welches nicht abschließend bestimmt werden kann. Andere „regulative Ideen“ im Sinne Immanuel Kants sind etwa „Freiheit“, „Solidarität“ oder „Gerechtigkeit“. Sie sind erkenntnistheoretische Konstrukte, die dem menschlichen Verstand bei Such- und Lernprozessen eine Richtung weisen. Vom Ideal gibt es keinen direkten Weg zur Umsetzung - sie bleibt „Sisyphusarbeit“.²⁶ Diese wird immer wieder in der Bildung von **Modellen** (nicht-)nachhaltiger Entwicklung in der wissenschaftlichen politischen Diskussion geleistet. Oft werden diese Modelle simplifiziert als „Politikvorgaben“ (Homann 1996) angesehen – als könne man der Politik die Hausaufgabe überantworten, ein „nachhaltig“ genanntes Modell einfach umzusetzen. Dieses Prob-

²⁵ Im Bericht der Finnish National Commission on Sustainable Development heißt es dazu: “In its cultural dimension sustainable development permits free intellectual activity, ethical growth, and preservation and development of cultural diversity from one generation to the next.”, vgl. <http://www.vyh.fi/eng/environ/sustdev/tmkeng.htm>

²⁶ Hirsch-Hadorn, G.; vgl. auch Enquete-Kommission (1998a) S. 28

lem lässt sich durch eine engere Orientierung der Wissenschaft an der Politik aber lösen, ist also kein grundsätzliches. – Als nachhaltige Entwicklung wird aber auch der **Post-Brundtland-Prozess** bezeichnet. Damit ist die lokale bis inter- und transnationale Regimebildung seit 1987 gemeint.

Der Begriff Nachhaltiger Entwicklung ist für die Praxis deshalb schwer konkret fassbar. Im Gegenteil ist er, wie eingangs angesprochen, eine Leinwand unterschiedlichster Projektionen, deren Gemeinsamkeit in der Überzeugung besteht, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Nachhaltige Entwicklung reflektiert gleichermaßen Krisenszenarien und Hoffnungsschimmer, und immer wirft sie die Frage auf, was jetzt – und von wem – zu tun wäre. Eine weite Fassung des Begriffs ist auch für die Zwecke dieser Studie durchaus zweckmäßig. Wie die in der Ausschreibung anklingende Frage nach der kulturellen Anschlussfähigkeit des Nachhaltigkeitskonzepts anzeigt, ist zu erwarten, dass das Thema Nachhaltigkeit in einzelnen Kulturkreisen unterschiedlich adressiert wird. Nur eine weite Definition kann die Vielfalt an Konzeptionen und Diskussionssträngen einfangen.

Dennoch lassen sich Grundüberzeugungen aller Umsetzungsmodelle identifizieren. Brand et. al. (2001, 8) nennen als Konsenspunkte einer an Nachhaltigkeit orientierten Politik:

- präventive Langfristorientierung zur Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen;
- integrative Querschnittsorientierung, um der Verknüpfung ökologischer, sozialer und ökonomischer Probleme gerecht zu werden;
- Orientierung am Prinzip sozialer Gerechtigkeit;
- Orientierung an globalen Problemen, an der Verknüpfung von Globalität und Lokalität
- verstärkte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an der Formulierung und Umsetzung konkreter Nachhaltigkeitsprogramme

Vier Orientierungen und nur eine klare Strategie: die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure – das konturiert den Umsetzungsprozess nachhaltige Entwicklung als Suchprozess. Idealerweise stellt man sich den Nachhaltigkeitsprozess als innovativen und reflexiven Such-, Lern- und Entscheidungsprozess vor, der auf mehreren Ebenen die Ansprüche mindestens dreier Dimensionen – Ökologie, Ökonomie und Soziales – sinnvoll integriert. So heißt es im Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998, u.a.: 18, 40, 70): „Eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung gestaltet sich als ein gesellschaftlicher Such-, Lern- und Entscheidungsprozeß, der von permanenten, dynamischen wirtschaftlichen und strukturellen Änderungen begleitet ist.“ Brand / Jochum (2000) sprechen von einem „prozeduralen, integrativen Nachhaltigkeitskonzept.“

Dieses Konzept stellt ein Ideal-Modell dar, an dem sich die Praxis durchaus zu orientieren versucht. Die Datenlage ist insgesamt noch sehr dünn, aber es lässt sich absehen, dass es eine Vielzahl unterschiedlicher Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge gibt, die es in der Konkretisierung des Modells zu

systematisieren gilt. Zu den vielfältigen Erscheinungsformen des Modells zählen alle Versuche, Agenda-Prozesse lokal, regional, national, international und transnational umzusetzen.

Auf internationaler Ebene wurde im Rahmen der Konferenz von Rio 1992 die Kommission für Nachhaltige Entwicklung bei den Vereinten Nationen eingerichtet. Sie koordiniert und forciert die Umsetzung der Beschlüsse von Rio, also auch der Vorgaben der Agenda 21. Auf einer Reihe von Weltkonferenzen haben sich die Staaten auf internationaler Ebene mit Spezialproblemen näher auseinandergesetzt: 1994 in Kairo mit Fragen der Bevölkerung und Entwicklung, 1995 in Kopenhagen mit der Sozialen Sicherung, 1995 in Peking mit der Situation der Frauen, 1996 in Istanbul mit der Stadtentwicklung und in Rom mit Ernährungsproblemen. Im Juni 1997 fand schließlich fünf Jahre nach Rio in New York eine Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zum Rio-Prozess statt. Ebenfalls 1997 wurde das Kyoto-Protokoll zum Klima-Schutz verabschiedet. 1999 trat die globale Zivilgesellschaft mit den Protesten anlässlich der WTO-Tagung in Seattle ins Rampenlicht – in Erinnerung blieben die nicht-zivilen Aspekte des Protestes. Im Jahr 2000 fand die Weltkonferenz zur Zukunft der Städte „Urban 21“ in Berlin statt, ebenfalls 2000 und 2001 trafen sich insgesamt 75.000 Teilnehmer auf den zivilgesellschaftlich organisierten Weltsozialforen von Porto Alegre. Im Vorfeld des Gipfels von Johannesburg im Spätsommer 2002 fanden überdies zahlreiche „Prep-Coms“, Vorbereitungstreffen statt.

In Antwort auf die Rio-Konferenz 1992 versteht sich der Enquete-Bericht des 13. Bundestages zum Schutz des Menschen und der Umwelt als Ausgangspunkt einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. In Folge des Enquete-Berichts und entsprechend seiner Empfehlungen (allerdings nicht im Detail) sind das Green Cabinet und der Nachhaltigkeitsrat eingerichtet worden. Ebenso haben die Bundesländer mit ihren Agenda-Plänen begonnen.

Die kommunale Ebene wird in der Agenda 21 wegen ihrer Bürgernähe besonderes Gewicht bei der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zugewiesen. Zahlreiche Gemeinden haben den Auftrag und die Erwartung an sie, die in der Agenda 21 in Rio formuliert wurden, aufgegriffen und einen Agenda-21-Prozess eingeleitet. Dabei haben sie sich auch in Deutschland und transnational vernetzt: Das „Lokale Agenda 21 Netzwerk“ ist ein deutsches Netzwerk, das nachhaltige Entwicklungen in deutschen Städten beobachtet und zu fördert, das ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives) in Freiburg versteht sich als erstens Kommunalverband und Zusammenschluss von Städten, Gemeinden, Kreisen, Stadt-Umland-Verbänden und Regionen aus aller Welt, zweitens ist ICLEI ein Netzwerk von Städtenetzen und Koordinator von Städtekampagnen und drittens arbeitet ICLEI in Europa wie in allen anderen Teilen der Welt als internationale Umweltagentur der Kommunen. Unter ICLEIs Mitgliedern sind 15 europäische Hauptstädte, 60 Prozent der europäischen Mitglieder haben die Charta europäischer Städte & Gemeinden mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg) unterzeichnet und sich damit auf einen Lokale Agenda 21-Prozess verpflichtet. Sie nehmen an der Europäischen Städtekampagnen für Zukunftsbeständigkeit teil. Ein Drittel der Mitglieder engagiert sich darüber hinaus in der Kampagne „Europäische Städte für den Klimaschutz“. Die

mehr als 350 Mitglieder von ICLEI stammen zu 44 % aus Europa, zu 29 % aus dem Asiatisch-Pazifischen Raum, zu 13 % aus Nord-Amerika, zu je 6 Prozent aus Afrika und Latein-Amerika, sowie zu 3 % aus Mittlerer Osten. ICLEI organisierte auch die erste und zweite Europäische Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden, deren Abschlussdokumente als Charta von Aalborg (1994) und Lissabonner Aktionsplan (1996) internationale Bedeutung gewonnen haben.

Die breite Einmischung der Zivilgesellschaft und der (dezentralen) lokalen Ebene war von Anfang an gewollt. In Sektion III der Agenda 21 werden als (zu stärkende und einzubeziehende) Akteure nachhaltiger Entwicklung als „major groups“ Frauen, Kinder und Jugendliche, eingeborene Bevölkerungsgruppen und ihre Gemeinschaften, nichtstaatliche Organisationen, Kommunen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die Privatwirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie Bauern genannt.

Damit ist der Kreis der Akteure, die in unterschiedlichen Politiknetzwerken gestaltend mitwirken, weit gesteckt: Neben den „klassischen“ Akteuren, den Nationalstaaten sowie – zunehmend – Staatenverbunden und internationalen Organisationen nehmen zunehmend Unternehmen und Nicht-Regierungs-Organisationen eine Rolle im System der Global Governance ein. Wurde die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGOs) für die Suche nach nachhaltigen Entwicklungspfaden bereits in der 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten Agenda 21 betont²⁷, ist die Rolle von Unternehmen als Partner vergleichsweise neu.²⁸ Zwei Trends sind bedeutsam:

- Zunehmend bilden sich **trisektorale Partnerschaften** heraus, die sich mit konkreten Nachhaltigkeitsproblemen befassen.²⁹ Im Rahmen der Global Compact-Initiative ruft die UN die Unternehmen explizit dazu auf, solche innovativen Ansätze auszubauen.
- Unternehmen und NGOs werden zunehmend in internationale Verhandlungen eingebunden. Die Konsultation von sogenannten „**major groups**“ bezeichnet Kofi Annan in seinem jüngsten Report zur Umsetzung der Agenda 21³⁰ als einen großen Fortschritt. Der Agenda-21 Folgeprozess sei „partizipativer und offener“ gewesen als zuvor.³¹

²⁷ Vgl. hierzu die Agenda 21: „Environmental issues are best handled with the participation of all concerned citizens, at the relevant level“ (principle 10)

²⁸ Zwar wurde in der Agenda 21 das Responsible Care-Programm der Chemischen Industrie (lobend) erwähnt, die Idee der Public-Private-Partnerships hingegen wurde erst später systematisch entwickelt

²⁹ Beispiele hierfür sind die Global Road Safety Partnership oder die Partnership for Youth Development (Business Partners for Development 2000), die Global Public Policy Networks (Reinicke 1997), die World Commission on Dams, verschiedene durch die Weltbank oder die GTZ geförderte Public-Private-Partnerships oder Initiativen von Stiftungen wie der Ford Foundation oder der Shell Foundation, die gezielt Nachhaltigkeitsprojekte fördern.

³⁰ Implementing Agenda 21: Report of the Secretary-General, 20 December 2001, S. 38.

³¹ Ähnlich auch die im Zuge der Rio-Konferenz 1992 gegründete „Commission on Sustainable Development“ (CSD), die seit 1998 jährlich „Multi-Stakeholder-Dialogues“ mit Vertretern aus der Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Wissenschaft und NGOs durchführt.

Die Integration all dieser Gruppen lässt sich als Strategie dezentralisierter, integrativer und partizipativer Veränderungsprozesse verstehen. Folgende, ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannten Gewinne werden dabei erwartet (Charta von Aalborg 1994, Lissabonner Aktionsplan 1996, IFOK/IWÖ 1998; Enquete-Kommission 1998; Brand et al., 2000;):

- eine "glokale" Abbildung der von den Interdependenzen ausgehenden Konflikte mit dem Ziel der Verhandelbarkeit und Problemlösung
- Erhöhung der Bedürfnis-Sensibilität des politischen Systems durch Inklusion der major groups und ihrer Interessen
- Wettbewerb um die besten Lösungen
- die Erhöhung der Akzeptanz und Legitimität der Politikprozesse, Zustimmung zu ihren Ergebnissen
- Konsensbildung, damit ein langfristiges Handlungsprogramm die notwendige Durchsetzungskraft erhält
- eine Verbesserung des materiellen Outputs der Politikprozesse durch die Vielfalt von Perspektiven
- Politische Sozialisierungsprozesse im Sinne einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Agenda-Themen
- kollektive Lernprozesse mit dem Ziel einer transformativen Umsteuerung der Gesellschaft und ihrer kulturellen Muster
- Information und Transparenz im politischen Prozess
- Änderung des Verwaltungsverständnisses - von der hoheitlichen zur vermittelnden Rolle
- Mobilisierung, Vernetzung und Nutzung zivilgesellschaftlicher Kräfte zur Selbstorganisation und dezentralen Selbststeuerung
- Bündelung von Ressourcen wie Wissen, Geld, Engagement, Personen, Motivationen mit dem Ziel von Synergieeffekten
- Ausbildung von Sozialkapital und Solidarität in politischen Gemeinschaften, die sich letztlich "glokal" konstituiert

Der integrative, glokale und partizipativen Veränderungsprozess bringt im Idealfall Akteure von verschiedenen staatlichen Ebenen (lokal bis global), aus verschiedenen Sektoren (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik) mit verschiedenen Themenfeldern (Wirtschaft, Soziales, Ökologie) auf vielfältige Art und Weise (vom Runden Tisch über Dialogforen bis zu Konferenzen) zusammen. Dieser Idealan-spruch ist in der Praxis höchst problematisch, aber nicht hoffnungslos (vgl. Brand et al. 2000). Dahinter werden Konturen eines Politikentwurfs und einer institutionellen Architektur deutlich, die sich im Leitbild der „Sustainable Governance“ zusammenfassen lassen.

5.4 Sustainable Governance

Wie im vorhergehenden Kapitel deutlich wurde, verfolgen die im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion angestellten Überlegungen zu adäquaten politischen Steuerungsmustern ein Anliegen, das sich gegenüber vorwiegend funktionalen Überlegungen einer Governance-Diskussion als inhaltlicher und materieller Mehrwert profiliert. Nachhaltige Entwicklung bedeutet in Bezug auf das politische System eben nicht nur globale Handlungsfähigkeit im Sinne von Global Governance. Das wäre aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung nur die Anpassung der (reaktiven) Managementfähigkeit des politischen Systems unter den Bedingungen der neuen Interdependenzen, also eine Reform des politischen Systems. Gefordert ist aber die normativ fundierte, an der regulativen Idee der nachhaltigen Entwicklung orientierte pro-aktive Gestaltung der neuen Interdependenzen, kurz: die Gestaltung einer „nachhaltigen Gesellschaft“ (analog etwa zu einer „freiheitlichen Gesellschaft“). Der Output des politischen Systems soll materielle Verbesserungen im Sinne nachhaltiger Entwicklung befördern bzw. Nachhaltigkeit sichern. Es gilt also, in einer zunehmend komplexen Welt politische Handlungsoptionen zu identifizieren, welche die Umsetzung von materieller Nachhaltigkeit garantieren, wie sie in der Agenda 21 oder in der Millenniums Deklaration der UN als Ziele verankert worden sind.

Die Frage der *Sustainable Governance* lautet also: welche politischen Institutionen, Verfahren und Praktiken produzieren strukturell eine Politik langfristiger und transsektoraler Verantwortung im Sinne des normativen Postulats der Generationengerechtigkeit? Überlegungen hierzu stellt das European Consultative Forum on the Environment and Sustainable Development: in seinem Papier “Sustainable Governance : Institutional and procedural aspects of sustainability” an. Ihre Empfehlungen fasst sie wie folgt zusammen:

1. Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union verlangt Optimierung der institutionellen und prozeduralen Architektur der nationalen und europäischen Governance-Systeme im Sinne des Konzepts Mehrebenen-Verfassung. Die Partizipation der Bürger und ihrer Repräsentanten auf der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene wird als essentielle Basis Europäischer Politik betrachtet.
2. Für nachhaltige Entwicklung in Europa ist die koordinierte Aktion aller Regierungsbehörden unerlässlich. Als politische Grundaufgabe braucht sie eine funktionierende Zivilgesellschaft in Augenhöhe aller EU-Regierungs- und Verwaltungsebenen. Nur die organisierte Interaktion von Regierungs-/EU-Stakeholdern und der nicht von der Regierung organisierten Öffentlichkeit kann die politischen Ziele erreichen, die in den EU-Verträgen festgehalten sind.
3. Institutionelle Reformen müssen darauf abzielen, die demokratische Legitimität und die Verantwortlichkeit des Handelns der Gemeinschaft zu erweitern. Reformen müssen die Inklusion der an der Umsetzung beteiligten Körperschaften und ihrer Expertise an der Definition von Gemeinschafts-Politik erweitern. Das heißt nicht nur, dass dem Rat der Regionen eine wichti-

gere Funktion gegeben werden soll, sondern auch lokale und regionale Ministerien sollten während der Erarbeitung von Kommissions-Vorschlägen konsultiert werden.

4. Akteure der Zivilgesellschaft unter Einschluss der ‚Scientific communities‘, relevante Netzwerke, Beratungs-Institutionen und non-profit-making Graswurzel-NGO’s sollten unterstützt, konsultiert und in die Konzipierung und die Umsetzungs-Überwachung einer Politik für Nachhaltigkeit miteinbezogen werden. Private Selbst-Regulation wie Bargaining-Systeme und Standardisierungs-Prozeduren zeigen, wie private Stakeholder Verantwortung für nachhaltige Entwicklung übernehmen können.
5. Um die Erfordernisse des Umweltschutzes in alle Gemeinschafts-Politik einzubringen, sollten Integrations-Richtlinien vom Europäischen Rat ausgearbeitet werden, die als Basis für Benchmarking und eine Europa-weite Diskussion von Vorschlägen für die EU-Gesetzgebung dienen können. Die Kommission sollte für jeden Vorschlag einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen, der von einer unabhängigen Gruppe von Experten kritisch beurteilt wird und vom Rat – zusammen mit der Meinung dieser Gruppe – als Basis von Diskussion und Entscheidung der vorgeschlagenen Maßnahme benutzt werden sollte.
6. Jeder Mitgliedsstaat sollte das Amt eines Nachhaltigkeits-Beauftragten einrichten, welcher als Verbindung zwischen Zivilgesellschaft und Öffentlicher Hand dient. Die Aufgaben der Beauftragten sollte die Umsetzungskontrolle von Maßnahmen für Nachhaltigkeit beinhalten. Sie sollten dem Europäischen Rat und dem Ministerrat als „Nachhaltigkeitsrat“ zur Seite stehen, und wo dies passend erscheint, hinsichtlich der Überwachung der Einhaltung von Integrations-Richtlinien auch die Funktion einer Experten-Gruppe ausüben.

Damit wird der grundlegende Ansatz einer Sustainable Governance deutlich:

- Ein komplexes Mehr-Ebenen-System muss institutionell und prozedural aufeinander abgestimmt werden – die Architektur der Politik ändert sich.
- Nachhaltigkeit erfordert eigene institutionelle Innovationen, wie etwa den Nachhaltigkeitsrat der Nachhaltigkeitsbeauftragten.
- Der Politikprozess auf institutioneller Ebene muss inklusiver und kooperativer, sowohl was die Planung als auch die Implementation angeht.
- Die interne Verwaltungskoordination muss verbessert werden.
- Monitoring-Systeme erhöhen die Selbstreflexivität und stellen die Implementation von Maßnahmen sicher.
- Der Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft ist auf allen Ebenen essentiell.
- Die Zivilgesellschaft ist zu stärken und als Partner ernst zu nehmen - sie kann selbst zur Realisierung nachhaltiger Entwicklung beitragen.

In eine ganz ähnliche Richtung geht die von der Enquete-Kommission des 13. Bundestages in Auftrag gegebene Studie einer Arbeitsgemeinschaft des St. Galler Instituts für Wirtschaft und Ökologie und des Bensheimer Instituts für Organisationskommunikation (IFOK). Sie trägt den Titel „Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit“ und schlägt vier Basis-Strategien für die gesellschaftliche Reorganisation vor. Ihre Grundlage ist "Nachhaltigkeit als regulative Idee für die Institutionengestaltung", oder anders gesagt: diese Basisstrategien leisten die funktionale Übersetzung der normativen Idee der Nachhaltigkeit in ein institutionelles Arrangement. Politik für Nachhaltigkeit – welche materiellen Inhalte das auch sein möchten – wäre gleichsam ein Produkt dieses Neu-Arrangements.

Die vier Basisstrategien sind im Einzelnen:

- **Erhöhung der Reflexivität:** Weil "Wissen und kulturelle Resonanz für reformlegitimierende Interpretationen" fehlte, bedarf es Reflexivitätsstrategien. "Reflexivität dient dazu, das Wissen um die Nebenfolgen beim Handeln von Akteuren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen." Sie verringere die Kurzfristorientierung politischer Prozesse und betrifft besonders den Umgang mit Information. Beispiele sind Gesetzesfolgenabschätzungen und mehr Transparenz.
- **Verbesserung der Selbstorganisation:** Selbstorganisations- und Partizipationsstrategien sollen die Organisationspotenziale unterlegener Interessensgruppen stärken. Dazu gehört "Selbstorganisation im engeren Sinne, direktdemokratisch orientierte Ansätze sowie diskursbetonte Ansätze". Die Stärkung der Lokalen Agenda 21, der lokalen Ebene und der innovative Bürgerbeteiligungsverfahren gehören ebenso dazu. Sie sind Antworten auf das Fehlen "handlungsfähiger Koalitionspartner für eine Politik der Nachhaltigkeit in den Teilsystemen."
- **Konfliktregelung und Ausgleich:** Strategien mit dem Ziel von Ausgleich und Konfliktregelung treten an die Stelle bisher fehlender oder falscher Anreizmuster und adressieren die unterschiedliche Organisationsfähigkeit gesellschaftlicher Interessen, die Kurzsichtigkeit des Wählerstimmenmarktes und die Abhängigkeit des politischen Systems von externer Sachkenntnis. Advokatorische Institutionen, Verwaltungsreformen oder ein *Freedom of Information Act* sind unter den konkreten Vorschlägen.
- **Innovationsstrategien:** Institutionelle Reformen zählen selbst zu Innovationsstrategien und bekämpfen das Problem "fehlender gangbarer alternativer technisch-ökonomischer Optionen." Fünf Substrategien werden genannt: zur Internalisierungen heutiger externer Effekte in die Handlungskalküle der Akteure etwa eine Finanzreform; zu Kooperation und Integration die Förderung von Partnerschaften und Allianzen; Informationsstrategien; Strategien des institutionellen Wettbewerbs und letztlich direkte Förderstrategien für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung.

Die IWÖ/IFOK-Studie entwickelt darüber hinaus in einem „Institutionenatlas“ mehr als 60 konkrete Vorschläge neuer Institutionen. Erneut wird dabei deutlich: sowohl verwaltungsintern, als auch in der Architektur der Institutionen und ihrer prozeduralen Abstimmung, als auch im Dialog mit der Zivilgesellschaft und in ihrer Stärkung liegen Potentiale, die für Sustainable Governance genutzt werden können.

Für die lokale Ebene analysieren Brand et al. (2000, 17-28), dass Agenda-Prozesse einen neuen Politiktypus darstellen, der zwischen dem (a) repräsentativen, konkurrenzdemokratischen Politiktypus, einer (b) Protest-, Kampagnen- und Initiativen-Politik, (c) Problemlösen im Rahmen horizontaler Verhandlungssysteme und Politiknetzwerke und (d) dialogisch-partizipativen Verfahren der Konfliktlösung angesiedelt ist.

Die Forschung zu den Bereichen institutioneller und prozeduraler Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit steckt noch in den Kinderschuhen. Was Brand et al. in Bezug auf die vier Basis-Strategien der IWÖ / IFOK-Studie schreiben, gilt für fast die gesamte Forschung in diesem Bereich³²: „Die Frage nach dem geeigneten institutionellen Design der vier Reformstrategien bedarf insofern erst der Konkretisierung durch den empirischen Bezug auf die variierenden politisch-institutionellen und politisch-kulturellen Kontextbedingungen.“ Der Sustainable Global Governance-Diskurs wird sich auf absehbare Zeit noch an Konzepten der Good Governance-Diskurse orientieren müssen.

6 Demokratie und Partizipation

Die Diskussion um Global Governance hat sich inzwischen von dem anfänglichen Fokus auf Fragen der Steuerungsfähigkeit einer (vor allem wirtschaftlich) globalisierten Welt hin zu einer Diskussion entwickelt, die nicht mehr ausschließlich auf die Sicherung der Funktion verbindlicher kollektiver Entscheidungen des politischen Systems abstellt (Dezisionskapazitäten), sondern auf eine pro-aktive Gestaltung der neuen Interdependenzen abzielt. Ihren terminologischen Ausdruck findet diese normative Anreicherung der Debatte, die eine Orientierung an den Prinzipien einer nachhaltigen Gesellschaft anstrebt, im Konzept des Sustainable Governance. Ein Baustein bzw. Vorläufer in dieser erweiterten Governance-Agenda ist Good Governance. Demokratie und Partizipation prägen Good Governance und Sustainable Governance nicht nur qualitativ, sondern sie bilden gleichsam die Schnittstelle zwischen dem oben erläuterten Konzept von Sustainable Governance und dem nachfolgend zu erörterten

³² Eine Ausnahme hierzu bilden zwei neuere, empirisch gut abgesicherte und theoretisch grundlegende Arbeiten: Peter-Henning Feindt (2001) *Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion*, Frankfurt a.M. 2001, sowie Jeannette Behringer (2002): *Legitimität durch Verfahren? Bedingungen semi-konventioneller Partizipation*, Regensburg 2002

Kulturbegriff (Kapitel 7). Beispiele für diese thematische Verknüpfung finden sich gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit allenthalben.

- In verschiedenen UN-Deklarationen wird die Forderung nach mehr Partizipation und der Stärkung demokratischer Potenziale der Zivilgesellschaft erhoben.³³
- Die Bundesregierung hat in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie 2002 die Forderungen nach einer „verbesserten Teilhabe“ von Entwicklungsländern an Entscheidungsprozessen zu einer Leitlinie ihrer Politik erhoben.
- Die Einbindung von Stakeholders im Projektzyklus gehört inzwischen zum Standardrepertoire der Entwicklungszusammenarbeit. Auch die auf der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 ins Leben gerufene Agenda 21 strebt die Einbeziehung von NGOs auf allen Ebenen in Verhandlungen an.

So selbstverständlich diese Forderungen auf den ersten Blick erscheinen mag, so brisant und umstritten ist ihre Bewertung aus demokratietheoretischer Sicht. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass man sich mit der Einbindung demokratierelevanter Fragen und der dahinter stehenden theoretischen Konzepte die Schwierigkeit einhandelt, die Governance-Debatte mit einem weiteren „contested concept“ zu belasten. Bevor daher auf die demokratietheoretische Bewertung der genannten Forderungen eingegangen werden kann, soll wenigstens kurz umrissen werden, welche demokratietheoretischen Angebote es gibt.

Demokratie wird dabei als ein Verhandlungssystem von Interdependenzen vorgestellt. Die westliche, repräsentativ-parteienstaatlich verfasste Massendemokratie schafft das Kunststück, das Leben von Millionen von Menschen friedlich zu regeln, Konflikte auszugleichen und dabei kollektive Werte in Selbstbestimmung der Bürger zu verwirklichen. Die Bürger hängen dabei über eine gemeinsame Infrastruktur und gemeinsame kollektive Sprach-, Interpretations-, Interaktions-, Produktions- und Konsummuster (Kultur im weitesten Sinne) zusammen, wobei sie in einem vielzitierten Wort als Nation eine „Schicksalsgemeinschaft“ bilden. Kurz: sie sind in vielfältiger Weise aufeinander angewiesen und voneinander abhängig. Ihre Interdependenzen – über den Wohlfahrtsstaat mittlerweile weit ausgebaut – verhandeln sie über die Institutionen und Prozeduren einer Demokratie. Diese muss sich an zwei Fronten bewähren: beim Input in der politische System (Partizipation? Legitimität?) und beim Output (Gemeinwohl? Effektivität?). Diese zwei Dimensionen sollen im Folgenden vorgestellt werden.

³³ Vgl. exemplarisch die Millenniums Deklaration: „Men and women have the right to live their lives and raise their children in dignity, free from hunger and from the fear of violence, oppression or injustice. Democratic and participatory governance based on the will of the people best assures these rights“ (principle I.6).

6.1. Die zwei Dimensionen des Demokratiebegriffs: Partizipation versus Gemeinwohl

Die demokratiethoretische Diskussion nimmt ihren Ausgang in aller Regel von der Opposition „input-orientierte“ Demokratie (Partizipation/Legitimität) versus „output-orientierte“ Demokratie (Effektivität der Entscheidungsergebnisse/Gemeinwohl). Nur beide Gesichtspunkte gemeinsam, so die Annahme, bilden die Kriterien einer funktionsfähigen demokratischen Ordnung. Allerdings werden diese beiden Dimensionen als in einem dilemmatischen oder trade-off-Verhältnis stehend konzipiert, d.h. die Maximierung von Partizipation geht auf Kosten der Effektivität der getroffenen Entscheidungen und umgekehrt (Dahl 1994; Scharpf 1993). Die meisten Demokratiethorien haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese Dilemmasituation zu überwinden oder zumindest doch abzuschwächen. Die Diskussion nahm ihren Ausgang von einer grundsätzlichen Kritik an der Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie und des Parteienstaates, der sowohl in der Partizipations- wie auch in der Gemeinwohldimension defizitär sei. Die bestehende Konkurrenzdemokratie wird dabei einem Politikmodell gegenüber gestellt, das stärkeres Gewicht auf die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure legt. Man verspricht sich von einer verstärkten Einbindung von Stakeholdern in den politischen Prozess zum einen eine Legitimitätssteigerung in der Beteiligungsdimension, und zwar dadurch, dass Betroffene und Entscheider wieder stärker zur Deckung gebracht werden; zum anderen sollen die kognitiven Potenziale verstärkter Beteiligung sachlich angemessenere Entscheidungen gerade in Fällen sicherstellen, in denen die hohe Komplexität des Themas reflexive Prozesse erfordert. Die Vorstellungen über eine reformierte Demokratie und darüber, wie die beiden Dimensionen zu versöhnen sind, sind dabei jedoch alles andere als einheitlich. Die Vorschläge zur Neugestaltung demokratischer Ordnung reichen von der Einbeziehung deliberativ-diskursiver Demokratiekonzepte über die Stärkung von Verhandlungssystemen (Stichwort „kooperativer Staat“) bis hin zur Forderung nach mehr direktdemokratischer Beteiligung der Bevölkerung (für einen Überblick Schmidt 2000). Allerdings zeichnet sich gegenwärtig ein Diskussionsschwerpunkt ab, der sich mit den Möglichkeiten für die Realisierung eines dialogisch-kooperativen Politikmodells auseinandersetzt, wie es auch Brand et al. (2000) für die Lokale Agenda beschreiben.

Genau diese demokratiethoretische Konzeption ist es auch, an welche die Governance-Diskussion in der hier propagierten Variante anknüpft.

6.2. Der Einzug der Demokratie in die Governance-Debatte

Die Diskussion um die Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen hat sich zunächst im Zusammenhang mit der Debatte um ein „europäisches Demokratiedefizit“ von der nationalstaatlichen Ebene entkoppelt. Die Europäische Union wird dabei als ein „dynamisches Mehrebenensystem“ konzipiert, und Aufgabe der Demokratiethorie ist es nun, die dort auftretenden Interdependenzen nationaler und europäischer Ebene sowie staatlichen und nichtsstaatlichen Akteuren demokratiekonform zu vermitteln. In diesem Zusammenhang treten neben das Input-Output-Dilemma

teiln. In diesem Zusammenhang treten neben das Input-Output-Dilemma Fragen nach den Ermöglichungsbedingungen von Demokratie; besonderes Augenmerk erfahren dabei Identitätsbildungsprozesse, d.h. die Untersuchung der Frage, welcher Grad an Gemeinsamkeit für eine funktionierende demokratische Ordnung vorausgesetzt werden muss und welche Faktoren ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl hervorbringen.

Im Zuge der Diskussion um Transnationalität und Global Governance hat die Forderung nach verstärkter Partizipation auch die globale Ebene erreicht. Zunächst ist die Forderung nach verstärkter Beteiligung von Stakeholdern an der Einsicht orientiert, dass eine ausschließliche oder primäre Orientierung an ökonomischen Aspekten der Komplexität des Gegenstandes Globalisierung nicht gerecht wird. Wenn man die beiden Dimensionen der Demokratie Legitimität und Effektivität in den Blick nimmt, haben wir es hier in erster Linie mit einer Orientierung an der Effektivität zu tun. Wirtschaftliche Entwicklung kann nicht entkoppelt von politischen und rechtlichen Modernisierungsprozessen gelingen. Diese Einsicht kommt schon in der Ergänzung des Konzeptes der *ökonomischen* Konditionalität (Strukturanpassungsprogramme) durch ein Konzept der *politischen* Konditionalität bei der Vergabe von Krediten durch die Weltbank und IWF zum Tragen (Tetzlaff 1993; Uvin/Biagiotti 1996). Sustainable Governance geht über die Berücksichtigung formaler Voraussetzungen im politischen System wie einer funktionierenden Verwaltung hinaus und stellt in Rechnung, dass deren Effizienz ihrerseits von gesellschaftlichen Bedingungen abhängig ist, zu denen nicht zuletzt die Beteiligung der Bevölkerung gehört.

Einen Indikatorenkatalog, der die Anforderungen an Good-Governance-konforme Einbindung gesellschaftlicher Stakeholder spezifiziert, wurde vom UNDP vorgelegt. Die Indikatoren wurden entlang der Oberkriterien Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Responsivität, Konsensorientierung, Gleichheit, Effektivität und Effizienz, Verantwortlichkeit und strategische Vision entwickelt und sind als demokratierelevanter Baustein innerhalb des hier verfochtenen Konzeptes von Sustainable Governance zu sehen.

Kriterien für Good Governance³⁴

Participation	<ul style="list-style-type: none"> Existing policies and programmes of the institution to encourage participation of the civil society in the development of a particular process. Relationship between the institution and stakeholders in the development of programmes/policy. Level of engagement of stakeholders in the development process. Level of awareness among the institutions staff on the importance of civil society participation in the development process. Gender sensitiveness in the participation process. Policies and programmes of the institution to encourage the participation of all stakeholders irrespective of their age, sex, language, economic condition, and religion. Sensitivity of the institutions towards the importance of participation in general and from within a gender perspective in particular.
Rule of Law	<ul style="list-style-type: none"> Existence and adequacy of the rules and regulations related to partnership with stakeholders. Fair and impartial enforcement of the existing rules and regulations in dealing with stakeholders. To what extent the concerned parties (governments, stakeholders and the institution) adhere to the rules and regulations. Concern shown by the institution to take action against parties for violating rules and regulations.
Transparency	<ul style="list-style-type: none"> Level of transparency of the allocated budget and procedures for partnership with stakeholders. Access to information and processes for stakeholders to participate in the development process. Transparency on selecting stakeholders for partnerships. Transparency in assigning contract/work to stakeholders.
Responsiveness	<ul style="list-style-type: none"> Mechanisms to ascertain the capacities of the various stakeholders and enter upon partnerships or involve accordingly. Ease of access for stakeholders involved in a programme or policy decision to work with the institution. Opportunities for stakeholders to take active part in the development process. Accommodating various categories and sizes of stakeholders. Gender sensitiveness of the institution in dealing with stakeholders.
Consensus orientation	<ul style="list-style-type: none"> Practice reaching stakeholder consensus in major, important and strategic decisions Institutional mechanisms to consult stakeholders. Gender sensitiveness in consensus orientation. Involvement of the key stakeholders in decision-making processes. Execution of the joint decisions.
Equity	<ul style="list-style-type: none"> Institutional priority resource investment to mobilise stakeholders and work in partnership and collaboration with them.

³⁴ Entnommen aus: UNDP The Urban Governance Initiative:
<http://www.tugi.apdip.net/Report%20Cards/Overview/Overview.htm>

Effectiveness & efficiency	<ul style="list-style-type: none"> • Opportunity for stakeholders of all categories to contribute and work freely. • Concern shown by stakeholders to respect and network among each other irrespective of their size and capacity. • Extent of gender sensitiveness in mobilising and working in partnership with stakeholders. • How the institutions deals with stakeholders of various categories including CBOs.
Accountability	<ul style="list-style-type: none"> • Extent of mobilisation of involvement of stakeholders for the development of a programme or policy. • Situation of the partnership and collaboration between the institution and the stakeholders. • Networking and collaboration among stakeholders. • Extent of mobilisation of the resources from the stakeholders. • Cost effectiveness in the activities undertaken by stakeholders.
Strategic Vision	<ul style="list-style-type: none"> • To what extent does the institution realise they are accountable for what they do? • To what extent do the stakeholders realise they are accountable for what they do? • To what extent the grievances and complains are entertained by the institution or overarching authority? • What legal provisions exist to compensate for negligent conduct? • Examples of demonstrating accountability by the institution.
Strategic Vision	<ul style="list-style-type: none"> • Availability of long-term or mid term programme and policy to mobilise and work in collaboration with stakeholders. • Reflection of the partnership programme with the stakeholders in the annual development programme and budget of the institution. • Availability of statistical information or profile of stakeholders involved. • Regular updating of the information on stakeholders. • Evaluation of the performance of the stakeholders.

6.3. Partizipation und Nachhaltigkeit: ein eindeutiger Zusammenhang?

Es bleiben allerdings einige Fragen hinsichtlich des Zusammenhangs von Partizipation und Nachhaltigkeit offen. Diese Probleme können hier nur gestreift und nicht durchdiskutiert werden.

- Zwar gibt es Indizien dafür, dass Demokratie bzw. Partizipation positiv mit den Zielen der Nachhaltigkeit korreliert sind. Gleichwohl bliebe zu präzisieren, welche Beteiligungsformen welche Effekte hervorbringen. An welcher Stelle von Entscheidungsabläufen sind z.B. Experten zu konsultieren, welche Grade von Beteiligung gibt es etc.?
- Damit zusammenhängend muss die Frage gestellt werden, inwieweit mit dem Obergriff NGOs überhaupt noch Gruppen bezeichnet werden, die mit Blick auf das Ziel nachhaltige Entwicklung einheitliche Funktionen wahrnehmen. Welchen Sinn macht es, sowohl für Grassroots-

Bewegungen ebenso wie für global agierende NGOs (Greenpeace) pauschal verstärkte Beteiligungsrechte zu fordern? Welche Differenzierungskriterien wären gegebenenfalls denkbar?

- Wie ist das Verhältnis von Partizipation auf lokaler Ebene zum globalen Ansatz von Sustainable Governance zu denken? Wie zum Beispiel würde es sich auswirken, wenn die Agenda 21 weltumspannend umgesetzt würde? Wäre durch koordiniertes lokales Handeln der Klimakatastrophe beizukommen?

Aber auch Fragen der demokratischen Legitimität werden von der Einbindung nicht-staatlicher Akteure an zentraler Stelle berührt. Spätestens wenn ein solches „Empowerment“ in Entscheidungsfindungsprozesse systematisch verfolgt wird (stellenweise gar als Wert an sich propagiert wird), muss gefragt werden, ob Partizipationsmaximierung uneingeschränkt positiv zu bewerten ist, oder ob diese Bewertung von weiteren Randbedingungen – etwa der Art der Partizipation – abhängt. Und es ist keineswegs ausgemacht, dass die Maximierung von Partizipation auch in jedem Fall dem Oberziel nachhaltige Entwicklung dienlich ist. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen:

- NGOs werden häufig als „Anwälte“ für „unterrepräsentierte“ Belange der nachhaltigen Entwicklung betrachtet. Nichtsdestotrotz kann man die Frage stellen, ob damit bereits eine ausreichende Legitimationsbasis für Proteste der NGOs gegen Unternehmen vorhanden ist, Unternehmen, die durch solche Proteste z.T. sehr weitgehend in ihrem Handlungsradius beschränkt werden; oder ob eine solche Beschränkung ihrer Aktionsmöglichkeiten nicht vielmehr Aufgabe der durch Wahlen legitimierten Volksvertreter ist.
- In der Entwicklungszusammenarbeit geht man bei Projekten in nicht-demokratisch geführten Staaten teilweise dazu über, die staatlichen Stellen zu umgehen und eine direkte Zusammenarbeit mit Basisgruppen zu suchen. Das kann aus Gründen der Projekteffektivität angezeigt sein, so in Fällen korrupter Verwaltungen, hat aber auch immer eine normative Komponente. Zumindest sollte berücksichtigt werden, dass die Strategie undemokratische Regime zu bestrafen nicht nur an demokratischen Standards orientiert ist, sondern auch an machtpolitischen und ökonomischen Interessen – wie anders ist die wohlwollende Behandlung Chinas zu erklären? Zweitens, stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien entschieden wird, wer der alternative Ansprechpartner ist, wenn die staatlichen Stellen umgangen werden.

Aber auch in Fällen, in denen eine Mitarbeit von Stakeholdern, von deren Legitimation man ausgeht, sichergestellt ist, ja selbst in Fällen formaler Gleichberechtigung, sagt dies nicht ohne weiteres über deren tatsächlichen Einflusschancen aus. In solchen Fällen liegt kein trade-off zwischen Legitimation und Effektivität vor, sondern die Stärkung der Beteiligung ist nur eine scheinbare.

- Während der Zugang zu G7 bzw. G8 ex definitionem auf die wirtschaftlich stärksten Nationen beschränkt ist, gibt es eine solche Restriktion bei Welthandelsorganisation, Weltbank und In-

ternationalem Währungsfond nicht. In der Weltbank und im Internationalen Währungsfond haben die USA (gemeinsam mit den europäischen Ländern) trotzdem eine gleichsam selbstverständliche Vormachtstellung inne, da die Stimmen dort auf Basis der Einzahlungsquoten der Mitglieder gewichtet werden. Anders verhält es sich im Rahmen der Welthandelsorganisation. Im Gegensatz zu Weltbank und Internationalem Währungsfond, sind dort alle Mitglieder mit gleichem Stimmrecht ausgestattet. Nichtsdestotrotz üben die USA und die EU auch dort eine Hegemonie aus. Es liegen Untersuchungen über Entscheidungsprozesse in der Welthandelsorganisation vor, die zeigen, dass die Entwicklungsländer sich generell in einer unterlegenen Position in internationalen Verhandlungen über Handelsfragen befinden. Dies liegt an ihrer schwächeren „bargaining position“ und Informationsasymmetrien zu ihren Ungunsten, die unter anderem ein Ergebnis mangelnder Expertise der Bürokratie, fehlender Forschungsressourcen und des „Unterbaus“ durch Interessengruppen sind, die eben nicht nur Lobbying betreiben sondern auch zur Informationsbeschaffung beitragen. (Rege 1998). Auch das Prinzip „one country, one vote“ führt also nicht notwendig zu einer Auflösung der Einflussasymmetrien.

- Überdies darf man auch nicht davon ausgehen, dass die Zivilgesellschaft ein Block mit gleichgerichteten Interessen ist. Untersuchungen über Einflusspotenziale der einzelnen Akteure, die an Projekten der Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sind, legen die Vermutung nahe, dass alle Akteure intern gespalten sind über Entwicklungsziele und die Mittel zu deren Verwirklichung (Fox/Brown 1998: 536).

„Partizipation“ selbst ist ein schillernder Begriff. Das UNDP-CSOPP Dokument „Empowering People: A Guidebook to Participation“ (1998)³⁵ nennt verschiedene Grade der Partizipation, beginnend mit „Non-Partizipation / Indoktrination“ über Information, Konsultation, Konsens-Herstellung, Entscheidungsbeteiligung, Risiko-Teilung, Partnerschaft bis hin zum „Self-Management“. Damit betrifft Partizipation sowohl die Phase der Deliberation als auch den Moment der Dezsision, darüber hinaus ist Beteiligung auch in der Implementation von Entscheidungen denkbar. Ebenso vielfältig sind die Formen der Beteiligung, die sich in materielle Teilhabe und politische Teilnahme trennen lässt und hier wiederum in vielfältige Arten, Methoden und Prozeduren unterschieden werden kann. Zur Realisierung von Partizipation bedarf es deshalb eines ausgeprägten und differenzierten (Anwendungs- und Methoden-)Wissens, das in unserem politischen System nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann und erst durch Erfahrung und vermehrte Forschung entstehen kann.

³⁵ UNDP CSOPP bedeutet United Nations Development Programme – Civil Society Organizations & Participation Programme, vgl. <http://www.undp.org/csopp/CSO/NewFiles/docemppeople2.html>. Damit sollen Wege aufgezeigt werden, wie CSO's (Civil Society Organizations) an „Sustainable Human Development“ mitwirken können.

6.4 Demokratische Politik als Prozess der gesellschaftlichen Selbstdeutung

Letztendlich liegt der Propagierung eines diskussionsorientierten Demokratieverständnisses als Bestandteil von New Global Governance die Einsicht zugrunde, dass eine nachhaltige Entwicklung nur dann gewährleistet werden kann, wenn in politisch-institutioneller Hinsicht Formen der Beteiligung und Entscheidungsfindung gewährleistet sind, die sowohl die sektorübergreifenden (Umwelt – Wirtschaft -Soziales) als auch die räumlichen (lokal – regional - global) Interdependenzen zu berücksichtigen in der Lage sind.

Theoretisch schließt diese Präferenz an die Grundidee an, Politik als Form der Selbstausslegung der Gesellschaft zu verstehen (Münkler 1999). Diese Selbstausslegung wird verhandelt und schreibt im Verlaufe eines ko-evolutionären Prozesses die eigene Identität fort. Damit das Leitbild der Nachhaltigkeit handlungsleitend werden kann, muss es in Form von zeit-, situations-, wissens- und nicht zuletzt kulturabhängigen Leitbildern begreifbar gemacht werden. Nur so, und das heißt durch einen bottom-up-Ansatz, kann sichergestellt werden, dass die für demokratisches Entscheiden notwendige Solidarisierung und Gemeinschaftsbildung vorausgesetzt werden können. Eine Gesellschaft, die in diesem Sinne Politik als „Selbstausslegung und Selbstverständigung“ (Münkler 1999, 296) fortschreibt, wird Politik für nachhaltige Prozesse im Kontext ihres kulturellen und ihres kollektiven Gedächtnisses betreiben. Erfolg hat dabei, wer seine Position am besten mit der Idee des Gemeinwohles verknüpfen und anschließbar machen kann. Ein solches Konzept evolutionärer Selbstverständigung ist auch in der Lage auf die Krise des steuernden Staates zu reagieren. Versteht man Nachhaltigkeit als nicht-kurzfristorientierte und am Gemeinwohl der Zukunft orientierte Politik, so bietet dieses Verständnis von Politik durch die Anknüpfung an die bestehenden Selbstausslegungen zum Thema Gemeinwohl zum einen die Möglichkeit, das Verbindungsstück zwischen Prozess und Ergebnis, zwischen Beteiligung und Gemeinwohl zu bilden. Zweitens sollte es in der Lage sein, durch Nutzung des kulturellen Wissens- und Deutungsfundus die Funktion des politischen Systems, nämlich die Deziisionsnotwendigkeit, mit der inhaltlichen Notwendigkeit der pro-aktiven Gestaltung von Interdependenzen zu vermitteln.

Der Fokus des politischen Systems auf die Produktion eines wie auch immer definierten Gemeinwohls erfährt somit eine Erweiterung auf das Gemeinwohl der Zukunft. Wie diese Zukunftsorientierung in das politische System internalisiert, und darüber hinaus: in der Gesellschaft verankert werden kann, ist auch und in erheblichem Masse eine kulturelle Frage.

7 Kultur als Fokus und Fundus der Veränderungen

Die Neuen Interdependenzen bilden sich in neuen kulturellen Mustern ab. Kultur ist die Form, in der Komplexität wie die Neuen Interdependenzen verständlich und bearbeitbar wird. Die Sphäre der Kultur ist die Sphäre der Nachdeutung der Welt als Natur ebenso wie die Sphäre der Neu-Schöpfung einer zweiten, von Menschen geschaffenen Welt. Dabei ist Kultur sowohl Skript als auch als Requisit unseres Lebens, sowohl Traditionsbestand als auch Schöpfungsprozess. Um diesem komplizierten Begriff beizukommen und ihn für die Diskussion um nachhaltige Entwicklung fassbar zu machen, soll zunächst ein allgemeiner, dann ein spezifischer Begriff von Kultur(en) vorgestellt werden.

7.1 Der allgemeine Begriff der Kultur

Das allgemeine Nachdenken über den Begriff von Kultur hat mehrere Denkschulen hervorgebracht, die unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte setzen. Ihr gemeinsamer Nenner: Kultur ist alles, was nicht Natur ist. Hildegard Kurt und Michael Wehrspaun (2001) stellen in ihrem Aufsatz „Kultur: Der verdrängte Schwerpunkt des Nachhaltigkeits-Leitbildes“ drei Variationen dar: Erstens das bis in die sechziger Jahre vorherrschende Kulturverständnis des philosophischen (insbesondere des deutschen) Idealismus, welche „das Geistige, die schönen Künste und die humanistische Bildung betont“; zweitens das einer Demokratisierung dieser Hochkultur in den letzten Jahrzehnten geschuldete Verständnis von Kultur als allgemeinem Teilbereich der gesellschaftlichen Lebenswelt, der alle „symbolischen Praktiken“ der Menschen umfasst; und drittens den von der anglo-amerikanischen Tradition geprägten Kulturbegriff, „der im allgemeinsten Sinne die gesamte menschliche Lebenswelt im Unterschied zur Natur umfasst.“ - Kurt / Wehrspaun belegen mit dieser Auflistung ihre These, dass der gegenwärtige Kulturbegriff „nach wie vor das subjektzentrierte Weltbild der aufgeklärten Moderne spiegel[t], das sich aus einer polaren Entgegensetzung von Natur und Kultur heraus konstituiert. Kultur beginnt in der Moderne dort, wo Natur endet. Sie setzt der Natur ein Gegenüber.“

Dieses polare Verhältnis von Kultur und Natur ist in der philosophischen Tradition unterschiedlich ausgestaltet worden. Auf der einen Seite stehen jene, für die Natur als heiliges Ideal gilt (von der Rousseau'schen Kulturkritik à la „Zurück zur Natur!“ über den „edlen Wilden“ bis zu den Bewahrern von Gottes Schöpfung) und die deshalb Kultur und Natur miteinander versöhnen möchten – ein großes Motiv auch in der Nachhaltigkeitsdiskussion. Auf der anderen Seite stehen die, die glauben, die „ihrem eigenen Dasein nach mangelhafte Natur“³⁶ bedürfe einer Befreiung und Perfektionierung im Sinne ihrer weltgeschichtlichen Verwirklichung. Natur ist in dieser Sicht nur der Kampf blinder Kräfte. Diese Sicht vertreten letzters auch jene, die auf Emanzipation des Menschen von den fatalen Kräften der

³⁶ So Marcuse in seinem Buch *Der eindimensionale Mensch*, zitiert nach Kurt / Wehrspaun (2000)

Natur setzen, indem sie die Beherrschbarkeit, ja sogar die „Machbarkeit“ der Natur anstreben.³⁷ Diese Vision hat lange die modernen Wissenschaften und den Glauben an den technischen Fortschritt motiviert; sie ist zu Beginn des Zeitalters von Gen- und Nanotechnik hochaktuell. Inwieweit die grundsätzliche Polarität von Kultur und Natur zukunftsfähig ist, muss diskutiert werden. Dass die Übergänge von Kultur und Natur letztlich fließend sind, wird im Bereich der Landwirtschaft, zunehmend auch in der Architektur, in der Humanbiologie und der Psychologie ohnehin schnell deutlich (vgl. Dally 1999).

7.2 Ein spezifischer Begriff von Kultur(en)

Um den allgemeinen Begriff von Kultur anwenden zu können, muss auf die einzelnen Bestandteile von Kultur und ihre Funktion eingegangen werden. Kultur soll dabei verstanden werden als die Summe der menschengemachten Strukturen, die ein im weitesten Sinne sinnvolles Leben ermöglichen, oder anders gesagt: Kultur ist der Ausdruck von Sinn, die Summe der handlungs- und lebensleitenden Orientierungssysteme. An diese Strukturen kann man sich durch Begriffe wie Erfahrung, Sprache und Kommunikation, Handlung, Wissen, Geschichte, Traditionen und Identität annähern. Entsprechend vielfältig sind in den Kulturwissenschaften die Versuche, Kultur als Untersuchungsgegenstand zu definieren.³⁸

Wenn vom „Kampf der Kulturen“ (Huntington) die Rede ist, dann sind immer lokal verwurzelte Sinnstrukturen gemeint. Sie bilden verschiedene Muster, die sich ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Trennschärfe einteilen lassen in Interpretations- und Deutungsmuster (Mythen, Religionen, Ideologien, Geschichtsbilder, Werthierarchien), sozio-politische Muster (Herrschaftssysteme, Regierungsformen, Konfliktbearbeitungsmethoden, Identitäts- und Rollenskripte, Präferenzen, Einstellungen), Lebens- und Konsummuster (Lebensstile, Ressourcenverbrauch), Produktionsmuster (Wirtschaftssysteme, Tauschmittel, infrastrukturelle Ressourcen, Fertigkeiten) und Kommunikations- und Ausdrucksmuster (Medien, Geschichten, Metaphern, Musik, Bildende Künste, Rhetorik, Tanz...). Eine besondere Rolle spielen dabei Kompetenzen, die als spezifische „Kulturtechniken“ (Fertigkeiten, Fähigkeiten, Können) auftreten. In Bezug auf den Menschen definieren Kulturen dessen Stellung in der Welt, prägen seine Lebensweisen, seine Beziehungen und Motivationen. Sie strukturieren seinen Wahrnehmungshorizont und beeinflussen sein (Problem-)Bewusstsein, und sie strukturieren Handlungsoptionen: was überhaupt „denkbar“ ist und was nicht, was sich erfahrungsgemäß bewährt hat, welche Analogien es gibt, und welche Instrumente zur Verfügung stehen.

³⁷ Sehr lesenswert zu einer „fatalistischen“ Konzeption von Natur als jener unbekanntem gesetzgebenden, ja göttlichen Kraft („*the Beautiful Necessity*“) ist der 1860 erschienene Aufsatz *Fate* des amerikanischen Transzendentalisten Ralph Waldo Emerson, der an den deutschen Idealismus anschloss.

³⁸ vergleiche hierzu die in der Vorbereitung befindliche interdisziplinäre Bestandsaufnahme „Sinn-Kultur-Wissenschaft“, die in drei Bänden im Frühjahr 2003 vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen im Wissen-

Dabei ist es immer ungenau, von einer spezifischen Kultur zu sprechen. Die romantische Idee der Kultur als organischer Einheit von Territorium, Sprache, Kunst und Religion (Kultur als Container) findet in der Praxis keine Entsprechung. Kulturen leben im Gegenteil vom Austausch, und jede übergeordnete Kultur lässt sich in Subkulturen einteilen. Kultur ist nicht nur Fundus bisheriger Sinnmuster, sondern ein kontinuierlicher und pragmatischer Prozess der Neu-Erfindung, Schöpfung und Re-Interpretation. Das „Tutzingener Manifest für die Stärkung der kulturell-ästhetischen Dimension nachhaltiger Entwicklung“ (2001) spricht deshalb auch von Kultur „als formschaffenden Kommunikations- und Handlungsmodus, durch den Wertorientierungen entwickelt, reflektiert, verändert und ökonomische, ökologische und soziale Interessen austariert werden.“

7.3 Krisen der Kultur im Fokus nachhaltiger Gestaltung der Neuen Interdependenzen

Die Neuen Interdependenzen einer globalisierten und vernetzten Welt und die Erfordernisse einer zukunftsfähigen Politik fordern sowohl das allgemeine Verständnis von Kultur als auch die lokal existierenden Kulturen heraus. Denn wenn sich unsere Lebens- und Konsummuster als nicht dauerhaft fortsetzbar erweisen – und das ist ja die Motivation des „Jahrhundertprojektes Zukunftsfähigkeit“ –, dann ist unsere Kultur offenbar nicht zukunftsfähig. Damit rückt Kultur als Problem und Aufgabe in den Fokus aller Anstrengungen im Rahmen nachhaltiger Entwicklung. Zum einen muss ihr Verhältnis zur Natur neu geklärt werden. Zum zweiten konkurrieren im Streit um eine zukunftsfähige globalisierte Welt verschiedene Deutungsmuster, verschiedene Lebens- und Konsummuster und verschiedene Produktionsmuster um Geltung und Zukunftsfähigkeit. Das betont auf konfliktbehaftete Weise die Unterschiede verschiedener Kulturen und setzt diese unter einen internen Anpassungs- und Innovationsdruck.

Einen zukunftsfähigen Allgemein-Begriff von Kultur fordern deshalb Kurt / Wehrspau (2001, 19). Sie kritisieren die Naturvergessenheit des herrschenden Kulturbegriffes und beschreiben die gegenwärtige Situation als „tiefgreifende Kulturkrise“. Die moderne Kultur des technischen Fortschritts, so das Argument, zerstört ihre eigenen Träume: „Ein gegen die natürlichen Bedingungen gerichteter Fortschritt muss bereits die Idee eines ‚gelingenden Lebens‘, seit je zentrales Anliegen der Religionen und vielfach auch der Künste und der Philosophie, verhindern und zerstören.“ Denn: „Ist doch die offenkundige Unfähigkeit der Industriemoderne zu einem pflegend schonenden Umgang mit der Natur nicht erst in der technisch-ökonomischen Zweckrationalität, sondern bereits im vorgängigen Kulturverständnis angelegt, dessen polare Entgegensetzung von Natur und Kultur die Industriemoderne lediglich ausbaut und funktionalisiert.“ Ein zukunftsfähiger Begriff von Kultur „wird Natur emphatisch

schaftszentrum Nordrhein-Westfalen herausgegeben werden soll. Eine Projektskizze von 2000 findet sich im Internet unter http://www.kulturwissenschaftliches-institut.de/projekte/Handbuch_Gliederung.pdf

mitdenken, sie als lebendigen Teil des Gemeinwesens in die gesellschaftliche Verantwortlichkeit mit aufnehmen und so sich selbst um die Naturdimension erweitern.“

Auch Ulrich Grober hält die Idee der Nachhaltigkeit für einen „zivilisatorischen Entwurf“ (Grober 2001, 3-5). Die Brundtland-Formel nachhaltiger Entwicklung habe „unmissverständlich die Reflexion der Bedürfnisse und Lebensstile auf die Agenda des 21. Jahrhunderts gesetzt.“ Die Koppelung einer Effizienz- mit einer Suffizienzrevolution setze der ungebrochenen gewaltsamen Dynamik der Moderne, welche „letztlich nicht lebbar“ sei, „neue Bilder des guten Lebens“ entgegen. Eine Kultur der Selbstbegrenzung und die Eleganz der Einfachheit sind nach Grober gemeinsame Nenner der Pfade „in eine Zivilisation der Nachhaltigkeit.“ Grober teilt mit Kurt / Wehrspau und dem Tutzinger Manifest (siehe Kasten) die Überzeugung, dass die dauerhaft zukunftsfähige kulturelle Entfaltung eine Versöhnung der Kultur mit der Natur erfordert. Der negative Trend in der gegenseitigen Beziehung und Abhängigkeit zwischen Natur und Mensch soll durch eine großzügige Reformatierung des herrschenden naturfernen Kulturbegriffs gestoppt werden.

Tutzinger Manifest

für die Stärkung der kulturell-ästhetischen Dimension nachhaltiger Entwicklung

Wir, die Unterzeichneten, rufen die Politik und alle am Jahrhundertprojekt Zukunftsfähigkeit beteiligten Akteure auf, sich beim "Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung" 2002 in Johannesburg für eine strukturelle Einbeziehung der kulturell-ästhetischen Dimension in die Strategien zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung einzusetzen.³⁹

Das Leitbild Nachhaltige Entwicklung beinhaltet eine kulturelle Herausforderung, da es grundlegende Revisionen überkommener Normen, Werte und Praktiken in allen Bereichen - von der Politik über die Wirtschaft bis zur Lebenswelt - erfordert. Nachhaltigkeit braucht und produziert Kultur: als formschaffenden Kommunikations- und Handlungsmodus, durch den Wertorientierungen entwickelt, reflektiert, verändert und ökonomische, ökologische und sozi-ale Interessen austariert werden.

In der 1992 auf dem "Weltgipfel Umwelt und Entwicklung" in Rio verabschiedeten Agenda 21 wurde als Strategie für eine zukunftsfähige Entwicklung das Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und Sozialem ausgearbeitet. Darüber hinaus hebt das Aktionsprogramm die Bedeutung der Partizipation aller Akteure hervor und enthält so eine richtungweisende Chance der Demokratisierung. Die Rio-Deklaration spricht in Artikel 21 bereits an einer Stelle die geistig-schöpferische Dimension an: "... die Kreativität, die Ideale und der Mut der jungen Menschen auf der ganzen Welt müssen mobilisiert werden". Gleichwohl werden Kultur

³⁹< www.soziokultur.de >Ursprung dieses Manifests ist eine Tagung zur "Ästhetik der Nachhaltigkeit", die vom 20.-22. April 2001 in der Evangelischen Akademie Tutzing stattfand. Veranstalter waren die Evangelische Akademie Tutzing, die Deutsche Gesellschaft für Ästhetik e.V., die anstiftung ggmbh, München, die Schweisfurth-Stiftung, München sowie Dipl.Ing. Werner Schenkel, 1. Direktor und Prof. beim Umweltbundesamt, Vorsitzender Wiss. Beirat REK Wittenberg, Anhalt, Bitterfeld. Die Teilnehmenden kamen zum einen aus dem gesamten Spektrum kreativer Gestaltung - aus Kunst, Architektur, Film, Design, Werbung, Stadt- und Landschaftsentwicklung - und zum anderen aus den Feldern Ökologie und Nachhaltigkeit.

und ästhetische Gestaltung nicht entsprechend ihren gesellschaftlichen Entwicklungspotenzialen berücksichtigt.

Die UNESCO-Konferenz zu Kultur und Entwicklung hat 1998 in Stockholm Nachhaltige Entwicklung als Grundlage für den Erhalt und die weltweite Förderung kultureller Vielfalt erkannt und anerkannt. Das erste Prinzip des in Stockholm verabschiedeten Aktionsplans "The Power of Culture" lautet: "Nachhaltige Entwicklung und kulturelle Entfaltung sind wechselseitig voneinander abhängig." In einer zunehmend spezialisierten Welt werden jedoch die erforderlichen Vernetzungen bisher nicht systematisch geleistet.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für unbedingt erforderlich, die Ansätze in den Agenda 21-Prozessen und in der Kulturpolitik zusammenzuführen. Das Konzept Nachhaltige Entwicklung kann und muss in der Weise vertieft und weiterentwickelt werden, dass es gleichberechtigt mit Ökonomie, Ökologie und Sozialem auch Kultur als quer liegende Dimension umfasst. Es geht darum, die auf Vielfalt, Offenheit und wechselseitigem Austausch basierende Gestaltung der Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als kulturell-ästhetische Ausformung von Nachhaltigkeit zu verstehen und zu verwirklichen. Eine Zukunftsperspektive kann in einer eng verflochtenen Welt nur gemeinsam gesichert werden. Globalisierung braucht interkulturelle Kompetenz im Dialog der Kulturen.

Wie sieht nachhaltige Entwicklung konkret aus? Gibt es ihr eigene Formen, Muster, Stile und ihr gemäße Materialien und Gestaltungsweisen? Wie lässt sich kreatives, auf Inspiration und Emotionalität, auf sinnlicher Wahrnehmung und Offenheit beruhendes Verhalten fördern? Wie können Menschen eigenwillig und eigensinnig ihre Werte leben? Worin unterscheiden sich nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsstile ästhetisch von den vorherrschenden nicht-nachhaltigen Produktions-, Arbeits- und Lebensformen?

Wenn Nachhaltigkeit attraktiv sein und faszinieren soll, wenn sie die Sinne ansprechen und Sinn vermitteln soll, dann wird die Kategorie Schönheit zum elementaren Baustoff einer Zukunft mit Zukunft, zu einem allen Menschen zustehenden Lebens-Mittel.

Für das Gelingen der Agenda 21 kommt es entscheidend darauf an, jene Akteurinnen und Akteure einzu beziehen, die über das Vermögen verfügen, Ideen, Visionen und existenzielle Erfahrungen in gesellschaftlich vermittelbaren Symbolen, Ritualen und Praktiken lebendig werden zu lassen. Damit erhöht sich die Chance, das Projekt Nachhaltigkeit - bis heute für viele ein reines Umweltprogramm - als eine Strategie zur Sicherung individueller Freiheitsentfaltung für die jetzigen und die zukünftigen Generationen erkennbar zu machen. In dem Maße, wie die Nachhaltigkeitsdebatte offensiv in Auseinandersetzungen mit dem Feld kultureller Praxis tritt, wird sie verstärkt öffentlich wahrgenommen, wächst ihre Attraktivität und ihr gesellschaftliches Prestige.

Daher fordern wir die Verhandlungsdelegationen auf, in Johannesburg den Grundstein für eine lebendigere Wechselbeziehung zwischen natur- und sozialwissenschaftlichen fundierten Strategien einerseits und kulturell-ästhetischer Gestaltungskompetenz andererseits zu legen. Die Weiterentwicklung der Agenda 21 sollte sich strukturell den Entwicklungspotenzialen von Kultur und Ästhetik öffnen. Erst dann gewinnt Nachhaltigkeit die ihr gemäßen Formen

Der Anpassungsdruck für lokale Kulturen steigt durch zwei Herausforderungen, einmal durch die Globalisierung und zum zweiten durch die Konkurrenz anderer Kulturen um die Geltung und Zukunftsfähigkeit von sozio-politischen Mustern und Deutungs-, Produktions-, Lebens- und Konsummuster. Das führt zu Konflikten zwischen den Kulturen, die unter den Überschriften „The Clash of

Civilizations“ (Huntington, 1996), Jihad vs. McWorld (Barber 1996) oder „Ethnozentrismus“ (Brocker / Nau 1997) systematische Bearbeitung fanden.

Dieter Senghaas geht noch einen Schritt weiter und konstatiert unter den Bedingungen der Neuen Interdependenzen eine „Konflikt der Kulturen mit sich selbst“ (Senghaas, 1998). Sollten Kulturen lernen, friedlich zu koexistieren – die „Kernforderung zivilisierten Zusammenlebens innerhalb von Gesellschaften und zwischen ihnen“ – dann wäre das ein Ergebnis eines „kollektiven Lernprozesses wider Willen.“ Politisierte Identitäten seien nicht auf Koexistenz, sondern auf hegemoniale Machtansprüche ausgelegt. Intoleranz sei in solchem Zusammenhang ursprünglicher als Toleranz: „Der beste Beleg hierfür ist die westliche Welt selbst, die erst als Ergebnis eines langen Zivilisierungsprozesses Koexistenz als Leitperspektive zu begreifen gelernt hat.“

Neben diesen Konflikten im Rahmen der Globalisierung kommt es auch zu Konflikten im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung. Wo kulturelle Gewohnheiten wie Produktions-, Lebens- und Konsummuster, ja sogar soziopolitische Muster umgestellt werden müssen, kommt es zu Verteilungskämpfen und Macht- und Interessenkonflikten zwischen und in einzelnen Kulturen, von denen nur gehofft werden darf, dass sie pro-aktiv im Rahmen von friedlichen Konferenzen gelöst werden.

7.4 Kultur als Fundus der nachhaltigen Gestaltung der Neuen Interdependenzen

Kultur steht nicht nur im Fokus einer nachhaltigen Gestaltung, sondern sie ist gleichzeitig auch der Fundus ihrer – in diesem Sinne reflexiven – Selbsterneuerung. Zu fragen ist dabei, wie in verschiedenen Kulturen das Problem nicht-nachhaltiger Entwicklung wahrgenommen und interpretiert wird (Interpretations- und Deutungsmuster, Problembewusstsein), welche Erfahrungen einzelne Kulturen mit nachhaltigen Praktiken bereits gemacht haben (Produktions-, Konsum- und Lebens- und soziopolitische Muster) und welche Kommunikations- und Ausdrucksmuster sich bewähren, um im Sinne nachhaltiger Entwicklung für Veränderungen zu sorgen. Ein besonderer Fokus dürfte dabei wiederum auch auf den Kulturtechniken liegen, die nachhaltige Entwicklung ermöglichen (vom einfachen Kalender bis zu politischer Verfahrens- und Konfliktlösungskompetenz).

Verschiedene kulturelle Erfahrungsschätze können in einer vernetzten Welt zu mehr dezentralen Lern- und Entscheidungsprozessen genutzt werden. *Good-Practice*-Sammlungen und *benchmarking* sind dabei nur der Anfang einer intelligenten Vernetzung der Anstrengungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Weitere Schritte sind die Reflektion und Relativierung eigener historischer und soziokultureller Bedingtheiten im Spiegel anderer Kulturen sowie die Schärfung der eigenen Wahrnehmung mit Hilfe der fremden Wahrnehmung.

Damit einher geht sowohl eine Aufwertung als auch eine Relativierung des Wissens. Welches Wissen wann gebraucht wird, ist nicht abzusehen. Aber dass Wissen multiperspektivisch gewonnen wird, ist ebenso eine Grundkonstante nachhaltiger Wissensgenerierung wie der Versuch, anhand von Krisenszenarien und Leitbild-Diskussionen die Zukunft zu planen und abzuschätzen. Inwieweit hier das moderne Bild der Machbarkeit den (bei Praktikern ohnehin gedämpften) Optimismus einer pro-aktiv gestaltbaren Zukunft prägt, ist freilich kritisch zu hinterleuchten.

Eine grundsätzliche kulturelle Umorientierung – so sie denn für nötig befunden würde – wird immer an bestehenden Mustern anknüpfen und sie lediglich neu ausrichten, reprojektieren oder neu interpretieren. Die Erfahrung zeigt, dass dies selbst dann der Fall wäre, wenn eine Revolution stattfände. Grundsätzliche Muster der Selbstinterpretation – beispielsweise heilsgeschichtlicher, messianischer oder apokalyptischer Art – bleiben über lange Zeit konstant, nur ihre Inhalte ändern sich. Aber selbst der Kanon regulativer Ideen der europäischen Kulturen – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Respekt vor der Schöpfung – bilden leicht eine Brücke zur neuen Idee der Generationengerechtigkeit. Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung auch für kommende Generationen (liberal), Solidarität mit kommenden Generationen (sozialdemokratisch), Bewahrung der Schöpfung (konservativ) – eine Brücke zu schlagen, fällt so verdächtig leicht, dass im Dialog mit anderen Kulturen zu klären sein wird, ob Generationengerechtigkeit nicht bloß eine europäische Idee ist.

7.5 Kultur und Politik

Eine "nachhaltige Gesellschaft" wird - analog einer freiheitlichen oder solidarischen Gesellschaft - bestimmte "Gewohnheiten des Herzens" (Tocqueville) ausbilden, die auf der Ebene der Einstellungen und Werte sowie des Verhaltens betrachtet werden können. Ein von Herz / Schwab-Trapp (1997) in Bezug auf den Umgang mit der Vergangenheit entwickeltes Verständnis politischer Kultur könnte fruchtbar für das Verständnis der Rolle normative Einstellungen und ihrer Auswirkungen auf die Politik sein. Sie gehen davon aus, dass politisches Handeln als Konfliktbehandlung bzw. -regulierung zu beschreiben ist, wobei Bedürfnisse und Interessen im politischen Handeln einer Bewertung und Hierarchisierung unterzogen würden. Ähnlich wie Münkler (vgl. oben) begreifen sie Politik als Selbstausslegung und Kampf um Deutungsmacht: „Alle Formen politischen Handelns setzen Prioritäten und sind in ihrem Handeln konfrontiert mit den Erwartungen bestimmter Gruppen, die ihre Interessen politisch zu verwirklichen trachten (...) Politisches Handeln bedarf daher immer der Begründung gegenüber einem Publikum und ist gekoppelt an entsprechende Deutungsmuster der Realität.“ Die Logik politischen Handelns vollzieht sich im Kampf um Deutungsmacht: „Im Kampf um die kollektive Geltung verhandeln die politischen Akteure um die Legitimität ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen politischen Handlungen.“ In Rückgriff auf ein von J.C. Alexander entwickeltes Konfliktschema stellen Herz / Schwab-Trapp drei Ebenen eines politischen Konfliktes dar:

1. die Ebene von Zielen, Macht und Interesse (Durkheims "Profanes und Alltägliches", Gegenstand des politischen Alltags)
2. die Ebene der Normen, die aus Konventionen, Gebräuchen und Gesetzen besteht
3. die Ebene der Werte, die "allgemeine und elementare Aspekte der Kultur" umfasst

Die beiden letztgenannten Ebenen sind Bereiche, die gemeinhin mit einem Alltagsverständnis von Kultur assoziiert werden, und deren Interpretations- und Deutungsmuster immer wieder auf die Ebene der Interessen übersetzt werden müssen, um verhandelbar und durchsetzbar zu werden. Aleida Assmann spricht im Zusammenhang von (2) vom „Kollektivgedächtnis“, welches von politischen Konflikten vornehmlich betroffen ist. Ebene (3) verbindet sie mit dem „kulturellen Gedächtnis“ (Assmann / Frevert, 1999, 49-50). Herz / Schwab-Trapp kommentieren: „Diese Konfliktebenen entsprechen verschiedenen Stufen der Generalisierung: von den Zielen über die Normen zu den Werten werden Konflikte generalisiert.“

Im Kampf um Deutungsmacht schließen sich die Akteure an bereits bestehende Deutungsmuster an und re-interpretieren sie. Die Aufgabe einer sich normativ auf die Nachhaltigkeit verpflichtenden politischen Theorie oder Philosophie wäre es, Verbindungslinien der für Nachhaltigkeit nutzbaren Traditionsbestände im kulturellen und kollektiven Gedächtnis für heutige Politik nachzuzeichnen und ins Schaufenster der Öffentlichkeit zu stellen. Politische Theorie und politische Kulturforschung müssten untersuchen, welche Konflikte und Mechanismen auf der Ebene von Normen und Werten auftreten und inwieweit Politik auf Transformationsprozesse auf diesen Ebenen überhaupt einwirken kann. Insofern als es hierbei auch in symbolische Politik geht, sind Anknüpfungspunkte zu bestehenden Forschungen gegeben (etwa Voigt 1989 oder Bergem 1993).

Teil II

Konfliktfelder

8 Einführung

Das Konzept der Nachhaltigkeit lässt sich als eine – produktive - Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen bzw. sozio-kulturellen Aspekten begreifen⁴⁰ Im globalen Kontext entstehen eine Vielzahl weiterer Konfliktfelder, von denen im Folgenden eine Reihe ausgewählt und diskutiert werden.

Die thematisierten Konfliktfelder beziehen sich alle auf die in Teil I skizzierten Probleme der Sustainable Global Governance. Sie zeichnen sich durch folgende Querschnittsaspekte aus:

- Phänomen der Globalisierung - internationale Dimension der Nachhaltigkeit
- Nachhaltigkeit als Kulturkonzept - Nachhaltigkeit als eine Herausforderung für den interkulturellen Dialog
- Demokratie und Partizipation als mit der Nachhaltigkeitskonzeption in Verbindung gebrachte Werte
- Debatte um neue Formen der politischen Steuerung (New Governance) in der globalisierten Welt

Die Konfliktfelder sind eng miteinander verknüpft. Sie beziehen sich nicht auf unterschiedliche Themenfelder, sondern sie ergeben sich durch die jeweilige Fragestellung bzw. Perspektive, aus der das Themenfeld betrachtet wird. Inwieweit es sich um tatsächliche oder um konstruierte Konfliktfelder handelt, bleibt zunächst offen und ist im Zuge der Diskussion der einzelnen Konfliktfelder zu klären.

⁴⁰ Zudem gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Nachhaltigkeitskonzeption. Gerken und Renner (1996, 33-45) unterscheiden neben der in Teil I skizzierten Debatte um die Zahl der zu integrierenden Säulen sechs weitere Kategorien (stark – schwach; effizienzorientiert vs. suffizienzorientiert, emissions- versus immissionsorientiert, anthropozentrisch vs. ökozentrisch, pragmatisch vs. aufklärerisch sowie hoheitlich vs. kooperativ).

9 Konfliktfeld I: Wachstum versus neue Kultur der Genügsamkeit

Wachstum versus neue Kultur der Genügsamkeit

Brauchen wir einen Quantensprung in der Ressourceneffizienz oder (darüber hinaus) ein neues Verständnis von Wohlfahrt, das immateriellen Gütern eine höhere Priorität einräumt, um Nachhaltigkeit zu erlangen?

Das hier genannte Konfliktfeld wird vielfach auch mit dem Begriffspaar „Effizienz(revolution)“ versus „Suffizienz(revolution)“ beschrieben. Angesprochen ist hiermit die Frage, ob eine – im Hinblick auf die ökologische Säule der Nachhaltigkeit unabdingbare – Minderung des Ressourcenverbrauchs durch eine Steigerung der Ressourceneffizienz zu erreichen ist. Oder ob es, wie etwa der ehemalige Präsident von Greenpeace International, Thilo Bode, jüngst noch einmal bekräftigte⁴¹, einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Produktions- und Konsummuster bedarf, die in letzter Konsequenz einen Verzicht auf materiellen Wohlstand bedeuten würde.

Das Konfliktfeld ist hier noch weiter gefasst: Angesprochen ist auch die Frage, ob die grundsätzliche Wachstumsorientierung, die in der Forderung nach Umweltschutz und Entwicklung anklingt, überhaupt mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist. Kann Wirtschaftswachstum unsere Umweltprobleme lösen? Und bedarf es in der globalen Nachhaltigkeitsdebatte eines differenzierteren Umgangs mit dem Begriff der „Entwicklung“, der den Bedingungen der (zweiten) Moderne angepasst ist und der sich von dem Fortschritts- und Machbarkeitsglauben aus der Zeit des Wirtschaftswunders (der ersten Moderne) distanziert?

Folgende Punkte werden thematisiert und in Zusammenhang gestellt:

- Effizienzrevolution: Faktor 4 bzw. Faktor 10-Konzepte (Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Friedrich Schmidt-Bleek)
- Rebound-Effekt als Begründung für Neue Wohlstandsmodelle
- Inverser Zusammenhang zwischen Einkommen und Umweltschutz für „entwickelte“ Volkswirtschaften? (Environmental Kuznets Curve)
- Kritik am „westlichen“ Konzept der „Entwicklung“ (Wolfgang Sachs)
- Kultur als entscheidende Variable?

⁴¹ Auf der Tagung „im dialog“ des Forums Nachhaltige Entwicklung (econsense) in Berlin am 16. April 2002.

9.1 Eine radikal marktwirtschaftliche Sicht: Wachstum als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung

Marktwirtschaft, Wettbewerb und Innovation sind wichtige Bausteine einer Strategie für nachhaltige Entwicklung. Nach Berechnungen des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie bedarf es einer Steigerung der Ressourcenproduktivität um einen Faktor 4 (global) bzw. um einen Faktor 10 (für die Industrieländer), um die Wirtschaft auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschwenken und zugleich eine angemessene Wohlfahrtssteigerung zu erzielen.⁴² Die hierfür notwendigen Potenziale für Effizienzsteigerungen seien durchaus vorhanden. Die Ressourcenproduktivität liegt in den Entwicklungs- und Schwellenländern um ein Vielfaches niedriger als in den Industriestaaten. Hinzu kommt: Vieles spricht dafür, dass die Ressourceneffizienz auch in den Industriestaaten um ein Vielfaches gesteigert werden kann. Auch hier gibt es ein weites Feld für Ressourceneffizienz steigernde Innovationen.

Problematisch ist der sogenannte „Rebound-Effekt“. Dieser bezeichnet den empirisch festgestellten Zusammenhang, dass Ressourceneffizienzsteigerungen in vielen Bereichen – etwa im Verkehr – durch den Mengeneffekt überkompensiert werden, so dass absolut gesehen der Ressourcenverbrauch weiter steigt. Wenn Nachhaltigkeit eine absolute Minderung des Ressourcenverbrauchs erfordert, ist der Rebound-Effekt ein Problem, das nicht ignoriert werden darf und kann.

Das Problem des Rebound-Effekts wird nach Auffassung von Ökonomen aufgrund eines empirisch beobachtbaren Zusammenhangs relativiert. Dieser ist unter dem Begriff der „Environmental Kuznets Curve“ bekannt geworden.⁴³ Demnach besteht für sehr viele Länder ein eindeutiger empirischer Zusammenhang zwischen dem Einkommen und dem Grad der Umweltverschmutzung. Der empirische Zusammenhang stützt die These, dass Volkswirtschaften im Laufe ihrer Entwicklung verschiedene Phasen durchwandern. Die Umweltverschmutzung nimmt zunächst zu; ab einem bestimmten Einkommen nimmt sie dann wieder ab.

Der Rebound-Effekt wäre demnach in zweifacher Hinsicht zu relativieren: In den prosperierenden Industrieländern scheint demnach der Umweltverbrauch (der letztlich mit dem Grad der Umweltverschmutzung positiv korreliert ist) letztlich auch in einer wachsenden Wirtschaft zurück zu gehen. In den Entwicklungsländern nimmt der Ressourcenverbrauch zwar im Zuge einer aufholenden Entwicklung stark zu; dies wäre jedoch im Kern als ein vorübergehendes Phänomen zu sehen.

⁴² Ernst Ulrich von Weizsäcker bringt diese Botschaft auf den Punkt mit dem Schlagwort „Faktor Vier – doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch“ (Weizsäcker/Lovins/Lovins 1995).

⁴³ Für einen Einstieg in die Diskussion vgl. das Discussion Paper von James Andriani und Arik Levinson (2000) <http://www.georgetown.edu/faculty/aml6/pdfs&zips/crusoe.pdf>

„Umweltqualität“ wäre demnach als ein „Luxusgut“ aufzufassen, dem dann eine hohe Priorität eingeräumt wird, wenn es den Menschen wirtschaftlich gut geht, d.h. die – in der Bedürfnishierarchie – weiter oben angesiedelten Bedürfnisse befriedigt sind.⁴⁴

Die Schlussfolgerung ist eindeutig: Wirtschaftswachstum ist Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Schaffung marktwirtschaftlicher Institutionen, die Liberalisierung von Märkten sowie die Schaffung von kreativen Freiräumen für Innovationen sind demnach die entscheidenden Schritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Die ärmsten Länder, so die klare Botschaft, können sich ineffiziente Wirtschaftssysteme am wenigsten leisten. Gerade sie müssen mit ihren knappen Ressourcen ökonomisch wirtschaften, um die Bevölkerung mit den wichtigsten Gütern und Diensten zu versorgen.

Nachhaltigkeit erfordert demnach primär eine Liberalisierung der Weltmärkte. Dadurch werden Ineffizienzen abgebaut, produktive Kräfte freigesetzt, Ressourcen effizient genutzt und Privilegien zugunsten von gut organisierten Interessengruppen (in Demokratien) sowie zugunsten der herrschenden politischen Klasse (in Nicht-Demokratien) abgebaut. Freihandel ist die Basis für eine Weltgesellschaft, die sich – in den Worten des US-amerikanischen Philosophen John Rawls – als Unternehmung zur Realisierung wechselseitiger Vorteile beschreiben lässt. Überdies sichern Märkte dieser ökonomischen Logik zufolge Nachhaltigkeit nicht nur über die Entfaltung produktiver Kräfte, die Verteilungskonflikte lindern helfen. Staaten, die miteinander handeln, führen in aller Regel keinen Krieg gegeneinander.

Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg

– Globalisierung als Unternehmen zum wechselseitigen Vorteil

In den 1990er Jahren war die politische Diskussion in vielen OECD-Ländern von der Sorge einer schwindenden nationalen Wettbewerbsfähigkeit geprägt. In seinem Buch „Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg - Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen“ hält der US-amerikanische Ökonom **Paul Krugman** (1999) die These der internationalen Wettbewerbsfähigkeit schlicht für falsch und folglich auch das Niveau der Diskussion über Weltwirtschaftsfragen für "erbärmlich". Nicht Volkswirtschaften stehen im Wettbewerb miteinander, sondern einzelne Unternehmen. Gibt es in einem Land viele erfolgreiche Exporteure, dann führt dies (bei freien Wechselkursen, ansonsten laufen Anpassungsprozesse über das Preisniveau) mittelfristig zu einer Aufwertung der eigenen Währung, was die Wettbewerbssituation der spezifischen Branche erschwert. Auch die Vorstellung, Globalisierung und Verschiebung der Produktion in billigere Länder würde uns Arbeitsplätze wegnehmen, widerlegt Krugman. Der These, dass in globalen Wirtschaftsbeziehungen der Gewinn des einen den Verlust des anderen bedeutet, erteilt Krugman eine klare Absage, denn "der internationale Handel ist kein Nullsummenspiel".⁴⁵

⁴⁴ Diese Sichtweise ist stark umstritten. Zu den Gegenargumenten, die etwa im Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung (2002) aufgeführt werden, siehe unten.

⁴⁵ Siehe auch Krugman/Obstfeld (1999); (Gerken 1999).

Grundlage für diese positive Sicht der wirtschaftlichen Globalisierung ist auch heute noch das Werk des Begründers der klassischen ökonomischen Theorie, **Adam Smith**. In seinem 1776 veröffentlichten Buch „Wohlstand der Nationen“ legt Smith die Vorteile einer arbeitsteiligen Wirtschaft dar. Die Ausweitung des Marktes eröffnet neue Tauschmöglichkeiten, da aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen es attraktiv wird, sich auf die Produktion jener Güter und Dienste zu spezialisieren, bei denen die Anbieter einen komparativen Vorteil haben. Die Vielfalt der Ausgangsbedingungen sind Voraussetzung für Handel und somit für die Realisierung von Tauschgewinnen.

Die klassisch-liberale ökonomische Theorie wurde von verschiedener Seite erweitert. Friedrich August von Hayek hat en detail herausgearbeitet, dass Märkte als eine dezentral koordinierte „spontane Ordnung“ das Wissen der einzelnen Menschen bestmöglich nutzt. Staatlicher Dirigismus läuft Gefahr, das Wissenspotenzial brach liegen zu lassen (1945/52).

Während die oben zitierten Autoren alle darin übereinstimmen, dass funktionsfähige Marktwirtschaften einen bewusst zu gestaltenden Rahmen benötigen, lehnen dies ultra-libertäre Ökonomen – allen voran die in die USA emigrierten „**Neo-Austrian**“ um Murray Rothbard und Israel Kirzner - ab. Aus der Beobachtung, dass auf Märkten die betroffenen Parteien freiwillig handeln, zieht diese Schule den Schluss, dass diese auch den (Rahmen-) Bedingungen, unter denen die Markttransaktionen stattfinden, freiwillig zustimmen könnten. Dies ist aber keineswegs logisch zwingend. Im Gegenteil: Die Welt ist gespickt von sozialen Dilemmata, die dazu führen, dass das – individuell rationale – Handeln der Menschen sehr oft gerade nicht zu dem Ergebnis führt, das die Beteiligten angestrebt hätten, wenn sie sich vorab gemeinsam auf die Spielregeln hätten verständigen können. Wenn Verhaltensänderungen, die mehr Umweltschutz, einen besseren sozialen Zusammenhalt oder anderes für den Einzelnen mit Kosten verbunden sind, lassen sich solche Ziele nur durch eine wechselseitige Selbstbindung aller (über veränderte Spielregeln, d.h. über die Gestaltung der institutionellen Rahmenordnung) erreichen - zum wechselseitigen Vorteil Aller. In dieser vertragstheoretischen Sicht gewinnt das bereits von Kant (1793) als „Probierstein der Rechtmäßigkeit“ angesehene Kriterium der Verallgemeinerbarkeit an Bedeutung.

Dieser Ansatz wurden in den letzten 50 Jahren von der verfassungsökonomischen Schule um **James Buchanan** weiter entwickelt und findet deutliche Parallelen im deutschen Ordoliberalismus **Walter Euckens** (Stichwort: Ordnungspolitik).⁴⁶ Die Zustimmungsfähigkeit aller betroffenen Bürger ist demnach das einzig legitime Kriterium zur Beurteilung der Qualität einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eine „verfassungslose“ Weltwirtschaft, eine „ungezügelter“ globaler Wettbewerb wird daher von Ordoliberalen wie auch von den Verfassungsökonomern gleichermaßen abgelehnt.⁴⁷ Diese Position ist in ihren Grundzügen in Europa weitgehend Konsens. Auch der BDI lobt in seinem Außenwirtschaftsreport „Globalisierung gestalten“ vom 15. April 2002 die ersten, noch zarten Ansätze für eine globale Wettbewerbspolitik in Form eines Kooperation nationalstaatlicher Wettbewerbsbehörden in einem „International Competition Network“ (BDI 2002, S. 6).

Die (neo-)klassische Wirtschaftstheorie legt nicht nur im Hinblick auf die Lösung von Umweltproblemen eine positive Sicht nahe, sondern auch im Hinblick auf die Frage der Einkommensverteilung.

⁴⁶ Vgl. hierzu exemplarisch Buchanan (1991; 1993) sowie Vanberg (1986).

⁴⁷ Für einen Überblick über die ordnungsökonomische und verfassungsökonomische Theoriediskussion und ihre Bezüge zu ordoliberalen Politikkonzeptionen siehe Renner (2002).

lung. In einem liberalisierten Weltmarkt werden sich die Einkommen der Volkswirtschaften in der Tendenz annähern. Der freie Verkehr von Gütern, Kapital und Wissen (Technologien) sorgt dafür, dass wirtschaftliche Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie die größte Produktivität entfalten können. Arme Staaten können über niedrige Löhne (und niedrigen Umwelt- und Sozialstandards) legitime Wettbewerbsparameter zu ihren Gunsten einsetzen und auf diese Weise Kapital anziehen (Gerken/Renner 1996). Voraussetzung ist freilich die Existenz marktwirtschaftlicher Institutionen. Wo ein verlässlicher Rahmen fehlt, können potenzielle Tauschgewinne nicht realisiert werden. Die Transaktionskosten (zur Absicherung von Risiken, zur Informationsgewinnung etc.) sind dann zu hoch.

Die Konvergenz beruht nicht zwingend auf „Armut“- bzw. „Wohlstands“-Migration. Freie Mobilität von Arbeit ist nicht zwingend eine Voraussetzung für die Konvergenz der Einkommen im Wachstumsprozess. Sie lässt sich durch die Mobilität von Kapital und Wissen (im Sinne von Technologien) substituieren. Vielmehr kann Mobilität von Arbeit den Konvergenzprozess umkehren, wie das empirisch beobachtbare Phänomen des „brain drain“ belegt.

Die empirischen Daten zeigen, dass die Kluft zwischen Reich und Arm weltweit sich in den letzten 10 Jahren – entgegen der in Rio 1992 geäußerten Hoffnung – weiterhin verschärft hat. Abgenommen hat sie innerhalb der Europäischen Union sowie zwischen den Industriestaaten und den „Globalisierungsneulingen“ in Südostasien, die bis zu Beginn der Asienkrise überaus hohe Wachstumsraten aufgewiesen hatten, nicht jedoch zwischen den Industriestaaten und den Least Developed Countries, die weitgehend vom Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung ausgeschlossen blieben.

Zwei Anmerkungen sind erforderlich, um die hier nachgezeichnete Argumentation für eine wachstumsorientierte Nachhaltigkeitsstrategie nicht fehl zu leiten:

- Dass das Sozialprodukt ein schlechter, bisweilen sogar vollkommen ungeeigneter, Indikator für den Wohlstand eines Landes ist, ist hinreichend bekannt. Hat der Indikator für entwickelte Volkswirtschaften seine Schwächen (so steigern Unfälle beispielsweise in aller Regel das Sozialprodukt), gilt dies um ein Vielfaches mehr für „unterentwickelte“ Länder, bei denen ein erheblicher Teil der Produktion außerhalb von Märkten stattfindet und daher auch nicht erfasst wird (Stichwort: Subsistenzwirtschaft).
- Unstrittig ist zweitens, dass Wachstum nicht zwingend quantitatives Wachstum bedeuten muss. Wachstum im Sinne von Wohlstandsmehrung setzt an den Präferenzen der Menschen an, nicht an einem materiellen Wohlstandsberg an Konsumgütern. Wie hingegen eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs erreicht werden kann (und wie stark dieser erfolgen muss, um rechtzeitig Substitute für nicht-erneuerbare Ressourcen zu entwickeln), ist eine offene Frage.

An diesem zweiten Punkt setzten Autoren an, die ein neues Verständnis von Wohlstand, eine neue „Kultur“ im Umgang mit Ressourcen, aber auch mit Zeit und Raum, verlangen. Effizienzsteigerungen sind eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Nachhaltigkeit. Oder wie Wolfgang Sachs es einmal formulierte: „Ein tollkühner Optimist, wer glaubt, dass ein solches Ziel mit bloßen Effizienzsteigerungen erreicht werden könnte“ (Sachs 1993, 69).

9.2 „Wie im Westen so auf Erden“ - Die Kritik am modernen Entwicklungs- und Fortschrittsgedanken⁴⁸

Die Forderungen nach veränderten Wirtschafts- und Lebensstilen gewinnen insbesondere im Kontext der Globalisierungsdebatte an Brisanz. Die westlichen Konsummuster sind in einem globalen Maßstab nicht reproduzierbar; ihr „ökologischer Rucksack“ ist zu groß, als dass die natürlichen Ressourcen des Planeten Erde hierfür ausreichen würden.⁴⁹ Zugleich streben die Entwicklungsländer eine starke wirtschaftliche Entwicklung an. Die Frage nach neuen Wohlstandsmodellen verknüpft sich dabei mit Strategien einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einer dahingehenden Entwicklung (vgl. Brand 2001, S.4; detaillierter dazu siehe 13.3).

Die einseitige Orientierung der „Entwicklungsländer“ am Ziel der Entwicklung wird von verschiedenen Seiten scharf kritisiert. Zwar sei es richtig, dass man seit Rio die globalen Umweltprobleme in Verbindung mit den Problemen der armen Länder diskutiere. Nachhaltigkeit habe immer auch mit intra-generativer Gerechtigkeit zwischen Reich und Arm zu tun. Die Fokussierung auf wirtschaftliches – das heißt letztlich: auf monetär messbares – Wachstum führe jedoch die Diskussion auf eine falsche Fährte. Sie führe das Ziel der Stabilisierung ökologischer Systeme ad absurdum. Der Export „westlicher“ marktwirtschaftlicher Institutionen löse das Armutsproblem nicht. Dort, wo Völker in einer engen Symbiose mit der Natur lebten, laufe die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen Gefahr, die natürliche Ressourcengrundlage und damit die Einkommensbasis zu zerstören – es sei denn, eine entsprechende Rahmenordnung verhindere die ökologischen und sozialen externen Effekte der „kapitalistischen“ Wirtschaftsordnung.

In seinem Beitrag „Development: The Rise and Decline of an Ideal“ macht Sachs (2000) seine Kritik an dem Begriff der „Entwicklung“ fest. Nachhaltigkeit werde unüberlegt und vorschnell mit (nachhaltiger) Entwicklung gleichgesetzt. Der Begriff der Entwicklung sei überaus problematisch. Die Einteilung der Welt in „entwickelte“ und in „unterentwickelte“ Staaten⁵⁰ fördere eine Sichtweise, nach der

⁴⁸ Die Kritik wird beispielhaft an den Arbeiten von Wolfgang Sachs festgemacht.

⁴⁹ Diesen Punkt hat insbesondere Ernst-Ulrich von Weizsäcker ausgearbeitet (Weizsäcker/Lovins/Lovins 1995; Weizsäcker 1997); zum Konzept des „ökologischen Rucksacks“ siehe auch Hinterberger/Luks/Stewen (1996).

⁵⁰ Diese Einteilung führt Sachs (2000) auf eine Rede Harry S. Trumans vor dem US-amerikanischen Kongress 1949 zurück.

Staaten auf einer eindimensionalen Achse allein im Hinblick auf ihre Wirtschaftskraft verglichen werden.

„In the light of the concept ‚development‘ all peoples on the globe appear to move along one single road. The lead-runners show the way; they are at the forefront of social evolution, indicating a common destination even for countries which had highly diverse trajectories in the past“ (Sachs 2000, 4)

Das Konzept der „Entwicklung“ werde der Vielfalt unterschiedlicher Kulturen nicht gerecht. Stattdessen werde unterstellt, es könne für Gesellschaften kein anderes Ziel als die Anhäufung von Kapital geben. In diesem Konzept erscheine alles, was nicht dem Oberziel Wachstum dient als ineffizient, kontraproduktiv und unnützlich. An die Natur angepasste (indigene) Völker, denen marktwirtschaftliche „Werte“ wie Eigentum, Individualismus, Fortschritt, Wachstum und Kapitalakkumulation fremd sind, gelten als rückständig. Für zyklische Wirtschafts- und Lebensrhythmen, für Religion und Mystik ist in dem vorherrschenden Marktmodell kein Raum, es sei denn, die Elemente leisten einen Beitrag für die Effizienz des Wirtschaftssystems.⁵¹ Es sei ein Irrweg zu glauben, Nachhaltigkeit könne durch eine 1:1 Übertragung des westlichen Fortschritts- und Entwicklungskonzepts auf alle Länder der Welt erreicht werden.

Vielmehr gelte es, die Rechte der „local communities“ in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu stärken. Eine Rahmenkonvention, welche den Bewohnern stärkere Rechte einräumt, die Zerstörung der natürlichen Ressourcengrundlagen durch Bergbau oder Ölförderung zu verhindern, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Politische Selbstbestimmung und fairer – statt freier – Welthandel sind wichtige Säulen einer zukunftsfähigen Weltgesellschaft.⁵²

Die grundsätzliche Kritik am westlichen Entwicklungs- und Fortschrittsgedanken, auf die Sachs seine Analyse stützt, spielt in der aktuellen Diskussion eine nachgeordnete Rolle. Gerade die Entwicklungsländer erheben mehr oder weniger unisono die Forderung nach „mehr Wachstum“. Die Frage, ob wirtschaftliches Wachstum wünschenswert ist, wird im Rio-Prozess kaum diskutiert. Wie auf der Konferenz „Financing for Development“ in Monterrey eindrücklich bestätigt wurde, steht die Frage des „wie“ im Vordergrund. Wie kann den Entwicklungsländern bei ihrem Anliegen, möglichst rasch die „verlorenen Jahrzehnte“ wettzumachen, geholfen werden, d.h. wie können Wachstumsprozesse gefördert werden. Wie Sachs (1997) zynisch bemerkt, scheint der Rio-Prozess mehr dem Ziel der Entwicklungssicherung als dem Ziel der Umweltsicherung verpflichtet zu sein. Am deutlichsten komme diese Sichtweise im World Development Report der Weltbank aus dem Jahre 1992 zum Ausdruck. Nachhaltig-

⁵¹ Ähnlich auch der Ethnologe Dieter Kramer: Den Zyklen der Jahreszeiten folgende Lebensformen bedeuteten für die Moderne eine Verschwendung von Zeit, Arbeitskraft und Gütern. Modernisierungsstrategien, die Fortschritt und Wachstum als nicht in Zweifel gezogene Ziele setzen, verbannten jene Kulturen und Lebensweisen, die dem nicht folgen wollen, als ‚geschichtslose Völker‘ auf den ‚Müllhaufen der Geschichte‘ (Kramer 2000).

⁵² Vgl. hierzu die Forderungen im Johannesburg-Memorandum (Heinrich Böll Foundation 2002).

tigkeit wird darin schlicht als eine Entwicklung definiert, die immerwährend andauert („development that lasts“; World Bank 1992, 34).

Die Schlussfolgerungen, die sich aus dem – strittigen – Befund der „Environmental Kuznets Curve“ ergeben, käme den politischen Akteuren sehr entgegen. Die Suche nach Lösungswegen fokussiere bislang einseitig auf effizienzorientierten Strategien (Stichwörter: Technologietransfer, Joint Implementation). Die unangenehme „Wahrheit“, dass die reichen Staaten ihre Konsummuster verändern müssen, werde in den internationalen Verhandlungen meist nicht ausgesprochen. Dies müsse sich nach Wolfgang Sachs ändern: „In Zukunft ruft der Wunsch nach Gerechtigkeit nicht zuerst nach Armutsbekämpfung, sondern nach Reichtumsbekämpfung. Denn nach dem Entwicklungszeitalter erfordert die Idee der Gerechtigkeit in erster Linie, Überentwicklung zu reformieren und jenes Zivilisationsmodell in Frage zu stellen, das der globalen Konsumentenklasse lieb und teuer ist. Die klassische Idee der Gerechtigkeit war nie mit Wachstum, sondern immer mit der Suche nach dem rechten Maß verbunden“ (Sachs 1998).

Nachhaltigkeit ist demnach ganz entscheidend eine Frage der Kultur. Präferenzen bilden sich nicht im luftleeren Raum; sie sind kulturell geprägt und sind keineswegs unverrückbare Fixpunkte (wie es die ökonomische Theorie bisweilen nahe zu legen scheint). Lebensglück, so hatten bereits die Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft argumentiert, hängt nicht 1:1 von materiellem Wohlstand ab.⁵³ Die gleiche Botschaft ist auch heute unvermindert aktuell. Mit der unter Federführung von Reinhard Loske und Raimund Bleischwitz am Wuppertal Institut erarbeiteten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) wurde diese – im Kern alte – Botschaft auf den aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs übertragen. Nachhaltigkeit ist damit primär ein „Kulturkonzept“, das auf eine kritische Selbstreflexion des eigenen Lebensstils und der zugrunde liegenden Werte abzielt. Nachhaltigkeit erfordert demnach eine Vielzahl an Foren, die Raum für Reflexionen geben sowie Freiräume, den eigenen Lebensstil losgelöst von den Zwängen der „Normalarbeit“ zu verwirklichen.

⁵³ Vgl. hierzu Wilhelm Röpke: „Die Unkritischen begreifen nicht, wo den Menschen der Schuh drückt, trotz gekachelten Badezimmern, Asphaltstraßen und Fernsehapparaten. Sie können nicht umhin, auf Schritt und Tritt festzustellen, dass Unzufriedenheit und Unbehagen nur noch mit der Fülle der Güter zu wachsen scheinen, die auf materiellen Genuss berechnet sind, und im umgekehrten Verhältnis zu dem Glück stehen, das man sich von ihnen erwartet. Aber sie sind außerstande, die tieferen Gründe dieser scheinbaren Paradoxie zu verstehen“ (Röpke 1958/79, 118); ganz ähnlich auch Alfred Müller-Armack (1960/76). Ausführlich hierzu Renner (2002).

9.3 Fazit: Relativierung der Kritik am Wachstums- und Entwicklungsgedanken aus Sicht der „zweiten Moderne“?

Das der in der Folge des Weltgipfels für „Umwelt und Entwicklung“ bzw., aus Sicht der Länder des Südens, für „Entwicklung und Umwelt“⁵⁴ geführten Debatte zugrunde liegende Wachstums- und Fortschrittsdenken ist keineswegs so eindeutig zu verorten, wie Wolfgang Sachs es unterstellt.

In der Abschlusserklärung der Konferenz für Entwicklungsfinanzierung im März 2002 in Monterrey konnten die USA ihren Formulierungsvorschlag, der die kapitalistische Wirtschaftsweise als Grundstock einer erfolgreichen Entwicklungsstrategie ins Licht rückte, nicht durchsetzen. Es besteht eine große Vielfalt unterschiedlicher Vorstellungen von Entwicklung, Fortschritt und Wohlstand.

In seinem grundsätzlichen und leidenschaftlichen Plädoyer für eine zukunftsfähige und gerechte Entwicklung „Nach uns die Zukunft – Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie“ (2002) skizziert Wolfgang Sachs die Begriffsgeschichte von Entwicklung nach. Der Begriff ist eng verbunden mit der aufklärerischen Idee von Geschichte als Fortschritt in immer bessere Zeiten. Demzufolge ist Geschichte eine Straße ins Glück, auf der im Ablauf der Zeit immer mehr sich emanzipierende und auf die Kraft ihrer Ratio vertrauende Menschen dem Frieden, der Freiheit, der Gerechtigkeit und dem Wohlstand entgegenziehen. Die Verheißung der Aufklärung, die in der Moderne des 18., 19. und 20. Jahrhunderts so unterschiedliche Formen annahm wie die Gründung Amerikas oder den Sozialismus, war der Traum von der „Machbarkeit der Welt“ (Ralf Dahrendorf).

Entwicklung bedeutete deshalb seit Abschluss der Kolonialzeit, dass die weltweit unterschiedlichen Geschichtsbahnen aktiv zu einer universellen menschlichen Hauptgeschichte verschmolzen werden. Dabei gibt es in der Entwicklung führende Länder und „unterentwickelte Länder“. Die Vorstellung der Unterentwicklung, die aufholend zu beheben sei, führt Sachs auf Präsident Trumans Antrittsrede vom 20. Januar 1949 zurück: die Vorteile des wissenschaftlichen und industriellen Fortschritts sollten für Verbesserung und Wachstum der unterentwickelten Gebiete genutzt werden. Akteure des Fortschritts sind die Staaten, die in einzelnen rückständigen, in den Container des modernen Nationalstaates gefassten Gesellschaften für „Entwicklung“ in diese Richtung sorgen. Technokratische Planung, Berechenbarkeit und Wachstumsfixierung bestimmten diesen Ansatz, der allerdings keinen Sinn für die „reiche Komplexität nicht-ökonomischer Gesellschaften“ (Sachs 2002, 71) und ihrer kulturellen und religiösen Symbolik haben konnte.

Drei grundlegende Versprechen von Entwicklung nennt Sachs: „dass wirtschaftliche Entwicklung sich über den gesamten sozialen Raum ausbreiten, das menschliche Los verbessern und für alle Zeit wei-

⁵⁴ Diese Prioritätensetzung hat interessanterweise Klaus Töpfer schon vor seinem Engagement bei der UNEP gesehen: „Für mich ging es in Rio von Anfang an gar nicht so sehr um ‚Umwelt und Entwicklung‘, sondern umgekehrt um ‚Entwicklung und Umwelt‘“ (Töpfer 1994, 99).

tergehen wird.“ Dieser materiell zentrierte Entwicklungsbegriff, der Armut als behebbarer Mangel an Einkommen und Entwicklung als Wachstum ansah, geriet allerdings Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in die Kritik.

Dies hatte zwei Hauptursachen: Zum einen begannen die Länder der „Dritten Welt“ ihre kollektive Verhandlungsmacht durch Zusammenarbeit zu stärken und sich von der patriarchalischen Bevormundung der „Erste-Welt-Länder“ zu emanzipieren. Unter anderem forderten sie eine neue und gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Zum zweiten wurden seit den 70er Jahren auch die Grenzen des Wachstums und damit die Grenzen einer als Wachstum verstandenen Entwicklung zunehmend deutlich. Die daraus folgende „Inflation der Konzepte“ von Entwicklungspolitik hatte im Prinzip zwei Ansätzen: die eine Seite hielt positivistisch am normativen Wert des Wachstums fest, die andere Seite konzentrierte sich auf die Förderung „nicht ökonomischen Reichtums“. Sachs (2002, 64) kommentiert: „Daraus folgt, dass Entwicklung sowohl Verletzung wie auch Therapie sein kann“ (2002, 64). Und während die Maßstäbe der Entwicklung sensibler für die Bedürfnisse der Menschen wurden (weg vom Wirtschaftswachstum hin zu Alphabetisierung und Gesundheit), blieben sie dennoch der Defizit-Logik der modernen Entwicklungsidee mit ihren evolutorischen Zielen verhaftet.

Den Begriff der nachhaltigen Entwicklung sieht Sachs denn auch in der Tradition der Füllung der Begriffshülse Entwicklung, die reale Konflikte – etwa zwischen sozialer Gerechtigkeit und intragenerativer Gerechtigkeit - eher verdeckt als austrägt. Zudem verschiebe dieses Begriffspaar den Schwerpunkt von Nachhaltigkeit in der Umwelt - also als Umweltschutz - auf Nachhaltigkeit der Entwicklung – also als Entwicklungsschutz. Wenn schon nicht klar sei, was Entwicklung überhaupt wolle, werde der Begriff „bald selbstreferentiell, wie eine von der Weltbank angebotene Definition treffend bestätigt: ‚Was ist nachhaltige Entwicklung? Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die anhält.‘ (Weltbank 1992, 34)“ (vgl. hierzu auch Sachs 2002, 88-103).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts aber ist nach Sachs die Zeit gekommen, in der nur für den Rückblick gilt: „Für Jahrzehnte hatte Entwicklung die Sprache geliefert, um den Wunsch nach Gerechtigkeit auszudrücken“ (2002, 81). Die Agenda des Entwicklungszeitalters sei zwar noch unerledigt, stehe aber vor neuen Beschränkungen.

Nach Sachs ist das Entwicklungszeitalter zu Ende gekommen, indem die Vielfalt der guten Absichten unter den neuen Bedingungen einer globalisierten Welt ihre Form und Stoßrichtung verloren haben. Zum einen konnte der wachstumsfixierte Entwicklungsbegriff „die Bedeutung lebensdienlicher, aber marktferner Ressourcen wie Rechte, Sozialkapital und Naturgüter“ nie verstehen, was sehr negative sozialkulturelle Konsequenzen zeitigte. Das Versprechen von Gerechtigkeit habe sich in Luft aufgelöst. (2002, 68-69). Zum zweiten hat die Entwicklung mit dem Ende des klassischen Nationalstaats als Behälter territorial und kulturell abgegrenzter Gesellschaften sowohl ihr Objekt als auch ihren Akteur verloren (2002, 76). Zum dritten ist die Linearität der Geschichte verloren gegangen; die Zeit habe

ihre Vorrangstellung in der Politik an die Kategorie des (geographischen und virtuellen) Raumes verloren - statt von der „Straße des Fortschritts“ rede man nun von der „connectivity of networks“, nicht die Abfolge der Dinge sei wichtig, sondern ihre Kombination, die Gleichzeitigkeit ihres Auftritts (2002, 77).

Die Vorstellung von Entwicklung als „Wettrennen ohne Ziellinie“ (2002, 82) trifft nun auf die neuen Bedingungen der Endlichkeit, und das erfordert für Sachs eine neue Doppel-Strategie zukunftsverantwortlicher Politik. Die Industrieländer müssten hinsichtlich ihres Ressourcenverbrauchs den Schrumpfungspfad beschreiten, die südlichen Länder dürften ihren Verbrauch erst gar nicht auf das alte Niveau der Industrieländer hochschrauben, sondern müssten sich auf einem nachhaltigen Niveau des Verbrauchs treffen (Konvergenzpfad). Das erfordere ein politisches Programm von Demokratie, Gleichheit und umweltbezogene Sorgfalt und eine Absage an „die schwärmerische Verfolgung eines monetären Wirtschaftswachstums“ (Sachs 2002, 85).

Letztlich gründet sich Sachs' Absage an den Entwicklungsbegriff auf dessen modernen Gehalt, der nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte. Die Frage ist aber, ob man den Entwicklungsbegriff damit gleich gänzlich ins Museum schicken sollte. Tatsächlich lässt sich ja aus den Fehlern lernen: Zukunftsplanung wird dann nicht mehr vom Wachstums- und Machbarkeitsglauben dominiert, sondern von einer zurückgenommenen, durch ihre Fehler abgeklärte Entwicklung. Mit Ulrich Beck können wir den Gegensatz zwischen dem von Sachs beschriebenen und verworfenen Entwicklungsbegriff und einem zukunftsfähigen Entwicklungsbegriff beschreiben als Kontrast zwischen „linearer“ und „reflexiver“ Modernisierung. Eine Politik der Selbstbegrenzung im Sinne von Effizienz und Suffizienz findet ja nicht im geschichtslosen Raum statt: ein neu qualifizierter Begriff vom zeitlichen Ablauf und seinen Mustern bleibt notwendig.

Reflexive Modernisierung lässt sich durch Begriffe wie „radikalisierte Demokratisierung“, „kontextsensibles Navigieren“, „Aufnahme neuer Einflüsse und Fragestellungen“, „Wertpluralismus“ etc. beschreiben. Entwicklung versteht sich nicht länger als linearer Wachstumsprozess, sondern vielmehr als die selbstreflexive Fortschreibung des Prozesses, als eine Gestaltung aus sich selbst heraus, gestützt auf einer immer neue Selbstvergewisserung. Bereits 1977 hat Theodor Adorno das Bild eines „modernen“ Fortschrittsgedanken skizziert, der die Idee der Selbstreflexivität aufgreift: „Fortschritt heißt: aus dem Bann heraustreten, auch aus dem des Fortschritts, der selber Natur ist, indem die Menschheit ihrer eigenen Naturwüchsigkeit innewird und der Herrschaft Einhalt gebietet, die sie über Natur ausübt und durch welche die der Natur sich fortsetzt. Insofern ließe sich sagen, der Fortschritt ereigne sich dort, wo er endet“ (1977, 625).

Nicht der Begriff der Entwicklung ist das Problem, sondern vielmehr die Interpretation dessen, was hierunter zu verstehen ist. Die Forderung nach Entwicklung, ja selbst nach Wachstum und Fortschritt, bedeutet in der Welt der „reflexiven Modernisierung“ eine Abkehr von einem unbedingten Glauben an

die Überlegenheit technologisch-ökonomischer Ansätze. Intelligente, dezentrale Technologien und neue Formen partizipativen Regierens lassen sich problemlos unter die Forderung nach „Entwicklung“ subsumieren. In welche Richtung die Diskussion um „Entwicklung“ (und Umwelt) sich im Post-Rio-Prozess entwickelt, lässt sich heute noch nicht abschätzen. Auch hier gilt, dass sich vielschichtige Diskussionstränge überlappen, teils miteinander konkurrieren.

10 Konfliktfeld II: Globale Marktgesellschaft versus lokale Kultur

Globale Marktgesellschaft versus lokale Kultur

Zerstört Globalisierung Vielfalt (und damit eine Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung)?

Die These, dass die Globalisierung Vielfalt zerstöre, findet sich allerorten. In dieser undifferenzierten Fassung ist sie sinnentleert. Es muss daher genau geschaut werden, auf welche Weise Globalisierungsprozesse auf einzelne gesellschaftliche oder naturräumliche Subsysteme einwirken. Globalisierungsprozesse finden in den verschiedensten Bereichen statt (Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft, scientific community), über verschiedene Transmissionsmechanismen (Geldflüsse, Informations- und Telekommunikationstechnologien, Verkehrstechnologien), gestützt durch verschiedentliche internationale Regelwerke (WTO, UN-Institutionen, bilaterale Verträge etc.).

Gefährdet seien unter anderem:

- die kulturelle Vielfalt (im Sinne von lokalen Traditionen, Gemeinschaftswerten, Produktions- und Konsummustern)
- die biologische Vielfalt, und zwar sowohl im Hinblick auf von Menschen im Laufe der kulturellen Evolution gezüchtete Nutztiere und -pflanzen als auch im Hinblick auf die genetische Vielfalt, vor allem die in bislang ökonomisch nicht genutzten Naturräumen (allen voran: den tropischen Regenwäldern)

Die hier vermuteten Konfliktfelder werden im folgenden skizziert.

10.1 Einebnung von Kultur und Natur durch die „neoliberale“ Weltwirtschaftsordnung? – Die Position der Globalisierungskritiker

Der „Siegesszug“ der Marktwirtschaft, der mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime Osteuropas einherging, hat – anders als von vielen erwartet – nicht zu einem Ende der großen Kontroversen

um die „richtige“ Wirtschaftsordnung geführt (so die These des amerikanischen Soziologen Francis Fukuyama), sondern eine intensive Debatte über die Vielfalt unterschiedlicher Formen der Marktwirtschaft ausgelöst. Seit Mitte der 90er Jahre ist eine kontrovers geführte Diskussion um die unbeabsichtigten Nebenwirkungen des globalen Wettbewerbs entbrannt. Im Mittelpunkt dieser Debatte stehen die möglichen negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen der „neoliberalen“ Weltwirtschaftsordnung.⁵⁵

Die Bewegung der Globalisierungskritiker scheint unaufhörlich zu wachsen. Sie besteht aus einer sehr breiten und heterogenen Gruppe von Akteuren; unter ihnen Wissenschaftler, Journalisten und verschiedene soziale Bewegungen (NGOs). Sie formulieren die Gegenpositionen zum „herrschenden“ mainstream der ökonomischen Sichtweise der Globalisierung, welche eine Liberalisierung von Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten als ein für alle Beteiligten vorteilhaftes Projekt identifiziert. Dieses heterogene Feld der Kritik zeigt sich sehr unübersichtlich. Die Äußerungen der Globalisierungskritiker reichen von wissenschaftlichen bis populären Positionen, wobei die Grenzen fließend sind. So sah sich der kürzlich verstorbene französische Soziologe Pierre Bourdieu sowohl als Wissenschaftler als auch als Anführer einer (intellektuellen) sozialen Bewegung. Neben populärwissenschaftlichen Büchern wie „Die Globalisierungsfalle“ der beiden Spiegel-Redakteure Hans-Peter Martin und Harald Schumann (1996) oder „L’horreur économique“ von Viviane Forrester (1996) gesellen sich wissenschaftliche Untersuchungen wie „Was ist Globalisierung“ von Ulrich Beck (1997/98), „The Limits to Competition“ der Gruppe von Lissabon (1995).⁵⁶

Unübersichtlich ist auch das Feld der NGOs, die sich an der Globalisierungskritik aktiv beteiligen. Neben Organisationen, die Kampagnen gegen die internationalen Finanzinstitutionen und politischen Eliten organisieren – etwa durch die Pflege von „hatesites“ wie <www.gipfelsturm.net> - stehen NGOs, die alternative Konzepte für eine „gerechte“ Weltwirtschaftsordnung entwickeln. Zu letzterer Gruppe zählt bspw. die NGO attac, die sich für die Einführung einer globalen Devisenumsatzsteuer (Tobin-Tax) stark macht. Wiederum andere Initiativen engagieren sich zu Themen der Nachhaltigkeit oder der Entwicklungszusammenarbeit (WEED, FIAN, ...). Trotz dieser Spannweite der Wirkungsbereiche eint die Vielzahl der engagierten NGOs die Kritik am Neoliberalismus, wie es auf dem Weltso-

⁵⁵ Der Begriff des Neoliberalismus ist in Deutschland mit Vorsicht zu genießen: Während die Globalisierungskritiker hierunter die Renaissance eines weitgehend unreglementierten Marktes analog zum Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts verstehen, wird der Begriff in Deutschland parallel dazu auch verwendet, um jene wirtschaftspolitische Konzeption zu bezeichnen, welche sich bewusst gegenüber dem Laissez-faire-Liberalismus abgrenzt und eine ordnungspolitische Rahmensetzung für die wirtschaftlichen Akteure fordert.

⁵⁶ Besonders deutlich wird das Wechselspiel zwischen Exaktheit und Populärwissenschaft bei dem jüngst erschienenen Buch „Die Schatten der Globalisierung“ (2002) des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften Joseph Stiglitz, das Anekdoten aus dem Umfeld von Weltbank und IWF und ökonomische Analysen in loser Folge aneinander reiht und somit die Kritik an den globalen Finanzinstitutionen stützt, ohne die zu erwartende nüchterne Sachlichkeit eines Wissenschaftlers in die Debatte hineinzubringen. Zur Globalisierungsdiskussion vgl. des weiteren bspw. Altwater/Mahnkopf (1996); Bourdieu (1998); Boxberger / Klimenta (1998);

zialforum in Porto Allegre im Januar 2002 deutlich wurde. Oder wie der Gründer von attac, Bernard Cassen, es formulierte: Es geht um die „Ausrottung des Neoliberalismus“.

Die Vorwürfe der Globalisierungskritiker richten sich zum gegen **global agierende Konzerne** (Coca Cola, McDonalds, Hollywood-Filmindustrie etc.). Die Konzerne werden dafür verantwortlich gemacht, dass es global zu einer Einebnung der kulturellen Vielfalt kommt. Durch ihre große Finanzkraft hätten die Unternehmen weitreichende Möglichkeiten, auf die Präferenzen der Bürger Einfluss zu nehmen. Die kanadische Journalistin Naomi Klein beispielsweise argumentiert, dass es unmoralisch sei, über einfache Konsumgüter den Menschen vorzugaukeln, sie könnten damit Werte und Bindungen zurückgewinnen, die der marktwirtschaftliche Wettbewerb zerstört hat. Zudem werden westliche – allen voran: amerikanische - Konsummuster verbreitet, die in einem weltweiten Maßstab nicht reproduzierbar sind.

No Logo: Naomi Klein und die Anti-Consumerism-Bewegung

In ihrem Buch „No Logo“ Naomi Klein vertritt die These, dass der Globalisierung der Märkte keineswegs „die schöne neue Welt der großen Vielfalt“ folge. Im Gegenteil: Die Globalisierung beschneide die individuelle Freiheit vieler, beschränke die Auswahl und führe zu einer Einebnung kultureller Heterogenität. Zielscheibe der Kritik sind die großen, weltweit agierenden Konzerne. Diese würden durch allerlei Tricks und Kniffs die Präferenzen der Konsumenten beeinflussen. Marlboro verkaufe nicht Zigaretten, sondern Freiheit; Levis verkaufe nicht Kleidung, sondern einen unkonventionell-coolen Lebensstil; Nike verkaufe Sportsgeist. Die großen Firmen nutzten dies aus. Sie nutzen die Suche der Menschen nach inneren Werten, um ihre Produkte zu verkaufen. Im Zeitalter des globalen Kapitalismus verkauft uns die Produktwerbung all das, was wir im täglichen Leben vermissen: Selbstverwirklichung, Freundschaft, Kommunikation, Freiheit, Sicherheit, Glücksgefühle und Spiritualität.

Die weltweiten alternativen Lebensstilkonzepte werden zunehmend auch auf eine wissenschaftliche Argumentationsfolie aufgetragen. Im Prinzip fußt die Argumentation auf einer Kritik am westlichen Lebensstil und den dazugehörigen Werten. Dabei geht es nicht um die traditionellen Werte der christlich-abendländischen Zivilisation, sondern um die „vergifteten“ Werte, die „kulturellen Viren“, die nach Meinung der Vertreter des Ansatzes durch das Marketing in „alle Winkel unserer Kultur“ transportiert werden. Waffenmissbrauch an Schulen, ansteigender Konsum von Drogen, steigende Zahl von depressiven Erkrankungen, etc. Neben den oben genannten Argumenten sollen sozialwissenschaftliche Langzeitstudien aus Harvard und der Columbia University das Argument stützen, das die amerikanische Kultur – gestützt durch das Marketing der Konzerne – andere Kulturen „vergiftet“. So werden zwar materielle Güter exportiert, aber dafür auch die mitvermarkteten Bedürfnisse nach weiteren Produkten und Leistungen. Insgesamt verstehen sich Vertreter dieser Theorie als Erben von Rachel Carson, die mit ihrem Buch „The Silent Spring“ die US-amerikanische Umweltbewegung mit angestoßen hat, nur dass hier nicht durch eine breite öffentliche Sensibilisierung die Geburtsstunde der ökologischen Bewegung liegen soll, sondern der Beginn der öffentlichen Aufmerksamkeit für eine mentale bzw. kulturelle „Umweltverschmutzung“.

Brand (2000); Candeias (2000); Chomsky (2000); Creydt (2001); Forrester (2001); Gray (1999); Khor (2001); Klein (2000); Koch (2002); Nye (2001); Soros (1998); Werner / Weiss (2001) sowie Zugehör (1998).

Naomi Klein steht mit ihrer Kritik nicht alleine. Zahlreiche andere Autoren haben sich dieser populären Sicht angeschlossen. Gedacht sei an Bestseller wie das „Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne“ von Klaus Werner und Hans Weiss (2001) oder das Buch „Globalisierung von unten - Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne“ von Maria Mies (ebenfalls 2001). (Links unter: <<http://gib.squat.net>>)

Die Kritik an den Konzernen lautet primär, dass diese die vorhandenen Wirtschaftsstrukturen oftmals radikal veränderten und damit auch soziale Strukturen zerstörten. Dies gelte für die vielen mittelständischen Betriebe, die während der „Asienkrise“ bankrott gingen wie auch für viele Kleinbauern, die gegenüber der Konkurrenz großer Agrarkonzerne nicht standhalten können. Dem ökonomischen Fortschritt, der mit Globalisierung unter Umständen verbunden ist, müssten soziale Nachteile gegengegerechnet werden: hohe Arbeitslosigkeit, Verlust an sozialen Bindungen, Traditionen etc.

Zum anderen stehen die **internationalen Handels- und Finanzinstitutionen** in der Kritik, allen voran der Internationale Währungsfond sowie die World Trade Organization. Die Politik von IWF und WTO hätte eine Weltwirtschaftsordnung geschaffen, die dem „freien“ Wettbewerb Vorrang vor einem „fairen“, auf wohl überlegten Spielregeln basierenden Wettbewerb, einräumten. Die „blinde“ Liberalisierung hätte dazu geführt, dass soziale und ökologische „externe Effekte“ aus der Betrachtung vielfach ausgespart bleiben. Der Internationale Währungsfonds sehe ich sehr stark in der Tradition der neoklassischen „Chicago-Schule“, die dazu tendieren, die komplexen Bedingungen in der Realität verkürzt wahrzunehmen.

Beispiele für die Folgen einer solchen verkürzten Analyse sei die Forderung nach einer strikten Austeritätspolitik in Zeichen konjunktureller Schwäche, nach einer Liberalisierung von Märkten in strukturschwachen Regionen ohne funktionsfähige marktwirtschaftliche Institutionen und die Forderung nach einer Marktöffnung ohne vorherige Regelung der Eigentumsrechte (etwa lokaler Gemeinschaften an den natürlichen Ressourcen in ihrem Umfeld). In der Folge würden zuvor vom Weltmarkt abgeschottete Regionen einem massiven Strukturwandel unterzogen, der neben einer hohen Arbeitslosigkeit mit einem Verlust sozialer Bindungen und Traditionen einhergeht. Dies führe auch zu einer Aufgabe von an die lokalen Gegebenheiten angepasster, naturverträglicher Wirtschafts- und Lebensweisen. Zudem werden durch den internationalen Warenfluss Materialien in Naturräume gebracht, die als „fremde“ Abfallstoffe zurückbleiben und die Umwelt belasten. Kurz: Es bestehe ein ernstzunehmender Konflikt zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit.

Die Schatten der Globalisierung: Joseph Stiglitz (2002)

Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 2001, Joseph Stiglitz, argumentiert, dass selbst der IWF inzwischen einräume, dass er mit seinen wirtschaftspolitischen Forderungen (etwa im Vorfeld der Asienkrise) weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Die erzwungenen Sparpolitiken hätten nicht zu einer „schöpferischen Zerstörung“ unproduktiver Betriebe geführt, gefolgt von einem dynamischen Aufschwung. Vielmehr hätten die Zinssteigerungen im Zuge der Austeritätspolitik ganze Branchen in den Konkurs getrieben. Da gerade in strukturschwachen Gebieten der Zugang zu Fremdkapital sehr schwierig ist, hätte die Politik des IWF dazu beigetragen, die lokalen Wirtschaftsstrukturen dauerhaft zu zerstören. In vielen Fällen würden Unternehmen im Anschluss von großen Konzernen günstig aufgekauft. Dies mache einmal mehr deutlich, dass der IWF letztlich allein die Interessen der finanzstarken Geberländer vertrete – zu Lasten der armen Länder des Südens.

Die Folgen einer solchen „neoliberalen“ Weltwirtschaftsordnung aus Sicht der Globalisierungskritiker ist die Einebnung von Kultur und Natur: Die globale Marktwirtschaft zerstöre die kulturelle Reichhaltigkeit, indem alle Verhaltensweisen und Normen, die nicht unmittelbar ökonomische Vorteile stiften, durch den Wettbewerb erodiert werden.⁵⁷ Als „ineffizient“ oder „unnützlich“ geltende Wirtschaftsweisen und Bräuche würden wegerodiert. Die kulturelle Vielfalt, die von etwa 300 Millionen Menschen mit 5000 verschiedenen lokalen Kulturen rund um die Welt zu finden ist, werde bedroht durch einen globalen Fortschritt, der, so die Kritik, von einem „Ethos der Gleichschaltung und Standardisierung“ getragen werde (Tauli 1997).

Neue Ansätze seien sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik gefragt, welche den komplexen Interdependenzen sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Systeme gerecht werden. Im Zuge dieser Debatten haben sich in den letzten Jahren neue Wissenschaftszweige entwickelt, die sich an der Schnittstelle von Ökologie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft bewegen, so die „Ökologische Ökonomik“ und die „Sozio-Ökonomik“.⁵⁸ Für die Politik wird eine bessere Ausbalancierung des WTO- und des Rio-Prozesses gefordert. Die im Johannesburg-Memorandum (Heinrich Böll Foundation 2002) genannte Forderung nach dem Umbau des United Nations Environmental Programms (UNEP) hin zu einer – deutlich gestärkten – „World Environment Organization“ ist in dieser Tradition verortet.

Die Kritik gegen die Multinationalen Unternehmen wie auch die Kritik gegen die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen fokussieren auf die gleiche Problematik. Während jedoch die Konzernkritiker die Schuld direkt bei den Unternehmen suchen, machen die Kritiker des IWF bzw. der WTO die Kritik an den Rahmenbedingungen fest, unter denen die Unternehmen agieren. Aus Sicht der

⁵⁷ Dieser Zusammenhang wird vielfach als „Ökonomismus-Kritik“ behandelt, so etwa vom Schweizer Wirtschaftsethiker Peter Ulrich oder, viel früher schon, von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, zwei der Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft (hierzu Renner 2002).

⁵⁸ Letztere stellt eine wichtige Säule in dem (heterogenen) Theoriefundament des Kommunitarismus dar.

Wirtschaftsethik ist die erste Vorgehensweise ambivalent zu beurteilen: Unternehmen, die im Wettbewerb untereinander stehen, müssen ihr Handeln am Ziel der Gewinnmaximierung ausrichten, wenn sie nicht auf Dauer aus dem Markt gedrängt werden sollen. Es kann von Unternehmen nicht mehr gefordert werden, als sie leisten können. Die Verantwortung liegt ganz stark auf der Ebene der Rahmenordnung, welche – für alle Unternehmen gleichermaßen – die Spielregeln festzulegen hat. Wie der Wirtschaftsethiker und Philosoph Karl es formuliert: „Die Rahmenordnung ist der Ort der Moral“ (Hommann/Blome-Drees 1992). Moralische Appelle auf der Handlungsebene verpuffen in aller Regel wirkungslos, wenn sie nicht eine Veränderung der Anreizkonstellation mit sich bringen. Gerade dies hingegen bringt die Mobilisierung der Öffentlichkeit mit sich. Der drohende Reputationsverlust ist für die Unternehmen ein Faktor, der wie alle anderen ökonomischen Faktoren in die Strategie mit einzubeziehen ist. Auch zeigt sich, dass zunehmend Unternehmen als „Regelsetzer“ aktiv werden, sei es über „freiwillige“ Selbstverpflichtungen gegenüber der Politik, sei es durch die Festlegung von Verhaltenskodices (codes of conduct) innerhalb der eigenen Branche.

10.2 Kulturelle Vielfalt im globalen Wettbewerb? – zur Vielschichtigkeit der Prozesse

Die Globalisierungskritik setzt in aller Regel an der Vereinheitlichung westlicher Konsummuster an; zumindest ist das Bild einer „McWorld“ bei vielen Beiträgen vor Augen. Das Vordringen „westlicher“ Konsumprodukte in die entlegensten Gebiete der Welt ist ein Faktum, das nicht bestritten werden kann. Richtig ist auch, dass sich die englische Sprache im WorldWideWeb als lingua franca etabliert hat und dies zu einer invasiven Zurückdrängung anderer Sprachen beigetragen haben mag. Und richtig ist schließlich auch, dass im Zuge der Globalisierung neue transnationale Communities entstehen (Ulrich Beck), die sich nicht über einen gemeinsamen Ort definieren. Wissenschaftler, IT-Fachleute, Banker, Ingenieure arbeiten vielfach in der Welt an gemeinsamen Problemen, entwickeln eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Problemlösungsmuster etc. Man könnte diese Entwicklung als Trend zu einheitlichen „Branchenkulturen“⁵⁹ charakterisieren. Die Art und Weise, wie eine Besprechung organisiert wird bzw. die Kommunikation im Team gesteuert wird hingegen, ist stärker „kulturräumlich“ geprägt. Es ist nicht zu erwarten, dass die länderspezifischen „Mentalitäten“ sich angleichen werden, da diese in anderen, unternehmens-externen und somit lokalen, Kontexten geprägt werden.

Die Auswirkungen der Globalisierung sind zu vielschichtig, als dass sie in dem Statement zusammengefasst werden könnten, dass sie zu einer Zerstörung kultureller Vielfalt in allen ihren Dimensionen (Lebensstilen, Politikstilen, Konsummustern, Werten, Traditionen, Wahrnehmungsmustern, Sprachen etc.) führen würde.⁶⁰

⁵⁹ Dieser Hinweis stammt von dem Wirtschaftsethiker Josef Wieland.

⁶⁰ Selbst die oben genannten Beispiele sind nicht unumstritten: Die Global Players agieren keineswegs uniform in den einzelnen Märkten. Längst strahlt NTV nicht mehr global die gleichen Nachrichtensendungen aus und

Die wirtschaftliche Globalisierung hat eine starke Gegenbewegung in Form einer Renaissance des Lokalen hervorgerufen. Kramer (2000) spricht in diesem Zusammenhang vom „ethnischen Paradoxon“. Während auf der einen Seite moderne Lebensweisen und Produkte sich weltweit verbreiten, wächst auf der anderen Seite das Interesse am Erhalt der eigenen Kultur und an der eigenen Ethnizität, und zwar sowohl als kulturelle Selbstbehauptung in marginalisierten armen Gesellschaften, als auch als Bestandteil von Lebensqualität in prosperierenden Regionen. Zur Globalisierung gehöre ebenso Lokalisierung als Kreation lokaler Identitäten durch die Erfindung lokaler Traditionen. Weltweite Verallgemeinerung und Vereinheitlichung von Institutionen, Symbolen und Verhaltensweisen (McDonald, Blue Jeans, Demokratie, Informationstechnologie, Banken, Menschenrechte usw.) und die neue Betonung und Erfindung, ja Verteidigung lokaler Kulturen und Identitäten sind folglich nicht als Gegensätze zu begreifen (Beck 1998, 92)

Jihad vs. McWorld: Benjamin Barber

Die beiden gegenläufigen Trends „Globalisierung“ und „Fragmentierung“ beschreibt Ulrich Menzel (1998) mit Blick auf das prominente Buch von Benjamin Barber „Jihad vs. McWorld“ folgendermaßen: Wir sind derzeit Zeugen von zwei Megatrends, die unterschiedlichen Logiken gehorchen: Auf der einen Seite „McWorld“, also der Trend zur Globalisierung der Weltwirtschaft, der Weltgesellschaft, der Weltkultur. Das ist die Geschichte von MTV, die Geschichte der japanischen Kulturindustrie, die weltweite Vernetzung der Metropolen, der Übergang von der nationalstaatlich verfassten Industrie- zur transnational verfassten Dienstleistungsgesellschaft, der Universalisierung der Lebensstile. Die Konsequenzen dieses Trends laufen auf eine Enträumlichung der Welt, auf eine Aufhebung der Zeit, eine Entstofflichung der Ökonomie, eine Entsouveränisierung der Nationalstaaten, auf die Demontage des territorial verfassten Sozialstaats, auf eine Auflösung nationaler Identitäten und kultureller Wertvorstellungen hinaus. ... Auf der anderen Seite „Jihad“, also der Trend zur Fragmentisierung aller Lebensbereiche. Das ist die Geschichte von Huntington, Ruffin, Kaplan, Kurth oder Kotkin. ... Es ist die Welt der ethno-nationalistischen Konflikte, des Separatismus, der neuen Abschottung, des Terrorismus, des Verfalls der staatlichen Ordnung schlechthin, der neuen Terra incognita. Es ist aber auch die Welt der Spaltung der westlichen Gesellschaft in einen humankapitalintensiven Dienstleistungssektor mit hohem Einkommen und luxuriösem Lebensstil und die neue Armut, die Ghettoisierung der zu spät gekommenen Einwanderergeneration, des Neoprotektionismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Wiederauflebens von Nation, Ethnizität, Kulturrelativismus und Rassismus.“ (Menzel 1998, 38f).

bezieht McDonalds seine Zutaten aus den heimischen Märkten und passt die Geschmacksrichtungen gemäß der örtlichen Präferenzen an. Und schließlich sind es nicht zwingend „westliche“ Produkte, mit der die jeweiligen Märkte versorgt werden. In Indien werden mehr Filme gedreht als in Hollywood (wenn auch, so ist einschränkend zu vermerken, die überwiegende Zahl nach dem klassischen „Hollywood“-Strickmuster gedreht sind), es mag bezweifelt werden, dass Englisch sich als lingua franca im Internet weltweit durchsetzen wird;

Globalisierung ist nach Korff (1999) gerade nicht Homogenisierung oder die Entstehung einer weltweiten „menschlichen Gemeinschaft, die sich am modembestückten Computer als post-moderner Ausdruck der Dorfblinde trifft“. In der Weltgesellschaft können verschiedene Weltbetrachtungen, Sitten, Kulturen überall verglichen und „nebeneinander durchlebt“ werden. Was die Menschen scheidet – religiöse, kulturelle und politische Unterschiede –, ist an einem Ort, in einer Stadt, immer öfter sogar in einer Familie, in einer Biographie präsent. Diese Allgegenwart der Weltunterschiede ist das genaue Gegenteil des Konvergenz-Mythos, nach dem alle Kulturen gleich werden (so die Diskussion in Beck 1998a).

Vor allem ist Kultur nicht als etwas statisches zu betrachten. Kultur erfindet sich jeden Tag neu. Kulturen haben sehr wohl die Kraft, Fremdes zu assimilieren, in ihre eigene Lebensform zu integrieren oder in Neues zu „übersetzen“. Mehr noch: Sie haben dies immer getan. Die Vision „authentischer“ Kulturen, die sich unberührt von der Außenwelt aus ihren historischen Wurzeln speisen, ist eine romantische Fiktion. Die typischen Muster indischer Stoffe, so zeigen bspw. Breidenbach und Zukrigl (1998) wurden von den Engländern erfunden, die wiederum aus dem Teetrinken eine neue Tradition schufen. Kultur definiert sich weniger aus den Ursprüngen als vielmehr als Produkt von Beziehungen. Die weltweite Vernetzung ist längst eine kulturelle Realität, und aus den exponentiell gewachsenen Kontakten entsteht auch neue Vielfalt.

Diese Vielfalt ist zuvorderst als eine Chance zu begreifen. Das Aufeinandertreffen verschiedener „Kulturen“ schafft die Basis für Lernprozesse, für eine Selbstreflexion der eigenen Werte, Normen und Lebensstile. Sie ist Voraussetzung für eine „lernende Gesellschaft“ und damit – letztlich – für eine nachhaltige, zukunftsfähige Gesellschaft. Die Erleichterung des Austauschs von Gütern, Personen und Informationen durch die modernen Informations-, Kommunikations- und Verkehrstechnologien ist somit kein Argument gegen Vielfalt per se. So wird durchaus kontrovers diskutiert, inwieweit das Internet Vielfalt kaputt macht. Während Rainer Kuhlen beispielsweise argumentiert, dass die globalen Kommunikationsmedien die kulturelle Vielfalt fördern, da diese sich nur entfalten und sichtbar für andere werden kann, wenn die kulturellen Leistungen informationell zugänglich sind („Mozarts Musik wäre kein Beitrag zur Kultur, wenn sie in seinem Kopf oder in seiner Schreibtischschublade geblieben wäre“ (Kuhlen 2000,1) argumentiert Thomas Schauer (2002), dass beispielsweise das Internet trotz der gewaltigen Zahl an Websites keineswegs Vielfalt produziere und – analog zu invasiven Arten im Tier- und Pflanzenreich – Vielfalt radikal zerstöre, etwa im Bereich der Sprachen.

Es ist folglich strikt zu differenzieren zwischen zwei Dimensionen der Debatte um den Schutz der kulturellen Vielfalt:

die Wachstumsraten von Websites in chinesischer Sprache übersteigen heute bereits die von Websites in englischer Sprache.

- Schutz der kulturellen Vielfalt durch „Einfrieren“ heute existenter Werte und Normen, Verhaltensweisen und Wirtschaftsstile einerseits sowie
- Förderung von kultureller Vielfalt durch Sicherstellung von Werten und Normen, die in einem dynamischen Prozess, stets neue Vielfalt (an Produkten, Politikmustern, Lebensstilen etc.) generiert.

Diese beiden Dimensionen werden in der aktuellen Debatte meist nicht gesehen, zumindest nicht differenziert.

Gesucht sind Brücken, welche das Beste aus beiden Welten zusammenführen. Zum einen gilt: Wir leben in einer dynamischen Welt. Kultur ist lebendig und nur Teile davon gehören ins Museum zur Konservierung. Auf der anderen Seite darf der unerschätzbare Reichtum an Wissen, an Problemlösungskompetenzen, der in Institutionen, Werten und Normen von Generation zu Generation weitergereicht wird, nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Oftmals merkt man erst, wenn bestimmte Institutionen zerstört wurden – etwa bestimmte soziale Institutionen, die der Stärkung des sozialen Zusammenhalts dienen -, welches Problemlösungswissen hier inkorporiert ist. Aus diesem Grund plädieren beispielsweise Friedrich August von Hayek sowie auch Karl Popper dezidiert für eine Politik der kleinen Schritte („peacemeal engineering), wenn es um die Verbesserung des institutionellen Settings einer Gesellschaft geht.⁶¹

Political Liberalism: Kulturelle Vielfalt als ein asset, in das zu investieren sich lohnt! (John Rawls)

Pluralismus ist ein Fakt. Wie der amerikanische Philosoph John Rawls in seinem Buch „Political Liberalism“ (1993) bemerkt, haben sich im Lauf der gesellschaftlichen Entwicklung in den westlichen Gesellschaften Institutionen herausgebildet, die Vielfalt tolerieren bzw., wie oben geschildert, stets neu generieren. Politische Selbstbestimmung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Minderheitenschutz, Toleranz, das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung, Vertragsfreiheit – all dies sind Institutionen und Werte, die Freiräume schaffen und somit Vielfalt generieren.

Die Vielfalt an Präferenzen, Verhaltensweisen, institutionellen Arrangements, Werten etc. ist eine Resource. Sie stellt ein Reichtum an Erfahrungen, Problemlösungswissen, kulturell angepassten Institutionen etc. dar. Und: Sie ist die Grundlage für wechselseitig vorteilhafte Tauschmöglichkeiten. Wenn alle Bürger die gleichen Präferenzen hätten, das gleiche wollten, wir lebten in einer langweiligen Welt mit wenig produktiven Möglichkeiten.⁶²

⁶¹ Vgl. hierzu exemplarisch Hayek (1970/96) sowie Popper (1946/50).

⁶² Der klassischen ökonomischen Analyse zufolge sind Unterschiede positiv zu beurteilen, wenn es sich um private Güter handelt, da sich hier Tauschmöglichkeiten bieten; bei öffentlichen Gütern (global commons) hingegen sind sie negativ zu beurteilen. Nach diesem vereinfachten Modell ist die Vielfalt an unterschiedlichen Auffassungen von Demokratie, Menschenrechten, Klimaschutz, Umgang mit Natur, Aufgaben des Staates etc. negativ zu beurteilen. Eine solche Sichtweise ist verkürzt. Auch die kulturelle Vielfalt ist –ökonomisch betrachtet – ein Vorteil, ein „asset“, in das zu investieren sich lohnt.

Die unterschiedlichen Interessen, Problemwahrnehmungen, Prioritätensetzungen der einzelnen Staaten schafft Raum für wechselseitige Kooperationsgewinne. Ob es sich um einen Tausch „Öffnung der Agrarmärkte in den Industrieländern gegen Öffnung von Dienstleistungsmärkten in den Entwicklungsländern handelt, um Programm der Joint Implementation im Klimaschutz, die Kopplung von Entwicklungshilfe an Kriterien der Good Governance. Stets geht es um die Suche nach institutionellen Arrangements, die eine wechselseitige Besserstellung ermöglichen.

Werte lassen sich rekonstruieren als verdichtete Problemlösungsrezepte. Sie haben sich durchgesetzt, weil sie sich bewährt haben. Die Werte der westlichen – modernen – Gesellschaft sind produktiv. Demokratie, Minderheitenschutz, Menschenrechte sind insofern „produktive“ Werte, als sie Produktivkräfte freisetzen. Wäre Vielfalt – und damit auch: Toleranz gegenüber Minderheiten – mit Nachteilen verbunden, hätten sich, so die ökonomische Logik, die Werte nicht im Laufe der kulturellen Evolution durchsetzen könne.

10.3 Zusammenhang von kultureller und biologischer Vielfalt?

– die Position von Vandana Shiva

Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass kulturelle Vielfalt und biologische Vielfalt miteinander zusammenhängen. Biologische Vielfalt hat somit eine soziale Komponente, kulturelle Vielfalt eine ökologische.

Zum einen gibt es empirische Daten, die einen solchen Zusammenhang andeuten: David Harmon (1996) zeigt in einer Studie auf, dass von den 25 Ländern, in denen die größte –Vielfalt an Sprachen herrscht, 16 zu den Staaten gehören, in denen auch die größte Biodiversität im Bereich der Blütenpflanzen besteht, und 14 der Länder mit der größten Sprachenvielfalt gehören zu den Staaten mit der höchsten Zahl unterschiedlicher Wirbeltierarten.⁶³

Zum anderen gibt es Argumente, die die These eines kausalen Zusammenhangs stützen (UNEP 2000; Schauer 2002, 12; Shiva 2001, Heinrich-Böll-Foundation 2002, Kapitel 3.1). Die indische Umweltaktivistin Vandana Shiva (2001) etwa stellt in ihrem Buch „Biodiversität – Plädoyer für eine nachhaltige Entwicklung“ fest, dass die Vielfalt an Nutzpflanzen und Nutztieren für Zweidrittel der Weltbevölkerung – den Menschen in den ländlichen Wirtschaftsräumen der Dritten Welt - Grundlage des Wirtschaftslebens ist:

„Biodiversität ist nicht nur eine Umweltschutzfrage, sie ist eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens. Biologische Vielfalt ist Mittel zum Lebensunterhalt und zugleich „Produktionsmittel“ der Armen, die keinen Zugang zu anderen Vermögen oder Produktionsmitteln haben. Die Armen sind, was ihre Nahrungs- und Arzneimittel, was Energie und Baustoffe, was Handwerk und Zeremonien angeht, auf den Reichtum der biologischen Ressourcen wie auch auf ihr eigenes Wissen und ihre

⁶³ Vgl. hierzu Schauer (2002, 12); s.a. <http://www.terralingua.org>

Handfertigkeiten angewiesen, die wiederum auf der biologischen Vielfalt basieren“ (Vandana Shiva 2001, S. 22).

Biologische Vielfalt dürfe nicht nur mit Blick auf die natürlichen Ökosysteme gesehen werden; eine wichtige Dimension der biologischen sei die im Laufe der kulturellen Evolution entstandene Vielfalt unterschiedlicher Kulturpflanzenarten und Tierrassen:

„Man hat Reissorten entwickelt, die in überfluteten Gebieten und auf regennassen Berghängen gedeihen können. Es wurden Rinderrassen gezüchtet, die an das Klima in Wüsten und in feuchten Regenwaldgebieten angepasst sind“ (Shiva 2001, 22).

Die indigenen Völker sowie die ländliche Bevölkerung in Entwicklungsländern haben sich im Laufe der Evolution ein immenses Wissen angeeignet über die Nutzungsmöglichkeiten der lokal vorhandenen Nutzpflanzen und -tiere. Es hätten sich an die lokalen natürlichen Gegebenheiten angepasste Wirtschafts- und Lebensstile entwickelt, welche den Reichtum biologischer Vielfalt nutzen.

Die Argumentation übernimmt die Heinrich-Böll-Stiftung in ihrem „Johannesburg-Memorandum“

„Food habits and house designs, clothing and music instruments, work patterns and feasts, all reflect the community of plants and animals that surround them“ (Heinrich Böll Foundation 2002, 26)

Die Liberalisierung der Märkte riskiere, diese empfindliche Symbiose zwischen Mensch und Umwelt zu zerstören. Die globalen Pharma- und Agrarkonzerne, so Vandana Shiva, machten die Lebensgrundlage der Landbevölkerung kaputt, die sich die Investitionen in moderne Landwirtschaftstechniken nicht leisten können. Das moderne Saatgut sei nicht nur teuer, die hierdurch geförderten Monokulturen seien überdies anfällig für Krankheiten, was nicht nur ökologisch bedenklich ist, sondern auch ökonomisch: Die Landwirte geraten in einen Strudel immer weiterer Investitionen für Pestizide und pestizidresistente Sorten.

„Die Globalisierung von Konsumgewohnheiten hat einen katastrophalen Effekt auf die ärmsten Bewohner/innen unseres Planeten, da hierdurch Monokulturen geschaffen werden und Vielfalt zerstört wird. Erstens werden die Armen in noch tiefere Armut gedrängt, weil sie gezwungen sind, mit den global mächtigen Kräften zu konkurrieren, um Zugang zu ihren heimischen biologischen Ressourcen zu erhalten. Zweitens werden ihre ökonomischen Alternativen außerhalb des globalen Marktes zerstört“ (Shiva 2000, 20)

Die Folgen der modernen Landwirtschaft zeigen sich nicht nur in Entwicklungsländern. Allgemein ist die Zahl an Nutzpflanzen in den letzten 100 Jahren drastisch zurückgegangen. In den USA wurden beispielsweise zwischen 1804 und 1904 etwa 7100 Apfelsorten beschrieben, gehandelt werden heute im wesentlichen nicht mehr als ein Dutzend (Schauer 2002; in der Grundaussage ähnlich Shiva 2001, 20 sowie Weizsäcker/Lovins/Lovins 1995, 321).

Das Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung weist auf einen weiteren Zusammenhang hin. Die ländliche Bevölkerung in Entwicklungsländern lebt meist nicht allein von angebauten Nutzpflanzen und domestizierten Tieren. Nach einer Studie von UBING (2000) ernährt sich die ländliche Bevölkerung in Bangladesch zu mehr als 40% von nicht kultivierten Nahrungsmittelressourcen (Heinrich Böll Foundation 2002, 26):

„[I]n early morning hours, it is a common sight in the rural parts of Asia and Africa, to see people collecting leaves, spinach, small fish or fruits from the area around the homestead. These people go to the roadsides, the paddy fields owned by others, the ponds, near the canals, and other common land of the village. They also know that children who have gone for a swim in the pond, the canal or the river, will come back with their hands full of uncultivated green vegetables, tubers, edible forest fruits and most importantly, fish, which will be immediately turned into food for the family” (ibid).

Der Schutz der genetischen Vielfalt, wie er etwa über die bereits 1992 verabschiedete Convention on Biological Diversity (CBD), eingeschlagen wurde, schützt demnach umweltverträgliche Wirtschafts- und Lebensstile der ländlichen Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Vandana Shiva kritisiert den derzeit eingeschlagenen Weg, Eigentumsrechte an der genetischen Vielfalt zu etablieren, um so Staaten und Unternehmen einen ökonomischen Anreiz zu geben, sich für den Schutz der Biodiversität einzusetzen. Der Teufelskreis aus Abhängigkeit vom globalen Markt werde für die ländliche Bevölkerung hierdurch nicht durchbrochen. Die Patentierbarkeit genveränderter Pflanzen vergrößere die Kluft zwischen den armen Bauern, die sich immer neue Saatgutvarianten und die dazugehörigen Pestizide kaufen müssten, und den großen Agrar- und Pharmakonzernen, die mit jedem Schritt neue Gewinnmöglichkeiten erzielten. Die derzeit diskutierten Regelungen eines „gerechten Vorteilsausgleichs“ im Rahmen der Konvention zur Biologischen Vielfalt (siehe hierzu den Exkurs in Kapitel 4) sei ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Trend zu einer immer mechanisierteren Agrarwirtschaft, die mit erheblichen ökologischen Problemen behaftet sei, würde hierdurch gestärkt, die Chancen einer naturnahen Landwirtschaft verspielt.⁶⁴

⁶⁴ Ähnlich argumentiert auch Christine von Weizsäcker (1994), die Vorsitzende von Ecoropa.

Die Konvention über Biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD)

Bis vor wenigen Jahren war Artenvielfalt ein Thema, mit dem sich primär Ökologen und Umweltschützer befassten. Artenschutz galt als ein Luxus, den sich reiche Staaten leisten.⁶⁵ Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Säugetieren, denen die Menschen Sympathie gegenüber aufbringen (Pandas, Koalabären, Wale etc.). In letzter Zeit rückt ein anderer – ökonomischer – Aspekt in den Mittelpunkt der Diskussion: der wirtschaftliche Nutzen von genetischer Vielfalt.⁶⁶ Der Nutzen der genetischen Vielfalt für die Medizin- und Agrarforschung wird zunehmend erkannt. Mit diesem ökonomischen Nutzenargument hat sich auch die Debatte um den Schutz von Artenvielfalt verschoben. Früher wurde die Artenvielfalt meist als „gemeinsames Erbe der Menschheit“, als „common heritage“, betrachtet. Diese Sichtweise hat sich in den letzten 10 Jahren stark verändert.

Im Lichte dieser Entwicklung wurde auf der Rio-Konferenz 1992 die Konvention über den Schutz der biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) verabschiedet. Die inzwischen von mehr als 180 Staaten unterzeichnete Konvention verfolgt primär drei Ziele:

- Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt (Arten, Ökosysteme, genetische Vielfalt)
- Nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile
- Ausgewogene und gerechte Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergeben

Die Entwicklungsländer hatten in den Verhandlungen durchgesetzt, dass die genetische Vielfalt eine „Resource“ darstellt, über die souveräne Staaten frei verfügen können. Eingeräumt wurde lediglich, dass es auch andere „Stakeholder“ gibt, die ein Interesse an dem Erhalt von Artenvielfalt haben. Es handele sich daher um ein „common concern“ der Weltgemeinschaft (www.nabu-akademie.de/berichte/98biodiv.htm). Die Forderung ist leicht nachzuvollziehen: Im Hinblick auf die genetische Vielfalt sind die Entwicklungsländer des Südens reich, die Industriestaaten des Nordens arm. Den Reichtum an biologischer Vielfalt sicherten sich die Entwicklungsländer als mögliches Faustpfand, um ihren Forderungen (nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit etc.) Nachdruck zu verleihen.

⁶⁵ Der Schutz der Artenvielfalt bietet dann den Menschen aus den Industrieländern einen „intrinsischen Nutzen“; der Nutzen besteht demnach allein in dem Wissen über den Erhalt der Arten.

⁶⁶ Nach Schätzungen von Ökologen gibt es zwischen 3,6 und 100 Millionen verschiedener Arten; beschrieben sind bislang rund 1,7 Millionen Arten. Nach aktuellem Stand gehören 3058 Arten zu den Bakterien, 260.000 zu den Gefäßpflanzen, 70.000 zu den Pilzen, 500.000 zu den Viren, 45.999 zu den Wirbeltieren und 950.000 zu den Insekten (Shiva 2001, 11).

Sechste Vertragstaatenkonferenz

Vom 7. bis 19. April 2002 in Den Haag (www.biodiv.org/) die Sechste Vertragstaatenkonferenz zur Konvention über Biologische Vielfalt statt.

Diskutiert wurde unter anderem die Frage des „gerechten Vorteilsausgleichs“ für die betreffenden Länder und lokalen Gemeinschaften. Gesucht ist eine Win-Win-Regelung, bei der die genetische Vielfalt sowohl geschützt als auch ökonomisch genutzt werden kann. Für Ökonomen ist diese Kopplung selbstverständlich: Nur wenn Eigentumsrechte an den – ökonomisch verwertbaren – Ressourcen zugewiesen werden, wird eine Konstellation geschaffen, bei der Akteure ein Interesse an dem Schutz der Artenvielfalt haben. Wenn folglich die Agro- und Pharmakonzerne sich Eigentumsrechte etwa an tropischen Regenwäldern erwerben können, dient dies dem Schutz der Wälder, da die Unternehmen verhindern werden, dass die Wälder abgeholzt und zerstört werden. Diese Sichtweise ist nicht unangefochten. Umweltaktivisten und Wissenschaftler wie Christine von Weizsäcker (1994, 113f) argumentieren, dass die neue Zuordnung von Nutzungsrechten – selbst bei einem „gerechten Vorteilsausgleich“ – letztlich zu Lasten der ländlichen Bevölkerung bzw. von indigenen Völkern gehe. Eine ökonomische Kompensation könne nicht verhindern, dass mit der Kommerzialisierung von Naturräumen die Grundlage für die traditionelle Lebens- und Wirtschaftsweisen lokaler Gemeinschaften kaputt gemacht werden. Dies kann darin begründet liegen, dass die Nutzung der Naturräume (Wälder) reglementiert wird; oder es mache sich indirekt bemerkbar, indem der Trend zur grünen Gentechnik in der Landwirtschaft immer weiter verstärkt werde. Auf Dauer sei es nicht möglich, sich diesem Trend zu entziehen. Wenn erst einmal „dank“ pestizidresistenter Pflanzen große Monokulturen geschaffen werden, gibt es für die verbleibenden Landwirte keine andere Wahl, als mitzuziehen, da die natürlichen Feinde potenzieller Schädlinge vernichtet werden.

Gerechter Vorteilsausgleich: Die CBD bekräftigt das nationale Souveränitätsrecht der Staaten auch über ihre genetischen Ressourcen. Voraussetzung für jede ausländische Nutzung ist grundsätzlich die Erteilung der „auf Kenntnis der Sachlage gegründete vorherige Zustimmung“ durch die Vertragspartei, die die Ressource zur Verfügung stellt. Die CBD fordert die Ressourcenstaaten aber gleichzeitig dazu auf, möglichst freien (nicht notwendigerweise kosten- und bedingungslosen) Zugang zu gewähren. Voraussetzung und Folge des Zugangs zu genetischen Ressourcen soll eine Beteiligung am Nutzen sein, der sich aus der Verwendung der genetischen Ressource ergibt. Diese Nutzenbeteiligung soll ausgewogen und gerecht sein und kann in Form von Technologietransfer und Technologiezugang sowie Forschungsbeteiligung und Gewinnbeteiligung bei kommerzieller Nutzung erfolgen. Über 40 Staaten haben inzwischen gesetzliche Regelungen zu ihren genetischen Ressourcen erlassen oder entwickeln zurzeit solche Regelungen. Für Unsicherheit und Unzufriedenheit auf Seiten der Entwicklungsländer sorgt insbesondere das ungeklärte Verhältnis mit den Bestimmungen der im Rahmen der WTO getroffenen Vereinbarungen zu den „Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights“ (TRIPS). Durch die Weigerung der USA, der Übereinkunft über biologische Vielfalt beizutreten, wird die Rechtsunsicherheit weiter erhöht.

11 Konfliktfeld III: Globale Werte versus Kulturrelativismus⁶⁷

Globale Werte versus Kulturrelativismus

Brauchen wir ein gemeinsames Weltethos, um die globalen Nachhaltigkeitsprobleme in den Griff zu bekommen?

Die Debatte um globale Werte ist eng verknüpft mit der Diskussion um ein „Weltethos“ (Hans Küng) sowie mit der Diskussion um die Universalität von Menschenrechten. Im folgenden wird zwischen universellen und globalen Werten differenziert.

- Universelle Werte werden als Werte verstanden, die einen universellen Geltungsanspruch erheben.
- Globale Werte sind Werte, die auf der ganzen Welt faktisch Geltung erlangt haben.

Diese beiden Dimensionen sind strikt zu unterscheiden. Nicht jeder Wert, der Anspruch auf universelle Gültigkeit erhebt, wird tatsächlich global „gelebt“ werden.

Im folgenden werden eine Reihe von Dialoginitiativen vorgestellt, die sich dem Ziel verpflichtet haben, gemeinsame Werte zu identifizieren und durch den Dialog selbst zu deren Verbreitung beizutragen. Inwieweit dies einen substantiellen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten vermag, wird im Anschluss erörtert. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, wie Werten, die einen universellen Geltungsanspruch erheben, weltweit faktische Geltung verschafft werden kann. Wo liegt der „goldene Weg“ zwischen einem – mit demokratischen Prinzipien nicht zu vereinbarenden – Kulturimperialismus und einem – in einer interdependenten Welt nicht als nachhaltig einzustufenden – kategorischen Kulturrelativismus?

11.1 Westliche Werte und das UN-Regelwerk als Grundlage eines globalen Nachhaltigkeits-Ethos?

Die Wertvorstellungen des „Westens“ basieren - nach Menzel (1998, 48) - auf „Aufklärung, Liberalismus, Individualismus, Humanismus und Wertrationalismus, auf staatlichem Gewaltmonopol, dessen demokratischer Kontrolle, auf Gewaltenteilung, Rechtssicherheit, Schutz der Privatsphäre, Pressefreiheit, sozialem Ausgleich, Partizipation und Koalitionsfreiheit, nicht zuletzt auch auf Affektkontrolle. Im wirtschaftlichen Bereich lauten die Pendanten Privateigentum, Freihandel, Freizügigkeit, Niederlassungs- und Gewerbefreiheit, Freiheit des Kapitalverkehrs etc.“ Alle diese Werte, so Menzel, erheben den Anspruch des Universalismus. Werde doch unterstellt, dass Fragen der Menschenrechte, der Entfaltung der Persönlichkeit, der friedlichen Konfliktaustragung, der demokratischen Partizipation, der individuellen Nutzenmaximierung und der Sublimierung von Gewalt weltweite Gültigkeit besitzen.

⁶⁷ Für einen kurzen Übersicht über die Debatte Universalismus vs. Kulturrelativismus vgl. exemplarisch Hoffmann (1995); Habermas (1999).

Diese Wertvorstellungen wurden kodifiziert und immer weiter ausformuliert. Meilensteine sind die Magna Charta des Jahres 1215, die Bill of Rights von 1689, die amerikanische und französische Verfassungen von 1788 bzw. 1789. Einen ersten Schritt in Richtung einer normativen Handlungsgrundlage auf Weltniveau hat die internationale Gemeinschaft mit der Entwicklung eines Völkerrechts und insbesondere mit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 geschaffen. Mit ihrem UNO-Beitritt oder der Mitgründung verpflichteten sich alle – mittlerweile – 190 Mitgliedsstaaten zur Wahrung bestimmter Werte. So enthält die **UNO-Charta** beispielsweise ausdrücklich ein Gewaltverbot für die Regelung zwischenstaatlicher Konflikte. Weiterhin ist die zwischenstaatliche Gleichberechtigung und Kooperation zu wahren. Implizit gilt damit der Grundsatz, natürliche Lebensgrundlagen Dritter nicht zu beeinträchtigen. Die **UN-Menschenrechtskonvention** von 1948 vollzieht den nächsten Schritt, indem sie zumindest theoretisch anerkannte allgemeine Individualrechte und damit Pflichten wie Toleranz benennt. Die UNO hat seit ihrer Gründung Tausende von Resolutionen angenommen und ein System von UN-Organisationen aufgebaut, die auf diesen normativen Grundlagen arbeiten und sie im Rahmen des Völkerrechts weiterentwickeln.⁶⁸

Seit der **Brundtlandkommission** für Umwelt und Entwicklung (Hauff 1987) wird das internationale Regelwerk immer stärker unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit diskutiert, nachverhandelt und ausgebaut. Die **Agenda 21** wie auch die **Millennium Deklaration** bauen unmittelbar auf dem – oben als westlich beschriebenen – Wertekanon auf. Sie betonen den engen Zusammenhang von Menschenrechten, Partizipation, Demokratie, marktwirtschaftlichen Institutionen und nachhaltiger Entwicklung.

Die in dem UN-Regelwerk kodifizierten Werte lassen einen erheblichen Interpretationsspielraum zu. So klafft das Verständnis zwischen den Staaten bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte erheblich auseinander. Ähnliches gilt für „Werte“ wie Demokratie oder Partizipation. Ähnliches gilt für den Begriff der Nachhaltigkeit. Wenn auch in allen Kulturen die Idee der Nachhaltigkeit in irgendeiner Form verankert ist, so hat doch jedes Land seine eigenen Traditionen, seine eigenen politischen und gesellschaftlichen Diskurse, gefolgt von je eigenen Problemwahrnehmungen.

Es stellt sich die Frage nach der Anschlussfähigkeit des – prozeduralen, integrativen - Nachhaltigkeitskonzepts „des Westens“ an die Nachhaltigkeitsverständnisse anderer Kulturkreise. Und: Bedarf es eines gemeinsamen Wertekanons, einer gemeinsamen Sprache, um Nachhaltigkeit zu erzielen?

Es gibt verschiedene private, kirchliche oder auch politische Initiativen, die das Ziel verfolgen, eine gemeinsame Wertegrundlage zu identifizieren bzw., über den Weg eines Dialogs zwischen den Kultu-

⁶⁸ Als Beispiele seien das United Nations Environmental Program (UNEP), die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), die International Labor Organization (ILO), die World Health Organization (WHO), die United Nations High Commission on Refugees (UNHCR), der United Nations Childrens Fond (UNICEF), der Internationale Seegerichtshof sowie, seit April 2002, das Weltstrafgericht genannt.

ren, eine solche zu schaffen. Eine Auswahl wichtiger Initiativen wird im folgenden näher betrachtet und, im Anschluss, kritisch diskutiert. Teilweise bestehen enge Verbindungen zwischen den Dialoginitiativen und dem Post-Rio-Prozess der Vereinten Nationen. Dies gilt allen voran für die Earth-Charta, die im Umfeld der Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung entstanden ist.

11.2 Die Earth-Charta und weitere interkulturelle Dialoginitiativen

Mit dem Brundtland-Bericht 1987 (Hauff 1987) hat die Weltkommission der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung auch eine **Earth-Charta**⁶⁹ als Grundsatzerklärung und ethischen Rahmen zu den Aufgaben und Anliegen der späteren Agenda 21 vorgeschlagen. Über die Earth-Charta konnte jedoch in Rio 1992 keine Einigung erzielt werden. Insbesondere Gruppen aus den sogenannten Entwicklungsländern sahen sich in der ersten Earth-Charta nicht repräsentiert.

Der Vorschlag für eine Earth-Charta hat aber offensichtlich ein weltweites Bedürfnis gestärkt, neben den beiden klassischen Säulen der UN-Charta und -Menschenrechtskonvention eine dritte Säule zu finden, die hilft, auch den gewandelten Herausforderungen gerecht zu werden. Diese dritte Säule soll sich dabei neben der Frage nach weltweit geteilten Werten ebenso auf das Verhältnis des Menschen mit seiner Umwelt konzentrieren. Die Suche nach einheitlichen Werten und ethischen Rahmenbedingungen für die Weltbevölkerung ist seitdem in zahlreiche Richtungen verstärkt fortgeschritten. Einige der Initiativen bzw. Akteure, die sich dafür einsetzen, werden nachfolgend kurz vorgestellt.

Die Initiative „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung“ des Weltkirchenrates⁷⁰: Der Weltkirchenrat in Genf ist eine internationale Gemeinschaft von mittlerweile 342 christlichen Kirchen in über 120 Ländern. Er setzt sich für die weltweite Einheit der Christen ein. Grundlegend für die Initiative Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung war die Studie des Weltkirchenrates zur Theologie des Lebens. Diese Studie griff viele Anliegen auf und verband sie miteinander; sie sammelte Erkenntnisse und Erfahrungen von Menschen in ihrem konkreten Umfeld, sie benutzte deren Symbole, Bilder und Sprache. Sie forderte den Weltkirchenrat auf, gezielter auf die Erfahrungen der Menschen einzugehen, die Vielfalt der Erkenntnisse aus verschiedenen Regionen und Kulturen zu respektieren sowie einen neuen dezentraleren Arbeitsstil zu entwickeln. Die Initiative stellt darauf aufbauend Überlegungen an zu der Verflechtung von Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität und zur lokalen Umsetzbarkeit dieser Werte.

⁶⁹ <<http://www.erdcharta.de>>

⁷⁰ Synonym wird die Bezeichnung „Ökumenischer Rat der Kirchen“ verwendet (World Council of Churches – WCC) <http://www.wcc-coe.org>

World Faiths Development Dialogue⁷¹: Eine auf Initiative von James Wolfensohn (Weltbank) und des Bischofs von Canterbury im Jahr 2000 gegründete Institution, die ein stärkeres Engagement der Religionen in Fragen der Entwicklung fördern möchte, um bspw. Armut zu reduzieren und Sozialkapital zu stärken. Der WFDD

- ist ein „Think Tank“, der als Bindeglied der Kommunikation zwischen den Bereichen Glauben und Entwicklung agiert;
- unterstützt gemeinsame Anstrengungen und Initiativen religiöser und entwicklungspolitischer Führer, die Armut zu reduzieren;
- unterstützt interreligiöse Dialoggruppen in Entwicklungsländern, die sich für Armutsbekämpfung engagieren.

Stiftung Weltethos :⁷² Die 1995 gegründete Stiftung basiert auf der Programmschrift „Projekt Weltethos“ (1990) des Tübinger Theologen Hans Küng. Dort entwickelt Küng die Idee, dass die Religionen der Welt nur dann einen Beitrag zum Frieden der Menschheit leisten können, wenn sie sich auf das ihnen jetzt schon Gemeinsame im Ethos besinnen: auf einen Grundkonsens bezüglich bestehender verbindender Werte, unverrückbarer Maßstäbe und persönlicher Grundhaltungen. Zu den Aufgaben zählen:

- Durchführung und Förderung interkultureller und interreligiöser Forschung
- Anregung und Durchführung interkultureller und interreligiöser Bildungsarbeit
- Ermöglichung und Unterstützung der zur Forschungs- und Bildungsarbeit notwendigen interkulturellen und interreligiösen Begegnung

Hans Küng, als Gründer der Stiftung Weltethos, steht mit vielen anderen der aufgezählten Initiativen in engerem Kontakt. Er wurde beispielsweise sowohl von der UNESCO als auch von Kofi Annan in ihre Projekte mit einbezogen.

Parlament der Weltreligionen⁷³: Das Parlament versteht sich in der Fortsetzung des gleichnamigen Parlamentes, das 1893 in Chicago aus Anlass der damaligen Weltausstellung tagte. Genau 100 Jahre später wurde diese Institution durch die gemeinnützige amerikanische Organisation Council for a Parliament of the World's Religions wieder aufgenommen. 1993 tagte das Parlament in Chicago, 1999 in Kapstadt. Bei beiden Treffen beteiligten sich jeweils über 6500 Menschen an dem Dialog und der Formulierung einer Abschlusserklärung. 1993 ist diese Abschlusserklärung unter der Federführung von Hans Küng entstanden. (Sie war auch für die Weiterentwicklung des Projekts Weltethos von großer Bedeutung.) Die Religionsvertreter einigten sich darin auf:

- Die Verpflichtung auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor allem Leben;
- Die Verpflichtung auf eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung;
- Die Verpflichtung auf eine Kultur der Toleranz und ein Leben in Wahrhaftigkeit;
- Die Verpflichtung auf eine Kultur der Gleichberechtigung und die Partnerschaft von Mann und Frau.

⁷¹ <http://www.wfdd.org.uk/index.html>

⁷² <http://www.uni-tuebingen.de/stiftung-weltethos>

⁷³ <http://www.cpwr.org>; http://www.uni-tuebingen.de/stiftung-weltethos/pdf_dat/i_erklae.pdf

Millennium World Peace Summit of Religious Leaders⁷⁴: Auf Einladung der UN trafen sich über 2000 religiöse Führer im August 2000 in New York. Ein „Commitment to Global Peace“ wurde verabschiedet und ein Vorbereitungsprozess für einen „World Council of Religious and Spiritual Leaders“ initiiert. Auf dem Gipfel entstand weiterhin die Idee zu einem Treffen weiblicher religiöser Führer, die nur 15% der Teilnehmer in New York ausmachten. Die World Conference of Women Religious and Spiritual Leaders wird im Oktober 2002 in Genf stattfinden.

Die Ökumenische Initiative Eine Welt (ÖIEW)⁷⁵: Die ÖIEW entstand Mitte der 70er Jahre im Zuge des erwachenden ökologischen und entwicklungspolitischen Bewusstseins, um eine Lernbewegung für einen neuen Lebensstil anzustoßen. Sie tritt für eine zukunftsfähige Lebens- und Wirtschaftsweise ein und arbeitet dabei mit anderen Nichtregierungsorganisationen zusammen. Die ÖIEW sieht sich „als Teil der einen Welt mit ihrer Vielfalt pflanzlichen und tierischen Lebens“ sowie „als Teil der einen Menschheit, die alle Völker, Kulturen und Religionen umfasst“. Diese beiden Aspekte bezeichnet auch das griechische Wort „Ökumene“. Die ÖIEW bezieht sich explizit auf die Earth-Charta und unterstützt ihre Verbreitung.

Universal Ethics Project⁷⁶: Die UNESCO veranstaltete 1997 und 1998 mehrere Treffen bekannter gesellschaftlicher Persönlichkeiten, die einen Austausch über drängende globale Fragen mit der Analyse der kulturellen Grundlagen ihrer jeweiligen Sichtweise verbanden, um gemeinsame ethische Prinzipien zu identifizieren.

Alliance for a Responsible, Plural and United World (Alliance 21)⁷⁷: Eine französische Initiative, die sich aus der Charles Léopold Mayer Stiftung für den Fortschritt der Menschheit heraus entwickelt hat. Seit ihrer Gründung 1994 beschäftigt sie sich mit der Suche nach weltweit gemeinsamen Werten für eine „responsible, plural and united world“. Erst durch Workshops und schließlich im Rahmen einer Weltversammlung der Bürger in Lille (2001) wurde eine Charta erarbeitet die vor allem auf die Verantwortung jedes einzelnen Menschen abzielt.

Inter Action Council⁷⁸: Der Inter Action Council wurde 1983 in Japan als internationale Organisation gegründet, in der ehemalige Regierungschefs gemeinsam Positionen zu globalen politischen Herausforderungen formulieren. Über eine in Deutschland vor allem durch das Ehrenmitglied im IAC, Helmut Schmidt, vorgestellte „Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten“ (1997) will der Inter Action Council zur Schaffung globaler ethischer Standards beitragen.

⁷⁴ <http://www.millenniumpeacesummit.org/>

⁷⁵ <http://www.oew.de>

⁷⁶ <http://www.unesco.org/opi2/philosophyandethics/intro.htm>

⁷⁷ <http://www.alliance21.org>

⁷⁸ <http://www.asiawide.or.jp/iac/contents.htm>

Weltkonferenzen der Religionen für den Frieden:⁷⁹ Die Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP) ist eine internationale, interreligiöse Friedensbewegung, die seit 1970 Verständigungs- und Friedensarbeit in vielen Ländern der Welt betreibt und in 40 Ländern mit Büros vertreten ist. Dabei sollen in gegenseitiger Kenntnis, Respekt und in Treue zum eigenen Glauben die friedensfördernden Grundlagen der Religionen sichtbar und wirksam gemacht werden. Der weltweit größte Zusammenschluss religiöser Vertreter engagiert sich durch Projekte in den Bereichen Konflikttransformation, Rechte der Kinder, Abrüstung und Sicherheit, Menschenrechte, Entwicklung und Friedenserziehung. Ungefähr alle 5 Jahre findet eine „Weltversammlung“ statt (die 7. Versammlung 1999 in Jordanien), die von „religious leaders“ besucht wird.

Abschließend sei nochmals die eingangs erwähnte **Earth-Charta** als eine der größten nicht religiösen Dialogprozesse aufgegriffen und in Bezug zu den anderen Initiativen gestellt: Im Anschluss an die Rio-Konferenz bekam die Diskussion um ökologisches Bewusstsein neue Impulse vom "Rat der Erde" (Earth Council in Costa Rica, damaliger Präsident: Maurice Strong) und vom "Internationalen Grünen Kreuz" (eine Art "Rotes Kreuz der Umwelt", von Michail Gorbatschow 1992 ins Leben gerufen); gemeinsam engagierten sie sich weiter für die Entwicklung einer Earth-Charta. Unterstützt wurden sie dabei auch durch die niederländische Regierung. Bei einem gemeinsamen Treffen mit anderen NGO's wurde 1995 in Den Haag eine Kommission für die Earth-Charta gegründet mit dem Auftrag, in den nächsten Jahren eine weltweite Konsultation durchzuführen und den Entwurf einer Earth-Charta vorzulegen. Das Sekretariat dieser Kommission befindet sich bis heute beim Earth Council in Costa Rica.

Es wurde eine breite Diskussion in allen Erdteilen ausgelöst, in deren Verlauf 1997 ein erster und 1999 ein zweiter Textentwurf vorgelegt wurde. Hunderte von Organisationen und Gruppen und Tausende von Einzelpersonen nahmen an diesem Prozess teil. Im März 2000 wurden bei einem Treffen der Kommission in Paris die letzten Eingaben eingearbeitet und die Earth-Charta in ihrer endgültigen Fassung veröffentlicht.⁸⁰ Die Earth-Charta stellt in ihren 16 Grundsätzen fest, dass die ökologischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen, ethischen und spirituellen Probleme und Hoffnungen der Menschheit eng miteinander verbunden sind. Die Herausforderungen zu Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden sind eng verknüpft mit dem Schutz der Umwelt und der Sorge um das wirtschaftliche Wohlergehen. Nur in einer globalen Partnerschaft und in gemeinsamer Verantwortung können umfassende Lösungen gefunden werden.

⁷⁹ <http://www.wcrp.org/>

⁸⁰ Inzwischen gibt es über vierzig nationale Earth-Charta-Komitees, die diese Initiative mittragen und vor Ort ins Gespräch bringen. Die einzelnen Schritte des Projektes sind:

- Förderung eines weltweiten Dialog über gemeinsame Werte und globale Ethik;
- Entwurf einer Earth-Charta, die in knappen Worten eine inspirierende Vision grundlegender ethischer Prinzipien für eine nachhaltige Entwicklung darlegt;
- Bekanntmachung der Earth-Charta auf der ganzen Welt als Vertrag der Völker, der Bewusstsein und Engagement für die Werte der Earth-Charta weckt und deren Umsetzung voran bringt;
- Bestätigung der Earth-Charta durch den "Weltgipfel zu nachhaltiger Entwicklung" in Johannesburg.

Der vom Earth Council und Red Cross International initiierte Dialog wird weiterhin fortgeführt. So haben Maurice Strong und Michail Gorbatschow im Februar 2002 im Rahmen der von ihnen ins Leben gerufenen Reihe „Earth Dialogues“⁸¹ in Lyon ein Kongress veranstaltet, auf dem die Frage „Globalisation and Sustainable Development: Is Ethics the Missing Link?“ diskutiert wurde. In Ihrem Abschlussreport (Green Cross International 2002) werden konkrete Forderungen an die auf dem Weltgipfel in Johannesburg versammelten Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erhoben.

11.3 Dialoginitiativen und Nachhaltigkeit – worin liegt der Zusammenhang?

Auch wenn unklar bleibt, worin sich diese Grundsätze von schon formulierten UNO Positionen zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit unterscheiden, mindert dies die Bedeutung des interkulturellen und interdisziplinären Dialogprozesses, den diese Initiative hervorruft, nicht. Zugleich bietet die in einem langjährigen Prozess konsensual erarbeitete Charta einen Anknüpfungspunkt, auf den sich andere Institutionen der Zivilgesellschaft berufen, wie dies beispielsweise in Deutschland bei der **Ökumenischen Initiative Eine Welt** der Fall ist.

Die UNO steht diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen positiv gegenüber und sieht sich bestärkt in ihren Bemühungen, selbst interkulturelle Dialogprozesse zu Fragen der Nachhaltigkeit sowie des Weltfriedens anzustoßen. Dazu zählt die Initiative des „**Global Compact**“ ebenso wie der im Jahr 2000 von der UNO organisierte **Millennium World Peace Summit of Religious Leaders**.⁸²

Auf Initiative des iranischen Staatspräsidenten Chatami beschloss die UN-Vollversammlung, das Jahr 2001 zum **Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen** auszurufen und ihre Unterorganisationen sowie die Mitgliedstaaten aufzufordern, interkulturelle Projekte anzustoßen. Damit einher ging die Buchinitiative „Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen“ (Kofi Annan 2001).⁸³ Es dürfte nicht zuletzt dieser Initiative zu verdanken sein, dass bspw. das „Forum Globale Fragen“ des Auswärtigen Amtes und der GTZ sich bei seiner Konferenz am 16./17. Mai dieses Jahr dem Thema „Dialog der Kulturen“ widmet.

⁸¹ <http://www.earthdialogues.org>

⁸² <http://www.millenniumpeacesummit.org>.

⁸³ In dem von einer Reihe namhafter Persönlichkeiten aus Wissenschaft und öffentlichem Leben verfassten Buch werden gemeinsame Grundwerte identifiziert, die in allen Kulturen verankert sind. Beispielsweise beziehen sich die Autoren auf das Buch „Common Values“ von Sissela Bok (1995), in dem gemeinsame Grundwerte identifiziert werden: „Von den Zehn Geboten bis zu den buddhistischen, dschainistischen, konfuzianischen, hinduistischen und vielen anderen Texten werden Gewalttätigkeit und Täuschung übereinstimmend abgelehnt, ebenso die Arten von Übel, die sie anrichten, beispielsweise Folter und Diebstahl. Diese Verbote gegen Gewalt, Täuschung und Verrat kommen samt und sonders in jeder Gesellschaft und jedem Rechtsstaat vor. Sie

Die Dialoginitiativen beeinflussen folglich das Agenda-Setting im globalen Nachhaltigkeitsdiskurs. Einen entscheidenden Antrieb für die Diskussion um Interkulturalität liefert das Buch von Samuel Huntington (1996) „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“. Huntington vertritt die These, dass nach Beendigung des Ost-West-Konflikts religiöse Konflikte zwischen den Weltreligionen an Bedeutung gewinnen werden.⁸⁴ Auch wenn die Debatte um allgemeingültige ethische Prinzipien schon länger existiert, ist es Huntingtons Buch zuzuschreiben, dass sich diese Debatte verstärkt hat und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order: Samuel Huntington (1996)

Huntington möchte mit seinem Buch ein Erklärungsmuster, eine analytische Brille, bereitstellen, mit der die Entwicklung der internationalen Beziehungen nach Ende des Kalten Krieges treffend analysiert werden kann. Die Grundthese lautet, dass kulturelle, genauer: religiöse, Konflikte an Bedeutung gewinnen werden und die Geopolitik in den kommenden Jahren beherrschen wird. Hatte Huntington 1993, als er eine erste Fassung seines Beitrags in *Foreign Affairs* veröffentlichte, seine These noch mit einem Fragezeichen versehen, verzichtete er hierauf in seinem 1996 veröffentlichten Buch. Die Thesen sind höchst brisant und höchst politisch, gibt Huntington doch der Politik (damals: George Bush senior) eine Rechtfertigung zur militärischen Aufrüstung. Auch wenn es eine Vielzahl anderer Muster zur Erklärung der künftigen Weltordnung gibt (Menzel 1998 skizziert beispielsweise in knappen Worten vier weitere Erklärungsmuster), ist die Erklärung von Huntington mit Abstand diejenige, die die heftigsten Reaktionen und die intensivste Diskussion ausgelöst hat.

Die polarisierenden Thesen Huntingtons haben teilweise heftige Gegenreaktionen hervorgerufen.⁸⁵ Der Frankfurter Friedens- und Konfliktforscher Harald Müller beispielsweise kritisiert die extreme Vereinfachung, die Huntington vornehme. Huntington nehme die immensen Konflikte innerhalb der von ihm abgegrenzten Weltkulturen nicht zur Kenntnis. Vor allem verkürze Huntington Kultur auf Religion. Aufgrund dieser eindimensionalen Sicht komme er zu groben Fehleinschätzungen, weil er die Vielschichtigkeit der Entwicklungen und Konflikte in seinem Ansatz nicht verarbeiten könne.⁸⁶ Kulturen sind äußerst dynamisch

finden Ausdruck schon in so unterschiedlichen Werken wie dem ägyptischen Totenbuch, der isländischen Edda und der Bhagavad-Gita.“

⁸⁴ Zur Debatte über die Thesen von Huntington vgl. exemplarisch Edel (1997)

⁸⁵ Vgl. hierzu exemplarisch die Aufsätze von Roman Herzog, Amitai Etzioni, Hans Küng, Bassam Tibi und Maskazu Yamazaki in Herzog (1999) sowie den Beitrag von Müller (www.hsfk.de/deu/pub/stpkt/sp0598.htm).

⁸⁶ Dies illustriert Müller (1998) beispielsweise am Bosnienkonflikt: „Huntingtons Lesart des Bosnien-Konflikts wirft ein Licht auf seinen Umgang mit der empirischen Wirklichkeit. Laut Huntington verbündeten sich die westlichen Länder mit dem katholischen Kroatien, die orthodoxen Russland und Griechenland leisteten Serbien Hilfe, die islamische Welt unterstützte die bosnischen Muslime. Tatsächlich sah es aber so aus: Zu Beginn des Konflikts standen das (mehrheitlich protestantische) Deutschland und das gleichfalls protestantische Dänemark für Kroatien, die katholischen Länder Frankreich, Spanien, Italien und das anglikanische England hielten es mit Serbien. Im Verlauf der Kämpfe änderten sich die Sympathien. Der Westen schwenkte unter dem Druck der öffentlichen Meinung zur Unterstützung der bosnischen Muslime über. Schließlich entschloss sich der Westen nach langem Zögern zum militärischen Eingreifen und zum Einsatz von fünfzigtausend Soldaten, um die Reste von multikulturellem Staatswesen und muslimischer Autonomie zu schützen. Russland beschränkte sich darauf, serbische Interessen minimal zu schützen. Es stimmte bereits zu Anfang den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Restjugoslawien zu und verhinderte die Bestrafungsaktionen der NATO nicht.“

sche Gebilde, die sich den Entwicklungen ihrer Zeit anpassen. Anders als von Huntington beschrieben fördere die Dynamik der internationalen Beziehungen eine immer stärkere Kooperationen, wodurch die Kommunikation zwischen den Kulturen immer leichter und intensiver werde.

Die stark emotionale Debatte um Huntingtons Buch erklärt sich zum Teil aus der Befürchtung, dass Huntingtons Thesen sich als self-fulfilling prophecies erweisen könnten, indem sie das Denken – und Handeln – der Leser prägen. Gerade nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001 ist die Frage nach der prophetischen Wahrheit von Huntingtons These hochaktuell. Andererseits sind es genau diese Befürchtungen, welche den oben genannten Initiativen die Kraft und Dynamik zum Dialog verleihen. Mehrere der genannten Initiativen berufen sich in ihrer Arbeit auf die Aussagen Huntingtons.

Es ist eine kontrovers diskutierte Frage, inwieweit eine Suche nach gemeinsamen Werten tatsächlich zielführend ist, um die Chance auf eine gemeinsame Verständigung auf nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen zu erhöhen. Schließlich handelt es sich um ein akademisches und somit elitäres Projekt, das nicht zwingend die Wahrnehmungen und Grundverständnisse breiter Bevölkerungskreise widerspiegelt. Das Projekt ist mit einem Problem der „self-selection“ konfrontiert: Es ist zu vermuten, dass primär solche Theologen und Wissenschaftler an dem Projekt teilnehmen werden, die die Grundüberzeugung teilen, dass es einen breiten, Weltreligions-übergreifenden Wertekonsens gibt. Inwieweit eine wissenschaftliche Identifizierung gemeinsamer Werte sich anschließend in gemeinsame Handlungsansätze transformieren lässt und sich zur Umsetzung globaler Nachhaltigkeitsstrategien eignet, bleibt hierbei offen.

Auffällig ist, dass ökologische Fragestellungen bei fast allen Dialoginitiativen eine untergeordnete Rolle spielen. Selbst bei jenen Initiativen, die explizit mit dem Anspruch auftreten, Wege für eine nachhaltige Entwicklung aufzuspüren wie etwa die Earth Charter, sind in ihren ökologischen Forderungen sehr gemäßigt. Dies lässt sich aus dem Kompromisscharakter erklären, der sich aus dem Prozess der interkulturellen Verständigung zwangsläufig ergibt. Es mag aber auch als Indiz dafür gewertet werden, dass es keinen normativen Bezugspunkt für ein „ökologisches Gleichgewicht“ gibt, auf den man sich gegebenenfalls verständigen könnte. Auch Experten können zwar Faktenwissen in den Diskurs einspeisen; die Abwägungsprozesse abnehmen können sie der Gesellschaft nicht. Gerade aus diesem Grund sind Dialogprozesse zur Verständigung über die unterschiedlichen Vorstellungen von Nachhaltigkeit und, damit einhergehend, zur Aushandlung wechselseitig vorteilhafter institutioneller Arrangements zur Gestaltung der Umwelt so wichtig. Diesen Aspekt bringt Guy Kirsch pointiert auf den Punkt:

Wäre der Krieg nach dem Schema des „Kulturkampfes“ abgelaufen, so hätten die westlichen und orthodoxen Bündnismächte, die Pläne Milosevics und Tudjmans, Bosnien-Herzegowina zwischen Kroatien und Serbien aufzuteilen, befördern müssen - das wäre ein Beleg für Huntingtons These gewesen. Am schlimmsten schlägt sich das Huntingtons Theorie innewohnende Vorurteil in seiner abschließenden Einschätzung des Krieges nieder: „In Bosnien haben Muslime einen blutigen und verhängnisvollen Krieg mit orthodoxen Serben geführt und auch gegen katholische Kroaten Gewalt ausgeübt“. Hier verkehrt sich das Täter-Opfer-Verhältnis krass. Aber da Huntington mit dem Vorverständnis vom „blutigen Islam“ an den Krieg herangeht, bleibt die Wahrheit auf der Strecke.“

„Entgegen einer landläufigen Meinung definieren sich Umweltfreundlichkeit und Umweltfeindlichkeit nicht im Verhältnis zur Natur, sondern im Bezug zur gesellschaftlichen Konvention. Anderes wäre wenig zweckmäßig: Nicht die Natur bescheinigt die Umweltfreundlichkeit, sondern die Mitmenschen. Die Umwelt ist immer im Gleichgewicht, und ihr ist es – man muss es annehmen -, gleichgültig, wie dieses Gleichgewicht aussieht; nur dem Menschen ist es nicht egal. Die Natur war vor, während und nach dem Aussterben der Dinosaurier im Gleichgewicht. ... Umweltfreundlichkeit heißt nicht, dass wir der Umwelt gegenüber freundlich sind, sondern dass wir uns so verhalten, dass wir – trotz bzw. wegen der Folgen unseres Verhaltens – die Natur uns gegenüber als freundlich empfinden können. ... Nur vordergründig stehen wir in Umweltfragen der Natur gegenüber; im letzten stehen wir uns selbst und unseresgleichen gegenüber.“ (Kirsch 1991, 252f)

Der Mensch wird folglich nicht aus seiner Pflicht entlassen, in einem selbstreflexiven Prozess die Zielbestimmung der Nachhaltigkeit immer neu zu definieren und fortzuschreiben. Nachhaltigkeit ist primär eine Herausforderung an die Gestaltung von Kommunikationsprozessen.

Diese sollten nicht auf kleine – elitäre – Zirkel begrenzt bleiben, sondern vielmehr weite Teile der Bevölkerung einschließen. Auslandsaufenthalte (Schüleraustausche, Praktika an Unternehmen im Ausland, Studium, Beruf), Initiativen zur Übertragung Lokaler Agenda 21-Prozesse, Klimaschutzbündnisse zwischen deutschen und brasilianischen Gemeinden, Kirchentage sowie Veranstaltungen wie das Weltsozialforum, Projekte von Stiftungen und NGOs bieten Foren des Austauschs, der Reflexion über die eigenen Werte und Lebensstile.

11.4 Die normative Kraft des Faktischen: Wertekonvergenz durch Globalisierung?

Keineswegs wird die Globalisierung überall als ein friedlicher Prozess wahrgenommen, der auf dem Prinzip der wechselseitigen Verständigung und des Dialogs basiert. Die Exposition islamischer Staaten mit „westlichen“ Kulturprodukten (Kleidung, Alkohol, Pornographie) wird als ein Zwang empfunden, der das staatliche Gewaltmonopol aushebelt. Das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen lässt sich als ein dialektischen Prozess beschreiben, in dem Werte und Normen teils assimiliert werden, teils Abwehrhaltungen hervorrufen und über früh oder lang in einen Prozess des Wertewandels einfließen.

In der global vernetzten Welt beeinflussen sich gesellschaftliche Diskurse wechselseitig.⁸⁷ Der „Westen“ ist keineswegs abgeschottet gegenüber Einflüssen aus anderen Kulturkreisen. Es ist anzunehmen, dass die Diskussion über die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die beispielsweise in den USA die Form einer starken intellektuellen und sozialen Bewegung in Form des Kommunitarismus angenommen hat, durch die Gegenüberstellung der individualistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnun-

⁸⁷ Hinzu kommt die zunehmende Internationalisierung gesellschaftlicher Diskurse. Es ist gleichgültig, ob Demonstranten in Seattler, Prag, Göteborg oder Nizza gegen die internationale Handels- und Finanzordnung demonstrieren oder ob Greenpeace gegen Shell in der Nordsee (Brent Spar) oder ob amnesty international gegen das Vorgehen von Shell der indigenen Bevölkerung in Nigeria (Ogoni) protestiert. Die Weltöffentlichkeit ist stets dabei.

gen des Westens, allen voran der angelsächsischen Länder, mit den asiatischen Staaten beflügelt wurde.

Dieser dialektische Prozess verläuft nicht in zufälligen Bahnen, sondern hat eine bestimmte Stoßrichtungen. Diese lässt sich ökonomisch rekonstruieren: Über lange Sicht setzten sich solche Werte durch, die „produktiv“ sind. Wenn folglich – im Westen als universell betrachtete - Werte wie Toleranz, Freiheit, politische Selbstbestimmung in der Tendenz tatsächlich auf der ganzen Welt Geltung erlangen, dann liegt dies daran, dass Gesellschaften, die diese Werte angenommen (für sich entdeckt) haben, besser damit gefahren sind als zuvor. Mit Ingo Pies (2000) lassen sich Werte als verdichtete Problemlösungsrezepte interpretieren: Toleranz hat sich nicht allein als Wert etabliert, weil die normativen Argumente hierfür überzeugend sind, sondern vor allem, weil die „Entdeckung“ der Toleranz half, gesellschaftliche Konflikte zu überwinden. Vor dem 30-jährigen Krieg war es denkmöglich, sich einen Staat vorzustellen, in dem mehrere Religionen (friedlich) koexistieren. Die demokratischen Grundüberzeugungen von heute sind teils viel jünger: Das Allgemeine Wahlrecht oder die Gleichstellung der Frauen sind zivilisatorische Errungenschaften, die in einem langsamen und überaus mühsamen evolutorischen Entwicklungsprozess sich herausgebildet haben. Auch hier ist die ökonomische Begründung darin zu sehen, dass die Werte produktiv sind, indem sie neue Tauschmöglichkeiten schaffen. Der Schutz von Vielfalt durch Minderheitenschutz, von Wettbewerb durch das Gebot der Gleichbehandlung (das Verbot einer Privilegienpolitik) gehören zum Problemlösungsrepertoire der modernen, arbeitsteiligen, Gesellschaft. Die Werte ermöglichen überhaupt erst Investitionen in Human- und Sachkapital sowie die demokratische Suche nach Problemlösungen in einer sich ständig verändernden Welt.

Es sei daher die These gewagt, dass auch in anderen Kulturkreisen sich, je stärker sie sich der Globalisierung öffnen und je intensiver sie in Prozessen des interkulturellen Dialogs involviert sind, sich Werte durchsetzen werden, die es den Gesellschaften ermöglichen, ihr Potenzial an Human- und Sachkapital voll auszuschöpfen. Werte und Normen, die eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen begründen (Frauen, ethnische oder religiöse Minderheiten oder gar die gesamte Bevölkerung mit Ausnahme der politischen Führungsschicht), sind einem starken Prozess der Erosion ausgesetzt – zum Vorteil aller.

Die zu beobachtende Konvergenz der Werte lässt sich als ein evolutionärer Prozess fassen, der unweigerlich mit der Entwicklung hin zur modernen – hochgradig arbeitsteiligen, funktional ausdifferenzierten und werteppluralistischen – Gesellschaft einhergeht; sie ist ein Charakteristikum einer in hohem Maße auf anonymisierten Tauschbeziehungen beruhenden Gesellschaft. Die wechselseitigen Kooperationsgewinne, die in einer modernen Gesellschaft zu erzielen sind, erfordern individuelle Entscheidungsspielräume, die nur in freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften existieren. Werte wie Toleranz und Freiheit haben sich nicht durchgesetzt, weil sie ethisch-moralisch begründbar sind, son-

dern weil sie sich bewährt haben – indem sie zur Realisierung wechselseitiger Kooperationsgewinne verhelfen.⁸⁸

11.5 Plädoyer für einen „aufgeklärten Kulturimperialismus“?

Es stellt sich nun die Frage, inwieweit die Politik Einfluss nehmen kann und darf auf die Institutionen und die damit verknüpften Werte souveräner Staaten. Gesucht ist ein goldener Mittelweg: Denn weder die Position des Kulturimperialismus noch die Position einer unbedingten Kulturrelativismus sind haltbar. Die Position, man könne bestimmte (westliche) Normen und Werte anderen Ländern vorschreiben, scheidet aus dem einfachen Grund aus, weil sie mit den (westlichen) demokratischen Werten selbst nicht vereinbar ist. Gegen die Position eines Kulturrelativismus um jeden Preis lassen sich starke Kosten-Nutzen-Abwägungen ins Feld führen. In einer Welt zunehmender Interdependenzen ist es ein Argument der Klugheit und des Selbstschutzes, gegen Entwicklungen vorzugehen, welche eine friedliche Koexistenz gefährden würden. „Toleranz gegenüber inkompatiblen Rationalitäten“, wie sie der Leipziger Ethnologe Bernhard Streck fordert, ist schon angesichts der bewusst gewordenen „gemeinsamen Verantwortung“ auf der Ebene der Weltgemeinschaft nicht unendlich ausweitbar (Kramer 2000). Es genügt nicht, die anderen einfach zu akzeptieren, wenn sie sich nicht in die gemeinsame Verantwortung für Zukunft und Frieden einbeziehen.

Die Feststellung zieht zwei Fragen nach sich:

1. Unter welchen Voraussetzungen wird eine Einflussnahme als **legitim** erachtet?
2. Und: Welche **faktischen** Möglichkeiten einer Einflussnahme auf „Werte“ gibt es überhaupt?

Die erste Frage lässt sich allein mit Rekurs auf die Präferenzen der Betroffenen beantworten.⁸⁹ Die Frage, ob es den Betroffenen nützt, lässt sich am besten anhand von Fallbeispielen diskutieren. Die (westliche) Kritik an der Mädchenbeschneidung in vielen Staaten Afrikas erscheint aus dieser Sicht insofern legitim, als diese a) in aller Regel bei minderjährigen Mädchen vorgenommen wird und somit auf Zwang (notwendige Voraussetzung) und b) es eine starke empirische Vermutung gibt, dass diese Schaden hierdurch erleiden können, sei es gesundheitlich, sei es psychisch. Ähnlich gelagert ist die vom BMZ gezielt angewendete Praxis, in bestimmten Staaten, in denen demokratische bzw. rechtsstaatliche Mindestanforderungen nicht gewährleistet sind, unter Umgehung der Politik direkt mit Fieldwork-NGOs zusammen zu arbeiten. Auch hier ist die Begründung, dass die Präferenzen der Bürger nicht angemessen zum Ausdruck kommen, die Bürger letztlich vor ihrer eigenen Regierung ge-

⁸⁸ Die Überlegungen basieren auf der Argumentation von Pies (2000) und (2002).

⁸⁹ Vgl. hierzu die ökonomische Vertragstheorie, welche das vertragstheoretische Begründungsmuster mit einer ökonomischen Anreizanalyse verknüpft und auf diese Weise für die demokratische Politikberatung fruchtbar macht. Als Hauptvertreter ist James Buchanan zu nennen; empfehlenswert ist des weiteren die Sekundärliteratur von Viktor Vanberg.

schützt werden müssen. Die Argumente der „herrschenden“ politischen Kaste, dass dies zur Kultur des Landes so gehöre, der Herrscher etwa durch Gott eingesetzt sei, ist mit dem hier skizzierten (vertragstheoretischen) Rationalität nicht kompatibel und wird daher auch nicht anerkannt.

Die zweite Frage ist ebenfalls heikel. Welche Maßnahmen ergriffen werden sollen bzw. dürfen, hängt allein von den Möglichkeiten ab. Während die Druckmittel gegenüber wirtschaftlich und politisch schwachen Staaten Afrikas sehr groß sind, da ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit geringen Kosten verbunden ist, sind die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber starken Staaten wie etwa China oder - mit Blick auf die Beibehaltung der Todesstrafe - die USA sehr gering.⁹⁰ Auch hier sind es letztlich Kosten-Nutzen-Erwägungen, welche die Politik leiten lassen und leiten lassen sollten. Es macht keinen Sinn, normative Werte gegen ökonomische Anreize in Stellung zu bringen. Dies ist auch gar nicht nötig: Denn wie oben gezeigt wurde, setzen sich letztlich stets die Werte durch, die sich bewähren, d.h. die sich als produktiv erweisen. Wenn der Preis für eine Einflussnahme zu hoch erscheint, verbleibt der Weg der kleinen Schritte: Dialog, Vorbildfunktion durch Unternehmenspraxis vor Ort, Unterstützung von NGOs gehören dann zum Repertoire der Politik, die hier maßgeblich durch nicht-politische Akteure verfolgt wird. Die Kosten-Nutzen-Abwägung muss allerdings die Interdependenzen berücksichtigen. Vordergründig mag die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofes Kosten verursachen; tiefergründig betrachtet dürfte der Beitrag zur Stabilisierung der geopolitischen Situation Kosten in Milliardenhöhe einsparen. Gleiches gilt für ein Engagement zur Durchsetzung von Menschenrechten, von Partizipation und Demokratie, aber auch zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen im fernen Ausland.

Die ökonomische Logik zeigt sich darin, dass faktisch allerorten neue Formen wechselseitig vorteilhafter Tauschgeschäfte zu beobachten sind – etwa im Sinne eines „Tauschs“ von Demokratie und Menschenrechten gegen Finanzhilfen. Die Initiative kommt dabei durchaus auch von Seiten der Nehmerländer. So haben die Teilnehmer des Gipfels afrikanischer Staaten im Rahmen ihrer Initiative für eine „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (Nepad) selbst vorgeschlagen, sich wechselseitig zur Einhaltung von acht Kriterien der „good governance“ zu verpflichten, um im Gegenzug zusätzliche Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen zu erhalten (FTD vom 28. März 2002, S. 17: „Afrika bietet Demokratie gegen Hilfe an“)

⁹⁰ Vielfach werde mit zweierlei Maß gemessen. So setze sich die USA regelmäßig über Kritiken über eine Missachtung von Empfehlungen des IFW (zur Haushaltskonsolidierung) oder von Menschenrechtsorganisationen (mit Blick auf die in den USA praktizierte Todesstrafe) hinweg. Während die USA auf den Patentschutz für Medikamente etwa in Südafrika pochten, übten sie erheblichen Druck auf die Pharmaindustrie aus, Medikamente gegen Milzbrand kostengünstig abzugeben. Während die USA der Forderung nach Auslieferung von Kriegsverbrechern an das Den Haager Kriegsverbrechertribunal durch Androhung von Wirtschaftssanktionen Nachdruck verleihen, lehnen sie zugleich das Weltstrafgericht der UN ab. Und praktisch alle Industrieländer engagieren sich für eine weitere Liberalisierung des Weltmarktes, während sie zugleich eine Öffnung der heimischen Agrarmärkte soweit als möglich zu verhindern suchen.

Das gleiche Prinzip findet auch Anwendung bei der Suche nach Regelungen für den Schutz indigener Völker, deren Interessen vielfach von NGOs oder Drittstaaten wahrgenommen werden. Auch hier lässt sich ein Schutz der jeweiligen Minderheiten nicht über direkte Einflussnahme, sondern über Verhandlungen (Tauschgeschäfte) mit den betreffenden Regierungen erreichen. Schließlich basieren alle internationalen Verhandlungen letztlich auf diesem (universellen) Prinzip, gleich ob es sich um die strittige Frage des Schutzes der Artenvielfalt, der Klimaschutzes oder der Wahrung anderer globaler Umweltgüter handelt. Stets ist der Kreis der Stakeholder weitaus größer als der jeweilige Nationalstaat.

In der Analyse wurden nicht sauber zwischen Werten und Institutionen unterschieden. Die Unterscheidung ist jedoch insofern wichtig, als auf Werte nicht unmittelbar Einfluss genommen werden kann. Niemand kann „verordnen“, welche Einstellungen jemanden gegenüber seinen Mitmenschen, an den Tag legen sollte, welches Naturverständnis er seinem Handeln zugrunde legen sollte und welche Maxime sein Verhalten leiten sollten. Dieter Kramer stellt mit Recht fest, dass Gewalt die „kulturelle Einbettung der Menschenrechte“ verhindert. „Die Menschenrechte werden Bestand nur dann haben können, wenn sie von den Selbstverständlichkeiten einer ganzen Kultur getragen werden“ (Kramer 2000)

Politisch gestaltbar sind dagegen die formalen Institutionen. Über eine Korrektur der institutionellen Rahmenordnung lassen sich – indirekt und nur sehr weich – auch Werte verändern. Wie der amerikanische Soziologe Robert Putnam aufzeigt, kann die Einführung einer rechtsstaatlichen Verfassung zwar die Bildung einer demokratischen Kultur nicht garantieren. Ohne eine rechtsstaatliche Verfassung hingegen ist sie ausgeschlossen.

Die Kopplung der Entwicklungszusammenarbeit an Kriterien der „Good Governance“ ist daher der richtige Weg, um eine Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Dieser Weg wurde unlängst von der Europäischen Union bei ihren Verhandlungen mit den AKP-Staaten eingeschlagen. Auf der Konferenz für Entwicklungsfinanzierung wurde diese Kopplung als zukunftsweisend beschrieben. Damit gewinnt die Entwicklungspolitik eine neue Qualität. Die Entwicklung vollzieht sich von der Entwicklungshilfe, die den Eindruck des Mäzenatentums nicht hat abwerfen können, über die Entwicklungszusammenarbeit, welche die Akteure vor Ort ernst nimmt, hin zu einer echten Entwicklungspartnerschaft, die sich als Unternehmung zum wechselseitigen Vorteil versteht. Dies mag für Nicht-Ökonomen ernüchternd klingen, fehlt doch jeglicher Anklang an Idealismus und Gerechtigkeitssinn. Diese Einsicht bringt jedoch den immensen Vorteil mit sich, dass sie zeigt, dass die Unterstützung der Entwicklungsländer auf einer stabilen Grundlage steht, da sie immer stärker als Tauschgeschäft rekonstruiert werden kann.

12 Konfliktfeld IV: Normative Postulate versus Interessenausgleich

Normative Postulate versus Interessenausgleich

Machen normative Forderungen (wie intra- oder intergenerative Gerechtigkeit) überhaupt Sinn in einer Welt, die interessengesteuert ist?

In diesem Kapitel geht es allen voran um Interessenkonflikte, die von normativen Konflikten überschattet werden. Es geht um den Gegensatz von

- Nord versus Süd
- Westlich versus Nicht-Westlich
- Reich versus Arm
- entwickelte versus unterentwickelte Staaten

Alle Begriffe beziehen sich auf einen ähnlichen Konflikt, der durch keinen der Begriffe exakt umrissen wird. Dies sei an der Bezeichnung „Nord-Süd-Konflikt“ illustriert. Gemeint ist der Konflikt zwischen den reichen, industrialisierten Staaten einerseits und den armen, „unterentwickelten“ Staaten andererseits. Zahlreiche Schwellenländer Südamerikas und Asiens sowie viele der osteuropäischen Staaten sind in diesem Schema nicht eindeutig zu verorten. Die Konfliktlinien verlaufen je nach Fragestellung teilweise sehr unterschiedlich. Das grundsätzliche Argument ist hiervon jedoch nicht betroffen.

12.1 Die Implementationsproblematik normativer Konzepte

Nachhaltigkeit ist ein normatives Konzept. Es beinhaltet Forderungen nach einer Umverteilung von Reich zu Arm, einer Umorientierung von Konsum auf Verzicht sowie auf eine Umdeutung der Prioritäten von Freihandel auf Umweltschutz. Entsprechend wertbehaftet ist das Vokabular. Gefordert wird fairer Handel statt freier Handel, inter- und intragenerativer Gerechtigkeit, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sowie die Sicherung heutiger und künftiger „Bedürfnisse“.

Diese Erkenntnis ist insofern problematisch, als normative „Vorgaben“ sich nicht ohne weiteres in Politik ummünzen lassen. Diese Kluft wird mit erschreckender Regelmäßigkeit von (traditionell geschulten) Ökonomen in Stellung gebracht, wenn es darum geht zu erläutern, warum gut gemeinte Politikvorschläge nicht in die Praxis umgesetzt werden. Eine gute Politikberatung bezieht den möglichen Konflikt zwischen ökonomischer Rationalität und politischer Opportunität in ihre Überlegungen ein, möchte sie tatsächlich etwas bewegen.

Ähnlich scheint es auf den ersten Blick dem Konzept der Nachhaltigkeit zu ergehen. Horden von (Ökologischen) Ökonomen haben sich mit den Kriterien befasst, die erfüllt sein müssen, um Nachhaltigkeit zu erlangen.⁹¹ Vergleicht man den Input (an Empfehlungen) mit dem Output (an Politikergebnissen), so ist die Ausbeute eher mager. Wie für die Wirtschaftspolitik so gilt auch hier: Es gilt, die Anreizkonstellation der politischen Akteure mitzudenken, wenn erfolgreiche Politikberatung betrieben werden soll. Vom Grundansatz her ist die Idee einfach: Es gilt nach bislang unrealisierten Kooperationsgewinnen zwischen an dem System der Global Governance beteiligten Akteure zu suchen, diese publik zu machen und auf diese Weise auf den Gang der Entwicklung Einfluss zu nehmen. Ob bzw. inwieweit bei einer solchen pragmatischen Herangehensweise normative Ideale auf der Strecke bleiben, gilt es im folgenden zu untersuchen.

12.2 Die Straße von Rio nach Johannesburg: „Stopp and Go“?

Der Konsens von Rio ist ein Beispiel par excellence für die Suche nach wechselseitigen Kooperationsgewinnen. Die Verabschiedung der Agenda 21 auf dem Erdgipfel von Rio war nur möglich, indem ein Interessensausgleich zwischen den industrialisierten Ländern des Nordens, in denen sich verschiedene Umweltbewegungen formiert hatten, und den armen Ländern des Südens, die von der Schuldenkrise der 1980er Jahre gezeichnet waren, angestrebt wurde.⁹² Dieser gelang über die Verknüpfung der beiden Themen Umwelt und Entwicklung. Der „Konsens von Rio“ lässt sich demnach stark vereinfacht beschreiben als eine konstruktive Überwindung des Konflikts zwischen dem Umweltschutzinteresse des industrialisierten Nordens und dem Interesse an einer (aufholenden) Entwicklung der armen Länder des Südens durch Tausch „globaler Umweltschutz gegen internationale Entwicklungshilfe“.

Der Rio-Folgeprozess wurde von vielen Entwicklungsländern sowie NGOs, allen voran der Umweltorganisationen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, mit Enttäuschung aufgenommen. Auf die Euphorie von Rio folgte schnell die Ernüchterung. Die Situation der armen Länder hat sich vielerorts nicht grundlegend zum Besseren gewandelt. Gerade die ärmsten Länder Zentralafrikas haben nicht von der wirtschaftlichen Globalisierung profitiert; mehr noch: sie stehen abseits und werden von der wirtschaftlichen Globalisierung erst gar nicht erfasst; zwar wurden Fortschritte im Bereich der Grundbedürfnisbefriedigung erreicht (so etwa bei der Gesundheitsversorgung); die Schere zwischen reich und arm hat sich aber weiter geöffnet. Und das angestrebte Ziel, 0,7% des Bruttoinlandsprodukts in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, wird bis auf eine kleine Zahl von Ländern aus Skandinavien von keinem Land der Erde erfüllt, selbst wenn immer wieder, zuletzt auf der Conference on Financing Development in Monterrey im März 2002, auf ein Neues bekräftigt wird.

⁹¹ Zumindest für die ökologische Säule. Angesprochen sind die sogenannten „Management-Regeln“ von Pearce und Turner. Weitergehende Operationalisierungsversuche scheitern in aller Regel an der Komplexität der Problemstellung.

Auch hier wird deutlich, dass normative Appelle keine reale Wirkung zeitigen, wenn sie nicht durch eine entsprechende Interessenkonstellation gestützt werden. A priori hat keine reiches Land ein Interesse, Besitzstände aufzugeben und Umverteilungsmechanismen zugunsten ärmerer Staaten zuzustimmen. Die Möglichkeiten, Kooperationsgewinne zu erzielen (Tausch Umweltschutz gegen Entwicklungsfinanzierung etwa) konnten in der Realität nicht wie geplant realisiert werden. Hemmnisse zeigten sich in Blockaden im internationalen Verhandlungssystem – aus dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz wurde ein sich über Jahre erstreckender Kyoto-Prozess, bei dem die Fragen nach gemeinsamen Lösungsansätzen (Joint Implementation) kontrovers debattiert werden -, aber auch in den betreffenden Entwicklungsländern selbst. In vielen Staaten sind keine hinreichend stabilen Rahmenbedingungen gegeben, um gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten. Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Zwar wurden auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro erkannt, dass viele Umweltprobleme globaler Natur sind; die Interdependenzen im sozio-ökonomischen Bereich wurden weniger stark gesehen. Es bedurfte erst menschlicher Katastrophen wie die Terroranschläge vom 11. September, bis die Interdependenz ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt sind.

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen für eine neue Dynamik. Die Thematik der „fairen“ Weltordnung ist wieder auf die politische Agenda gesetzt worden, neue Player (NGOs, Unternehmen, Anti-Globalisierungsbewegung, aber auch Stiftungen und private Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit) sind ins Spiel gekommen. Aus mehreren Gründen erscheint dies nicht allein eine Eintagsfliege zu sein:

- Die **Weltsituation** hat sich in der letzten Zeit grundlegend verändert. So zynisch es klingen mag; die neu entflammte Welle der Gewalt ist für die Politik der Nachhaltigkeit eine Chance; die Interdependenzen von Armut und Hunger einerseits und Terror und Gewalt andererseits sind allgegenwärtig präsent. Weitere Themen sind bereits auf der Warteschleife der Medien: Armutsmigration, der Zugang zu Ressourcen (Wasser, Erdöl) etc. Die weltpolitische Lage stärkt die Position der Entwicklungsländer. Der Tausch Entwicklungshilfe gegen politische Stabilität wird zunehmend attraktiver für die Industriestaaten.
- Die Interessen der Entwicklungsländer findet zunehmend Unterstützung in der Öffentlichkeit in den Industrieländern. Mit ihrem Einfluss auf die Medien haben **NGOs** und die **Antiglobalisierungsbewegung** zu einer signifikanten Verschiebung der Machtpositionen zugunsten der „Themen“ der Länder des Südens beigetragen.

Das Thema „Entwicklung“ wird voraussichtlich in Johannesburg stärker die Agenda prägen, als dies noch vor ein oder zwei Jahren vermutet worden wäre. Die Selbstbindung der Europäischen Union, bis zum Jahr 2006 immerhin 0,33% des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungsfinanzierung zur Ver-

⁹² Die 1980er Jahren waren aus Sicht der Entwicklungsländer ein „verlorenes Jahrzehnt“.

fügung zu stellen, ist ein erstes Indiz hierfür.⁹³ Das Thema „Umwelt“ wird voraussichtlich tendenziell von hinten aufgerollt: Es wird nach Wege gesucht werden, die Hunger, Armutsmigration, religiösen Fanatismus und Ressourcenkonflikte reduzieren, um der Umweltpolitik im globalen Maßstab eine Chance zu geben.

12.3 NGOs als Motoren: Transformation von Werten in Interessen?

Die NGOs sowie die Anti-Globalisierungsbewegung haben im globalen Machtgefüge in den letzten Jahren einen sensationellen Aufstieg erfahren; sie sind gleichsam „vom David zum Goliath“ (politische ökologie, Heft 10/2001) avanciert.⁹⁴ Sie nehmen im System der Global Governance eine wichtige Rolle ein.

Nichtregierungsorganisationen beziehen ihr Mandat von Menschen, die es selbst nicht übernehmen können. Sie verstehen sich darüber hinaus als Anwälte von Problemen, die sonst nicht gehört würden, wie Tier-, Umwelt- und Naturschutzthemen. Die Aufgabenteilung kann sowohl innerhalb einer Organisation, aber auch zwischen Organisationen stattfinden. So übernehmen beispielsweise Organisationen wie FIAN bei ihrer Lobbyarbeit für bestimmte Themen auch das Mandat anderer Organisationen, welche die gleichen Ziele verfolgen.

Bisher existiert keine allgemeingültige Definition von Nichtregierungsorganisationen. Die meisten Versuche stützen sich auf zwei Grundpfeiler zur Wesensbestimmung von Nichtregierungsorganisationen:

- Das „Yearbook of International Organizations“ der Union of International Associations (UIA) bezieht sich im Wesentlichen auf den internationalen Charakter der von der NGO verfolgten Ziele, deren demokratische und dauerhaft handlungsfähige Mitgliederstruktur und deren non-profit Ausrichtung.
- Die Vereinten Nationen akkreditieren NGOs, laut ECOSOC Resolution 1996/31 (49th plenary meeting), wenn ihre Ziele unter anderem mit dem Geist und den Prinzipien der Vereinten Nationen übereinstimmen, sie sich durch Expertise und repräsentativen Charakter auszeichnen, wenn sie eine legitimierte Satzung, eine repräsentative Struktur und einen transparenten Entscheidungsprozess vorweisen können und wenn sie eine Non-Profit-Organisation sind.

⁹³ Das Ziel wird von der Bundesregierung unterstützt; das Ziel wurde nachträglich in die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung aufgenommen.

⁹⁴ Für weiterführende Fragen vgl. exemplarisch: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Geiling, Heiko (Hg.) (2001). Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung, in: ebd. (Hg.). Globalisierung – Partizipation - Protest. Opladen: Leske + Budrich. S. 7-22.

Obwohl es eine unübersichtliche Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen gibt, die differenzierte Merkmale besitzen und eine breite Palette von Themen fokussieren, lassen sich dennoch Grundzüge festhalten, die allen NGOs gemeinsam sind. Demnach zeichnen sich NGOs aus durch Non-Profit Ausrichtung, Zuordnung zu einem demokratischen, zivilgesellschaftlichem Weltbild (ganzheitliches Bild), Unabhängigkeit von Regierungen, Fokus auf einzelne Projekte oder globale, nationale, regionale Entwicklungen sowie Beschäftigung mit Themen wie: Umwelt, Nord-Süd-Entwicklung, Frauen, Menschenrechte, Globalisierung und alle daran angeschlossenen Themen wie fairer Handel, internationale Investitionen, Sozialstandards, Finanzmärkte, Social Responsible Investment etc. Das Thema „Gerechtigkeit“ schwingt dabei immer mit. NGOs prangern Zustände an, die von ihren Mitgliedern als ungerecht empfunden werden.

NGOs nehmen dabei verschiedene Funktionen wahr:

- **Watchdog:** Organisationen wie Public Citizen, Human Rights Watch, Corporate Watch und Social Watch übernehmen die Aufgabe, Unternehmen und Regierungen zu überprüfen. Social Watch hat sich beispielsweise nach dem Sozialgipfel gegründet, um die Umsetzung der dort von Regierungen verfassten Ziele zu überwachen.
- **Fieldwork:** Fieldwork Organisationen wie viele Entwicklungs- oder Frauenorganisationen engagieren sich vor Ort und leisten dort Basis-Arbeit. Dies reicht von Impfprogrammen über akute Katastrophenhilfe bis zu Bildungsprogrammen. Organisationen wie das Rote Kreuz, Brot für die Welt, Ärzte ohne Grenzen aber auch unzählige kleine und private Initiativen verfügen beispielsweise über Know How in der Entwicklungszusammenarbeit, Projektarbeit, kulturellen Kommunikation, Risikomanagement und Länderexpertise.
- **Expertise:** Greenpeace, Amnesty International, Germanwatch und andere Organisationen sind Experten in ihren jeweiligen Fachgebieten, sind aber im Gegensatz zu den meisten Wissenschaftlern politischer. Sie liefern Know-How, um andere Perspektiven und Alternativvorschläge zu wirtschafts- und regierungsdominierten Themen zu geben.
- **Vernetzung:** Durch die modernen Informations- und Kommunikationsmedien gelingt es NGOs, zivilgesellschaftliche Akteure weltweit miteinander zu vernetzen. Dies gilt keineswegs allein für die großen NGOs wie Greenpeace oder amnesty international, die weltweit ihre Büros haben. Teilweise bestehen NGOs lediglich aus aktiven Einzelpersonen, die sich nach dem Prinzip einer Internet-Community mit Gleichgesinnten vernetzen und etwa einen Mobilisierungsdiskurs zur Organisation eines Protestes oder einen Boykott starten.⁹⁵ Dieser Trend wird auch unter dem Stichwort „Cyber-Citizenship“ diskutiert.

⁹⁵ Wer wirklich hinter diesen Kampagnen steht, ist nicht in allen Fällen zu ermitteln – das Spektrum ist jedoch breit. Es reicht vom erfolgreichen Webdesigner, der neben seinem Beruf eine Top-Ten-Liste der Markenboykotte führt und Anti-Unternehmensappelle in lifestyliger Form darbietet bis zu einer wirklichen „grassroots“-Szene, die als politisch motivierte, autonome Opposition auftritt.

Auch das Instrumentarium ist breit gefächert: Die „klassische“ Art der Einflussnahme: Kampagnenorientierte Organisationen versuchen mittels spektakulärer Aktionen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen und somit Druck auf Unternehmen auszuüben. Menschenrechtsverletzungen der Zulieferer von Unternehmen wie Nike oder Disney werden „geoutet“. Hinzugetreten sind in letzter Zeit jedoch auch professionelle Instrumente, die vor allem von im Meinungsbildungsprozess verstärkt wahrgenommenen und somit für die Politik relevanten NGOs praktiziert werden: So fungieren diese NGOs inzwischen als respektierte Gesprächspartner: Als Fachexperten, Meinungsbildner und „Politiker“ werden sie bereits in viele politische und wirtschaftliche Konsultationsprozesse einbezogen. Schließlich sind NGOs auch als Lobbyisten in Parlamenten und supranationalen Organisationen anzutreffen. Sie gestalten die politische Agenda mit. Als Folge rückt das Verhalten von Unternehmen immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit.

Insgesamt lässt sich eine signifikante Professionalisierung und Internationalisierung von NGOs feststellen. Große NGOs wie etwa der World Wildlife, amnesty international oder Greenpeace haben große Spenden- und PR-Abteilungen, einen professionellen Internet-Auftritt, eigene Business-Units, die Kooperationen mit Unternehmen betreuen und engagieren sich in größeren, internationalen Projekten. Vielfach verfließt die Grenze zwischen NGO und Beratung. Dies gilt für die Art der Projekte wie auch für die Organisation der NGO selbst: Manager aus Unternehmen wechseln immer häufiger zu NGOs, sei es als Vollzeit-Beruf (so der ehemalige Greenpeace-Geschäftsführer Thilo Bode), sei es über Positionen in Beiräten.

Diese Attribute verknüpft mit den technischen Möglichkeiten der virtuellen Mobilisierung durch das Internet verleihen den jüngsten Kampagnen eine stärkere Schlagkraft, wie die Beispiele Seattle, Melbourne, Prag, Quebec und zuletzt Göteborg gezeigt haben. Doch nicht nur in öffentlichkeitswirksamen Protesten, sondern auch mit modernen Lobbying-Strategien und flexiblen Strukturen können sie schneller als große Verbände auf aktuelle Probleme und Initiativen eingehen und Überzeugungsarbeit leisten.

NGOs und Anti-Globalisierungsbewegung: Neue Player im System der Global Governance

Die Proteste gegen die geplante Versenkung der Ölplattform Brent Spar und den in Deutschland stark befolgten Boykott von Shell-Tankstellen hat vor Augen geführt, wie groß die Macht von NGOs sein kann.

Es sind überwiegend die spektakulären Aktionen, die in den Köpfen der Menschen haften bleiben und somit einen immensen Druck auf Unternehmen ausüben. In den letzten 2 bis 3 Jahren waren es vor allem die Proteste gegen die internationale Wirtschaftsordnung, welche die Massen mobilisiert haben. Die hohe Medienresonanz ist dabei einer Reihe von Ausschreitungen zu „verdanken“, die im Umfeld von Treffen internationaler Eliten aus Wirtschaft und Politik mit erstaunlicher Regelmäßigkeit vorkamen. Ob es sich dabei um Treffen im Rahmen der WTO-Verhandlungen (Seattle), um Treffen von IWF oder Weltbank (Prag), der Europäischen Staatschefs (Göteborg, Nizza), Persönlichkeiten aus Wirtschaft und öffentlichem Leben (Davos) oder um Treffen der G8 (Genua) handelt, schien für die radikalen Globalisierungskritikern keinen Unterschied zu machen. Entscheidend war die Anwesenheit von Presse und Medien.

Zwei Logiken sind strikt zu differenzieren: Die Radikalisierung dient dem Zweck, das Agenda-Setting der Politik zu beeinflussen. Die Medienresonanz ist am ehesten bei Protestaktionen und Gewalten gesichert. Ob die Adressaten die Richtigen sind, tritt hier in den Hintergrund. IWF, Weltbank, Regierungschefs und Wirtschaftsvertreter werden über einen Kamm geschert, als hätte man es mit einem Monolith zu tun.

Die eigentlichen Sachargumente werden in anderen Foren ausgetauscht, in denen Raum für Argumentations- und Überzeugungsarbeit, Verständigungs- und Aushandlungsprozesse besteht. Dies ist das Feld dialog- und kooperationsbereiter NGOs. Trotz dieser Ausdifferenzierung besteht eine wechselseitige Abhängigkeit: Ohne die Medienresonanz hätten die kooperationsbereiten NGOs keine Verhandlungspartner, die sie ernst nehmen. Und ohne inhaltlich arbeitende NGOs würden die Proteste auf keine positive Resonanz in der Öffentlichkeit stoßen und vermutlich – ähnlich der Ausschreitungen am Rande der 1. Mai-Proteste in Berlin – als Auswüchse einer gelangweilten Generation interpretiert werden. Zugleich ist das Verhältnis der beiden Stränge überaus angespannt: Die wachsende Kooperationsbereitschaft der klassischen NGOs (Greenpeace, amnesty international, WWF etc.) dürfte die Radikalisierung von Splitter-NGOs gefördert haben, die sich als die schärfsten Gegner der etablierten NGOs erweisen: Vor nichts fürchten sich traditionelle NGOs so sehr wie vor ihren kompromisslosen, idealistischen Rivalen, die ihnen ihr eigentliches Kapital streitig zu machen suchen: Glaubwürdigkeit

Der „Siegesszug“ der NGOs überrascht auf den ersten Blick, als hier kleine, als schwach vermutete Akteure, sich als überaus stark erweisen. Wie der Wirtschaftsethiker Ingo Pies darlegt, ist dies durchaus typisch: Große Akteure sind vielfach angreifbar, sie haben viel zu verlieren. Sie haben ein Interesse daran, die anderen – schwächeren – Gruppen einzubinden. Diesen Zusammenhang hatte bereits Thomas Hobbes erkannt: Auf die Frage, warum denn die großen und mächtigen eines Landes einem Gesellschaftsvertrag zustimmen sollten, antwortete er, dass auch der größte und mächtigste Mensch im

Schlaf verwundbar sei.⁹⁶ Dieses Argument gewinnt insbesondere für solche Situationen an Schärfe, bei denen es sich bei den kleinen Gruppen um Akteure handelt, die nichts oder kaum etwas zu verlieren haben – Hunger und Armut sind ein idealer Nährboden für einen religiösen Fanatismus; die Perspektivlosigkeit eines Jugendlichen in Palästina erhöht die Gewaltbereitschaft um ein Vielfaches.

Die NGOs nehmen eine wichtige Rolle ein bei der Transformation von „Werten“ in „Interessen“. Die Motivation von NGOs ist in aller Regel ideell bzw. ideologisch. Bestimmte Zustände als „ungerecht“ empfunden. Zustände sollen gegen die Interessen der „Mächtigen“ – Unternehmen wie Staaten – verändert werden. Erfolgreich sind NGOs dann, wenn es ihnen gelingt, ihre Botschaften in einer „symbolisch verdichteten Form, in resonanzfähigen, sinnfälligen Gefährdungsbildern“ der Öffentlichkeit zu vermitteln. Nur dann lässt sich ein entsprechender Handlungsdruck erzeugen.⁹⁷ Nur, wo konkrete „Missstände“ identifiziert werden, die als ungerecht empfunden werden (Kinderarbeit, Korruption, Ausbeutung von Frauen, Umweltverschmutzung) oder wo sich das diffuse Gefühl der ungerechten Einkommensverteilung in der Welt an konkreten Institutionen festmachen lässt (IWF, WTO, Weltbank, G8, OECD, EU), sind NGOs und Protestbewegungen erfolgreich (gegen die Nichtexistenz einer globalen Wettbewerbsbehörde gibt es keine Proteste).

Diese Erkenntnis ist für das Verständnis der globalen Zusammenhänge von herausragender Bedeutung: Wenn oben gesagt wurde, dass letztlich normative Forderungen ins Leere laufen, wenn sie sich nicht in Win-Win-Situationen transformieren lassen, die einen Interessensausgleich zwischen den Betroffenen herstellt, dann heißt dies nicht, dass Veränderungen, Umverteilung, Aufgeben von Besitzständen nicht möglich sind. Zwei Aspekte sind hier von Bedeutung:

- Zum einen erzeugen soziale Bewegungen wie die „Anti-Globalisierungsbewegung“ einen starken Handlungsdruck auf die Politik; Proteste von NGOs können Unternehmen einen Reputationsschaden zufügen, der einen erheblichen materiellen Schaden nach sich zieht. Das, was auf den Status quo bezogen als Win-Lose-Option erscheint, wird in einer dynamischen, auf die Zukunft bezogenen Sichtweise, schnell zu einer Win-Win-Situation. Der Verzicht auf einen kurzfristigen ökonomischen Gewinn zugunsten eines sozialen Engagement kann sich für ein Unternehmen rechnen, wenn es damit rechnen kann, dass es sich mittelfristig in einem „freundlichen“ Umfeld bewegen wird.
- Zum anderen wird deutlich, dass Interessen nicht einfach „gegeben“ sind. Sie sind kulturell überformt und werden „in intersubjektiven, öffentlichen Diskursen erst als solche konstituiert“ (Brand 2001; Kap.3.1; s.a. Powell/DiMaggio 1991). Welche Themen als wichtig erachtet werden, welche Positionen als gerecht angesehen werden und welche Erwartungen an die Politik gesetzt werden, ist in dem jeweiligen nationalen bzw. kulturellen Kontext zu sehen. Dass Kli-

⁹⁶ Vortrag am Institut für Organisationskommunikation am 8. April 2002.

⁹⁷ Vgl. Brand, Karl-Werner (2001). Sondierungsprojekt SOE23 „Bedingungen einer Politik für nachhaltige Entwicklung“. Überlegungen zum Workshop „Institutionen“ in der sozial-ökologischen Forschung (Punkt 2.1).

maschutz eine Thematik ist, für das die Europäische Union stark einsetzt, die USA hingegen weniger, lässt sich nicht aus wirtschaftlichen Aspekten heraus begründen (ein Anstieg des Meeresspiegels trifft Texaner wie Holländer), sondern allein aus dem spezifischen Bedingungen des Nachhaltigkeitsdiskurses in Europa.

Unabhängig davon, wie man die Aktivitäten von NGOs und Anti-Globalisierungsbewegung im einzelnen demokratietheoretisch beurteilen mag und ob man die vorgebrachten normativen Forderungen teilt oder nicht: Sie sind ein wichtiger Transmissionsmechanismus, um die normativen Fragen der intergenerativen und intragenerativen Gerechtigkeit, die im Mittelpunkt des Konzepts der Nachhaltigkeit stehen, in die verschiedenen Arenen der Gesellschaft einzubringen.

Hierdurch entstehen auf der einen Seite Spannungen, auf der anderen Seite aber neue Kooperationsmöglichkeiten (etwa zwischen World Wildlife Fund und Unternehmen), die zunehmend genutzt werden.

13 Konfliktfeld V: Nachhaltigkeit durch Diskurs versus interkulturelle Blockaden

Nachhaltigkeit durch Diskurs versus interkulturelle Blockaden

Gibt es Verständigungsbarrieren, die einen interkulturellen Nachhaltigkeitsdiskurs verhindern?

13.1 Nachhaltigkeit als Kommunikationsproblem

Das Konzept der Nachhaltigkeit ist in Deutschland wie auch in anderen westlichen Staaten sehr eng mit der Idee gesellschaftlicher Such- und Lernprozesse verbunden (IFOK/IWÖ 1998; Homann 1996). Nachhaltigkeit erfordert somit den Dialog⁹⁸, denn dieser hilft, die Positionen anderer zu verstehen, seine eigene Sichtweise kritisch zu reflektieren und die eigene Wissensbasis zu erweitern. Er stößt Lernprozesse an und hilft, gemeinsame Interessen zu identifizieren. Dialog und Kommunikation sind somit die Vorstufen zu Kooperation und der Suche nach gemeinsamen Lösungsansätzen.

Vor diesem Hintergrund ist Nachhaltigkeit nur über (institutionalisierte) Dialog- und Kommunikationsprozesse zu erzielen. Da der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung nicht konfliktfrei verläuft, ist der Dialogprozess entscheidend, um einen Ausgleich der konfligierender Interessen und – vor allem – der Identifizierung von Ansätzen, welche die ökologische, soziale und ökonomische Dimension der

⁹⁸ Dialog wird hier synonym mit „Kommunikation“ verwendet. Auf die verschiedenen „Dialogverfahren“ wird an dieser Stelle nicht eingegangen.

Nachhaltigkeit miteinander in Einklang bringen, zu erreichen. Dabei gilt es, das dezentral – in den Köpfen der einzelnen Menschen – vorhandene Wissen so gut wie möglich zu nutzen.⁹⁹ Über die Köpfe der Menschen hinweg ist Nachhaltigkeit nicht zu erreichen. Es überrascht daher nicht, dass das „Stichwort“ Dialog regelmäßig im Zusammenhang mit dem Konzept der Nachhaltigkeit genannt wird – so soll die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung im Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren erarbeitet werden, der Nachhaltigkeitsrat sowie das Forum Nachhaltige Wirtschaft der deutschen Wirtschaft haben im Herbst je einen „Dialogprozess“ gestartet; und das Bundesministerium für Umwelt, Reaktorsicherheit und Naturschutz (BMU) wie auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) führen im Vorfeld des Johannesburg-Summits Stakeholder-Veranstaltungen durch und bieten somit weitere Dialogplattformen für den globalen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Es schließt sich die Frage an, auf welche Probleme ein solches dialogorientiertes Nachhaltigkeitskonzept in einer Welt stößt, in der ganz unterschiedliche Nachhaltigkeitsdiskurse geführt werden, die jeweils ihr eigenes geschichtliches Umfeld haben und auf ganz unterschiedlichen kulturellen Prägungen basieren. Wo werden damit dem dialogorientierten Nachhaltigkeitskonzept Grenzen gesetzt? Wie lassen sich die Hemmnisse eines kulturübergreifenden Nachhaltigkeitsdialogs erkennen? Inwieweit lassen sich bestehende Grenzen verschieben oder gar überwinden?

13.2 Die Frage der kulturellen Anschlussfähigkeit des Nachhaltigkeitskonzepts

Die Frage nach den existierenden Barrieren für einen kulturübergreifenden Nachhaltigkeitsdiskurs umfasst verschiedene Dimensionen. Im Folgenden werden drei verschiedene Arten von Barrieren unterschieden, die unterschiedlich hohe Hürden an eine erfolgreiche Verständigung stellen.

- **Unterschiedliche Dialogkulturen:** Jede Kultur hat ihre eigenen kommunikativen Codes, ihre eigenen Regeln der Kommunikation und ihre Tabus. Diese kulturellen Unterschiede fallen beispielsweise bei einer Reise in fremde Kulturkreise auf. In viel stärkerem Maße kommen sie zum Vorschein, wenn es darum geht, Konflikte (etwa zwischen einem multinationalen Unternehmen und der lokalen Bevölkerung an einem Standort in Brasilien) zu lösen oder eine gemeinsame Verständigung über bestimmte Problemlagen (etwa die Umweltschutzauflagen eines deutschen Tochterunternehmens in Südafrika) zu erreichen.
- **Unterschiedliche Diskurse:** Die Problemwahrnehmung ist stark von der jeweiligen kulturellen, politischen und geschichtlichen Situation eines Landes geprägt. Umweltthemen werden in Frankreich anders thematisiert als in Deutschland, die politischen Prioritäten werden anders gesetzt, die Frontlinien zwischen den unterschiedlichen Positionen verlaufen anders als im Nachbarland. Es erfordert eine hohe interkulturelle Dialogkompetenz sowie Kenntnisse des

⁹⁹ Vgl. exemplarisch Hayek (1945/52).

jeweiligen Landes, um die unterschiedlichen Diskursverläufe erkennen und einordnen zu können.

- **Unterschiedliche Rationalitäten:** Die Barrieren für eine Verständigung erweisen sich nochmals als höher, wenn unterschiedliche Grundverständnisse und Denkweisen das Nachvollziehen der Argumentation des jeweils anderen erschweren. Die in zahlreichen Regionen Afrikas verbreitete Verbindung zwischen weltlichem und spirituellem Denken ist für einen Europäer in der Regel nur schwer nachvollziehbar. Wenn die wissenschaftliche Rationalität kein akzeptierter Standard zur Beurteilung bspw. der Bewirtschaftungsweise eines Feldes ist, dann leistet der Verweis auf irrationales Verhalten keinen Beitrag zur gemeinsamen Problemverständigung.

Die verschiedenen Probleme der Verständigung lassen sich nicht immer präzise trennen. Die folgenden zwei Fallbeispiele sollen kurz skizzieren, welche Barrieren sich durch unterschiedliche Rationalitäten und kulturelle Prägungen ergeben können. In den beiden Beispielen geht es jeweils um Nachhaltigkeit, konkret um das Verhältnis von Natur, Mensch und Gesellschaft. Aufgrund der Vielschichtigkeit der jeweiligen kulturellen Kontexte beziehen sich die Beispiele jeweils auf einen einzelnen Beitrag und geben die jeweilige (subjektive) Einschätzung wieder. Es wird dabei nicht der Anspruch erhoben, die kulturellen Einflüsse in kondensierter Form umfassend darzustellen.

Bénézet Buto: „Die Bedeutung des Spirituellen im Leben des Afrikaners als Ansatzpunkt für eine gesunde Ökologie“

Im Kosmos des negro-afrikanischen Menschen werde, so Buto, das Profane nie vom Spirituellen getrennt. Die Lebensweise sei nie dualistisch, sondern stets holistisch. Zurückzuführen sei dies auf die Schlüsselrolle, die der Ahnenverehrung zukomme. Familiäre Bezugsgröße ist die Sippe- bzw. Stammesgemeinschaft; die gedankliche Verbindung zu dem gemeinsamen Urahnem schafft Verbindlichkeit zwischen den Mitgliedern der Stammesgemeinschaft. Der Mensch kann sein Heil nicht allein erlangen, sondern nur als einer, der schicksalhaft mit allen kosmischen Elementen verbunden ist. Dass der Kosmos so wichtig ist, führt allerdings nicht dazu, etwa die Natur zu verabsolutieren und zu vergöttern. Ihre Stellung ist von der gesamten Harmonie her zu beurteilen. Der Mensch wird durch Symbole, Märchen und Legenden, aber auch durch das Religiöse aufgerufen, in sich eine Sensibilität für die lebensspendende Kraft des Universums zu entwickeln. Es sei daher wichtig, eine kritische Distanz gegenüber der sogenannten „westlichen Rationalität“ zu bewahren. Solange dies nicht geschieht, gibt es keine ethischen Normen, die zwingend wären.

Quelle: Kessler, Hans (1996). Ökologisches Weltethos im Dialog der Kulturen und Religionen. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft. S. 88-101

Aiko Ogoshi: „Die dualistische Sicht der Natur in Japan. Eine buddhistisch-feministische Perspektive“

Die Vorstellung, dass die hochentwickelten Länder für die ökologische Zerstörung verantwortlich sind, ist im Westen weit verbreitet. Für Japan gelte dies nicht. Die meisten Japaner seien davon überzeugt, dass sie die Natur lieben und in Übereinstimmung mit ihr leben. Umweltzerstörungen würden auf westliche Einflüsse geschoben. Diese widersprüchliche Sicht auf das Umweltproblem sieht Ogoshi im Einfluss des japanischen Buddhismus begründet. Dieser basiere auf einem Dualismus zwischen „rein“ und „unrein“. Die „Verunreinigung“ der Natur mit Blut – etwa durch die Menstruation – war ein immer wiederkehrendes Motiv, das als Begründung für die Diskriminierung von Frauen wie von bestimmten Berufen wie Schlachter herangezogen wurde. Das japanische Naturverständnis, soweit es auf diesem Motiv aufbaut, kennt kein Konzept des „recycling“. Die japanische Wahrnehmung der Natur schätze lediglich die erste Hälfte des Zyklus, vom Aufkeimen, Wachsen und Blühen bis zur Frucht, als reine Natur und werte die zweite Hälfte, vom Welken und Faulen zur erneuten Reproduktion als unrein ab. Einen Eindruck von der Künstlichkeit der Naturliebe japanischer Zenbuddhisten vermitteln die Gärten der Zentempel. Zenpriester lieben die Natur nicht so, wie sie ist; sie putzen ihre Gärten heraus. Sie lieben den weißen Sand, der den Eindruck von Reinheit vermittelt. Eine Natur, die als nüchterne Landschaft in die Gärten geholt wurde, ist nicht mehr die der Welt draußen. Sie ist zurechtgestutzt, extrem vereinfacht, auf die Veranda gestellt. – Der Urwüchsigkeit eines tropischen Regenwaldes wird in einer hiervon geprägten Sicht nur wenig Sympathie entgegenbracht werden können.

Quelle: Kessler, Hans (1996). Ökologisches Weltethos im Dialog der Kulturen und Religionen. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft. S. 121-136.

Neben den im Kapitel 3 skizzierten Dialoginitiativen, die weitgehend abstrahiert von konkreten Problemen und Konflikten nach gemeinsamen Formen der Verständigung suchen, gibt es reichhaltige Erfahrungen mit Dialogprozessen, bei denen es um konkrete Probleme der Umsetzung des Postulats der nachhaltigen Entwicklung geht. Exemplarisch genannt seien etwa:

- **Round Table Carajas (Brasilien):** Hierbei handelt es sich um eine Dialoginitiative der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE 2000; s.a. Moser 1995). Die Initiative verfolgt das Ziel, zwischen der Aluminiumindustrie und verschiedenen Stakeholder-Gruppierungen (Arbeitnehmer, lokale Bevölkerung) zu vermitteln. Als schwierig erweist sich dabei insbesondere die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Dialogkulturen; die Schaffung eines runden Tisches ist für die Akteure vor Ort ein Novum.
- **Local Competitive Advantage Training Initiative (Südafrika).** Das von der Carl-Duisberg Stiftung initiierte Projekt „LOCATI“ verfolgt das Ziel, über die Schaffung runder Tische neue Wege der Regionalentwicklung in Südafrika aufzudecken. Interessant ist dieses Projekt vor allem durch die Partizipation mehrerer Geschäftsführer größerer Unternehmen vor Ort, d.h. von Teilnehmern, die ansonsten nicht (in dieser Qualität) mit Akteuren Probleme vor Ort gemeinsam erörtern.

- **Green Collar Coalition Hongkong.** Die Hong Konger Umweltgruppe, die gegen die Abfallpolitik der Regionalregierung vorgeht, ist ein Beispiel für die in kleinen Initiativen organisierte Sozial- und Umweltbewegung Chinas. Der Zusammenschluss meist kleinerer regionaler Sozial- und Umweltvereine (unter ihnen die Hong Kong-Sektion von Greenpeace) arbeitet – gemeinsam mit Kommunen – an Konzepten zur Müllvermeidung bzw.-verringerung und verfolgt durch die internationale Vernetzung die Nachhaltigkeitsdebatten anderer Staaten.

Die exemplarisch aufgeführten Initiativen deuten darauf hin, dass die Hemmnisse für einen interkulturellen Nachhaltigkeitsdiskurs nicht unüberwindbar sind. Vielmehr gibt es vielfältige Formen der Verständigung über Umwelt- und Gesellschaftsthemen. Dabei können die Motive durchaus unterschiedlich sein. Wenn beispielsweise in China Umweltthemen von „Bürgergruppen“ aufgegriffen werden, so dienen diese nicht selten als Symbole für andere, politisch weit brisantere Fragen. So werden beispielsweise Tierschutzkampagnen benutzt, um die Forderung nach dem Recht auf einen vor staatlichen Übergriffen geschützten Raum zur individuellen Entfaltung zu artikulieren. Insgesamt ist festzuhalten, dass die globale Vernetzung durch das Internet gerade im zivilgesellschaftlichen Bereich die Verständigung im Hinblick auf eine gemeinsame Problemwahrnehmung erleichtert.

Neben diesen Praxiserfahrungen werden auf wissenschaftlichem Niveau zunehmend Methoden entwickelt, die bei der Überwindung interkultureller Verständigungsschwierigkeiten helfen sollen. Vor allem Wissenschaftler in den USA beschäftigen sich mit den Besonderheiten des interkulturellen Dialogs. So hat beispielsweise David Bohm eine Dialogmethode entwickelt, die durch ein einfaches Set an Spielregeln einen weitgehend selbstorganisierten Dialogprozess ermöglicht. Die Teilnehmer sitzen in einem Kreis um eine Schale mit einem Gong; wenn ein Teilnehmer das Gefühl hat, dass die Diskussion zu hitzig wird oder in eine nicht nachvollziehbare Richtung abdriftet, steht er auf und betätigt den Gong. Solange dieser ertönt, wird geschwiegen. Die Erfahrungen deuten darauf hin, dass das Verfahren hilft, die Denkweisen und Argumente der anderen sorgfältig aufzunehmen und zu reflektieren – eine wichtige Grundvoraussetzung für den interkulturellen Dialog. Insgesamt tut sich hier ein weites, in vielen Facetten noch unergründetes, Forschungsfeld auf.¹⁰⁰

Kulturelle Unterschiede stellen ein ernsthaftes Problem für die Suche nach nachhaltigen Entwicklungspfaden, wenn sie die Verständigung behindern. Wenn unterschiedliche Rationalitäten verhindern, dass man – trotz der unterschiedlichen Problemwahrnehmungen – gemeinsame Interessen (nicht Werte!) identifizieren kann, führen Dialogprozesse nicht zum Ziel. Eine solche Situation dürfte jedoch die absolute Ausnahme sein und auch hier spricht vieles dafür, dies nicht als Absage an eine dialogorientiertes Nachhaltigkeitskonzept zu interpretieren als vielmehr als Aufforderung, die Methodenkompetenz im Bereich der Dialogverfahren zu erweitern.

¹⁰⁰ Vgl. hierzu Bohm/Edwards (1991); Bohm/Nichol (1996); Bohm/Peat (2000).

Nicht-Nachhaltigkeit ist die Folge schlechter oder fehlender Kommunikationsstrukturen. Wir brauchen vermehrt „organisierte Diskurse“, „Diskussionsforen“ und Methodenkompetenz, um über Dialog gesellschaftliche Lern- und Suchprozesse anzustoßen, in denen das Problembewusstsein geschärft und gemeinsame Interessen (an Problemlösungen) identifiziert werden. Kommunikationsprozesse wirken immer auch auf die eigene Person zurück; regen zu einer kritischen Selbstreflexion der eigenen Positionen an und verändern damit auch die eigene Problemwahrnehmung.

13.3 Das integrative Nachhaltigkeitskonzept: Interessenausgleich trotz kulturell bedingter unterschiedlicher Werte und Problemwahrnehmungen?

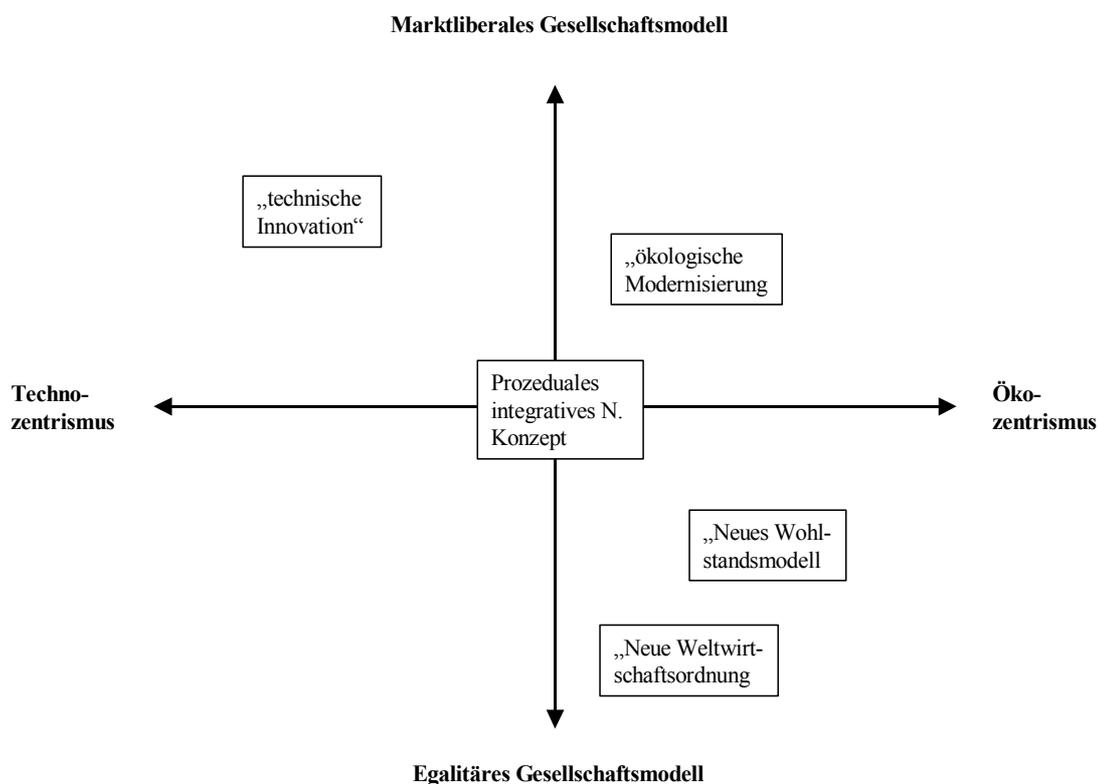
In ihrer Studie „Der deutsche Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung“ identifizieren Karl-Werner Brand und Georg Jochum (2000) verschiedene Spannungsfelder und Pole, anhand derer die Positionen, die von den einzelnen gesellschaftlichen Akteuren vertreten werden, eingeordnet und miteinander in Bezug gesetzt werden können.

Zwei Konfliktlinien werden unterschieden:

- marktliberales versus egalitäres Gesellschaftsmodell
- Techno- versus Ökozentrismus

Die Wirtschaft vertrete primär die Position, dass sich Nachhaltigkeit durch technische Innovation erreichen lassen (links oben), die Umweltbewegung, Kirchen sowie Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit betonten die Erfordernis eines neuen Wohlstandsmodells, das auf anderen – weniger materiell ausgerichteten – Werten beruhe; der Sachverständigenrat, das Umweltbundesamt sowie das Umweltministerium könnten als Anhänger der Konzeption einer ökologischen Modernisierung beschrieben werden und die Globalisierungskritiker schließlich forderten vielfach eine neue Weltwirtschaftsordnung, die auf Vorstellungen eines egalitären Gesellschaftsmodells aufbauten.

Die von der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ propagierte und in vielen Lokale-Agenda-21-Prozessen in der Praxis erprobte prozedurale, integrative Nachhaltigkeitskonzepts versuche, einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen und Werten herzustellen.



Quelle: Brand (2001, S. 4, vereinfachte Darstellung)

Die Darstellung zeigt folgendes: Die Art und Weise, wie Nachhaltigkeit in den verschiedenen Ländern der Erde diskutiert wird, dürfte überall unterschiedlich ausfallen. Legt man das integrative Konzept der Nachhaltigkeit zugrunde, ist diese Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen, Werte und Interessen kein grundlegendes Hindernis. Es gilt, Kommunikationsprozesse zu organisieren (und zu institutionalisieren), welche die einen Ausgleich der verschiedenen Positionen herstellen (Win-Win-Strategien). Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass das, was das integrative Konzept der Nachhaltigkeit im – wie Brand und Jochum aufzeigen: vielschichtigen - deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs zu leisten imstande ist, nämlich die Herstellung eines Interessensausgleiches zwischen gesellschaftlichen Akteuren, die durchaus sehr unterschiedliche Problemwahrnehmungen, Werte und Weltansichten haben, nicht auch im internationalen Kontext geleistet werden könnte.

Dabei wird die Rekonstruktion nationaler Nachhaltigkeitsdiskurse in jedem Land unterschiedlich aussehen. Je unterschiedlicher dabei die Kulturkreise sind, desto wahrscheinlicher wird es, dass die hier verwendeten Kategorien nicht geeignet sind, um die Diskussion zu strukturieren.

Die Darstellung weist auf eine Reihe von Punkten hin, die für die Ausarbeitung einer Strategie der Nachhaltigkeit – national wie international – fundamental sind:

- Zunächst: Es ist keineswegs gesichert, dass eine Politik der Mittelwege, wie es das integrative Modell der Nachhaltigkeit nahe zu legen scheint, zu Nachhaltigkeit führt. Gleiches gilt allerdings auch für alle anderen in der Graphik verzeichneten Positionen. Entscheidend ist, nach welchen Spielregeln der gesellschaftliche Verständigungs- und Aushandlungsprozess abläuft, inwieweit ökologische, soziale oder ökonomische Frühwarnindikatoren sicherstellen, dass die relevanten „bottlenecks“ erkannt werden und dass Expertenwissen an den richtigen Stellen in den Prozess eingespeist wird.
- Hinzu kommt: Die Frage, wer in dem „gesellschaftlichen“ Nachhaltigkeitsdiskurs als Akteur überhaupt wahrgenommen wird, ist absolut zentral. Damit richtet sich der Blick auf die Verfahren: Wird der Prozess dem freien Spiel der Kräfte überlassen, ist unsicher, welche Akteure die Diskussion am stärksten prägen werden – Unternehmensverbände, die mit viel finanziellen Ressourcen ihre Ansichten kundtun, Globalisierungskritiker, die über Kampagnen, Protestaktionen oder auch gewalttätige Ausschreitungen Aufmerksamkeit auf sich lenken oder andere Gruppen, die Sympathie erwecken, weil sie gerade nicht nach dem üblichen Schema ihre Ansichten in die Diskussion einspeisen (können)? Welche Institutionen regeln, dass alle Stakeholder in dem Prozess Gehör finden?
- Die Frage nach dem „Wer wird wie beteiligt?“ spielt vor allem auch in Ländern eine zentrale Rolle, in der demokratische Institutionen nicht oder nur sehr unvollkommen funktionieren. Es ist keineswegs sicher gestellt, dass bei internationalen Verhandlungen die Bevölkerung angemessen repräsentiert wird. Vielmehr ist es als sehr wahrscheinlich zu erachten, dass die wirtschaftliche und politische Elite sich kulturell stärker an den westlichen (Konsum- und Bildungsstandards) orientiert als die ländliche Bevölkerung vor Ort?

Hier tut sich ein weites Feld an Forschungsfragen auf. Die gesellschaftlichen Prozesse sind zu komplex, als dass ihre Dynamik über ein einfaches Institutionen-Set problemlos in Richtung „Nachhaltigkeit“ gelenkt werden könnten; die Frage, wie man sicherstellen kann, dass die relevanten Stakeholder in partizipativen Prozessen eingebunden werden, ist auch in der Literatur nicht eindeutig beantwortet. Und schließlich: Dass die einzelnen Bevölkerungsschichten unterschiedliche Wahrnehmungen und Problemsichten haben, ist aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Kontexte selbstverständlich. Die Frage ist, inwieweit die jeweiligen Weltbilder „produktiv“ sind, d.h. offen für Dialog, Verständigung und selbstreflexive Lernprozesse sind und welche Schlussfolgerungen hieraus gezogen werden können

Das integrative Nachhaltigkeitskonzept ist ein Instrument, dessen Wurzeln zwar vor allem in Deutschland und Europa liegen; es ist aber alles andere als ein kulturimperialistisches Konzept. Vielmehr ist es ein Ansatz, der hilft, unterschiedliche Werte und Kulturen in einen konstruktiven Prozess des Dialogs und der Verständigung zusammen zu führen.

Teil III

Gestaltungsansätze

14 Schlussfolgerung: Gestaltungsansätze für die Politik

Schlussfolgerungen: Gestaltungsansätze für die Politik

- Wie lässt sich in einem multikulturellen globalisierten Umfeld Politik für eine Nachhaltige Entwicklung machen?

14.1 Eine Welt voller Kooperationsgewinne

Die internationale Staatengemeinschaft befindet sich in einer misslichen Lage. Sie kann sich im Rahmen internationaler Verhandlungen auf grundlegende Ziele wie etwa die „Millennium Goals“ (UN 2001) verständigen. Sie weiß also, wohin sie will. Sie kann diese Ziele aber nicht – zumindest nicht ohne Partner – umsetzen. Das System der Global Governance ähnelt einem Schiff, das mit modernster Satellitennavigation ausgestattet ist, aber niemanden an Bord hat, der die moderne Technik bedienen kann.

Gefordert sind strategische Partner, neue Allianzen und Bündnisse, um die (nachhaltige) Entwicklung voranzubringen. Die Vielfalt an Präferenzen, Interessen, Werten und Problemsichten sind dabei als Chance zu begreifen. Eine pluralistische Gesellschaft ist, in den Worten des amerikanischen Philosophen John Rawls als „Unternehmung zur Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil“ zu begreifen. Die Vielfalt vergrößert den Raum zur Realisierung möglicher Kooperationsgewinne im Sinne positiver Synergien. Diesen Raum zu erforschen, neue Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren und in konkrete Aktionen umzusetzen ist eine der zentralen Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft für die nächsten Jahre.

Die neuen Player auf dem internationalen Parket – die Nichtregierungsorganisationen und Transnational Corporations – sind dabei ein Gewinn. Sie verfügen über Ressourcen, über welche die Politik bzw. die internationalen Organisationen nicht verfügen:

- Unternehmen verfügen über Kapital in all seinen Dimensionen (Finanzkapital, Sachkapital, Humankapital, also Wissen und Technologien), über Erfahrungen im effizienten Management komplexer Organisationen; auch sind sie in unsicheren Gewässern vielfach ein Garant für Stabilität.¹⁰¹
- NGOs verfügen – in einer stark verkürzten Analyse - über Expertise im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit, über ehrenamtlich arbeitendes Personal und im Fall von Stiftungen auch mitunter erhebliches Finanzkapital.

Diese Studie vertritt eine grundsätzlich optimistische Sichtweise, dass sich in dem Dreieck aus Politik (etwa: Internationalen Organisationen) Wirtschaft (Unternehmen, Verbände, Unternehmensnetzwerke) und Zivilgesellschaft (NGOs, Stiftungen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Kirchen etc.) für alle beteiligten vorteilhafte Kooperationen entwickeln lassen, mit denen eine Vielzahl der Probleme, die unter dem Label „Nachhaltigkeit“ diskutiert werden, lösen lassen.

Public-Private-Partnerships in der Entwicklungszusammenarbeit, trisektorale Kooperationen zwischen Unternehmen, internationalen Organisationen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit werden als Chance begriffen, die allen Seiten Nutzen verspricht: Unternehmen können neue Geschäftsfelder erschließen und internationale Organisationen sowie Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit die Effektivität ihrer Arbeit erhöhen, indem sie mittels privater Direktinvestitionen Kapital, Wissen und Technologien und in vielerlei Hinsicht auch Stabilität in die betreffenden Länder bringen.

Worauf gründet dieser Optimismus? – Zwei Argumente aus der vorliegenden Studie seien an dieser Stelle kurz resümiert:

1. Win-Win-Optionen lassen sich auch dann aufdecken und in konkrete Kooperationen umsetzen, wenn die beteiligten Akteure unterschiedliche Werte und Problemwahrnehmungen haben und aus sehr unterschiedlich strukturierten Kulturen kommen. So ist anzunehmen, dass Greenpeace, World Wildlife Fund oder amnesty international nicht nur andere Interessen verfolgen als DaimlerChrysler, Siemens oder die Allianz, sondern sie auch Menschen mit sehr unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Weltansichten versammeln. Dennoch gibt es vielfältige Kooperationsmöglichkeiten. NGOs arbeiten mit Unternehmen zusammen bei der Entwicklung, Umsetzung und Kontrolle von Umwelt- oder Sozial-Labels, sie sind operative Partner bei Projekten in Entwicklungs- oder Schwellenländern oder werden gezielt in ihrer Arbeit unterstützt, um Reputationsgewinne zu erzielen.
2. Der in der Entwicklungspolitik zu beobachtende Paradigmenwechsel schafft neue Möglichkeiten für wechselseitig vorteilhafte Kooperationen. Dies zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit in der Kopplung von Entwicklungsfinanzierung an Kriterien der Good Governance. Die Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung armer Länder zahlt sich bei einer umfassenden Betrachtung für die reichen Länder der Erde aus. Es sind Investitionen in politische Stabilität, friedliche Lösung von Ressourcenkonflikten (Demokratien und Länder, die miteinander handeln, führen selten Kriege gegeneinander), in eine Verhinderung von Armutsmigration und in Umweltschutz. Der Kopplung an Kriterien der Good Governance kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: Das Fehlen verlässlicher Ansprechpartner in der Politik kann die Teilhabe von

¹⁰¹ Ein Beispiel hierzu: Eine betriebliche Altersvorsorge, die ein internationales Unternehmen in Ländern mit nicht gefestigten politischen Institutionen anbietet, bietet ein weitaus höheres Maß an Sicherheit als staatliche Alternativen.

Entwicklungsländern an globalen Umverteilungsmechanismen, wie sie im Rahmen der Klimaschutzpolitik diskutiert werden (Joint Implementation, Technologietransfer) verhindern – zum Nachteil aller.

Zwar können weder strategisch geschnürte Verhandlungspakete noch Global Public Policy Networks Nachhaltigkeit garantieren; Ansätze, welche die ökonomische Logik zu ignorieren suchen, können dies indessen noch viel weniger.

Der Fokus ist nicht auf die Frage zu richten, ob die Suche nach Win-Win-Lösungen der richtige Weg ist, sondern unter welchen Bedingungen, unter welchen institutionellen Rahmenbedingungen, eine solche Suche in den Dienst der Nachhaltigkeit gestellt wird. Wie die Ausführungen über die NGOs, die Anti-Globalisierungsbewegung oder den religiösen Fundamentalismus zeigen, können sich die Rahmenbedingungen rasch so ändern, dass Konstellationen, die vormals keinen Interessenausgleich zwischen den betreffenden Parteien versprochen, plötzlich als Win-Win-Optionen erscheinen. Eine offene Diskussionskultur, Demokratie und Partizipation sind die besten Garanten für eine nachhaltige Entwicklung.

14.2 Gestaltungsansätze für die Politik

Die Analyse zeigt: Politik ist nicht länger als eine Materie zu begreifen, mit der sich allein Politiker oder staatliche Institutionen befassen. Erst die Einbindung von Stakeholdern ermöglicht gesellschaftliche Lern- und Suchprozesse, die Reflexion der eigenen Normen und Werte im Diskurs und die Verständigung über und Aushandlung von strittigen Themen. Politikberatung richtet sich nicht allein an Politiker, sondern an die Bürger.

Diese Erkenntnis verbannt die Politiker keineswegs zu Untätigkeit. Sie erfordert jedoch ein Umdenken. Die Politik ist nicht länger der unangefochtene, souverän handelnde Regelsetzer. Vielmehr müssen die politischen Akteure wie die anderen Akteure auch um ihre Positionen werben, Dialogprozesse anstoßen, Akteure zielführend zusammen bringen und geschickt strategische Allianzen einfädeln. Drei Ansatzpunkte für die Politik werden im Folgenden kurz skizziert:

Foren schaffen für Dialog und Lernprozesse! – Nachhaltigkeit erfordert gesellschaftliche Lern- und Suchprozesse. Gefragt sind Foren für Dialog, für selbstreflexive Lernprozesse, neue Methodenkompetenzen für den interkulturellen Dialog, Freiräume für neue partizipative Verfahren für die Einbindung von Stakeholdern in Verständigungs- und Aushandlungsprozesse zu Fragen der Nachhaltigkeit; eine Kommunikation guter Beispiele; des weiteren bedarf es einer vertieften Analyse der Entstehungs- und Erfolgsbedingungen sozialer Bewegungen, welche die politische Agenda mit beeinflussen. Es gilt in Werte (Toleranz, Partizipation, Gleichberechtigung etc.) zu investieren, die gesellschaftliche Lernpro-

zesse beflügeln. Das Leitbild einer „lernenden Gesellschaft“ ist den neuen Herausforderungen angemessen und sollte konkretisiert werden.

Die institutionellen Rahmenbedingungen weiterentwickeln! – Es gibt keine soziale Ordnung, deren institutionelles Regelwerk so gut ist, dass es nicht weiter verbessert werden könnte (James Buchanan). Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Institutionen, die in einer interdependenten Welt Nachhaltigkeit sicherstellen sollen. Die Herausforderungen an die Politik sind folglich immens: Wie lassen sich soziale Bewegungen sinnvoll für die Suche nach zukunftsweisenden Problemlösungen einbinden? Inwieweit können NGOs legitim Interessen Dritter vertreten? Wie können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die technologische und soziale Innovationen fördern (und intelligent miteinander verknüpfen)? Wie kann eine Öffnung von Märkten in Entwicklungs- und Schwellenländer so an institutionelle Reformen gekoppelt werden, dass kulturelle und ökologische Vielfalt gefördert, nicht zerstört werden? Wie können Kriterien der Good Governance operationalisiert werden? Und schließlich: Wie kann die Politik sich glaubhaft selbst binden? Welche institutionellen Reformen sind hier möglich?

Brücken bauen: Themen verknüpfen – Institutionen vernetzen – neue Allianzen schmieden! - Es gilt, den Weg zu ebnen für (im Hinblick auf das Ziel der Nachhaltigkeit) sinnvolle strategische Allianzen zwischen den verschiedenen an der Global Governance beteiligten Akteuren. Der interkulturelle Dialog ist eine wichtige Stütze hierfür. Die Unterschiedlichkeit der kulturellen Prägungen ist kein unüberwindbares Hindernis, sondern, wie oben argumentiert wurde, eine Quelle von Reichtum an Ideen und Konzepten, die für die Suche nach neuen Problemlösungen aktiv genutzt werden kann. Das Konzept der Nachhaltigkeit, so scheint es, scheitert nicht an kulturellen Barrieren oder unterschiedlichen Perspektiven auf ein Problem. Wenn es scheitern sollte, dann weil es nicht gelingt, Interessenskoalitionen so zu schmieden, dass die globalen Probleme rechtzeitig gelöst werden. Dabei sollte problem- und interessenszentriert, nicht normenzentriert vorgegangen werden.

Zwei Beispiele seien kurz aufgeführt. Beide stammen aus dem Bereich der internationalen Verhandlungssysteme und zielen auf eine engere Verzahnung des Rio-Prozesses sowie des WTO-Prozesses. Die zu beobachtende Ausdifferenzierung des internationalen Verhandlungssystems in einzelne Teilbereiche, die durch je eigene Konventionen abgehandelt werden, führt nicht zwangsläufig zu einem in sich konsistenten Gesamtsystem. Durch eine (noch) engere Vernetzung lassen sich, so die These, zahlreiche Kooperationsgewinne realisieren.

- Die Debatte um die Weiterentwicklung des internationalen Handels- und Finanzsystems (IWF, WTO) sollte nicht länger isoliert neben der Debatte um die Fortführung des Rio-Prozesses geführt werden. Fragen des Umweltschutzes, der Umschuldung etc. betreffen beide Prozesse, können folglich nicht sinnvoll isoliert voneinander behandelt werden. Auch wenn der Trend zur Vernetzung von Themen klar zu erkennen ist, so verläuft doch der Rio-Prozess weitgehend losgelöst vom WTO-Prozess. Im Rio-Prozess werden die Themen Umwelt und Entwick-

lung gemeinsam verhandelt, im WTO-Prozess wechselseitige Liberalisierungsinteressen identifiziert (etwa die Öffnung von Agrarmärkten der Industriestaaten im Tausch gegen die Öffnung von Dienstleistungsmärkten in den Entwicklungs- und Schwellenländern)

- Die Weiterentwicklung der Konvention über biologische Vielfalt kann nicht losgelöst von den Verhandlungen zu den Trade Related International Property Rights geführt werden, wenn Unklarheiten vermieden werden sollen; die Ausarbeitung einer UN-Konvention zur Wahrung der kulturellen Vielfalt müsste ebenfalls im Schulterschluss mit den WTO-Verhandlungen erfolgen, wenn sie denn angestrebt werden sollte (siehe unten)

Dass es zu einer solchen Vernetzung bislang nur in Ansatzpunkten gekommen ist, könnte an dem vielfach diagnostizierten Kräfteungleichgewicht liegen. Ein Ausbau der UNEP zu einer World Environmental Organization, wie in dem Johannesburg-Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung gefordert, könnte eine engere Zusammenarbeit verstärken, auch wenn ein solcher Schritt auf den ersten Blick die Ausdifferenzierung weiter vorantreibt. – Zu ähnlichen Kooperationsgewinnen könnte es auch auf nationaler Ebene kommen – dann nämlich, wenn Fragen von Demokratie- und Föderalismusreform, New Governance und nachhaltige Entwicklung nicht länger getrennt diskutiert würden.

Exkurs: Bedarf es einer UN-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt?

Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat kürzlich anlässlich seiner Rede auf der Conference for Financing Development in Monterrey sich für die Schaffung einer UN-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt ausgesprochen. Er sehe dies als eines der wichtigen Herausforderungen der UN für die nächste Dekade.¹⁰² Die Forderung nach einer UN-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, die der französische Staatspräsident Jacques Chirac angeregt hat durchaus eine gewisse Chance, verwirklicht zu werden. Sie könnte auf eine favorable Interessenkonstellation treffen. Die Forderung von Industriestaaten nach einem Schutz bestimmter – als kulturell prägend eingestuft – heimischer Branchen wie der Fernseh- und Filmindustrie geht einher mit der insbesondere von den Entwicklungsländern vorgebrachten Forderung nach einem Schutz ländlicher Regionen vor einem vorschnellen Strukturwandel. Die scheinbare Win-Win-Option ist allerdings nicht unproblematisch. Die Forderung nach einem Schutz der kulturellen Vielfalt lässt sich nämlich leicht missbrauchen für protektionistische Zwecke, d.h. zum Schutz von partikularen Interessengruppen zu Lasten der restlichen Bürger. Weitaus gravierender sind die Probleme in Nicht-Demokratien: Allzu groß ist die Verlockung für autokratische Herrscher, sich eine Einmischung aus dem Ausland mit dem Argument zu verbitten, dass es sich um eine eigenständige Kultur handle, die ihres Schutzes vor dem Einfluss „westlicher“ Werte bedürfe. Demokratisierungsprozesse, welche die Position der führenden politischen Schicht gefährden würden, lassen sich auf diese Weise verhindern oder zumindest verzögern.

¹⁰² Die Bedeutung der kulturellen Vielfalt haben auch weitere Redner unterstrichen, so etwa Romano Prodi, der Präsident der Europäischen Kommission. Der von Chirac eingebrachte Vorschlag nach einer verbindlichen UN-Konvention hebt die Diskussion um den Schutz der kulturellen Vielfalt auf eine neue Stufe. Die Diskussion wurde innerhalb des UN-Systems bislang überwiegend im Rahmen der UNESCO geführt. Am 2. November 2001 verabschiedete diese in Paris die „Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt“. Die Erklärung betont die Bedeutung von Partizipation und Demokratie (Art. 2) sowie die Grundrechte auf freie Entfaltung. Die heikle Frage, inwieweit die Sicht der Globalisierungskritiker geteilt wird, dass es einen Trade-off zwischen globalisierten Märkten und kultureller Vielfalt gibt, wird in dem Dokument ausgespart.

15 Handlungsempfehlungen an den Nachhaltigkeitsrat

Handlungsempfehlungen an den Nachhaltigkeitsrat

- Wenn Nachhaltigkeit folglich primär ein „Kommunikationsproblem“ ist, wie kann dann der Rat seine Funktion als Dialogforum gezielt einsetzen?

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung betreibt nicht Politik durch hoheitliche Regelsetzung, sondern durch Aufklärung über Sachzusammenhänge, über die Vernetzung verschiedener Diskussionsstränge sowie den Anstoß von Diskussionen. Er kann – losgelöst vom politischen Tagesgeschehen – Interessenkonflikte analysieren und Wege zu ihrer produktiven Überwindung etwa durch neue Formen der Kooperation zwischen verschiedenen Akteursgruppen identifizieren. Er gestaltet die politische Agenda mit. Er ist Netzwerker und – in einer Formulierung von Pies (2000) – „demokratischer Politikberater“. Ihm stehen somit jene Instrumente zur Verfügung, die in der modernen Gesellschaft, in der hierarchische Steuerungsmuster immer schwächer greifen, an Bedeutung gewinnen. Im Anschluss an die Studie ergeben sich für den Nachhaltigkeitsrat eine Fülle von Ansatzpunkten zu Fragen der kulturellen Anschlussfähigkeit des Nachhaltigkeitskonzepts.

15.1 Sich die ökonomische Logik zu eigen machen

Der Argumentationsaufbau der Studie hat folgendes gezeigt: Auf der einen Seite ist die Vielfalt an Fragestellungen, Diskussionssträngen und Konfliktfeldern, die in der Ausschreibung angesprochen sind, nur zu erfassen und sinnvoll zu vernetzen, indem eine interdisziplinäre Vorgehensweise gewählt wird. Zugleich wurde deutlich, dass mit der Wendung hin zu möglichen Gestaltungsansätzen für die Politik eine disziplinäre Fokussierung einherging: die Handlungsempfehlungen sind alle ökonomisch fundiert.

Ökonomik wird dabei mit Homann und Suchanek (2001) als eine Disziplin begriffen, die sich mit Anreizproblemen befasst. Die ökonomische Analyse hilft, institutionelle Arrangements zu identifizieren, bei denen die Akteure wechselseitige Tausch- bzw. Kooperationsgewinne realisieren können. Referenzmaßstab sind Menschen, die eigene Ziele verfolgen und über eigene – kulturell geprägte – Präferenzen verfügen. Eine institutionelles Arrangement gilt in diesem Analyserahmen als legitim, wenn es die (freiwillige) Zustimmung der betroffenen Bürger erfährt.

Referenzmaßstab ist nicht die Maximierung wirtschaftlicher Größen wie Gewinn oder Sozialprodukt, wie es eine Vielzahl ökonomischer Referenzmodelle suggeriert. In der Wirtschaftswissenschaft hat

sich in den letzten Jahren einiges gewandelt. Die Disziplin definiert sich immer weniger über den Gegenstandsbereich der „Wirtschaft“ und immer mehr über ihre Methodik, die Anreizanalyse. Der nicht nur von Globalisierungskritikern erhobene „Ökonomismus“-Vorwurf gilt einem ideologisch verbrämten libertären Neoliberalismus, nicht der modernen Anreizanalyse, die treffender als „Ökonomik“ denn als „Wirtschafts“-Wissenschaft zu bezeichnen wäre.

So wie in der Wissenschaft Ansätze an Konjunktur gewinnen, welche den – vermeintlichen – Gegensatz zwischen Ökonomik und Soziologie oder Ökologie zu überwinden trachten, so wird auch in Öffentlichkeit und Politik die konfliktäre Sichtweise zunehmend abgelöst zugunsten einer konsensorientierten Sichtweise. Themen wie Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit, Entwicklungszusammenarbeit und Demokratie werden verknüpft und gemeinsam verhandelt. Der Wandel zeigt sich bei Unternehmen und NGOs genauso wie bei den politischen Parteien. Allerorts werden neue Brücken geschlagen, überkommene Mauern eingerissen.

Das Konzept der „Nachhaltigkeit“ bringt viele Elemente dieser Entwicklung auf den Punkt. In der hier zugrunde gelegten Interpretation ist das Postulat der Nachhaltigkeit ein Angebot für die Suche nach integrativen Lösungsansätzen, nach Verfahren, welche Konflikte zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten produktiv überwinden helfen. Die Ökonomik wird gleichsam vom Feind zum Verbündeten in der Debatte um „Nachhaltigkeit und Globalisierung“. Sie zeigt den verschiedenen Akteuren, wie sie ihre eigenen Ziele wirksamer verfolgen können, und hat dabei viele Türen geöffnet. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung sollte sich dieses Analyseinstruments zu nutze machen, wenn es um die Herleitung konkreter Handlungsempfehlungen geht.

Im folgenden werden konkrete Handlungsansätzen für den Nachhaltigkeitsrat identifiziert:

15.2 Die Forderung nach einer „Weltkommission für Nachhaltigkeit und Globalisierung“ mit erweiterter Argumentation begründen!

Es sprechen gute Gründe für die Forderung nach einer Gründung einer „Weltkommission für Nachhaltigkeit und Globalisierung“, die der Rat für Nachhaltige Entwicklung erhoben hat. Die im Dialogpapier des Nachhaltigkeitsrates angeführte Begründung (Rat für Nachhaltige Entwicklung 2001, S. 11) erscheint in dieser Hinsicht noch erweiterbar. Mit dem Argument, dass Weltkommissionen die politische Meinungsbildung und die Agenda der Weltgipfel prägen, begründet der Rat seine Forderung nach einer Weltkommission zu dem Themenfeld „Nachhaltigkeit und Globalisierung“. Das wäre in der Tat, wie ja argumentiert wird, ein Beitrag zur institutionellen Fortentwicklung der UN-Umweltpolitik. Über die thematische Agenda-Setting-Funktion hinaus aber liegen die Potentiale einer Weltkommission für Nachhaltigkeit und Entwicklung noch an anderer Stelle. Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung, dass es im Anschluss an den von der Weltkommission für „Umwelt und Entwicklung“ initiierten

Rio-Prozess nicht gelungen ist, starke Brücken zu den anderen internationalen Verhandlungsregimen zu schlagen. Dies gilt allen voran für das internationale Handels- und Finanzsystem. Für eine Vernetzung der WTO-Verhandlungen und den Reformüberlegungen des IWF ist der Rio-Prozess nicht geeignet. Die Themen „Umwelt“ und „Entwicklung“ sind umwelt- und entwicklungsländerspezifisch. Es bedürfte einer hochrangig besetzten und unabhängigen Institution, die weder allein für Themen der Umweltpolitik, noch für Themen der Entwicklungspolitik noch für Themen der Liberalisierung der Weltmärkte vereinnahmt ist. Diese Anforderungen könnte eine Weltkommission für „Nachhaltigkeit und Globalisierung“ in vernetzender, bündelnder und moderierender Funktion erfüllen – darin dem deutschen Rat für Nachhaltige Entwicklung nicht unähnlich.. Ihre Aufgabe wäre es, die vielen Inkonsistenzen des zunehmend ausdifferenzierten internationalen Regelwerkes gezielt zu adressieren und im Dialog mit den relevanten Akteuren nach Lösungswegen Ausschau zu halten. – Überlegenswert sind in diesem Zusammenhang übrigens auch die Vorschläge zur Einrichtung eines Nachhaltigkeitsrates auf europäischer Ebene (vgl. 5.4), der nicht nur als Zwischenschritt auf dem Weg zur Weltkommission wichtige Funktionen wahrnehmen könnte.

15.3 „Good Practices“ an Dialogprojekten im Ausland sammeln und kommunizieren!

Der Nachhaltigkeitsrat hat als renommierte Institution die Möglichkeit, über die Diskussion und Kommunikation „guter Beispiele“ den Dialog über zukunftsweisende Lösungsansätze voranzutreiben. Neben den auf dem Papier entworfenen Leuchtturmprojekten wie etwa die von der Bundesregierung unterstützten Off-shore-Windkraftanlagen träte dann als zweite Säule einer offensiven Kommunikationspolitik die Präsentation bereits existierender „guter Beispiele“.

Im Mittelpunkt einer solchen Initiative stünde die Frage nach der Übertragbarkeit guter Beispiele (etwa: partizipative Dialogverfahren, Lokale Agenda-21-Prozesse, ressourceneffiziente Technologien) aus Deutschland in andere Kulturräume einerseits, die lessons learned aus guten Beispielen aus dem Ausland andererseits. Wechselseitige Lernprozesse und die Etablierung von benchmarks sind das Ziel.

Angesprochen sind Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen (Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft). Eine Auswahl möglicher Themen ist:

- Partizipative Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit: Welche verschiedenen Methoden wurden eingesetzt? Welche Erfahrungen wurden gesammelt?
- Dialogprojekte der deutschen politischen Stiftungen im Ausland –Schnittstelle zwischen local communities und internationaler Politik?
- Community Development durch Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern: Was sind zukunftsweisende Ansätze? Welche Rolle spielen „Diversity“ bzw. der Schutz lokaler Kulturen und Ökosysteme?

- Verzahnung von Foreign Direct Investment (FDI) und Official Development Aid (ODA). Wie lassen sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit Public-Private-Partnerships anstoßen, die den Interessen der Unternehmen und den Bedürfnissen der Empfängerländer gleichermaßen gerecht werden? Wie können Anreize geschaffen werden, dass Unternehmen auch in den allerärmsten Ländern (Least Developed Countries) investieren, die abseits der Globalisierungsprozesse stehen? Was ist hierbei zu beachten, um intakte soziale bzw. ökologische Strukturen nicht zu zerstören?
- Was sind gute Beispiele von Trisectoral Partnerships mit Akteuren aus unterschiedlichen Kulturkreisen?

Der Nachhaltigkeitsrat würde nicht nur durch die Identifizierung guter Beispiele einen Wettbewerb um gute Lösungen inspirieren. Auch die Erwartungen, die an die Arbeit von Unternehmen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit oder Stiftungen gestellt werden, würde mit der Zahl guter Beispiele sukzessive steigen (Stichwort: benchmark). Er würde zudem eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren bieten und somit Lernprozesse fördern. Dies gilt insbesondere für jene Akteure, die – aufgrund ihrer Rivalität – nicht unbedingt in einem systematischen Informationsaustausch miteinander stehen, wie dies für die politischen Stiftungen zu vermuten ist.

15.4 Den Nachhaltigkeitsrat internationalisieren!

Durch eine internationale Zusammenarbeit kann der Nachhaltigkeitsrat sowohl Entwicklungen im Ausland besser rezipieren, Allianzen schmieden und auch um Verständnis für die eigene – integrativ-prozedurale – Nachhaltigkeitskonzeption werben, deren Stärke ja darin gesehen wird, Akteure mit unterschiedlichen Werten, kulturellen Prägungen und Problemwahrnehmungen Gewinn bringend zusammen zu führen.

Folgende Maßnahmen könnten in Angriff genommen werden:

- Vertrauensbildende Maßnahmen: In Dialog mit Akteuren aus dem Ausland treten!
- Austausch mit Experten aus dem Ausland
- Förderung von Studien mit Partnern aus dem Ausland
- Gemeinsame Studien mit führenden Forschungseinrichtungen und Think Tanks der Welt
- Interkulturelle Dialogkompetenzen erarbeiten: wie kommt man über die Repräsentationsphase hinaus ins problemorientierte und gewinnbringende Gespräch?

Projektbeispiel: Kooperation mit führenden Think Tanks aus den USA

Wie wird Nachhaltigkeit in anderen Ländern heruntergebrochen? Was sind die Themen von morgen, mit denen sich zukunftsweisende Think Tanks heute bereits befassen? Verschiedene Aspekte werden heute in anderen Ländern bereits verstärkt diskutiert, in Deutschland noch weniger. Aus Gesprächen mit US-amerikanischen Think Tanks sowie von Teilnehmern der internationalen Konferenz „Spirit in Business“ in New York Anfang April wurden beispielsweise folgende Themen oftmals genannt:

- die geistig-spirituelle Dimension der Nachhaltigkeit
- Diversity
- Werte, Kultur, Lebensstil
- Weltrisikogesellschaft (bio terrorism etc.)

Der Nachhaltigkeitsrat könnte daher gemeinsam mit führenden Think Tanks aus dem Ausland (allen voran den USA) die künftigen Trends der Nachhaltigkeitsdiskussion gemeinsam analysieren und Erfahrungen austauschen. Die vorliegende Studie bietet einen ersten Einstieg in viele der genannten Themen. Aufgrund des ausgeprägten Stiftungswesens in den USA dürfte ein solches Projekt mit vergleichsweise geringen Kosten verbunden sein. Zugleich kann der Rat seine Rolle als Trendsetter und Frühwarnsystem in der bundesdeutschen Diskussion unterstreichen und Diskurse anstoßen, die woanders längst begonnen haben. Er kommt dabei nicht in der Rolle eines Bittstellers. Im Gegenteil hat Deutschland beispielsweise mit der Lokalen Agenda 21 weitergehende Erfahrungen als die USA gemacht.

15.5 Fragen zur kulturellen Anschlussfähigkeit des integrativen Nachhaltigkeitskonzepts vertiefen!

In der vorliegenden Studie wurde argumentiert, dass die Vielfalt unterschiedlicher kultureller Prägungen, Werte und Problemwahrnehmung weniger als Problem denn vielmehr als Chance für die Realisierung von Nachhaltigkeit zu begreifen ist. Es bedarf vertiefter Kenntnisse über die Diskussionsstränge in den einzelnen Ländern bzw. Kulturräumen, um einen fruchtbaren Boden für Dialogprozesse zu bereiten. Fragen hierzu sind:

- Wie wird Nachhaltigkeit in anderen Kulturen ausbuchstabiert?
- Welche Konzepte, Bilder und Metaphern werden damit verbunden? (Wie beispielsweise wird der Begriff der „Nachhaltigkeit“ in andere – nicht europäische – Sprachen übersetzt? Gibt es Unterschiede zwischen den offiziellen Übersetzungen und in Presse- und Medien gebrauchten Bildern und Metaphern?)
- Was bedeutet Fortschritt, was Globalisierung in anderen Kulturkreisen?
- Welche Rolle spielt die kulturelle und die spirituelle Dimension in anderen Kulturkreisen? Ab wann verhindern unterschiedliche Rationalitäten einen gemeinsamen Dialog?
- Was sind Erfolg versprechende Methoden für den interkulturellen Dialog?

Ergänzend zu vergleichenden Analysen von Nachhaltigkeitsdiskursen in verschiedenen Kulturräumen könnten auch vergleichende Analysen im Hinblick auf verschiedene Foren (Internationale Unternehmen, Ländliche Bevölkerung, Jugendliche etc.) durchgeführt werden.

15.6 Über den Dialogprozess Agenda-Setting betreiben!

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Möglichkeit, gesellschaftliche Diskurse anzustoßen und damit die politische Agenda mitzubestimmen. Nicht jedes Thema indessen ist geeignet für einen gesellschaftlichen Diskurs. Nicht jedes Thema spricht die Menschen unmittelbar an, fördert die Bildung einer sozialen Bewegung und diffundiert in weite Kreise der Bevölkerung.

Abstrakte Themen sind schwer zu kommunizieren, konkrete „Misstände“, die an das Gerechtigkeitsgefühl der Mitmenschen appellieren hingegen schon. Es erscheint daher als eine lohnende Investition, vertieft der Frage nach zu gehen, welche Themen a) relevant und b) diskurstauglich sind, sowie c) welche Dialogverfahren sie angemessen aufzubereiten vermögen.

Eine wichtige Arbeitsgrundlage ist dabei das Wissen über die Entstehung und Dynamik sozialer Bewegungen:

- Was sind Erfolgsfaktoren sozialer Bewegungen in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen?
- Wo liegen Steuerungspotenziale?
- Wo liegen die Grenzen der Legitimation? (Können NGOs die Interessen Dritter legitim vertreten)?
- Welche Dramatisierungsstrategien gab es in der Vergangenheit (amerikanische Bürgerrechtsbewegung, Frauenbewegung, Greenpeace, Ostermärsche, etc.)?
- Wie und mit welchen Verfahren und Methoden „organisiert“ man gesellschaftliche Diskurse vom Agenda-Setting über die Diskussion und bis hin zu Konsens, Entscheidung, Implementation und Lerneffekt?

Der Nachhaltigkeitsrat selbst kann Themen aufgreifen und Diskussionen anstoßen. Durch eine Mischung verschiedener Veranstaltungstypen kann ein gesunder Mix aus Breitenwirkung und hohem wissenschaftlichen Niveau sichergestellt werden. Zu diesem Mix zählen:

- Präsentation von Forschungsergebnissen (Studien) in der Öffentlichkeit
- Diskussionsveranstaltungen / Tagungen
- Workshops mit Multiplikatoren
- Informelle Gesprächsrunden (Kaminabende)
- Durchführung von Planungszellen und sog. Bürgergutachten, neue Methoden der Handlungsfolgenabschätzung
- Intelligente und moderierte Nutzung der Internet-Plattform als Diskussionsbasis und Wissensfundus

- Initiierung von partizipativen Verständigungs- und Aushandlungsverfahren zu strittigen Fragen der Nachhaltigkeitsstrategie (Stichwort: politische Mediation)

Damit zeichnet sich der Nachhaltigkeitsrat durch einen eigenen partizipativen und problemorientierten Politikstil aus, der die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung öffentlich und beispielhaft als good practice sichtbar macht. Die in der Studie diskutierten Konfliktfelder sowie die Handlungsempfehlungen bieten eine Reihe von geeigneten Ansatzpunkten für Folgediskussionen.

Exkurs: Von der abstrakten Nachhaltigkeitskonzeption zum ästhetischen Leitbild

Eine wichtige Aufgabe des Rates wird darin gesehen, das Konzept der Nachhaltigkeit anschaulich, d.h. griffig, zu kommunizieren. Hier schließen sich eine Reihe von Fragen an, die einer vertieften Behandlung bedürfen:¹⁰³

- Wie lässt sich die abstrakte Formel der „Generationengerechtigkeit“ (oder noch abstrakter: inter- bzw. intragenerative Gerechtigkeit) als ansprechende Leitidee operationalisieren?
- Wie kann man die abstrakte Formel in griffige, sinnlich erfahrbare Leitbilder transformieren?
- Welchen Zugang gibt es für Kinder (Bsp.: MIPS for kids des Wuppertal Instituts)?
- Wie kommen kollektive Prägungen bei Jugendlichen zustande (Generation Golf / Generation Millennium)?
- Welche Rolle spielen „weiche“ Faktoren wie Identität, Kultur, Werte und Lebensstil für die Umsetzbarkeit des Konzepts?
- Wie kann Kunst die Wahrnehmung schärfen, Missstände dramatisieren und selbstreflexive Lernprozesse anstoßen?

15.7 Themen verknüpfen – Institutionen vernetzen – neue Allianzen schmieden!

Neue Handlungsmöglichkeiten entstehen vor allem dort, wo Themen, die bislang isoliert voneinander diskutiert wurden, innovativ miteinander verknüpft und gemeinsam diskutiert (und verhandelt) werden. Eine wichtige Aufgabe der Rates wird daher gesehen, viel versprechende Themenbündel zu identifizieren und in die Diskussion einzubringen. Die Bandbreite der unter dem Stichwort Nachhaltigkeit diskutierten Themen bieten ein weites Feld für „systemisches Wissensmanagement“ (Helmut Willke). Stets ist zu fragen, inwiefern auf den ersten Blick nicht miteinander verbundene Themen zusammenhängen, welche Interdependenzen so bislang nicht gesehen wurden? Als zweiter Schritt sind die jeweils relevanten Akteure und Institutionen in einem fruchtbaren Diskurs mit dem Ziel von Synergieeffekten zusammen zu bringen. Dafür bedarf es ausgewählter und zielgerichteter Verfahren.

Einige Beispiele und Anregungen seien kurz skizziert:

¹⁰³ Weiterführend hierzu: Brand (1999).

- Wie lassen sich die Querverbindungen zwischen Umweltschutz, Entwicklung, Hunger und Armut, Bildung, Gesundheit, Fundamentalismus, Terrorismus sinnvoll adressieren?
- Was folgt hieraus für das institutionelle Setting? Wie lassen sich die verschiedenen mit Nachhaltigkeit befassten Institutionen sinnvoll miteinander vernetzen?
- Welches sind die Verfahren, Methoden und Prozeduren „unterhalb“ der Institutionen, die (sektorale, disziplinäre, subsystemische...) Eigenlogiken und Verständnisbarrieren überwinden helfen, so dass Partner aus unterschiedlichen Bereichen konstruktiv und problemorientiert miteinander arbeiten und voneinander lernen können (Stichwort: Methodenkompetenz)?
- Wie hängen auf den ersten Blick unabhängige Themen miteinander zusammen (Bildung einer Mittelschicht und die Auswirkungen auf Ressourcenverbrauch, politische Stabilität etc.)?
- Konvention über kulturelle Vielfalt –Was können wir aus der Debatte um die Europäische Integration (Stichwort: „Einheit in Vielfalt“) lernen?
- Welche Trends sind zu verzeichnen im Hinblick auf neue Formen der Kooperation zwischen Unternehmen, Politik, NGOs, internationalen Organisationen und Forschung? Wie ist der Global Compact der UN zu beurteilen? Wo liegen die Stärken, wo die Schwächen?
- Zukunft der Lokalen Agenda 21: Unter welchen Bedingungen führt Partizipation auf lokaler Ebene zu nachhaltiger Entwicklung? Unter welchen Bedingungen sichert Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene globale Nachhaltigkeit?
- Welche verdeckten Interessenkonflikte verhindern Nachhaltigkeitspolitik auf globaler Ebene?
- Wie fließt Sach- und Fachwissen in die Politik? Welche verschiedene Arten der Politikberatung gibt es (auch international), welche Stellung hat der Nachhaltigkeitsrat selbst im Gefüge der nationalen Politikberatung, und wie lassen sich Politikberatung und gesellschaftliche Such- und Lernprozesse intelligent miteinander vermitteln?
- Last but not least: Welche institutionelle Architektur wird das Konzept der Sustainable Global Governance auszeichnen? Wie kann der Nachhaltigkeitsrat Einfluss auf diese Diskussion nehmen?

Die Reihe der relevanten Themen und Fragen ist um ein Vielfaches größer; in einer dynamischen Welt verändern sich die Problemstellungen fortlaufend. Um so wichtiger ist es, dass der Nachhaltigkeitsrat Strukturen schafft, die es ihm ermöglichen, als Trendsetter wie auch als Frühwarnindikator relevante Themen zu identifizieren, zu strukturieren und in einen konstruktiven gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Der Blick über den Tellerrand des deutschen Nachhaltigkeitsdiskurses hinaus ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Literatur

- Achini, Christoph (1999): Szenarien für die zukünftige Entwicklung von demokratischen und autokratischen Regierungssystemen in einem globalisierten Umfeld. Eine empirische Analyse der Wirkungszusammenhänge von Modernisierung, Globalisierung und Demokratie unter besonderer Berücksichtigung des Faktors „politische Legitimität“. Druckerei der Universität Zürich.
- Adorno, Theodor W. (1977): Fortschritt. In: Adorno, Theodor W.: Kulturkritik und Gesellschaft, Band 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 617-638.
- Aithal, Vathsala / Schirilla, Nausikaa / Schürings, Hildegard / Weber, Susanne (Hrsg.) (1999): Wissen – Macht – Transformation. Interkulturelle und internationale Perspektiven. Eine Festschrift für Patrick V. Dias. Frankfurt am Main: IKO-Verl. f. Interkulturelle Kommunikation.
- Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg (1997): „Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“.
- Albrow, Martin (1996): The Global Age. State and Society beyond Modernity. London: Polity Press.
- Alfred Herrhausen Society for International Dialogue (Hrsg.) (2002): The End of Tolerance? London: Nicholas Brealey Publishing.
- Alsheimer, Rainer / Moosmüller, Alois / Roth, Klaus (2000): Lokale Kulturen in einer globalisierten Welt. Perspektiven auf interkulturelle Spannungsfelder. Münster: Waxmann.
- Altvater, Elmar / Brunnengräber, Achim (2002): NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/2002.
- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (1999/2000): Entschleunigung der Finanzströme durch die Tobin-Steuer. In: Globalisierung und Widerstand. Zeitschrift Widerspruch Nr. 38, Zürich, S. 43-46.
- Amin, Samir: Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Von der belle époque des Kapitals bis zur Frage: Wird das 21. Jahrhundert ein Amerikanisches Jahrhundert?
<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Bib/uk/Aktuell/119/amin.htm> <02.05.2002>
- Andrioni, James / Levinson, Arik (2000): The simple Analytics of the Environmental Kuznets Curve.
- Annan, Kofi (2002): From Doha to Johannesburg by way of Monterrey: How to achieve, and sustain, development in the 21st century. Lecture at the LSE, 25 February 2002.
- Annan, Kofi (Hrsg.) (2001): Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen. Eine Initiative von Kofi Annan. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag.
- Assmann, Aleida / Frevert, Ute (1999): Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit : Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- attac newsletter (2002): WSF LIVE.
- Barber, Benjamin (1992): Jihad Vs. McWorld. The Atlantic Monthly, Volume 269, No. 3 (March 1992), S. 53-65. <http://www.theatlantic.com/politics/foreign/barberf.htm> <02.05.2002>
- Barber, Benjamin R. / Schulz, Andrea (Hrsg.) (1996): Jihad vs. McWorld: How Globalism and Tribalism Are Reshaping the World. New York: Ballantine Books.

- Bauer, Ulrich / Egbert, Henrik / Jaeger, Frauke (Hrsg.) (2001): *Interkulturelle Beziehungen und Kulturwandel in Afrika. Beiträge zur Globalisierungsdebatte*. Frankfurt a. M.: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften..
- Baumann, Michael (2001): *Zehn Jahre nach Rio: Das Ende der „wilden Globalisierung“*. In: *World Watch Institute Report – Zur Lage der Welt 2001*, S. 32-37.
- BDI (2002): *Globalisierung gestalten. Außenwirtschaftsreport vom 15. April 2002*.
- BDI (2002): *Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Stellungnahme des BDI zum Entwurf der Bundesregierung und zum Dialogpapier des Rates für Nachhaltige Entwicklung*.
- Beck, Ulrich (1997/98): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf die Globalisierung*. 5. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1998) (Hrsg.): *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Behringer, Jeanette (2002): *Legitimität durch Verfahren? Bedingungen semi-konventioneller*
- Bergem, Wolfgang (1993): *Tradition und Transformation: Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland. Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Berg-Schlosser, Dirk (1997): *Menschenrechte und Demokratie – universelle Kategorien oder eurozentrische Betrachtungsweise*. In: Brocker, Manfred / Nau, Heino Heinrich (Hrsg.): *Ethnozentrismus. Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs*. Darmstadt: Primus Verlag, S. 289-306.
- Beyerlin, Ulrich (2000): *Umweltvölkerrecht*. München: C.H. Beck Verlag.
- Birch, David (2000): *Transnational Cultural Studies: What Price Globalisation? Social Semiotics*, August 2000, S. 141-156.
- BMU (2002): *Hintergrundpapier zur 6. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt vom 7. bis 19. April 2002 in den Haag*. Berlin: BMU.
- Bohm, David / Edwards, Mark (1991): *Changing Consciousness: Exploring the Hidden Source of the Social, Political, and Environmental Crises Facing Our World*. New York: Harpercollins Publishers.
- Bohm, David / Nichol, Lee (Hrsg.) (1996): *On Dialogue*. London: Taylor & Francis Books Ltd.
- Bohm, David / Peat, David (2000): *Science, Order, and Creativity*. London: Taylor & Francis Books Ltd.
- Bourdieu, Pierre (1998a): *Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität*. In: Bourdieu, Pierre (1998): *Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Inversion*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz (UVK), S. 109-118.
- Bourdieu, Pierre (1998b): *Der Mythos Globalisierung und der europäische Sozialstaat*. In: Bourdieu, Pierre (1998): *Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Inversion*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz (UVK), S. 39-52.
- Boxberger, Gerald / Klimenta, Harald (1998): *Die 10 Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Brand, Karl-Werner (1997): *Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild ‚Nachhaltige Entwicklung‘. Zur Einführung*. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (1997): *Nachhaltige Entwicklung: Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen: Verlag Leske + Budrich, S. 9-32.
- Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (1997): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. ‚Soziologie und Ökologie‘, Bd. 1*. Opladen: Verlag Leske + Budrich.

- Brand, Karl-Werner (1999). Kommunikation über nachhaltige Entwicklung, oder: Warum sich das Leitbild der Nachhaltigkeit so schlecht popularisieren lässt? Vortrag auf der UBA-Tagung „Strategien der Popularisierung des Leitbilds „Nachhaltige Entwicklung“ aus sozialwissenschaftlicher Perspektive“ vom 18.-20. März 1999 in Berlin.
- Brand, Karl-Werner / Jochum, Georg (2000): Der deutsche Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung. Abschlußbericht eines DFG-Projekts zum Thema "Sustainable Development/Nachhaltige Entwicklung" - zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs. München.
- Brand, Karl Werner et al. (2000): Bedingungen einer Politik für Nachhaltige Entwicklung. Sondierungsprojekt im BMBF-Förderschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“ (SOE 23). München / Bremen.
- Brand, Karl-Werner (2001). Sondierungsprojekt SOE23 „Bedingungen einer Politik für nachhaltige Entwicklung“. Überlegungen zum Workshop „Institutionen“ in der sozial-ökologischen Forschung (Punkt 2.1).
- Brand, Ulrich / Brunnengräber, Achim / Schrader, Lutz / Stock, Christian / Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Studie von Heinrich-Böll-Stiftung und WEED. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Breidenbach, Joana / Zukrigl, Ina (1998): Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt. München: A. Kunstmann Verlag.
- Brocker, Manfred / Nau, Heino Heinrich (1997). Ethnozentrismus. Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs. Darmstadt: Primus Verlag.
- Brühl, Tanja / Debiel, Tobias / Hamm, Brigitte (2001). Die Privatisierung der Weltpolitik. Bonn: Dietz.
- Brunnengräber, Achim: Global Governance – Zur Karriere eines politikwissenschaftlichen Begriffs, für die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, AG „Global Governance“, AG4 AU 14/5, S. 1 (ohne Publikationsdatum).
- Buchanan, James M. (1990). The Domain of Constitutional Economics. Constitutional Political Economy, Vol. 1. S. 1-18.
- Buchanan, James M. (1993). How Can Constitutions Be Designed So That Politicians Who Seek To Serve "Public Interest" Can Survive And Prosper? Constitutional Political Economy, Vol. 4. S. 1-6.
- BUND / Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Berlin: Birkhäuser Verlag
- Bundesregierung (2001): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Vorgestellt am 19. 12. 2001.
- Bundesverband der Deutschen Industrie (2002): Globalisierung gestalten. Außenwirtschafts-Report vom 15. April 2002.
- Busse, Tanja (2002): Reichtum ist giftig. In: Die Zeit 09/2002.
- Candeias, Mario (2000): Die Gewalt der Globalisierung. In: Das Argument: Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, H. H. 2 235 Immaterielle Arbeit, Jg. 42, S. 261-271.
- Charta von Aalborg (1994). In: Kuhn, S. / Suchy, G. / Zimmermann, M. (Hrsg.) (1998): ICLEI. Lokale Agenda 21 Deutschland, 297-305.
- Chomsky, Noam (2000): Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg: Europa Verlag.

- Collier, Mary Jane (2000): Constituting cultural difference through discourse. International and intercultural communication annual 2000. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Colloqui di Dobbiaco e Tesi di Dobbiaco (1998): La bellezza - Per una vita sostenibile. Toblacher Gespräche und Toblacher Thesen (1998): Schönheit - Zukunftsfähig leben. Bozen: Verlag Ökoinstitut (deutsch/italienisch).
- Creydt, Meinhard (2001): The American Way of Life. Momente einer negativen Utopie. In: Globalisierung der Barbarei - Die Welt nach Manhattan. Marxistische Blätter (Sonderheft), Nr. 6 im Nov./Dez. 2001, S. 57-63. <http://www.glasnost.de/autoren/creydt//usa.html> <02.05.2002>
- Daele, van den W./Neidhardt, F. (1996): „Regieren durch Diskussion“ – Über Versuche mit Argumenten Politik zu machen. In: dies. (Hrsg.), Kommunikation und Entscheidung. WZB-Jahrbuch 1996. Berlin: Edition Sigma, S. 9-50
- Dahl, Robert A. (1994): A Democratic Dilemma: System Effectiveness Versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly 109, 23-34.
- Dally, Ortwin (1999): „Kultur. Ein interdisziplinäres Kolloquium zur Begrifflichkeit. Ein Tagungsbericht“, Halle (Saale), 18. bis 21. Februar 1999, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/tagber/daor1100.htm> <24. April 2002>
- Damaros, Katja von (1998): Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung in der deutschen Agrarentwicklungszusammenarbeit. Universität Bonn, Landwirtschaftliche Fakultät, Institut für Agrarpolitik, Marktforschung und Wirtschaftssoziologie, Lehrstuhl Wirtschaftssoziologie.
- Deppe, Frank: Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. Bilanzen und Perspektiven. Überarbeitetes Manuskript eines Vortrages im Februar 1995 bei der Stiftung "Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung" (Berlin). <http://www.geocities.com/CapitolHill/1549/deppe.html> <02.05.2002>
- Derichs, Claudia (1998): Universalität und Kulturspezifität – Das Modell der westlichen Demokratie in der Defensive? In: Greven, Michael Th. (1998) (Hrsg.): Demokratie - eine Kultur des Westens. Opladen: Leske + Budrich, S. 107-122.
- Deutsche UNESCO-Kommission (1997): Unsere kreative Vielfalt. Bericht der „Weltkommission Kultur und Entwicklung“, 2. erw. Aufl. Bonn. Development. Frankfurt a. M.: IKO-Verl. für Interkulturelle Kommunikation.
- Die Gruppe von Lissabon (1995/97): Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung und die Zukunft der Menschheit. München: Luchterhand. [engl. Original: The Group of Lisbon. Limits to Competition. Cambridge (MA): The MIT Press].
- Diefenbacher, Hans (2001): Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Dodds, Felix / Middleton, Toby (Hrsg.) (2001): Earth Summit 2002: A New Deal (Revised Edition). London: Earthscan Publications Ltd.
- Downs, Anthony. (1957). An Economic Theory of Democracy. New York: Harper & Brothers.
- Drechsel, Paul / Schmidt, Bettina / Goelz, Bernhard (2000): Kultur im Zeitalter der Globalisierung. Von Identität zu Differenzen. Frankfurt a. M.: IKO-Verl. für Interkulturelle Kommunikation.
- Eblinghaus, H. / Stickler, Arnim (1996). Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable
- Edel, Gottfried (1997): Weltkultur. Begegnung der Völker - Gemeinschaft der Menschen. Auf dem Wege zur Weltgesellschaft. Mainz: Ed. Areopag.
- Emerson, Ralph Waldo (1960): The Conduct of Life. New York: Harcourt Brace.

- Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des 13. Deutschen Bundestages (1998): Konzept Nachhaltigkeit : Vom Leitbild zur Umsetzung - Abschlussbericht der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung" des 13. Deutschen Bundestages. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- European Commission (2002): Responses to the Challenges of Globalisation. A Study on the International Monetary and Financial System and on Financing for Development. SEC.
- European Consultative Forum on the Environment and Sustainable Development (2000): Sustainable Governance: Institutional and procedural aspects of sustainability, SDFGHM.
http://europa.eu.int/comm/environment/forum/governance_en.pdf <02.05.2002>
- Feindt, Peter-Henning (2001): Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion. Frankfurt a. M.: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften..
- Finnish National Commission on Sustainable Development.
<http://www.vyh.fi/eng/environ/sustdev/tmkeng.htm> <28. April 2002>
- Forrester, Viviane (1997): Der Terror der Ökonomie. Wien: Paul Zsolnay [Original: L'horreur économique]
- Forrester, Viviane (2001): Die Diktatur des Profits. München: Hanser Verlag.
- Forschungszentrum Karlsruhe GmbH (1999) Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) (Hrsg.): HGF-Projekt: „Untersuchung zu einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung; Bestandsaufnahme, Problemanalyse, Weiterentwicklung“. Abschlussbericht Band 1: Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien und nationalen Plänen. Karlsruhe: Wissenschaftliche Berichte, S. 11-24.
http://www.itas.fzk.de/zukunftsfahigkeit/Vorstudie_Arbeitspaket1.pdf <10. Juni 2001>
- Forschungszentrum Karlsruhe GmbH (1999a) / Jörissen, Juliane et. al. (1999): „Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung“. Karlsruhe: Wissenschaftliche Berichte.
<http://www.itas.fzk.de/deu/Itaslit/joua99a.pdf>, <10. Juni 2001>
- Forschungszentrum Karlsruhe GmbH / Jörissen, Juliette / Rink, Dieter / Kneer Georg (2000): Nachhaltigkeit und Wissenschaft: Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien. Umweltforschungszentrum Leipzig, TA-Datenbank-Nachrichten, Nr. 2, 9. Jahrgang - Juni 2000, S. 7-13.
- Forum 51 Kirchliches Umweltmagazin (1997): Schwerpunktthema: Lokale Agenda 21 – „Herausforderung für die Kirche“. Sonderdruck.
- Fox, Jonathan A./Brown, David L. (1998): Assessing the Impact of NGO Advocacy Campaigns on World Bank Projects and Policies, in: Fox, Jonathan A./Brown, David L. (Hrsg.): The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs and Grassroots Movements, Cambridge, MA, 485-551
- Fremerey, Michael / Braun, Gerald (1995): Der soziokulturelle Kontext ländlicher Entwicklung. Studie für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Unveröffentlichtes Manuskript.
- FTD (2002): Afrika bietet Demokratie gegen Hilfe an. Kontrollmechanismen sollen Unterstützung bei G8-Gipfel sichern. Ärger über USA. In: Financial Times Deutschland vom 28.03.02, S. 17.

- Fuchs, Christian: Die Dialektik der Globalisierung in Ökonomie, Politik, Kultur und Technik. Vortrag auf dem Jubiläumskongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie.
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/glob.htm> <28.04.2002>
- Gebhardt, M. (1998): Der ökonomische Wert der Artenvielfalt und dessen Einfluss auf die Erhaltung des Regenwaldes. Universität Zürich, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Sozialökonomisches Seminar. Eigenprojekt (1995-1998).
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) / Aluminium-Zentrale e.V. (ALZ) (1999): Globale Verantwortung von der Rohstoffgewinnung bis zum Verbrauch. Beiträge aus der Fachtagung in der Evangelischen Akademie Mühlheim an der Ruhr 1999.
- Gerken, Lüder (1999): Von Freiheit und Freihandel. Grundzüge einer ordoliberalen Außenwirtschaftstheorie. Walter Eucken Institut, Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 39. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gerken, Lüder / Renner, Andreas (1996). Nachhaltigkeit durch Wettbewerb. Walter Eucken Institut, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 35. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) (2002): Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Unser Beitrag im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit. Eschborn.
- Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity. Cambridge (Mass.): Stanford University Press.
- Graap, Torsten (2001): Nachhaltigkeit und Kooperation. Zum Verständnis eines Leitbildes und Handlungstyps in einer komplexen Welt. Frankfurt a. M.: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Graf, Ina (2000): Globale Verantwortung multinationaler Unternehmen. Dissertationsvorhaben an der Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Betriebswirtschaftliches Institut Lehrstuhl BWL, insb. Internationales Management.
- Gray John (2001): Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.
- Green Cross International (2002): Globalization and Sustainable Development: Is Ethics the Missing Link? Synthesis Report prepared by Green Cross International.
- Greven, Michael Th. (1998) (Hrsg.): Demokratie - eine Kultur des Westens. Opladen: Verlag Leske + Budrich.
- Grober, Ulrich (2001): Die Idee der Nachhaltigkeit als zivilisatorischer Entwurf. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/2001, S. 3 – 5. <http://www.das-parlament.de/22-23-2001/beilage/b-n-2.html> <25. Juni 2001>
- Grothmann, Torsten (2000): Interkultureller Dialog über Umweltschutz. Vorläufige Ideen zur Realisierung interkultureller Verständigung im Umweltschutz. Im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
- Habermas, Jürgen (1999): Der interkulturelle Diskurs über Menschenrechte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 216-227.
- Hanf, Theodor (1999) (Hrsg.): Dealing with difference religion, ethnicity, and politics: comparing cases and concepts. (Der Umgang mit Differenz: Religion, Ethnizität und Politik; der Vergleich von Konzepten und Fällen). Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Harborth, H.-J. (1993): Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung: Eine Einführung in das Konzept des "Sustainable Development". 2., durchges. u. erw. Auflage. Berlin: Ed. Sigma.

- Hardt Michael / Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Campus Verlag, Frankfurt a. M.: Campus Fachbuch. [englisches Original: Hardt Michael / Negri, Antonio (2001): Empire. Cambridge: Harvard University Press (Mass.)]
- Harmon, David (1996): Losing species, losing languages: Connections between biological and linguistic diversity. *Southwest Journal of Linguistics*, no. 15/1996.
- Harmsen-Andrea (1999): Globalisierung und lokale Kultur. Eine ethnologische Betrachtung. Münster / Hamburg / London: Lit-Verlag.
- Hauff, Volker (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Hamm: Artcolor/Eggenkamp.
- Hauff, Volker (1992): Global denken, lokal handeln Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Hauff, Volker (2001): Nachhaltige Entwicklung: Vom Schlagwort zur politischen Strategie. Rede am 28.09.01 in der Katholischen Akademie zu Berlin.
- Hauff, Volker (2001): Nachhaltigkeit und Globalisierung. Rede am 13.01.01, Nationale Vorkonferenz des BMU, BMZ und Forum Umwelt & Entwicklung zum Johannesburg-Gipfel 2002. Berlin.
- Hauff, Volker (2001): Wege zur nachhaltigen Entwicklung – eine Herausforderung mit Perspektiven. Rede am 7.12.01, Verleihung des B.A.U.M.-Umweltpreises, Hamburg.
- Hayek, Friedrich August von (1945/52): The Use of Knowledge in Society. *The American Economic Review*, 35. S. 519-530. Deutsche Übersetzung: Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft. In: Hayek, Friedrich August von (1952). Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch, S. 103-121.
- Hayek, Friedrich August von (1970/96): Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde. Salzburg / München: Wilhelm Fink Verlag. Wiederabgedruckt in: Hayek, Friedrich August von (1996). Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 16-36.
- Heinrich Böll Foundation (2002): The Jo'burg Memo. Fairness in a Fragile World. Memorandum for the World Summit on Sustainable Development. April 2002. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Held, David (1995): Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance. Cambridge (Mass.): Polity Press.
- Herberholz, Michael (2001): Der Schutz des brasilianischen Amazonasgebiets. Eine Fallstudie unter besonderer Berücksichtigung völkerrechtlicher Aspekte. In: Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung. <http://www.uni-koeln.de/phil-fak/aspla/pdf/herberholz.pdf> <02.05.2002>
- Herz, Thomas / Schwab-Trapp, Michael (1997): Umkämpfte Vergangenheit: Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Herzog, Roman (1999): Wider den Kampf der Kulturen. Eine Friedensstrategie für das 21. Jahrhundert. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag.
- Hess, Carmen / Schönhuth, Michael / Sodeik, Eva / de Vries, Sandra (1998?): Mit den Augen des Ethnologen – Über den Einsatz partizipativer Methoden im Kontext von Forschung, Erhebung und Aktion. www.uni-trier.de/uni/fb4/ethno/augethn.pdf
- Hild, Anne / Wisotzki, Lars (2000): Biopiraten in Chiapas. In Chiapas herrscht Goldgräberstimmung: Internationale Konzerne wollen sich die Biodiversität als strategischen Rohstoff sichern. Aus: *Jungle World* No 51 vom 13.12.2000. <http://www.oneworld.at/mexiko-plattform/biopirat.htm> <02.05.2002>

- Hillebrand, Ernst / Maihold, Günther (1999): Von der Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik: Zur Notwendigkeit der Reform eines Politikfeldes. In: Internationale Politik und Gesellschaft, H. 4, S. 339-351.
- Hinterberger, Friedrich / Luks, Fred / Stewen, Markus (1996): Ökologische Wirtschaftspolitik – Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe. Berlin: Birkhäuser.
- Hirsch Joachim (2001): Globalisierung und Terror. http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_terror.html <02.05.2002>
- Hirsch-Hadorn, Gertrude (o.J.): „Nachhaltige Entwicklung: Leerformel, Zauberformel oder regulative Idee?“ <http://www.uft.uni-bremen.de/downloads/nachh.pdf> <10.Juni 2001>
- Hoffmann, J. (1994) (Hrsg.). Universale Menschenrechte im Widerstreit der Kulturen. Frankfurt a. M.: VERLAG, insbesondere: S. 79-103.
- Hoffmann, Johannes (1995): Die Vernunft in den Kulturen – Das Menschenrecht auf kultureigene Entwicklung. Band 3 der Symposien „Das eine Menschenrecht für alle und die vielen Lebensformen“. Frankfurt a. M.: IKO-Verl. f. Interkulturelle Kommunikation.
- Hoffmann, Jürgen: Ambivalenzen im Globalisierungsprozess. Anmerkungen zu zwei zentralen Beiträgen zur Globalisierungsdebatte. http://www.leibi.de/takaoe/84_21.htm <02.05.2002>
- Homann, Karl (1996): Sustainability: Poltikvorgabe oder regulative Idee? In: Gerken, Lüder (1996) (Hrsg.): Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 33-47.
- Homann, Karl / Blome-Drees, F. (1992): Wirtschafts- und Unternehmensethik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Homann, Karl / Suchanek, Andreas (2000): Einführung in die Ökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Honerla, Susan / Schröder, Peter (1995) (Hrsg.): Lokales Wissen und Entwicklung. Zur Relevanz kulturspezifischen Wissens für Entwicklungsprozesse. Saarbrücken: Breitenbach.
- Hooper, Beverley (2000): Globalisation and Resistance in Post-Mao China: The Case of Foreign Consumer Products. Asian Studies Review, 2000, 24, 4, Dec, S. 439-470.
- Horstmann, Alexander / Schlee, Günther (Hrsg.) (2001): Integration durch Verschiedenheit. Lokale und globale Formen interkultureller Kommunikation. Bielefeld: transcript Verlag. <http://www.georgetown.edu/faculty/aml6/pdfs&zips/crusoe.pdf>. <02.05.2002>
- Huntington, Samuel P. (1996): The Clash of Civilisation and the Remaking of World Order. New York: Touchstone.
- IFOK/IWÖ – Institut für Organisationskommunikation / Institut für Wirtschaft und Ökologie (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Studie im Auftrag der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages. Berlin / Heidelberg / New York: Springer.
- Jänicke, Martin / Jörgens, Helge / Hahn, Kristina / Koll, Claudia (2000): Umweltplanung im internationalen Vergleich. Strategien der Nachhaltigkeit. Berlin / Heidelberg / New York: Springer.
- Jerman, Tina (Hrsg.) (2001): Handbuch Zukunftsformen. Kultur und Agenda 21.Reihe Dokumentation Kulturpolitische Gesellschaft. Bonn / Essen: Klartext.
- John Rawls (1993): Political Liberalism. New York: Columbia University Press.

- Kant, Immanuel (1793): Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis. Wiederabgedruckt in: Kant, Immanuel (1983): Werke in zehn Bänden. Band 9. Hrsg. von Weischedel, W. Sonderausgabe. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 125-172.
- Kastenholz, Hans G./ Erdmann, Karl-Heinz / Wolff, Manfred (Hrsg.) (1996): Nachhaltige Entwicklung: Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Berlin / Heidelberg / New York: Springer.
- Kaul, Inge / Grunberg, Isabelle / Stern, Marc A. (1999): Global Public Goods: International Cooperation in the 21st Century. New York: Oxford University Press.
- Kessler, Hans (Hrsg.) (1996): Ökologisches Weltethos im Dialog der Kulturen und Religionen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Khor, Martin (2001): Globalisation & The Crisis of Sustainable Development. Penang, Malaysia: Third World Network.
- Khosla, Ashok (2001): The Road from Rio to Johannesburg. Millennium Papers brought out by UNEP.
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) (1995): Gefährdetes Klima – Unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung. Studie des Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen. Hannover.
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) (2001): Texte zum Schwerpunktthema der EKD-Synode 2001 in Amberg: „Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten“. Hannover.
- Kirsch, Guy (1991): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Jg. 14., S. 249-261.
- Klas, Gerhard: Die Globalisierungsgegner – Akteure und Positionen einer weltweiten Bewegung. Analyse von Gerhard Klas, freier Autor und Redakteur der Sozialistischen Zeitung (SoZ) <http://www.epd.de/entwicklungspolitik/2001/13klas.htm> <02.05.2002>
- Kleger, Heinz (1999): Stadtregion und Transnation. Herausforderungen politischer Theorie heute. In: Michael Th. Greven / Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.) (1999): Politische Theorie heute. Ansätze und Perspektiven, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Klein, Ansgar (2002): Überschätzte Akteure? Die NGOs als Hoffnungsträger transnationaler Demokratisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/2002.
- Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Geiling, Heiko (Hrsg.) (2001): Globalisierung – Partizipation - Protest. Opladen: Verlag Leske + Budrich.
- Klein, Naomi (2000): No Logo. Berlin: Riemann.
- Knaus, Anja / Renn, Ortwin (1998). Den Gipfel vor Augen – unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Koch, Joachim (2002): Megaphilosophie. Das Freiheitsversprechen der Ökonomie. Göttingen: Steidl-Verlag.
- Kohnert, Dirk (1997): Zum Einfluss des Okkulten auf staatliche Legitimität und Demokratisierungshilfe in Afrika. In: Sociologus: Zeitschrift für empirische Ethnosoziologie und Ethnopsychologie, H. 1, Jg. 47, S. 24-50.
- Kohout, Franz / Mayer-Tasch, Peter Cornelius (2002): Das ökologische Weltgewissen. Die Arbeit von NGOs im Rahmen der internationalen Umweltpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/2002.

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Mitteilung der Kommission. Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung.
- Korff, Rüdiger (1999): Globalisierung, nationale Integration und Erfindung lokaler Traditionen als interdependente Prozesse in Südostasien. In: Rademacher, Claudia / Schroer, Markus / Wiechens, Peter (Hrsg.) (1999): Spiel ohne Grenzen? Ambivalenzen der Globalisierung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 53-79.
- Kramer, Dieter (1996): Handlungsfeld Kultur: zwanzig Jahre Nachdenken über Kulturpolitik. Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft e.V. S. 244-256.
- Kramer, Dieter (2000): Die Heiden gehen im Kreise. In: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung 15. <http://www.freitag.de/2000/15/00151301.htm> <02.05.2002>
- Kramer, Dieter (Hrsg.) (1995): Viele Kulturen – eine Welt. Eine Vortragsreihe des Museums für Völkerkunde 1993/1994. Museum für Völkerkunde Frankfurt am Main.
- Krätke, Michael (1999/2000): Globalisierung und die Ohnmacht der Nationen. In: Zeitschrift Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik Heft 38, Themenheft Globalisierung und Widerstand, S. 61-70.
- Krätke, Michael R. (1999): Neoklassik als Weltreligion? In: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (Hrsg.): Realitätsverleugnung durch Wissenschaft. Kritische Interventionen. Hannover: Offizin Verlag.
- Krauss Hartmut: Kulturelle Moderne, kritischer Marxismus und eine radikal-humanistische Antwort auf den religiösen Fundamentalismus. Artikel im Glasnost-Archiv. <http://www.glasnost.de/autoren/krauss/regfun.html> <02.05.2002>
- Krugman, Paul (1999): Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg. Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen. Stuttgart: Campus-Verlag.
- Krugman, Paul / Obstfeld, Maurice (1999): International Economics. 5. Auflage. New York: Longman.
- Krull, Wilhelm (Hrsg.) (2000): Debates on issues of our common future (Debatten über Wege in unsere gemeinsame Zukunft). Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Krysmanski H.J.: Das amerikanische Jahrtausend? Zukunftsvisionen unter dem Aspekt der technologischen Revolution und die Frage nach Krieg und Zivilisationsprozess. <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/BremenPlanet/JP-Planetarismus.htm> <02.05.2002>
- Kuhlen, Rainer (2000): Sicherung kultureller Vielfalt beruht auf informationeller Freiheit des Zugangs und Ausdrucks. Workshop der Deutschen UNESCO-Kommission zum Thema „Globale Kommunikationsgesellschaft und kulturelle Vielfalt. 6. Dezember 2000. Berlin.
- Kühr, Rüdiger (1999): Japans und Deutschlands transnationale Umweltpolitik: eine komparatistische Analyse zum Transfer von Umwelttechnologie in NIEs (Newly Industrialized Economies). Dissertationsvorhaben. Universität Osnabrück, FB Sozialwissenschaften.
- Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (2000): Sinn-Kultur-Wissenschaft: Eine interdisziplinäre Bestandsaufnahme, Projektskizze: http://www.kulturwissenschaftliches-institut.de/projekte/Handbuch_Gliederung.pdf <26. April 2002>
- Küng, Hans (1990): Projekt Weltethos. München: Piper
- Küng, Hans (1997): Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft. München: Piper
- Küng, Hans / Kuschel, Karl-Josef (Hg.) (1997): Wissenschaft und Weltethos. München: Piper.

- Kurt, Hildegard / Wehrspau, Michael (2001): Kultur: Der verdrängte Schwerpunkt des Nachhaltigkeits-Leitbildes. Überlegungen zur Notwendigkeit und den Chancen einer stärkeren kulturpolitischen Fundierung der Umweltpolitik In: GAIA Nr. 10 (1): 16-25.
- Kurz, Robert (1999): Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt a. M.: Eichborn Verlag.
- Kuschel, Karl-Josef (1998): Vom Streit zum Wettstreit der Religionen. Lessing und die Herausforderung des Islam. Düsseldorf: Patmos Verlag.
- Kuschel, Karl-Josef / Pinzani, Alessandro / Zillinger, Martin (Hrsg.) (1999): Ein Ethos für eine Welt? Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Lass, Wiebke / Reusswig, Fritz (1999): Konzeptionelle Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren zur Thematik Konsummuster – Kapitel 4 (Veränderung der Konsumgewohnheiten) der Agenda 21. In: Umweltbundesamt (Hrsg.). Konzeptionelle Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren der UN-Commission on Sustainable Development (CSD). Reihe Texte, H. 36. Berlin, S. 1-67.
- Laville, Bettina / Leenhardt, Jacques (1996): Villette-Amazone. Manifeste pour l'environnement au XXIe siècle. Arles.
- Leffler-Franke, Ulrich (1994): Stärkung von Partizipation und Selbsthilfe im Zusammenhang mit Struktur- anpassungsmaßnahmen in Afrika. In: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (1994): Berichte und Gutachten, 7/1994.
- Leggewie, Claus (2001): Gibt es eine transnationale Bürgergesellschaft? Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 2, S. 154-164.
- Leonhardt, Manuela (1997): Zur Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten – Beobachtungen in Westafrika. In: Manfred Schulz (Hrsg.). Entwicklung: die Perspektive der Entwicklungssoziologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 411-424.
- Lissabonner Aktionsplan (1996). In: Kuhn, S. / Suchy, G. / Zimmermann, M. (Hrsg.) (1998): ICLEI. Lokale Agenda 21 Deutschland, 307-311.
- Martin, Hans-Peter / Schumann, Harald (1996): Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek: Rowohlt.
- Mayntz, Renate (1993): Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Héritier, A. (ed.): Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung. PVS-Sonderheft 24, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Mayntz, Renate und Fritz W. Scharpf (Hg) (1995):. Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung, Frankfurt am Main 1995
- Mayntz, Renate (1997): Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. In: Ellwein, T./ Hesse, J./Mayntz, R./Scharpf, F., Hrsg., Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 1/1987. Baden-Baden: Nomos, S. 89-110
- Mayntz, Renate (1997a): Soziale Dynamik und politische Steuerung: Theoretische und methodologische Überlegungen, Frankfurt am Main 1997
- Menzel, Ulrich (1998): Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Merrett, Christopher D. (2001): Understanding Local Responses to Globalisation: The Production of Geographical Scale and Political Identity. National Identities, 2001, 3, 1, Mar, 69-87.

- Messner, Dirk (1995): Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung. Köln: Weltforum Verlag.
- Messner, Dirk (1997): Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.) (1997): Frieden machen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 337-361.
- Mies, Maria (2001): Globalisierung von unten – Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne. Hamburg: EVA/Rotbuch-Verlag <http://gib.squat.net/texte/maria-mies.html> <02.05.2002>
- Missbach, Andreas (1997): Nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Konflikt. Das Umfeld von NGO-Aktivitäten am Beispiel der internationalen Klimapolitik. In: Altvater, Elmar / Brunnengräber, Achim / Haake, Markus / Walk, Heike (Hrsg.) (1997): Vernetzt und verstrickt: Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 85-112.
- Moder, Claudio (1996): Entwicklung oder Zerstörung? Probleme der Weltmarktintegration Amazoniens am Beispiel der Region Carajás. Bonn: Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, 3.Aufl.
- Molitor, Heike (2001): Globalisierung und Nachhaltigkeit. Handeln im Kontext von Weltgesellschaft am exemplarischen Beispiel von Basisorganisationen. Universität Lüneburg. FB04 Umweltwissenschaften, Institut für Umweltkommunikation (Betreuung: Prof. Dr. Michelsen). Dissertationsvorhaben (Beginn 1998, geplantes Ende 2001).
- Müller, Harald (1998): Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag.
- Müller, Harald (1998a): Der Kampf der Kulturen findet nicht statt. HSFK-Standpunkte Nr. 5/1998.
- Müller-Armack, Alfred (1960/76): Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik. In: Müller-Armack, Alfred (1966/76): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik – Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. 2. Auflage. Bern / Stuttgart: Paul Haupt Verlag, S. 267–291. Erstveröffentlichung (1960). Köln: Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln.
- Münkler, Herfried (1999): Die Selbstausslegung der Gesellschaft und der soziopolitische Wandel: Vorstellungen über die Handlungsmächtigkeit politischer Theorie. In: Kaelble, Hartmut / Schriewer, Jürgen (Hrsg.) (1999): Diskurse und Entwicklungspfade: der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. / New York: Campus-Verlag, S. 291-324.
- Myrdal, Gunnar (1970): Politisches Manifest über die Armut der Dritten Welt, Frankfurt a.M. 1970
- Ning, Wang (2000): Postmodernity, Post-Coloniality and Globalisation: A Chinese Perspective. *Social Semiotics*, 2000, 10, 2, Aug, 221-233.
- Nunner-Winkler, Gertrud (1986): Ein Plädoyer für einen eingeschränkten Universalismus. In: Edelstein, W. / Nunner-Winkler, G.: Zur Bestimmung der Moral. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 126-144.
- Nuscheler, Franz (2000): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Nuscheler, Franz (2000): Globalisierung, Global Governance und Menschenrechte. In: Jahrbuch Menschenrechte 2000. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Nuscheler, Franz (Hrsg.) (2000): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung, Bonn.
- Nye-Joseph S. (2001). Globalisation and discontent. *The World Today*. London. 57 (August-September 2001) 8-9. S. 39-40,

- Obrecht, Andreas J. (1996). Rationalität und Verweigerung. Zur Grenze der Durchsetzbarkeit von Modernität und Mobilität in den ärmsten Ländern der sogenannten Dritten Welt. SWS-Rundschau, H. 4, Jg. 36, S. 339-366.
- Ohler, Peter / Nieding, Gerhild (1997). Sind menschliche Denkformen universell? Ein kognitionspsychologischer Beitrag zur Globalisierungsdiskussion. In: Schimany, Peter / Seifert, Manfred (1997). Globale Gesellschaft - Perspektiven der Kultur- und Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main: P. Lang. S. 21-38.
- Parekh, Bhikhu (2000). Rethinking Multiculturalism: Cultural Diversity and Political Theory. Cambridge, MA: Harvard U Press.
Partizipation. Regensburg: S.Roderer.
- Paskalewa, Krassimira (1999): "Operationalizing Integrative Sustainability in National Policy Frameworks - Theoretical Considerations and Policy Implications", in: Forschungszentrum Karlsruhe, Synopse zum Leitbild der Nachhaltigkeit, S. 171-212.
- Perlas, Nicanor (2000). Shaping Globalization: Civil Society, Cultural Power and Threefolding" (herausgegeben vom Center for Alternative Development Initiatives in Quezon City, Philippinen)
- Petschow Ulrich / Hübner, Kurt / Dröge, Susanne / Meyerhoff, Jürgen (1998): Nachhaltigkeit und Globalisierung. Herausforderungen und Handlungsansätze. Springer: Berlin
- Piazolo, Michael (1995): Kulturelle Identität zwischen Tradition und Modernität. Zur Bedeutung soziokultureller Faktoren in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (Publikationen der Akademie für Politische Bildung Tutzing). Akademischer Verlag München.
- Pies, Ingo (1998). Liberalismus und Normativität. Zur Konzeptualisierung ökonomischer Orientierungsleistungen für demokratische Politikdiskurse. In: Klemmer, Paul / Becker-Soest, Dorothee / Wink, Rüdiger (Hg.). (1998). Liberale Grundrisse einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 45-78.
- Pies, Ingo (2000). Ordnungspolitik in der Demokratie - Ein ökonomischer Ansatz diskursiver Politikberatung. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pies, Ingo (2002). Die ökonomische Logik gesellschaftlicher Diskurse. Vortrag am Institut für Organisationskommunikation (IFOK). Eigene Mitschrift.
- Politische Ökologie (2001): LebensKunst. Auf den Spuren einer Ästhetik der Nachhaltigkeit. Heft 69, München: oekom.
- Popper, Karl R. (1946/50). The Open Society and its Enemies. 2. Auflage. Princeton: Princeton University Press.
- Powell, W.W./DiMaggio, P.J. (eds.) (1991): The New Institutionalism in Organisational Analysis. Chicago: Chicago University Press
- Rademacher, Franz-Josef (2001): „Balance or Destruction“: Ein Plädoyer für eine weltweite öko-soziale Marktwirtschaft. Beitrag zur Konferenz „Nachhaltigkeit als Geschäftsfeld – Natur, Macht, Märkte“, Wuppertal, 2001
- Rapp, Friedrich (Hg.) (1999). Global village. Eine Umwelt und viele Lebensstile. Schriftenreihe der Universität Dortmund, Bd. 44. Dortmund: Projekt-Verlag.
- Rege, Vinod (1998): Developing Countries and Negotiations in the WTO, in: Third World Economics 191, August, 16-31

- Reimann, Horst (1992). (Hg.). Transkulturelle Kommunikation und Weltgesellschaft zur Theorie und Pragmatik globaler Interaktion. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Reinicke, Wolfgang (1997): Global Public Policy. Governing without Government? The Brookings Institution.
- Reinicke, Wolfgang und Francis Deng (2000): Critical Choices: the United States, Networks, and the Future of Global Governance, Ottawa: Better World Fund, United Nations Foundation, 2000
- Renner, Andreas (1998). Zukunftsfähiges Deutschland und Ordoliberalismus der Freiburger Schule - zwei gegensätzliche Welten? In: Renner, Andreas / Hinterberger, Friedrich (Hg.). Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft. Baden-Baden: Nomos. S. 93-116.
- Renner, Andreas (1999). Neoliberalismus - Versuch einer Begriffsklärung. In: Neue Helvetische Gesellschaft (Hg.). (1999). Die Schweiz unter Globalisierungsdruck. Staatliches Handeln mit und gegen wirtschaftliche Logik. Jahrbuch „Die Schweiz“ 1999/2000. Aarau / Frankfurt a.M. / Salzburg: Sauerländer. S. 35-50 [Wiederabgedruckt unter dem Titel „Die zwei „Neoliberalismen“ in: Fragen der Freiheit. Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft. Folge 256. Oktober - Dezember 2000. S. 48-64].
- Renner, Andreas (2002). Jenseits von Kommunitarismus und Neoliberalismus. Eine verfassungsökonomische Neuinterpretation der konzeptionellen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Reihe Connex. Gesellschaftspolitische Studien, Bd. 2. Graftschaff: Vektor-Verlag.
- Renner, Andreas / Hinterberger, Friedrich (Hg.). Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft. Baden-Baden: Nomos.
- Renner, Andreas / Schick, Gerhard (2001). Was leistet die Evolutionsidee zur Erklärung der modernen Gesellschaft? Beitrag prämiert mit dem Hayek-Essay-Preis 2000. Schweizer Monatshefte. Heft 10/01.
- Revelli Marco: Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1999.
- Rifkin, Jeremy (2001). Glauben, Werten, Hoffen. In: Süddeutsche Zeitung vom 21.11.2001, Seite 19
- Robertson, Roland (1992): Globalization, London 1992.
- Röpke, Wilhelm (1958/79). Jenseits von Angebot und Nachfrage. 5. Auflage. Bern / Stuttgart: Paul Haupt [Englische Übersetzung: Röpke, Wilhelm (1998). A Humane Economy. The Social Framework of the Free Market. Wilmington: ISI Books].
- Rosenau, James N. / Czempiel, Ernst-Otto (1992). Governance without Government. New York.
- Roth, Karl-Heinz: Perspektiven des Weltsystems und des Euro-Blocks. Aphorismen über die Perspektiven des Weltsystems und des Euro-Blocks. <http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2001/01/28/2457.html>, <02.05.2002>
- Rothfuß, Rainer (1998): Die Umsetzung des theoretischen Konzepts der nachhaltigen Entwicklung in die regionalpolitische Praxis eines Entwicklungslandes : Governance for Sustainability als Strategie der Landesregierung des Bundesstaates Amapá, Brasilien. Kleinere Arbeiten aus dem geographischen Institut der Universität Tübingen, Heft 20. Tübingen, 1998
- Rubner, Jeanne (2001). Die Formel des Al Kimiya. In: Süddeutsche Zeitung vom 13.11.2001, Seite 19.

- Runge-Metzger, A. / Hesse, I. (1995). Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen? Fallstudie zur Dynamik der Landnutzung in Nordghana. Dissertationsvorhaben. Universität Göttingen, Fakultät für Agrarwissenschaften, Institut für Agrarökonomie.
- Sachs, Wolfgang (1993). Die vier E's. Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil, in: politische ökologie, 11/33. S. 69-72
- Sachs, Wolfgang (1993a): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Wörterbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek bei Hamburg: Rowolth
- Sachs, Wolfgang (1994) (Hrsg.). Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin: Birkhäuser.
- Sachs, Wolfgang (1997). Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbilds. In: Brand, Karl-Werner (Hg.). Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- Sachs, Wolfgang (1998). Wie im Westen so auf Erden? Anmerkungen zum Entwicklungsbegriff von UNDP. Stiftung für Entwicklung und Frieden.
- Sachs, Wolfgang (1999): Planet Dialectics. Explorations in Environment and Development. London: Zed-Books
- Sachs, Wolfgang (2000): Development: The Rise and Decline of an Ideal. Wuppertal Papers Nr. 108, August 2000
- Sachs, Wolfgang (2000a): Wie zukunftsfähig ist Globalisierung? Wuppertal Papers Nr. 99, Januar 2000
- Sachs, Wolfgang (2001): Rio+10 und die Nord-Süd-Spaltung, Heinrich-Böll-Stiftung Memorandum Gruppe
- Sachs, Wolfgang (2002): Nach uns die Zukunft. Der Globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Frankfurt: Brandes & Apsel.
- Sandleben, Günther (o.J.). Nationalität und Globalität. Globalisierungsgegner vor theoretischer Neuausrichtung Kalschnikow-Text von Günther Sandleben, Philosophischer Salon Berlin
<http://www.kalaschnikow.revolte.net/de/txt/2001/sandleben03.html>, <02.05.2002>
- Sauer, Christian (1999). Falken auf Schmusekurs. Die Kirchen als Vermittler: Wie die deutsche Aluminiumindustrie und brasilianische Kleinbauern miteinander ins Gespräch bringen. In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 2.07.1999, Nr. 27, S. 16
- Scharpf, F. (1988): Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien der politischen Steuerung. In: Schmidt, M. G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. PVS Sonderheft 26, S. 323-356
- Scharpf, F. (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 32, S. 621-634
- Scharpf, Fritz W. (1993): Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat, in: Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Festschrift für Gerhard Lehbruch, Opladen, 25-50.
- Schauer, Thomas (2002). Perspektiven für die biologische und kulturelle Diversität in einer globalisierten Informationsgesellschaft. Deutsche Gesellschaft für seltene Kulturpflanzen e.V. Ulm: Universitätsverlag.
- Scherrer, Christoph (o.J.): Globalisierung und Politik - Forschungen und Publikationen im Fachgebiet im FB 5 - Gesellschaftswissenschaften an der Universität Gh Kassel <http://www.uni-kassel.de/fb5/globalization>, <02.05.2002>

- Schimany, Peter / Seifert, Manfred (1997). Globale Gesellschaft - Perspektiven der Kultur- und Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main: P. Lang.
- Schimany, Peter / Seifert, Manfred (1997). Globale Gesellschaft - Perspektiven der Kultur- und Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main: P. Lang..
- Schmidt, Helmut (Hrsg.) (1997): Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten. Ein Vorschlag. München: Piper Verlag
- Schmidt, Manfred G. (2000): Demokratietheorien, 3. Aufl., Opladen.
- Schmiegelow-Henrik (2000). Kampf der Kulturen oder interkultureller Dialog?. Aussenpolitik im 21. Jahrhundert. In: Schucher, Günther (Hg.). Asien unter Globalisierungsdruck. Politische Kulturen zwischen Tradition und Moderne. Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 323. S. 111-121
- Schoppelreich, Barbara / Wiedenhofer, Siegfried (1998). Zur Logik religiöser Traditionen. Frankfurt am Main: IKO-Verl. f. Interkulturelle Kommunikation.
- Schröder, Peter (2000): Wie „partizipativ“ sind die Indianer? Kulturelle und politische Grundlagen indigener Partizipation an Projekten im Amazonasgebiet Brasiliens. In: Entwicklungsethnologie, Heft 1, 2000, 9. Jg
- Schumpeter, Joseph A. (1942). Capitalism, Socialism and Democracy. New York: Harper and Brothers.
- Schweizer, Gabriele (2002). „Öko-Bio-Kommunitarist“ . In: Die Zeit vom 31.01.02, S. 28.
- Senge, Peter (1999). Die fünfte Disziplin. Kunst und Praxis der lernenden Organisation. 8. Auflage. Klett-Cotta.
- Senghaas, Dieter (1998). Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst. Frankfurt: edition suhrkamp.
- Senghaas, Dieter (2001). The Clash within Civilisations. Coming to Terms with Cultural Conflicts. London / New York: Routledge.
- Shiva, Vandana (2001). Biodiversität. Plädoyer für eine nachhaltige Entwicklung. Bern / Stuttgart / Wien: Paul Haupt.
- Smith, Adam. (1776/1904). An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Volume I. 5. Auflage. Neuauflage. London: Methuen & Co. [Deutsche Übersetzung: Smith, Adam (1776/1993). Der Wohlstand der Nationen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag].
- Soros, George (1998). Die Krise des globalen Kapitalismus. Berlin.
- Stiftung für Entwicklung und Frieden (2001). Globale Trends.
- Stiglitz, Joseph (2002). Die Schatten der Globalisierung. Berlin: Sieder.
- Stockmann, Reinhard (1992): Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten. Eine Methode zur Evaluierung am Beispiel von Berufsbildungsprojekten. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Suchanek, Andreas (2001). Ökonomische Ethik. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Südhoff, Ralf (2002): Hilfloze Helfer auf Sponsorsuche. Der Uno-Gipfel sollte die Wirtschaft in die Entwicklungspolitik einbinden. Vorreiter Deutschland zeigt, wie's geht – und wohin das führen kann. In: Financial Times Deutschland vom 22.03.02, S. 29
- Süllberg, Walter (Hrsg) (1987): Demokratisierung und Partizipation im Entwicklungsprozess - Entwicklungspolitische Notwendigkeit oder Ideologisierung? Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation

- Tauli-Corpuz, Victoria (1997). Wirtschaftliche Expansion gefährdet Völker und Zivilisationen. In: Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hg.). Grenzen-los? : Jedes System braucht Grenzen - aber wie durchlässig müssen sie sein? Berlin: Birkhäuser, S. 228-241.
- Tetzlaff, Rainer (1993): Strukturanpassung – das kontroverse entwicklungspolitische Paradigma der Nord-Süd-Beziehungen, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 1: Grundprobleme – Theorien – Strategien, Bonn, 420-445
- Tetzlaff, Rainer (2000). Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts. Dieter Senghaas' entwicklungspolitische Lehren im Spiegel alter und neuer Theorien. In: Menzel, Ulrich (Hg.). Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen. Dieter Senghaas zum 60.ten Geburtstag. Frankfurt: edition suhrkamp. S. 362-395.
- Tetzlaff, Rainer (2000): Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten. EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn: Dietz
- Thornhill, John (2002): Experte sieht autoritäre Regime im Vorteil. Studie für Asiatische Entwicklungsbank umstritten. In: Financial Times Deutschland. 5.4.2002, S.13
- Töpfer, Klaus (1994). Perspektiven der internationalen Umweltpolitik, in: Voss, Gerhard (Hg.) Sustainable Development. Leitziel auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.
- Trotha, Trutz von (2002). Die Zukunft liegt in Afrika. Warum Staatszerfall und Rückkehr der „konzentrischen Ordnung“ auch den Westen betreffen. In: Die Zeit vom 10.8.2000, S. 9
- Tutzinger Manifest für die Stärkung der kulturell-ästhetischen Dimension nachhaltiger Entwicklung Ursprung dieses Manifests ist eine Tagung zur "Ästhetik der Nachhaltigkeit", die vom 20.-22. April 2001 in der Evangelischen Akademie Tutzing stattfand.
http://www.soziokultur.de/_seiten/993393151.htm <02.05.2002>
- Umweltbundesamt (1997): Nachhaltiges Deutschland: Wege zu einer dauerhaften umweltgerechten Entwicklung. Berlin: Erich Schmidt. S. 8
- Umweltbundesamt (Hrsg) (2002): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten. Kurzfassung. Berlin, Bielefeld, München: Erich Schmidt Verlag
- UNDP (1998): Empowering People: A Guide to Participation, vgl.
<http://www.undp.org/csopp/CSO/NewFiles/docemppeople2.html> <02.05.2002>
- UNEP (2000). Cultural and Spiritual Values of Biodiversity. 750pp.
- Uvin, Peter/Biagiotti, Isabelle 1996: Global Governance and the „New“ Political Conditionality, in: Global Governance 2, S. 377-400.
- Vanberg, Viktor (1988). "Ordnungstheorie" as Constitutional Economics. The German Conception of a "Social Market Economy". ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 39. Stuttgart: Gustav Fischer. S. 17-31.
- Voigt, Rüdiger (Hrsg.) (1989): Symbole der Politik, Politik der Symbole, Opladen
- Wagner, Bernd (1999): "Zukunftsfähige Kultur durch eine ökologisch orientierte Kulturpolitik". In: M. Fechter und B. Wagner (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven. Zeit, Demokratie, Natur. Jahrbuch der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie, Bd.1. Essen, 109-120.
- Wallerstein, Immanuel (1986): Das moderne Welt-System. Frankfurt 1986
- Watts, Ronald (2001). Introduction: Federalism in an Era of Globalisation. International Social Science Journal, 2001, 53, 1(167), Mar, 9-12

- WBGU (2001): Die Chance von Johannesburg – Eckpunkte einer Verhandlungsstrategie. Politikpapier 1 zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg.
- Weber-Schäfer, Peter (1997). „Eurozentrismus“ contra „Universalismus“. Über die Möglichkeiten, nicht-europäische Kulturen zu verstehen. In: Brocker, Manfred / Nau, Heino Heinrich (1997). Ethnozentrismus. Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs. Darmstadt: Primus Verlag. S. 241-255.
- Weiß, Anja (2001): Macht und Differenz. Ein erweitertes Modell der Konfliktpotentiale in interkulturellen Auseinandersetzungen. In: Berghof Report Nr. 7, Berlin
- Weizsäcker, Carl Christian von (2000). Logik der Globalisierung. 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von (1986): Die Zeit drängt. Eine Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. München / Wien: Carl Hanser Verlag
- Weizsäcker, Carl Friedrich von (1987): Das Ende der Geduld. Carl Friedrich von Weizsäckers „Die Zeit drängt“ in der Diskussion. München / Wien: Carl Hanser Verlag
- Weizsäcker, Christine von (1994). Vielfalt im Verständnis von „Artenvielfalt“. In: Sachs, Wolfgang (Hg.). Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin: Birkhäuser. S. 113-135.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1997): Erdpolitik. 5., aktualisierte Auflage. Darmstadt: Primus Verlag
- Weizsäcker, Ernst-Ulrich von / Lovins, Amory / Lovins, Hunter (1995). Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. München: Droemer Knauer.
- Werner, Klaus / Weiss, Hans (2001): Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Franz Deuticke Verlagsgesellschaft, Wien/Frankfurt 2001.
- WHAT Governance Programme (2001): “Governance for Sustainable Development, Paper No. 4, WHAT Governance Programme – A Joint Initiative of the World Humanity Action Trust (WHAT), UNED Forum and Global Legislators Organisations for a Balanced Environment (GLOBE) Southern Africa”, 2001, <http://www.earthsummit2002.org/es/issues/Governance/Montreal-IEG.pdf> <02.05.2002>
- Wieland, Josef (1999). Die Ethik der Governance. Marburg: Metropolis.
- Williamson, Oliver E. (1990): Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus, Tübingen 1990
- Willke, Helmut (1994): Systemtheorie II: Interventionstheorie, Stuttgart / Jena 1994
- Willke, Helmut (1995): Systemtheorie III: Steuerungstheorie, Stuttgart / Jena 1995
- Willke, Helmut (1998): Systemisches Wissensmanagement, Stuttgart / Jena 1998
- Wilss-Wolfram (2000) (Hg.): Weltgesellschaft, Weltverkehrssprache, Weltkultur. Globalisierung versus Fragmentierung. Tuebingen: Stauffenburg-Verlag.
- Wissen, Markur (o.J.) Herrschaftskritik und Handlungsangebote. Perspektiven und Grenzen der Antiglobalisierungsbewegung ak-interview mit Markus Wissen, Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. ak - analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 457 / 20.12.2001. http://www.akweb.de/ak_s/ak457/09.htm <02.05.2002>
- Zadek, Simon (2001). Conversation with Disbelievers. London.
- Zadek, Simon et al. (2001). Endearing Myths – Enduring Truths. Enabling Partnership Between Business, Civil Society and the Public Sector. World Bank Knowledge Research Group / Business Partners for Development, www.bpdweb.org

Ziche, Joachim / Schulte, Michael (1999). Gefährdungen und Chancen traditioneller nachhaltiger Landwirtschaft im Tal von Charazani, bolivianische Hochanden. Land, Agrarwirtschaft und Gesellschaft : Zeitschrift für Land- und Agrarsoziologie, H. 3, Jg. 13, S. 17-36.

Zugehör, Rainer (1998). Die Globalisierungslüge. Unkel: J. Herlemann-Verlag.

Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance.

Offizielle Dokumente

BDI (2002): Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Stellungnahme des BDI zum Entwurf der Bundesregierung und zum Dialogpapier des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Februar 2002

BMU (2002). Hintergrundpapier zur 6. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt vom 7. bis 19. April 2002 in den Haag. Berlin: BMU

Bundesregierung (2001): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Vorgestellt am 19. 12. 2001

Deutsche UNESCO-Kommission (1997): Unsere kreative Vielfalt. Bericht der "Weltkommission Kultur und Entwicklung"., Bonn. 2. erw. Aufl.

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998). Abschlussbericht.

European Commission (2002). Responses to the Challenges of Globalisation. A Study on the International Monetary and Financial System and on Financing for Development. SEC(2002) 185 final.

Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) (2002). Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Unser Beitrag im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit. Eschborn: März 2002.

Hauff, Volker (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Hamm: Artcolor/Eggenkamp

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Mitteilung der Kommission. Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (2001). Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland – Schwerpunktthemen. Dialogpapier des Nachhaltigkeitsrates.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dialog/dialogpapier/index.html> <02.05.2002>

Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vom 18.02.2002

UN-Commission on Global Governance (1995). Our Global Neighbourhood. (Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.). Nachbarn in Einer Welt.)

UNESCO (1998): The Power of Culture. Aktionsplan Kulturpolitik für Entwicklung der zwischenstaatlichen Konferenz über Kulturpolitik und Entwicklung 1998 in Stockholm.

UNESCO (2001): Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt.

UNESCO (2002). Enhancing Global Sustainability. Position Paper and Proposals by UNESCO. Preparatory Committee for the World Summit on Sustainable Development. New York: 25 March 2002.

United Nations (1945). Charta der Vereinten Nationen <http://www.uno.de/charta/charta.htm> <02.05.2002>

United Nations (1992). Rio Declaration on Environment and Development, vom 12. August 1992

United Nations (2000). United Nations Millenniums Declaration. Resolution 55/2 vom 18. September 2000.

United Nations Economic and Social Council. Commission on Sustainable Development acting as the preparatory committee for the World Summit on Sustainable Development. Second preparatory session. (2002). Implementing Agenda 21. Report of the Secretary-General

Vereinte Nationen (1948). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
<http://www.uno.de/menschen/menschenrechte/UDHR.htm> <02.05.2002>

WBGU (2002): Stellungnahme des WBGU zum Entwurf der Bundesregierung für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“. 04. März 2002-04-09

World Bank (1992). World Development Report 1992. New York: Oxford University Press.

World Bank (2002). World Development Report 2003: Sustainable Development in a Dynamic Economy. Draft Report (Invitation to Provide Comments and Suggestions) <http://econ.worldbank.org/wdr> <02.05.2002>

Anhang: Expertenpool

Teilnehmer des Workshops am 7. Februar 2002 am Institut für Organisationskommunikation (IFOK), Bensheim

Prof. Karl-Werner Brand (Münchner Projektgruppe Sozialforschung MPS)

Dr. Hannah Büttner (IFOK)

Dr. Sigrun Caspary (Center for Transcultural Dialogue am Institute for Comparative Research Into Culture and Economic Systems, Universität Witten-Herdecke)

Silke Gülker (IFOK)

Claudia Heitzer (IFOK)

Constanze Helmchen (IFOK)

Prof. Carsten Herrmann-Pillath (Center for Transcultural Dialogue am Institute for Comparative Research Into Culture and Economic Systems, Universität Witten-Herdecke)

Dr. Michael Jaspers (IFOK)

Arved Lüth (IFOK)

Maximilian de Maizière (IFOK / Universität Witten-Herdecke)

Marc Pfeiffer (IFOK)

Dr. Andreas Renner (IFOK)

Teilnehmer des Experten-Workshop am 12. März 2002 am Wissenschafts- zentrum Berlin (WZB)

Dr. Günther Bachmann (Rat für Nachhaltige Entwicklung)

Dr. Michael Baumann (Germanwatch e.V.)

Dr. Martin Bauschke (Stiftung Weltethos)

Dr. Antje Bühler (Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung)

Dr. Andreas Dally (Evangelische Akademie Loccum)

Dr. Hans Diefenbacher (Umweltbeauftragter der EKD)

Frau Dr. Freier (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)

Christopher Gohl (Futur X - Gesellschaft für Generationengerechtigkeit)

Constanze Helmchen (IFOK)

Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath (Center for Transcultural Dialogue am Institute for Comparative Research Into Culture and Economic Systems, Universität Witten-Herdecke)

Susanne Höck (The Natural Step Deutschland, in Gründung)

Thomas Hüsken (Institut für Ethnologie, Freie Universität Berlin)

Steffen Jörg (Südwind)

Claudia Koll (Rat für Nachhaltige Entwicklung)

MinR Reiner Kraetsch (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ))

Dr. Alfred Kraft (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ))

Dr. Fabrice Larat (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim)

Max de Maizière (IFOK / Universität Witten-Herdecke)

Dr. Kazuma Matoba (Center for Transcultural Dialogue am Institute for Comparative Research Into Culture and Economic Systems, Universität Witten-Herdecke)

Dr. Jörg Mayer-Ries (IFOK)

Dr. Hans-Peter Meister (IFOK)

Dr. Friedemann Müller (Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsgruppe Globale Fragen)

Dr. Irmgard Nübler (Institut für Weltwirtschaft)

Guido Prick (BMW AG)

Dr. Andreas Renner (IFOK)

Dr. Thomas Schauer (FAW Ulm / Global Society Dialogue)

Dr. Michael Sieber (DaimlerChrysler AG)

Jörg Tremmel (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen)

Prof. Dr. Josef Wieland (Zentrum für Wirtschaftsethik GmbH, FH Konstanz)

search Into Culture and Economic Systems, Universität Witten-Herdecke)

Dr. habil Ingo Pies, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Passau

Dr. Thomas Schauer (Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW), Universität Ulm)

Prof. Dr. Dieter Senghaas (Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF))

Prof. Dr. Josef Wieland (Zentrum für Wirtschaftsethik GmbH, FH Konstanz)

Kommentierungen des Zwischenberichts vom 15. April 2002

Dr. Jeanette Behringer (Collegium Helveticum, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich)

Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser (Earth3000)

Prof. Dr. Karl-Werner Brand (Münchener Projektgruppe Sozialforschung MPS)

Dr. Andreas Dally (Evangelische Akademie Loccum)

Susanne Höck (The Natural Step Deutschland, in Gründung)

Dr. Peter Henning Feindt (Gesellschaft und Umwelt (FSP BIOGUM), Universität Hamburg)

MinR Reiner Kraetsch (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ))

Dr. Fabrice Larat (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim)

Dr. Kazuma Matoba (Center for Transcultural Dialogue am Institute for Comparative Re-